

# AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

N-1-2/Jan.-Feb.1987

18. Jg.

5,- DM



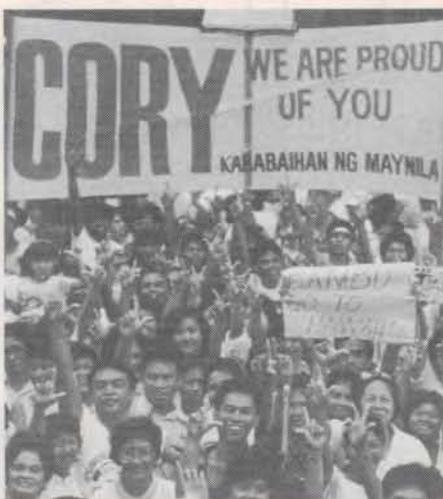
## U-Boote für Apartheid



Sonderteil Nicaragua ● Afghanistan ● Philippinen ● Haiti ● China

## Inhalt

<b>Kommentar:</b> Waffenschieberaffäre in Washington und Bonn	3
<b>Die Bonner U-Boot-Affäre</b>	4
<b>Südliches Afrika</b> Gespräch mit UDF-Führer Allan Boesak: Die Zeit der Minderheits Herrschaft ist abgelaufen	6
IGFM-Betrugskampagne zu Südafrika, Namibia	8
Plage Mosambiks: Die RNM-Contra und ihre Sponsoren	10
<b>Ein Jahr danach: Philippinen, Haiti</b> „People Power“ auf den Philippinen heißt nicht Volksmacht	13
Haiti-Reportage: Vor der wirklichen Beseitigung des Duvalierismus?	17
<b>Register</b>	21
<b>NICARAGUA-SONDERTEIL</b>	23
<b>Afghanistan</b> Akzentverschiebung unter Najib	62
Gespräch mit Vizestammesminister Waziri: Paschtunenstämme – ein Schlüsselfaktor	64
<b>China</b> Öffnung mit Hindernissen	66
Ausbeutung – Preis für die Modernisierung?	66
<b>Asylrecht</b> Asylverschärfung in Bonn: Abschiebungen als Alltag	71
<b>Diskussionsforum UdSSR – Dritte Welt</b>	73
<b>Kultur</b> Heinemannpreis für Anatol Feid	74
<b>Rezension:</b> Vanlys Kurdenmosaik	76
<b>BRD-Infodienst:</b> Aktion „Boykottiert Apartheid“, Südafrika-Plakat, Zensur gegen Karkutli. Solidarische Entwicklungshilfe, Korea-Olympia-Kampagne, Buchtip zu Mosambik	76
<b>Kurzinformationen:</b> Grenada, Brasilien, Peru, Surinam, Angola, Tschad, Tunesien, Libanon, Indien-UdSSR, Laos	78



## Philippinen/Haiti

S. 13

Im Februar 1986 mußten zwei altgediente Diktaturen von Washingtons Gnaden unter dem Druck von Massenprotesten ihren Hut nehmen, die der Duvaliers und Marcos'. Hernach aber gingen die Demokratisierungsprozesse auf den Inseln arg zögerlich und widerspruchsvoll voran. Unser Ostasienspezialist R. Werning untersucht den Zustand von Aquinos „People Power“ auf den Philippinen. Heidi Toeltes Reportage aus Haiti schildert das Tauziehen um die Entduvalierisierung.

## Nicaragua-Sonderteil

S. 23

Im Januar d.J. tritt eine neue Verfassung in Kraft. Dies obgleich im vergangenen Jahr die Regierung Reagan daranging, ihrem schmutzigen Krieg gegen das sandinistische Nicaragua neuen Schwung zu verleihen. Die Ausweitung ihrer Hilfe für die Contras ging mit Versuchen einher, die innere Front in Nicaragua zu beleben. Welche Register Washington dabei zog, was Bonn dazu beitrug und wie sich das nicaraguanische Volk in der Kunst des Überlebens übte, diesen Fragen geht unser Nicaragua-Sonderteil nach.

## In eigener Sache

Liebe Abonnent(innen)en,  
liebe Leser(innen),

ab dem 1. Januar 1987 erscheint unsere Dritte-Welt-Zeitschrift AIB nicht mehr im aufgelösten Weltkreis Verlag, sondern im Pahl-Rugenstein Verlag, Sitz Köln. An der Eigenständigkeit der Marburger AIB-Redaktion, ihrem Selbstverständnis und

ihrer Zusammensetzung ändert dies nichts. Vertrieb und Abonnementbetreuung bleiben bei Plambeck in Neuss. Wir verbleiben in alter Frische und mit besten Wünschen für das Jahr 1987  
Ihre AIB-Redaktion

## Impressum

**AIB** (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulf

**Redaktion:** Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

**Ständige Mitarbeiter:** Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fianza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

**Weitere Mitarbeiter** dieser Ausgabe: A. J. Arndt, H. Ballauf, R. Eisel, A. Ergenzinger, D. Falk, M. Fey, S. Flaig, J. Hippler, R. Meyer, I. Rein, E. Wolf, R. Radke

**Redaktionsschluß:** 12. Dezember 1986

**Namentlich gezeichnete Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

**Jahresabonnement:** Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

**Kündigungen** nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

**Adressänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

**Verlag:** Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln

**Konten:** AIB, Postgiro Frankfurt/Main, Konto-Nr. 312 093-607 oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Anzeigen:** Solishop 3. Welt, Team-Reisen, Heidelberger Verlagsanstalt, Weltkreis-Verlag, SST-Reisen, AfricAsia, Prokla, Wechselwirkung, Distel-Verlag

**Fotonachweis:** IDES, AIB-Archiv, A. Ergenzinger, Neues China, South, Baikhaq, Afrique-Asie, AIM, Joker, Stern, Barricada, Pensamiento Propio, NACLA, Monimbo

**Titelbild:** Gestaltung von Udo Tremmel

## Kommentar: Waffenschieber-Affären in Washington und Bonn



Schlechte Zeiten für die konservativen Säulenheiligen der „freien Welt“, Ronald Reagan und Helmut Kohl.

In seinem anrühigen Newsweek-Interview vom 27. Oktober 1986 hatte der Bundeskanzler sich noch nichtsahnend mit seiner unverbrüchlichen „Freundschaft“ zur Washingtoner Administration gebrüstet, ja dieser durch den provokatorischen Gorbatschow/Goebbels-Vergleich wieder auf den in Reykjavik verlassenem (ultra-)rechten Weg zurückhelfen wollen.

Doch nun, da die Herrschaften im Weißen Haus seit Anfang November immer tiefer im Sumpf ihrer Iran-Affäre versinken, ist für den Wahlkämpfer Kohl sein Intimverhältnis als „Amerikas Partner“ (siehe ausführlich: AIB-Sonderheft 4/1986, S. III ff.) zu einer Bürde geworden.

„Der jähe politische Verfall Ronald Reagans“, so klagte die Berliner Morgenpost vom 2.12.1986, „der sechs Jahre lang eine unangefochtene amerikanische Lichtgestalt war, mag Kohl, dem erklärten Freund Reagans zeigen, wie wendisch politische Fortune ist. Der konservative Kurssturz in Amerika ist kein Treibstoff für die Union.“

Zu allem Überfluß droht dem Wendepolitiker jetzt, da sich mit der U-Boot-Affäre noch eine hausgemachte Bonner Regierungs- bzw. Bundeskanzlerkrise hinzugesellte, auch noch der hiesige „Treibstoff“ auszugehen. Was die beiden ins Zwielflicht geratenen ambitionierten Weltpolitiker in der Not verbindet, ist die von ihnen insgeheim angeordnete bzw. gedeckte ungesetzliche Waffenschieberei. Und dies ausgerechnet zugunsten solch anstößiger Regimes wie denen Khomeinis und Bothas, mit denen man, nach den eigenen Sonntagsreden zu urteilen, wegen ihrer krassen Menschenrechtsverletzungen und Kriegführung tunlichst nicht unter einer Decke ertappt werden möchte.

Gemeinsam ist beiden Skandalfiguren ferner, daß sich parlamentarische Untersuchungskommissionen zur Jahreswen-

de 1986/87 bei ihnen auf Spurensuche begaben.

Der vergleichsweise Vorteil des Rheinpfälzers: Die Ermittlungen in Bonn stecken noch in den Kinderschuhen, was für die Parteien der Rechtskoalition die Chance eröffnet, sich erst einmal durch Verzögerungsspielchen über den Wahltermin 25. Januar 1987 hinweg zu retten. Das hieße, daß zuvor auf den Tisch gelegte Fakten bzw. Verdachtsmomente gegen den CDU-Kanzlerkandidaten zumindest teilentkräftet werden könnten, beim Bundestagswahltag also nicht voll durchschlagen dürften.

Als anderer Vorteil Kohls erscheint sein Erfahrungsvorsprung. Sein selbstgefährdender „Black out“ in Sachen „Geld-Waschanlagen“ und Reagans aktuelle Selbstentblöbung durch Redevorstöße haben den Kanzler gelehrt, daß quacksalberisches Reden Silber, Schweigen hingegen Gold sein kann. Fürs erste jedenfalls.

### Anti-Terrorismus selbst demontiert

Wie ist der Zwischenstand in der Washingtoner Krisenzenerie?

Explosiv geworden war die Iranaffäre zwischen dem 3. und 7. November, als in den USA die geheime Mission von Reagans ehemaligem Nationalen Sicherheitsberater Robert McFarlane durchsickerte. Er hatte Waffenlieferungen an Teheran gemanagt, um US-Geiseln im Libanon freizukaufen. Bald stellte sich heraus, daß die Regierung Reagan am Kongreß vorbei das seit Carters Iran-Krise 1979/80 gültige Waffenembargo gegen den „Erzfeind“ Iran durchbrochen hatte.

1985 und 1986 hatte sie, erst unter Mithilfe Israels und dann in Selbstregie (Sicherheitsbeauftragter Oliver North!), Khomeinis Regime mehrere große Waffenlieferungen zukommen lassen. Darunter waren 2.000 Panzerabwehr-Raketen (allein 100 Mio \$), sowie Ersatzteile für Hawk-Luftabwehrraketen, F-4 Kampfflugzeuge, Hubschrauber oder Panzer.

Da der angeblich nichtinformierte Präsident zwischenzeitlich die Geisel-Koppelung, die Dreiecksteilhabe Israels, größere Waffenverkäufe u.a. Elemente der Iranoperation geleugnet hatte, opferte er schließlich als „Sündenböcke“ am 25. November seinen Nationalen Sicherheitsberater John Poindexter und dessen Dealer, Oberstleutnant North.

Der Tragikomödie zweiter Akt begann sodann mit der Selbstenthüllung durch Justizminister Ed Meese, daß ein Ge-

winnanteil aus den israelisch-nordamerikanischen Waffengeschäften mit Teheran 1985/86 in Höhe von 10-30 Mio \$ über ein schweizer CIA-Bankkonto an die nicaraguanischen Contras umgeleitet worden war. Dies wiederum erfolgte entgegen eines 1984 vom US-Kongreß beschlossenen Hilfestopps an die Contras, der erst Ende Juni 1986 mit der Gewährung einer Sonderhilfe von 100 Mio \$ an die antisandinistischen Söldner aufgehoben wurde.

Dazwischen lagen weitere „humanitär“ betitelte Geld- und Waffentransaktionen über Brunei und Saudi-Arabien. Außerdem sollen von Washington und Riad gemeinsam rund 500 Mio \$ auch für die afghanischen und angolanischen Contras auf besagtes CIA-Bankkonto verschoben worden sein.

Angesichts dieser Indizienlage und weiterer Enthüllungen in der Iran-Nicaragua-Affäre mußte sich Reagan am 2. bzw. 4. Dezember mit der Einsetzung eines Sonderstaatsanwalts und zweier Kongreß-Sonderausschüsse zur Untersuchung des Sumpfes im Weißen Haus abfinden. Seither wurden die Rufe nach Ablösung von dessen Stabschef Donald Regan und von CIA-Direktor William Casey immer lauter.

Am 16. Dezember mußte Howard Teicher, Leiter der politisch-militärischen Abteilung des Sicherheitsrates, der McFarlane nach Teheran begleitet hatte,



Reagan und Kohl – Freunde in der Not (Stern-Titel)

den Hut nehmen. Zugleich geriet auch Vizepräsident George Bush, vormals CIA-Chef und der große Schweiger seit Affärenbeginn, in den Verdacht, beim Contra-Geheimdeal mitgemischt zu haben.

Reagans Verlust an Glaubwürdigkeit ver-

lief bis Anfang Dezember im Rekordtempo. Nach Meinungsumfragen stimmten seiner Amtsführung nur noch 46% gegenüber zuvor 67% der US-Bevölkerung zu. Mit der Außenpolitik der Administration erklärten sich gerade noch 35% einverstanden.

Schließlich befanden mehr als die Hälfte der US-Bürger Reagans Iran-Geschäft als mindestens so schwerwiegend wie die Watergate-Affäre, über die der republikanische Präsident und Vietnamkriegsherr Richard Nixon im Jahr 1974 gestürzt war.

Wie damals Nixon so sieht sich heute Reagan mit der Frage der Ermittler konfrontiert: Was wußten Präsident und Regierung von den illegalen Aktivitäten und zu welchem Zeitpunkt? Findet man ähnliche Antworten, so dürfte auf Watergate 1987 „Irrigate“ folgen.

Erste Konsequenzen für die Reagansche Außenpolitik zeichnen sich ab. Gründlich selbst demontiert hat die Regierung Reagan mit dem Iran-Deal ihren sog. Anti-Terrorismus-Kreuzzug, mit dem sie ihr neoglobalistisches Interventionskonzept gegen sog. „Terrorstaaten“ wie den Iran, Libyen, Syrien oder Nicaragua bemantelte. Schwer geschadet hat sie mit dem Aufliegen der Israel-Iran-Liaison und der US-Waffenhilfe für die Golfkriegspartei Iran ihrer quasinutralen Imagepflege im arabischen Raum.

Empfindlich einzuengen droht sich ihr künftiger Handlungsspielraum vor allem im Kontrarkrieg gegen Nicaragua (siehe Beitrag N. Biver). Und mit der durch die Affäre ausgelösten Schwächung gerade des ultrarechten Flügels der Republikaner dürfte auch der Reykjavik-Trend hin zur Abrüstung und zu politischen Lösungen in den USA eher Auftrieb erhalten. Bonner Regierungskreisen scheinen diese Auswirkungen des Reagan-Absturzes gehörig in die Glieder gefahren. Kohl-Berater Horst Teltschik (CDU) etwa forderte einen schleunigst wieder handlungsfähigen Präsidenten“ im Weißen Haus.

Beängstigten mußte sie auch so manche Parallelentwicklung in der hiesigen U-Boot-Affäre mit Südafrika (siehe Beitrag M. Kolter). Immerhin ermittelt der am 10.12.1986 hierzu gebildete Untersuchungsausschuß des Bundestages gegen Kanzler Kohl, seine Regierung und CSU-Chef F.J. Strauß wegen des Verdachts auf Gesetzesumgehung und schwere Täuschung der Öffentlichkeit. Während den lädierten konservativen Waffenschiebern in Washington das Wasser beinahe bis zum Hals steht, setzen ihre noch aktionsfähigen Bonner Not-„partner“ auf Abtauchversuche. Doch wer möchte die Hand heute noch dafür ins Feuer legen, daß die U-Boot-Affäre sich nicht zum „Apartheidgate“ auswachsen könnte? **Wolfram Bröner**



Exportgegenstand U-Boot-Typ 209 vor der HDW-Werft in Kiel

## Marianne Kolter Die U-Boot-Affäre

U-Boot-Pläne für Südafrika, Kisten voller Waffen im Hamburger Hafen, eine Munitionsabfüllanlage für Saudi-Arabien — die Liste bundesdeutscher Rüstungsexporte in die Dritte Welt reißt nicht ab. Der spektakulärste Fall des letzten Quartals 1986 ist zweifellos die Lieferung von Blaupausen für ein Spitzenprodukt der Rüstungsindustrie, für konventionell bestückte U-Boote, — an den Apartheidstaat Südafrika.

Die staatlichen Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) hatten, wie die Kieler Nachrichten aufdeckten, für wahrscheinlich 46 Mio DM die Konstruktionspläne geliefert. Anteilseigner mit 25% an der HDW ist das Land Schleswig-Holstein, mit 75% hält die bundes-

eigene Salzgitter AG die Mehrheit.

Doch weder beim Bund noch beim Land war einer der verantwortlichen Politiker über die Vorgänge informiert, so jedenfalls ihre Äußerungen in der Öffentlichkeit. Die Tatsachen, die Anfang Dezember 1986 in der Aktuellen Stunde des Bundestages zu diesem Thema bekannt wurden, deuten jedoch daraufhin, daß seit mindestens 3 Jahren in Bonn und Kiel die Absicht der HDW, ein Rüstungsgeschäft mit Südafrika abzuschließen, Gegenstand von Gesprächen gewesen sein muß.<sup>1</sup>

Das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) rechtfertigt sich jedenfalls mit der Behauptung, bereits im Frühjahr 1983 Sondierungsgespräche mit der Bundesregie-



rung geführt zu haben.

IKL-Geschäftsführer Lutz Nohse und der Vorstandsvorsitzende von HDW, Klaus Ahlers, haben 1984 mindestens drei Gespräche mit der Regierung in Bonn über das geplante U-Boot-Geschäft geführt und zunächst nur den Bescheid erhalten, die Sache werde geprüft werden. Erst im Oktober 1984 meldete das Kanzleramt Bedenken an und riet von einer weiteren Betreuung des Geschäftes ab.

Doch im Oktober 1984 hatte die HDW/IKL wahrscheinlich schon einen Vertrag mit südafrikanischen Stellen abgeschlossen, wahrscheinlich 10 Tage nach dem Besuch des heutigen Staatspräsidenten Pieter W. Botha in Bonn (am 5.6.1984). Dieser Vertrag schloß den Vorbehalt einer Regierungsgenehmigung ein.

Am 23.7.1984 machte der damalige Kanzleramtschef Waldemar Schreckenberg dem IKL und Werftchef Ahlers die telefonische Mitteilung, Kanzler Hel-



Stationen des U-Boot-Deals: Südafrika-Besuch von Strauß 1983 (l.) und Botha-Besuch bei Kohl in Bonn 1984 (oben)

mut Kohl und CSU-Chef F.J. Strauß seien sehr interessiert an dem Geschäft.

F.J. Strauß Haltung zum Rüstungsexport wurde in dieser Auseinandersetzung inzwischen bundesweit bekannt. In einem Interview mit „Bild“ gab er zu: „Ich habe von den Wünschen der Südafrikaner erfahren, weil mich der südafrikanische Botschafter gebeten hat, die Genehmigung der Anträge beim Kanzler zu befrworten. Von diesem habe ich eine positive Antwort erhalten.“<sup>2</sup>

Bundeskanzleramtsminister W. Schäuble will das heute so verstanden wissen, daß Kohl einer Prüfung der Angelegenheit zugestimmt habe. Doch da gab es nichts zu prüfen. Oder sollten dem Bundeskanzler die rechtlichen Grundlagen für

Geschäfte mit dem Apartheidstaat nicht bekannt gewesen sein?

Alle Rüstungslieferungen ins Ausland, die nicht in NATO-Staaten gehen, fallen generell unter besondere Gesetze des bundesdeutschen Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsrechts. Für Südafrika gilt überdies eine wesentlich schärfere Verordnung, nämlich das Rüstungsembargo des UN-Sicherheitsrates, die Resolution 418 von 1977, das auch für Bonn bindend ist. Ströme bundesdeutscher Militärgüter fließen dennoch unentwegt in den Rassistenstaat, allein unter der Regierung Kohl (Zeitraum 1983-85) in Höhe von 722 Mio DM (siehe AIB-Sonderheft 4/1986 zur BRD-Weltpolitik, S. VI-VIII und AIB-Sonderheft 1/1986 zu Südafrika, S. XXIXff.).

Die rechtliche Lage war schon für die ersten Sondierungsgespräche klar: Alle Lieferungsabsichten hätten unterbunden werden müssen. Doch sind wahrscheinlich schon im Juni 1985 verschiedene Elemente der Konstruktionspläne geliefert worden.<sup>3</sup>

Wirtschaftsminister Martin Bangemann meldete diesen Vorfall an den Finanzminister Gerhard Stoltenberg, der ein Verfahren wegen des Verdachts auf Zollvergehen gegen HDW eröffnete. Personelle Konsequenzen, etwa die Entlassung der verantwortlichen Manager, hatte dieses Verfahren bis heute nicht, obwohl von den Managern in Rüstungsbetrieben – laut Kriegswaffenkontrollgesetz – eine besondere Zuverlässigkeit erwartet werden muß.

### Anzeige gegen Waffendealer

Die Unklarheiten und Verschleierungsversuche in der ganzen Angelegenheit veranlaßten schließlich die Bundestagsfraktionen der SPD und der Grünen am 10.12.1986, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß noch für diese Legislaturperiode zu beantragen.

Der Afrikanische Nationalkongreß Südafrikas (ANC) erklärte zu dem U-Boot-Geschäft, er sehe dieses „im Rahmen der gesamten militärischen Unterstützung des Apartheidregimes“.<sup>4</sup>

Kurz nach Bekanntwerden des U-Boot-Geschäftes wurden Kisten mit Schußwaffen für den Polizeigebrauch in Südafrika entdeckt. Verpackt und verladen werden die Waffen, darunter Revolver und Pistolen, auf dem Gelände der stadteigenen Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG, die in das Ressort des Wirtschaftssenators fällt.

Ein Aktionsbündnis der Grün-Alternativen Liste/Bürgerschaftsfraktion, der Anti-Apartheid-Bewegung HH und anderer Dritte-Welt-Gruppen hat diesen Skandal in der Öffentlichkeit bekannt-

gemacht und Anzeige gegen die verantwortlichen Stellen erstattet.<sup>5</sup>

Auch in andere Krisenregionen der Dritten Welt exportierten bundesdeutsche Rüstungskonzerne in den letzten Jahren verstärkt (siehe AIB-Sonderheft 4/1986 zur BRD-Weltpolitik, S. VII-IX). Saudi-Arabien erhielt von einem Konsortium, dem u.a. Rheinmetall und Thyssen angehören, eine Munitionsfabrik, in der Waffen für den Irak produziert werden.

Für die Lieferung hatte die Bundesregierung im Oktober 1985 die erforderliche Genehmigung erteilt. Auch andere im Krieg Iran-Irak eingesetzte Waffen sind im Rahmen westeuropäischer Kooperation unter bundesdeutscher Beteiligung produziert worden, etwa die Panzer- und Flugabwehrsysteme Hot, Milan und Roland oder Geschütze (siehe AIB-Sonderheft 3/1986 zum Golfkrieg).

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommt am 25.11.1986 zwar zu dem Schluß, daß es keine direkten Waffenlieferungen an die kriegführenden Parteien Iran oder Irak gegeben habe, aber mit Hilfe illegaler Praktiken würden bundesdeutsche Waffen dort eingesetzt. Diese Tatsache könnte die verantwortlichen Politiker allerdings nur freisprechen, wenn sie wirklich gegen Rüstungsexporte vorgingen.

Das Beispiel des U-Boot-Geschäfts mit Südafrika zwingt aber eher zu dem Schluß, daß unter der Devise Augen und Ohren zu solange keine Schritte gegen Rüstungskonzerne unternommen werden, wie die Öffentlichkeit über die Praktiken getäuscht werden kann. Kommen dann Fakten ans Licht, drängt sich der Eindruck auf, dies störe in Bonn mehr als die Rüstungsgeschäfte.

Die Rüstungsexportpolitik der BRD grundsätzlich ändern will der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß.<sup>6</sup>

Sein Votum für uneingeschränkten Export von Waffen und militärischer Ausrüstung in alle Staaten mit Ausnahme sozialistischer Länder und des Iran vertrat Strauß nicht nur in Gesprächen mit Mitgliedern der Bundesregierung, darunter Bundeskanzler Kohl. Er tat dies auch im Ausland.

### Export-Schranken beseitigen!

In Riad, der Hauptstadt Saudi-Arabiens, sprach er sich im November d.J. für ein Gleichziehen der Bundesrepublik mit Großbritannien, Frankreich und Italien in Sachen Rüstungsexporte aus. Damit strebt er eine Lawine von Änderungen des Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetzes an, die die BRD bisher zu einem im Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten zurückhaltenden Rüstungsexport verpflichteten.

Auch wenn diese selbstauferlegten Verpflichtungen in der Regel großzügig für die Rüstungskonzerne ausgelegt werden, müssen Angriffe à la Strauß gegen diese Bestimmungen zurückgewiesen werden. In Riad machte der bayerische Ministerpräsident gleich deutlich, wie er sich die zukünftige Politik der BRD vorstellt: Er arrangierte ein Treffen der saudi-arabischen Inspektoren für Heer, Luftwaffe und Marine mit Vertretern der bundesdeutschen Rüstungsindustrie.

Thyssen, Blohm & Voss, MBB, HDW und Krauss-Maffei hatten einiges zu bieten: „U-Boote, die Streubombe MW-1, die Bündel von Bomben oder Minen ausstoßen kann, ein sogenanntes 'bearhead Projekt' aus einem in Kanada geplanten Thyssen-Werk für gepanzerte Fahrzeuge sowie eine Munitionsfabrik“<sup>7</sup> und Gepar- und Leopard-Panzertypen.

Strauß hatte für das Treffen Vertreter der Bundesrepublik angefordert, den Botschafter Walter Nowak und den Verteidigungsattaché. Als Vertreter seines Freistaates Bayern benannte er Dieter Schmidt, Leiter des Instituts für auswärtige Beziehungen der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung, und Max Strauß, Sohn und Vertrauter des bayerischen Ministerpräsidenten.

Botschafter Nowak bezog – so seine telegrafische Berichterstattung an Bonn – eine der Rechtslage entsprechende Position. Er wies auf die Beschränkungen für bundesdeutsche Rüstungsexporte hin.

Sohn Max distanzierte sich von dieser Darstellung und betonte, diese Politik sei lediglich die des FDP-geführten Auswärtigen Amtes.

Wie in der U-Boot-Affäre sein Vater Franz Josef, so setzte er sich in dieser Unterredung über die Politik des Auswärtigen Amtes und damit des Außenministers Genscher hinweg. Seine Prognose für den CDU/CSU-Regierungskurs nach der Wahl 1987: „Die bei der Bundestagswahl am 25. Januar zu erwartenden Mehrheitsverhältnisse würden für die deutschen Kooperationsmöglichkeiten eine wesentlich erweiterte Grundlage schaffen.“<sup>8</sup>

Schöne Aussichten für den Rüstungslobbyisten F.J. Strauß, der darauf drängt, in Bälde ins Bonner Außen- oder Verteidigungsministerium einzuziehen.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 5.12.1986; Der Spiegel, 8.12.1986
- 2) Zit. nach: Die Zeit, 5.12.1986
- 3) Vgl. ebd.
- 4) Zit. nach: Unsere Zeit, 4.12.1986
- 5) Presseerklärung, Grün-Alternative Liste, Bürgerschaftsfraktion, „Illegaler Waffenhandel mit Südafrika über die staats-eigene Hamburger Hafen- und Lagerhaus Aktiengesellschaft“, Hamburg, o.D.
- 6) FR, 25.11.1986
- 7) Der Spiegel, Nr. 46/1986
- 8) Ebd.

## Südliches Afrika

Seit das Apartheidregime im Juni 1986 den Ausnahmezustand über das Land am Kap verhängte, dringen nur spärlich Informationen nach außen durch. Doch kann von Grabesstille an der Innenfront keine Rede sein, wie zwischenzeitliche gewerkschaftliche Streikkämpfe oder Barrikadenkämpfe in den schwarzen Vorstädten (Soweto u.a.) signalisieren.

Eine authentische Lageskizze lieferte im Oktober 1986 Dr. Allan Boesak, Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen und einer der prominentesten Kirchenführer Südafrikas. In einem Gespräch, das er mit Eric Singh und Detlev Reichel anlässlich einer Tagung des Weltbundes in Berlin führte, beschrieb der Mitbegründer der Vereinigten Demokratischen Front (UDF, siehe: AIB-Sonderheft 1/1986 zu Südafrika, S. XII ff.) die Situation des Widerstands und das Dilemma des Botha-Regimes. Und er äußerte sich zur Sanktionsfrage.

## Gespräch mit Allan Boesak Die Zeit der Minderheitsherrschaft ist abgelaufen



**FRAGE:** Die Vereinigte Demokratische Front (UDF) wurde zu einer „beeinflussten Organisation“ erklärt. Das heißt, sie darf keine Spenden mehr aus dem Ausland empfangen. Was bedeutet das für ihren Kampf?

**A. BOESAK:** Niemand weiß bis jetzt so recht, was das bedeutet. Wir meinen, daß die Regierung hier ungesetzlich handelt, denn die UDF ist keine Organisation in dem Sinne.

Sie ist eine Front von inzwischen 850 Organisationen. Wenn man also die UDF für „beeinflusst“ erklärt oder gar verbieten will, muß man das mit allen 850 Organisationen tun. Die UDF selbst ist nur eine nationale Exekutive und einige Gebiets- und Regionalkomitees.

Wenn die UDF nun als „beeinflusst“ erklärt wird, kann das nur heißen, daß die Spenden aus dem Ausland, die auf den Namen UDF ausgewiesen sind, davon betroffen sind.

Es wäre aber illegal, wenn beispielsweise eine Bürgervereinigung, die der UDF angeschlossen ist, nun ebenfalls als „beeinflusst“ gelten würde. Deshalb haben wir uns entschlossen, vor Gericht zu gehen.

Es geschieht ja hin und wieder noch ein Wunder und ein Richter ist mutig genug, die Regierung auf rechtlicher Grundlage herauszufordern. Würde ein solcher Richter beispielsweise sagen, die Regierung müsse alle 850 Organisationen für „beeinflusst“ erklären, dann wird sie eine Liste mit 850 Namen auftreiben müssen.

**FRAGE:** Trifft das gleiche auch auf ein Verbot zu?

**A. BOESAK:** Das gleiche träfe auf ein Verbot zu. Aber das bekümmert mich nicht so sehr.

Ich bin überzeugt davon, daß die Regierung damit keinen Erfolg haben wird. Sie könnte zwar eine einzelne Organisation verbieten. Und vor 10 Jahren wäre das auch wirksam gewesen.

Aber heute ist mit der UDF eine echte Massenbewegung vorhanden. Es gab vor ihrer Zeit nur noch eine Organisation, die eine solche Massenbewegung des Volkes geworden war, nämlich der ANC (illegale Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß; d. Red.).

Als die UDF gegründet wurde, haben viele politische Analytiker in ihren Studierstuben herausgearbeitet, daß sich diese Art von Organisationen nicht halten werde, weil eine Front zu locker sei, es gebe keine Loyalität der einzelnen Organisationen zur UDF, es gebe vor allem keinen gemeinsamen ideologischen Nenner und so weiter.

6 Monate haben sie uns damals gegeben. Und heute kommen Reporter zu mir und fragen, was an dieser Einschätzung falsch war. Der Fehler liegt grundsätzlich in der Herangehensweise solcher Analytiker. Als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen nehmen sie immer wieder die weiße Politik. Aber die weiße Politik ist hoffnungslos verloren, sie ist tot. Es gibt dort keine Dynamik mehr. (...)

## Symbol der Entschlossenheit

Wenn die Weißen dies oder jenes tun, liegt es nicht daran, daß P.W. Botha dies oder jenes getan hat, sondern es liegt daran, daß die Schwarzen Botha dazu gezwungen haben.

Solange man hier Ursache und Wirkung verwechselt, wird man immer schiefliegen. Sobald man aber südafrikanische Politik als das erkennt, was im schwarzen Südafrika initiiert und entwickelt wird, erst dann wird man Südafrika heute auch besser verstehen lernen.

Die UDF widerspiegelt etwas Neues im Kampf unseres Volkes – eine neue Art von Entschlossenheit, eine neue Art von Einbezogenheit der unterschiedlichsten Menschen quer durch die Gesellschaft. Es sind nicht mehr nur die Schüler, sondern auch die Lehrer, es sind nicht nur ein paar Pfarrer, sondern alle Kirchenmitglieder usw. Es ist einfach unmöglich, die Entschlossenheit der Menschen, die die UDF repräsentiert, zu verbieten.

Der Name UDF ist ein Symbol geworden für eine Entscheidung, die die Menschen getroffen haben. Und das kann man nicht verbieten.

**FRAGE:** Wie hat der Ausnahmezustand

auf die Arbeit der UDF gewirkt?

**A. BOESAK:** Unter dem Ausnahmezustand dürfen wir keine Versammlungen durchführen, wir können die Menschen nicht im Namen der UDF mobilisieren. Das heißt aber nicht, daß die UDF am Ende wäre. Man darf nicht vergessen, daß die jüngste Aktion der Regierung nach 2 Jahren grausamster Verfolgung und Unterdrückung erfolgte, die vor allem auf die UDF zielte. Von den rund 20.000 Menschen, die seit dem 12. Juni inhaftiert wurden, dürften rund 80% Aktivisten der UDF sein.

In den letzten 2 Jahren wanderte die UDF-Führung in die Gefängnisse und wieder hinaus, wie beim Brötchenbacken. Gegen uns liefen zwei Hochverratsprozesse, wovon einer noch nicht beendet ist. Auch gegen mich läuft noch ein Verfahren (im November 1986 wurde die Anklage gegen A. Boesak fallengelassen; d. Red.). All das ist eine spezifische Strategie des Staates, um die UDF zu behindern oder sie gar völlig hilflos zu machen. Aber trotz ihres gesamten Machtapparates, trotz aller Gewalt und brutalen Morde gegen die UDF war die Regierung nicht in der Lage, ihr Ziel zu erreichen.

Wenn also heute die UDF zu einer „beeinflussten Organisation“ erklärt wird, so kommt das einem Offenbarungseid der Regierung gleich, aber es ist zugleich eine berechtigte Offenbarung über die UDF selbst. Ich meine, diese jüngste Aktion der Regierung ist ein großartiges Kompliment an die UDF und damit an das Volk. Die Stärke der UDF liegt ja nicht in der Spendentätigkeit aus dem Ausland. Natürlich brauchen wir Geld, um unsere Kampagnen zu führen, um unsere Propagandisten zu unterstützen. Die Stärke der UDF liegt auch nicht im Charisma ihrer Führung.

Ihre Stärke liegt in den einfachen Menschen an der Basis, auf der Graswurzelebene. Es wird keiner Regierung gelingen, die Hingabe und Entschlossenheit dieser Menschen zu ändern, wie repressiv sie auch sein möge.

Man wird in Pretoria allerdings wieder einige Zeit brauchen, um zu begreifen, daß auch die jüngste Aktion nichts nützen wird.

Sie ist wie eine vergebliche Geste, ein wenig kindisch, wie ich meine. Man weiß schon gar nicht mehr, wie man es der südafrikanischen Regierung sagen soll, daß sie mit dem Herumspielen aufhören muß, um sich endlich den Fragen der Zeit zu stellen.

Deren Lösung hat aber nichts mit dem Sein oder Nichtsein der UDF zu tun, aber alles mit der Fähigkeit der südafrikanischen Regierung zu begreifen, daß die Tage der weißen Minderheits-herrschaft vorbei sind.



William Nyatela (12), bereits viermal inhaftiert und gefoltert mit Elektroschocks wegen Beteiligung an Mieterprotesten

## Kinder in Haft

22.000 Menschen wurden seit Verhängung des Ausnahmezustandes am 12.6.1986 inhaftiert. 631 sind noch in Haft seit der Verhängung des vorausgegangenen Ausnahmezustandes 1985/86. Und mehr als 2.400 Personen wurden nach anderen Gesetzen seit Anfang 1986 verhaftet.

Von all diesen Verhafteten waren im Oktober 1986 noch immer mehr als 20.000 in Gefängnissen. Das Komitee zur Unterstützung der Eltern Inhaftierter (DPSC) gab bekannt, daß von diesen Gefangenen 47% jünger als 21 Jahre sind.

8.200 der seit dem 12.6.1986 verhafteten waren Kinder und Jugendliche. Eine Studie des DPSC behauptet, daß mehr als 10% der Inhaftierten weniger als 14 Jahre alt sind.

Der südafrikanische Polizeichef Johan Coetzee gibt immerhin zu, daß in den Apartheidgefängnissen zur Zeit 256 Kinder unter 16 Jahren aus politischen Gründen eingesperrt sind. Seiner Aussage zufolge ist der jüngste Gefangene 11 Jahre alt.

Coetzee bestritt allerdings, daß Kinder und Jugendliche in südafrikanischen Gefängnissen gefoltert würden, was von dem DPSC mehrfach belegt wurde. Freigekommene Kinder berichten von schweren Folterungen wie Schlägen mit Fäusten, Gegenständen, Tritten und anderen Folterpraktiken.

Der Sprecher des DPSC, Max Coleman, erklärte: „Wir erleben eine Regierung, die ihren Kindern den Krieg erklärt. Ich kann mich an nichts in der Geschichte erinnern, was vergleichbar wäre.“

Die Süddeutsche Zeitung meldete am 10.12.1986, daß das US-Außenministerium die Praxis, Kinder in Gefangenschaft zu halten, kritisiert habe. „Wir betrachten den gesamten Ausnahmezustand als massive Verletzung der Menschenrechte“, so die Regierung Reagan. Die Bundesregierung Kohl sah keine Veranlassung zu einer derartigen Stellungnahme.

Der maßgeblich an der Erstellung der Dokumentation beteiligte Arzt Dr. Fabian Ribeiro sowie seine Frau wurden am 1.12.1986 von Unbekannten in ihrem Heimatort Mamelodi ermordet. Augenzeugen berichten, daß das benutzte Fluchtauto auf den kommandierenden Offizier des Sicherheitspostens in Skoemantstreet, Pretoria, zugelassen ist. Es wurde an der Stelle, wo es die Täter zurückgelassen hatten, von Offizieren der Sicherheitspolizei abgeholt.

**FRAGE:** Wie wirkt der Ausnahmezustand auf seiten des weißen Südafrika?

**A. BOESAK:** Es wird sich herausstellen, daß der Ausnahmezustand in keiner Weise eine Lösung bringt.

Er schafft bestenfalls Illusionen von Siegen in den Köpfen der Weißen, denn sie wissen nicht, was wirklich in ihrem Lande geschieht. Die geknebelte Presse ist nicht in der Lage, ihnen die Wahrheit zu sagen, sie sind Opfer von Propaganda und Lügen, die im südafrikanischen Fernsehen und Rundfunk verbreitet werden.

Ich meine andererseits, daß mehr und mehr weiße Südafrikaner hier mit einem großen Widerspruch nicht klarkommen. In den letzten 3 Monaten hat das offizielle Informationsbüro immer wieder gesagt, die Gewalt sei zurückgegangen, der Ausnahmezustand habe gewirkt, nur so und so viele Menschen seien umgekommen, die Regierung habe alles unter Kontrolle.

Aber wenn die Regierung alles unter Kontrolle hat, wenn die Gewalt zurückgegangen ist, wenn also alles in Ordnung ist – warum heben sie dann den Ausnahmezustand nicht auf? ! Zugleich sagen sie, nein, wir können den Ausnahmezustand nicht beenden, weil das revolutionäre Klima noch da ist. Nun, wenn das revolutionäre Klima noch da ist, wie kann dann die Regierung alles unter Kontrolle haben?

Eine Regierung, die ihre Menschen ständig anlügt, verstrickt sich immer mehr in ihren Lügen und Widersprüchen, die sie dann notwendigerweise immer weiter produzieren muß. (...)

## Diese Regierung loswerden!

Ich meine, es geht nicht mehr um die Frage, ob die südafrikanische Regierung willens ist, notwendige Veränderungen für eine Normalisierung der Lage herbeizuführen. (...)

Sie ist es nicht. Also geht es darum, was wir tun können, diese Regierung loszuwerden.

**FRAGE:** Welche Bedeutung hat für Sie die Gründung des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU (Kongreß Südafrikanischer Gewerkschaften, gegr. Ende 1985 in Durban; d. Red.)?

**A. BOESAK:** Die Gründung von COSATU hat ein völlig neues Kapitel in der südafrikanischen Politik eröffnet. Es ist ein Gewerkschaftsverband, der sich entschieden gegen die falsche Trennung von sog. politischen Fragen und sog. Brot- und Butter-Fragen wendet.

COSATU, UDF, SACC (der südafrikanische Kirchenrat) und weitere Organisationen haben erst vergangene Woche eine nationale Initiative zur Beendigung des Ausnahmezustandes gestartet. Es ist et-

# Betrugskampagne

„Freiheit für Südafrika und Namibia – Boykottiert Apartheid!“ So lautet die Forderung der Mehrheit in beiden Staaten. Und unter diesem Motto riefen die Anti-Apartheid-Bewegungen in den USA, Großbritannien, der BRD und anderen Hauptunterstützerstaaten des Rassistenregimes zu Massenprotesten in ihren Ländern auf.

Angesichts dieses Drucks sahen sich selbst die Regierungen in Washington, London und Bonn gezwungen, wenigstens Teilsanktionen gegen den Apartheidstaat zu verhängen. Anlaß genug für die Ewiggestrigen, sich einzumischen in die Sanktionsdebatte.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und in der Welt erschien ein Aufruf „Südafrika-Boykott – NEIN; Sehr geehrte Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung!“. Dieser Aufruf, initiiert von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), behauptet, in 3-5 Jahren sei die Apartheid in Südafrika abgeschafft, auf dem Weg der Reformen von oben.

Dem Widerstand gegen die Apartheid wird unterstellt, nicht für die Abschaffung der Apartheid und die Errichtung eines freien und demokratischen Südafrika zu sein, sondern die Errichtung eines totalitären Staates zu kämpfen. Die Haltung der BRD angesichts dieser Lage könne folgerichtig nur sein:

„Alles zu unternehmen, was demokratische, zu Ausgleich und Versöhnung bereite Kräfte fördert; politische und religiöse Kräfte zu unterstützen, die heute die Menschenrechte einhalten; großzügig Investitionen fördern; wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Beziehungen ausbauen.“

„Alles unterlassen, was zur Stärkung totalitärer und rassistischer Gruppen und Tendenzen beiträgt. Politische Führer, die in ihrer Taktik Gewaltaktionen einkalkulieren, dürfen nicht mit unserer Unterstützung rechnen, denn ihre Ideologie, Methoden und Ziele sind identisch mit jenen Gruppen, die auch bei uns politisch motivierte Gewalttaten verüben.“<sup>1</sup>

## „Ausgleich“ mit der Apartheid!

Vorbereitet hat die IGFM ihre Kampagne u.a. mit einer Broschüre „Apartheid – Wie lange noch? Bericht über die Reise einer IGFM-Gruppe nach Südafrika“.<sup>2</sup> Unterstützt wurde die IGFM bei ihren Reise- und Gesprächsbemühungen u.a. von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Teilnehmer der Reisegruppe waren Iwan Agrusov, Reinhard Gnauck und Jörn Ziegler vom IGFM-Vorstand, Generalbundesanwalt a.D. Ludwig Martin, der Göttinger Jurist Hans-Thomas Bechstein, zwei internationale Gäste und Pastor Ndbezinhle Musa, ehemaliger Sprecher der „Anti-Terror-Organisation“ in Simbabwe, der heute in der BRD lebt. Letztgenannte Organisation war während des Befreiungskampfes im heutigen Simbabwe vom Minderheitenregime Ian Smith zur Bekämpfung des Widerstandes ins Leben gerufen worden.

Die IGFM-Gruppe hielt sich vom 26.1. bis zum 11.2.1986 in Südafrika auf. Dort hatte sie Gespräche mit Vertretern der Regierung, u.a. mit Außenminister Roelof Botha, der Wirtschaft ebenso wie mit Vertretern des Widerstandes und der sog. Bantuselbstverwaltung und der Homelands, die von der Mehrheit der Südafrikaner abgelehnt und als Kollaborateure der Apartheid angesehen werden. Sie besuchten



zudem die Werke von BMW und Mercedes-Benz Südafrika.

Ihre „Empfehlungen“, die sie als Resultat der Reise darstellten, gaben die Teilnehmer bei einem Pressegespräch am 12.2.1986 so wieder: Aufrechterhaltung und Erweiterung der Beziehungen zum Apartheidstaat und Abstand von den Kräften des Widerstandes.<sup>3</sup>

## Buthlezi „empfehlenswert“

Dies allerdings als Ergebnis einer Reise nach Südafrika darzustellen, wodurch der Eindruck von Bemühen und Authentizität entstehen soll, ist schlichtweg Heuchelei. Die kirchliche Presseagentur idea, die zu den Südafrika-freundlichen Kircheninstitutionen gerechnet werden muß, berichtete bereits am 16.9.1985, daß IGFM-Generalsekretär Agursov und der „Anti-Terrorist“ Musa sich für einen „Marshallplan“ für Südafrika mit einer jährlichen Unterstützung von bis zu 100Mrd\$ einsetzen. Investitionen statt Sanktionen war auch das Motto der Delegation zu Anfang 1986, da so die Reformpolitik Pieter W. Bothas unterstützt werde.

Iwan Agrusov und Pastor Musa wandten sich strikt gegen eine Freilassung Nelson Mandelas, dem sie Gewalt vorwarfen. Statt sich für Mandela einzusetzen, solle man gemäßigte Führer wie Gatscha Buthlezi unterstützen – eine Forderung, die auch von der Bundesregierung immer wieder zu hören ist.

Am 8.3.1986 fand eine Internationale Tagung der IGFM in Königstein/Taunus statt, auf der Agrusov bekanntgab, daß sich die Arbeit der IGFM auf dem afrikanischen Kontinent in der Zukunft die Schwerpunkte Südafrika und Namibia setze. Zu diesem Zweck sollen in beiden Ländern Sektionen der IGFM eingerichtet werden.

An diesem Treffen nahm der südafrikanische Botschafter in Bonn, Retief, ebenso teil wie ein Mitglied des „Stadtrats“ von Ibhayi, das sich aus Furcht vor den Angriffen gegen die Kollaborateure in das Reservat Transkei geflüchtet hat.

Doch nicht nur Vertreter des Apartheidstaates waren anwesend. Die IGFM konnte zudem Artur da Fonseca begrüßen, den Sekretär für

# Südafrika, Namibia



auswärtige Beziehungen der RNM, der konterrevolutionären Banden in Mosambik. Fonseca lebt zur Zeit in der Bundesrepublik.

Contras aus Nicaragua, Angehörige der Vereinigten Nikaraguanischen Opposition (UNO), einer Formation des antisandinistischen Terrors, und aus Afghanistan waren ebenfalls geladen.

Schwere Vorwürfe gegen die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), die Befreiungsbewegung Namibias, erhoben Vertreterinnen eines sog. Elternkomitees (Stella Maria Boois, Stella Gais und Talida Schmidt).

Sie beschuldigen die SWAPO, in den Flüchtlingslagern in Angola (Cuanza Sul) und Sambia (Nyango) Terror auszuüben (siehe AIB 4/1986, S. 8 und 11/1986, S. 18-19). Dabei macht sich dieses Komitee den Umstand zu nutze, daß die SWAPO einen Agentenring Pretorias in den eigenen Reihen aufdeckte.

## Menschenrechtsverletzer SWAPO?

Die IGFM gab im Sommer 1985 eine Dokumentation „Menschenrechte in Konflikt um Südwestafrika/Namibia“<sup>4</sup> heraus, in der sie die Beschuldigungen aufgreift. Nachdem in hiesigen und namibischen Zeitungen die ersten Berichte über die angeblichen Menschenrechtsverletzungen seitens der SWAPO aufgetaucht waren und bekannt war, daß das Elternkomitee Briefe an UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar, den SWAPO-Generalsekretär Sam Nujoma und andere geschrieben hatte, schalteten sich Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU in die Kampagne ein.

Sie richteten im Deutschen Bundestag Anfragen an die Bundesregierung, ob die Vorwürfe bekannt seien und wie diese zu reagieren gedächte. Eine zugegebenermaßen nicht ungeschickte Methode, das Thema „salonfähig“ zu machen.

„Staatsminister Müllemann hat kürzlich im Bundestag auf eine Frage eines Bundestagsabgeordneten gesagt, es gebe keine Bestätigung für die Existenz von SWAPO-Gefängnissen in Sambia und Angola; auch den Vereinigten Staaten lägen keine Informationen darüber vor.“<sup>5</sup>

Auch die Untersuchungen verschiedener Dele-

gationen in den Flüchtlingslagern brachten keine Bestätigung der Behauptungen des Elternkomitees. Weder fand eine UNO-Delegation im Frühjahr 1985 in den Lagern Cuanza Sul und Nyango Beweise für Menschenrechtsverletzungen durch die SWAPO, noch ein Team der ARD oder einige Wochen später Mitarbeiter der Botschaft der BRD in Lusaka, der Hauptstadt Sambias.

Dies hielt Klaus-Jürgen Hedrich, CDU/MdB, nicht davon ab, eine erweiterte Anfrage an die Bundesregierung im Bundestag zu stellen. Er warf der SWAPO nicht nur Terror in den Lagern vor, sondern beschuldigte sie auch des Mißbrauchs von Spenden internationaler und kirchlicher Organisationen durch ihre Funktionäre.

Eine weitere Anfrage zu den Anschuldigungen stellte am 5.7.1985 der CDU-Bundestagsabgeordnete Niegel, in der er sich ausdrücklich auf die Dokumentation der IGFM bezog. In beiden Fällen mußte die Regierung Kohl zugeben, daß ihr keine glaubwürdigen Informationen über Menschenrechtsverletzungen durch die SWAPO vorlägen.

Alle Bekundungen, daß es keine Beweise gäbe, hielten die IGFM jedoch nicht davon ab, am 1.10.1986 der Presse eine erweiterte Fassung ihrer Broschüre „SWAPO und die Menschenrechte“ vorzulegen. Verfaßt von Ansgar Graw, der sich mehrere Wochen in Namibia aufgehalten hat, werden die alten Vorwürfe wieder aufgegriffen und neue hinzugefügt.

Im Juli 1986 teilte der Staatsminister Stavenhagen auf eine erneute Anfrage Hedrichs mit, daß die SWAPO Gefangene habe, eine Tatsache, die heute von der IGFM als Eingeständnis der Bundesregierung zu Menschenrechtsverletzungen durch die SWAPO gefeiert wird. Hätten sie die Mitteilungen der SWAPO selbst genauer gelesen, wüßten die IGFM-Vertreter, daß die SWAPO nicht abstreitet, einige der enttarnten Agenten Südafrikas inhaftiert zu haben mit der Begründung, sie seien zu Feinden Namibias geworden.

Willy Lützenkirchen hat in dankenswerter Offenheit den Sinn und Zweck dieser ganzen Kampagne gegen die SWAPO dargelegt: „Wer sie (die unterstellten Menschenrechtsverletzungen der SWAPO) zur Kenntnis genommen habe, werde sich in Zukunft Gedanken über die Finanzierung der SWAPO machen.“ Und weiter wörtlich: „Wie kann SWAPO überhaupt noch ein moralischer Sieger in SAW/Namibia sein.“<sup>6</sup>

Ziel solcher Diffamierungskampagnen kann es nur sein, die internationale Unterstützung für die SWAPO zu verringern und gleichzeitig innerhalb Namibias der SWAPO die Glaubwürdigkeit zu entziehen. **Marianne Kolter**

## Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.10.1986
- 2) Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Apartheid – wie lange noch? Bericht über die Reise einer IGFM-Gruppe nach Südafrika, Frankfurt 1986
- 3) Ebenda, S. 115-117
- 4) Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Menschenrechte im Konflikt um Südwestafrika/Namibia. Dokumentation, Frankfurt 1985
- 5) Evangelischer Pressedienst, ZA Nr. 31, 13.2.1986
- 6) Allgemeine Zeitung (AZ), Windhoek, 23.7.1985

was Neues, wenn ein Gewerkschaftsverband einen solchen Schritt ganz offen zusammen mit einer politischen Organisation geht.

Eine natürliche enge Verbindung ist auch dadurch hergestellt, daß viele Mitglieder von COSATU zugleich der UDF angeschlossen sind. Ich erwarte eigentlich sehr viel von COSATU – und das tun die Menschen in Südafrika insgesamt. (...)

## Aufbegehren auch auf dem Lande

**FRAGE:** Während eines kurzen Aufenthaltes in Südafrika in diesem Jahr konnte ich feststellen, daß auf dem Lande, in den Dörfern, auf den Farmen eine rasante politische Entwicklung stattgefunden hat.

**A. BOESAK:** Ja, ich finde die Entwicklung in den ländlichen Gebieten viel aufregender als die in den Städten.

Wenn man den Pulsschlag der Widerstandsbewegung in Südafrika fühlen will, sollte man nicht nach Soweto gehen oder nach Port Elizabeth oder nach Kapstadt. Man sollte in die Karoo gehen, in kleine vergessene Orte wie Hannover, die in keiner Statistik erscheinen.

Nehmen wir zum Beispiel einen Ort wie Van Wyk's Vlei, den kaum einer kennt. Dort sind die Leute auf offenen Lastwagen bis zu 250 km durch die Hitze der Karoo gereist, um mich sprechen zu hören. Wir gründeten dort eine Gemeindeorganisation. Ein junger weißer Pfarrer der Reformierten Kirche übernahm die Führung.

Das grenzt schon an eine Revolution. Dem jungen Mann wird mit dem Rauschmiß aus seinem Haus, aus der Kirche gedroht, die Kirche bedroht auch seine Frau und behält sein Gehalt ein, weil er in ihren Augen ein Boesak-Mann ist.

Eine Woche, nachdem ich dort war, wurden die Landarbeiter auf den Farmen aus ihren Hütten und aus ihrer Arbeit gefeuert. Ihnen wird gesagt, fragt doch Allan Boesak nach einem Haus oder nach einer Arbeit. Vor 5 oder gar 2 Jahren wären unsere Leute noch reumütig zurückgegangen und hätten gesagt, Entschuldigung, Baas, ich werde das nie wieder tun.

Ich habe den Pfarrer gefragt, was geschehen ist, und er sagte mir, die Leute weigern sich, zurückzugehen. Es wird jetzt Geld gesammelt, um Häuser für die Leute zu bauen, und zwar auf Kirchengrund. Solche Erfahrungen sagen mir, daß die südafrikanische Regierung einen aussichtslosen Kampf führt. Man darf das wachsende politische Bewußtsein, die wachsende Politisierung der Menschen in Südafrika nicht unterschätzen. Hier gibt es etwas, was P.W. Botha nicht mehr rückgängig machen kann, selbst wenn er wollte.

**FRAGE:** Die Reagan-Regierung hat einen neuen Botschafter für Südafrika ernannt. Edward Perkins ist ein US-Diplomat schwarzer Hautfarbe. Wird das die Einstellung der Menschen in Südafrika zu den USA ändern?

**A. BOESAK:** Nein. Darüber sind wir hinaus.

Ich habe im US-amerikanischen Fernsehen gesagt, daß ich diesen subtilen Rassismus der Reagan-Administration verabscheue, sollten sie glauben, daß wir uns durch die Hautfarbe des Botschafters beeindruckt lassen.

Es ist überhaupt nicht entscheidend, ob der US-Botschafter schwarz oder weiß ist, das macht keinerlei Unterschied. Wichtig ist, wofür er steht.

Wir haben ja Gatsha Buthelezi, einen schwarzen Südafrikaner, und jeder weiß, wofür er steht. Wir haben auch weiße Menschen, und wir wissen, wofür sie stehen, wie zum Beispiel Gottfried Kraatz, den Sie ja kennen.

Aber ich meine, es ist für Menschen, die im tiefsten Innern Rassisten sind, wie Ronald Reagan, schwer, solche Dinge zu verstehen.

**FRAGE:** Da gegen Sie noch ein Verfahren läuft, das am 28. Oktober zur Verhandlung vor Gericht kommen wird, können Sie uns verständlicherweise nicht ihre eigene Meinung zu Sanktionen sagen. Vielleicht können Sie aber kurz darüber berichten, wie die Menschen in Südafrika die Beschlüsse der EG in dieser Frage aufgenommen haben.

**A. BOESAK:** Die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung zu Sanktionen ist weit hin bekannt. In diesem Zusammenhang spricht Desmond Tutu tatsächlich für die schwarze Mehrheit in Südafrika, nicht Gatsha Buthelezi oder Helen Suzman.

Wenn Desmond sagt, daß er tief enttäuscht ist von der EG, weil sie mit Sanktionen herumspielt, aber offenbar nicht gewillt ist, eine effektive Sanktionsstrategie gegenüber Südafrika anzuwenden, dann kann man davon ausgehen, daß Desmond Tutu für die meisten schwarzen Südafrikaner spricht. Er meint, daß das, was die EG in dieser Frage beschlossen hat, nicht sehr hilfreich ist, um das mindeste zu sagen.

Seit Jahr und Tag haben die Menschen in Südafrika gesagt, daß Sanktionen wirklich nur dann funktionieren, wenn sie effektiv und gezielt angewendet werden. Wenn sie nicht effektiv sind, entsteht eine schwierige Lage.

Dann kommt ein langsamer, langwieriger Auflösungsprozeß der Wirtschaft, der viele Jahre dauert und noch mehr Probleme entstehen lassen wird. Ich glaube nicht, daß die schwarzen Menschen zu Hause über die EG-Beschlüsse vor Freude in die Luft springen.

(Quelle: Die Wahrheit, Berlin-West, 16.10.1986)



Vom RNM gesprengte Brücke: Zugreisende müssen zu Fuß weiter

## Joachim Becker Der RNM und seine Sponsoren Die Plage Mosambiks

„Eine demokratische Regierung, die auf freiem Unternehmertum basiert“, sei sein Ziel.<sup>1</sup> Das erklärt der Mosambikanische Nationale Widerstand (RNM) in einer seiner in Ermangelung einer politischen Programmatik äußerst spärlichen politischen Stellungnahmen.

RNM-Sprecher ließen auch verlauten, sie seien für eine Entnationalisierung des Bodens, des Erziehungs- und Gesundheitswesens sowie für eine Rückkehr zum System der Régulos (Régulos waren von der Kolonialverwaltung ernannte „Häuptlinge“).<sup>2</sup> Selbst für die Rückgabe von aufgegebenen Besitztümern an zur Zeit der Unabhängigkeit geflohene Portugiesen sprachen sich RNM-Vertreter aus.<sup>3</sup>

Bereits dies läßt ahnen, wessen Interessen die RNM dient und wessen Geistes Kind sie ist.

Die RNM wurde vom rhodesischen Geheimdienst CIO (Central Intelligence Organisation) gegründet.<sup>4</sup>

1968 hatte die Befreiungsfront Mosambiks (FRELIMO) in der an den Nordosten Simbabwe grenzenden Provinz Tete eine Front eröffnet. 1972 hatte ihr dies die Afrikanische Nationalunion Simbawes (ZANU), mit Unterstützung der FRELIMO, im Nordosten Simbawes nachgetan, womit sie in Simbabwe die entscheidende Phase des Befreiungskriegs einläutete.

Dies hatte die Zweifel des rhodesischen Regimes an den Fähigkeiten der portugiesischen Kolonialarmee, im Kolonialkrieg zu bestehen, verstärkt. Jahrelang versuchte der CIO die Portugiesen zu überreden, gemeinsam eine Untergrundbewegung zu organisieren. Erst in den buchstäblich allerletzten Tagen der Caetano-Diktatur wurden die Verhand-

lungen abgeschlossen.

Das Vorhaben ließ sich nach dem Sturz der Rechtsdiktatur in Portugal am 25.4.1974 in dieser Form nicht mehr durchführen. Dafür strömten Mitglieder der politischen Polizei PIDE/DGS und aus Spezialeinheiten aus Mosambik nach Rhodesien. Später folgten auch Angehörige der mosambikanischen Armee (FPLM), die mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren, als sie auf verbotene Weise die Früchte der Unabhängigkeit genießen wollten.

### Adoptivkind Pretorias

Zu dieser Gruppe gehörte André Matsangaiza, der 1976 nach Rhodesien kam und vom CIO zum ersten Führer des „Widerstands“ erkoren wurde, und Afonso Dhlakama, sein damaliger Stellvertreter, und heute „Präsident“ der RNM.

1976 wurde das erste Trainingscamp für die Contra eingerichtet und ein Radiosender, pompös *Voz da Africa Livre* (Stimme des freien Afrika) genannt, eröffnet, wo der führende DGS-Agent und Angestellte des Kolonialmagnaten Jorge Jardim, Orlando Cristina, ein Weißer, die Fäden zog.

„Die Ziele der RNM“, so der langjährige CIO-Chef Ken Flower, „waren im wesentlichen, eine Möglichkeit für Rhodesien zu schaffen, sich mit ZANLA (dem bewaffneten Arm der ZANU; d. Verf.) in Mosambik zu befassen, ohne dies direkt zu tun, und Instabilität in Gebieten Mosambiks zu verewigen oder zu schaffen.“<sup>5</sup>

Die RNM ergänzte auf militärischem Gebiet die Kommandounternehmen der rhodesischen Armee gegen Mosambik, das so für die Unterstützung der sim-

babwischen Nationalisten bluten sollte. Der Schwerpunkt der Angriffe lag in Zentralmosambik.

1978 richteten die Rhodesier der RNM eine Basis im Gorongosa-Massiv in der Sofala-Provinz in Mosambik ein. In den Jahren 1979 und 1980 mußte die RNM schwerste militärische Rückschläge hinnehmen, wobei sie auch Matsangaiza verlor.

1980 erbten die Südafrikaner, die bereits zuvor mit dem RNM-Unternehmen zu tun gehabt hatten, diese vom rhodesischen Regime, das der ZANU/PF-Regierung weichen mußte.

Die Südafrikaner machten die RNM nun zum Bestandteil ihrer Destabilisierungspolitik gegenüber Mosambik (siehe hierzu AIB 12/1985). Sie nahmen in der RNM wesentliche Veränderungen vor. Sie bauten die militärische Schlagfähigkeit der RNM aus. Deren Banden konnten sich nun auf eine kräftige logistische Unterstützung Südafrikas verlassen.

Sie wurden in Mosambik per Luft und See mit allem Nötigen versorgt. Weitere „Kämpfer“ wurden in Südafrika ausgebildet.

Die Südafrikaner instruierten die RNM, insbesondere die Transitverbindungen in die Frontstaaten anzugreifen. So sollten deren Bemühungen, die Abhängigkeit von Südafrika abzubauen, durchkreuzt werden.

Außerdem wurde sie auf eine Zerstörung wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur auf dem Lande und eine Terrorisierung der Landbevölkerung angesetzt, um so die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Mosambiks noch zu verstärken. Während die RNM unter rhodesischer Fuchtel noch Anstrengungen unternommen hatte, die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, setzten die Südafrikaner der RNM allein möglichst große Zerstörungen zum Ziel.

Ihr Terror gleicht sich überall: offizielle



Nkomati-Unterzeichner Botha (l.) und Machel 1984 - Pretoria hielt sich nicht dran

FRELIMO-Vertreter, Lehrer und Gesundheitsberater werden ermordet. Leute, die „bloß“ als Sympathisanten der FRELIMO gelten, werden grausam verstümmelt: Ihnen werden Ohren, Nase, Lippen oder, bei Frauen, die Brüste abgeschnitten. Bauern werden ausgeplündert. Man sollte hieraus jedoch nicht schließen, daß die RNM nicht auch aus Widerspruch der mosambikanischen Gesellschaft gespeist würde. Neben weißen Siedlerpolitikern im Exil, Angehörigen der Kolonialarmee, reaktionären FRELIMO-Absplittierungen aus den 60er Jahren und kriminell gewordenen FPLM-Angehörigen konnte die RNM auch Personen rekrutieren, deren Aufstiegserwartungen in der FRELIMO enttäuscht wurden, sowie Régulos und Feticheiros (traditionelle Doktoren mit religiöser Bedeutung), die durch die Regierungsübernahme der FRELIMO Macht und Privilegien verloren.

Die gewöhnlichen RNM-„Kämpfer“ sind hingegen meist zwangsrekrutiert. Die Gesamtstärke der RNM soll sich auf 16.000 bis 20.000 belaufen.<sup>6</sup>

Gebietsweise konnte die RNM zumindest die anfängliche Tolerierung der Landbevölkerung erreichen. Gründe hierfür waren u.a. eine mangelnde Mobilisierung durch die FRELIMO, Mangel an Konsumgütern und eine häufig übereilte, politisch, wirtschaftlich und verwaltungsmäßig unzureichende Umsiedlung in „Gemeinschaftsdörfer“.

„Aber die Haltung des größten Teils der mosambikanischen Bevölkerung ist gekennzeichnet von einer Mischung aus Angst, Wut und Abscheu“, konstatieren Paul Fauvet und Alves Gomes von der mosambikanischen Nachrichtenagentur AIM.<sup>7</sup>

In den Gebieten mit massiver RNM-Präsenz „existiert keine Form der Verwaltung oder Organisation, die das Saat Korn einer Rebellenregierung sein könnte... Häufige Bestrafung, Verstümmelung und willkürliche Exekutionen sind die Mittel, die genutzt werden, um Rebellion oder Opposition gegen die lästigen täglichen Verpflichtungen, die von den Kommandeuren der bewaffneten Gruppen aufgebürdet werden, zu vermeiden“, so der mosambikanische Journalist Mota Lopes.<sup>8</sup>

Dennoch wollen die Südafrikaner, daß die RNM als glaubwürdige politische Bewegung operiere. Hierzu mußte der RNM zunächst einmal eine „politische Führung“ verpaßt werden.

Das erwies sich für die Südafrikaner als ziemlich schwierig. Als Mitglieder einer RNM-Führung traten neben „Präsident“ Dhlakama und dem 1983 bei internen Auseinandersetzungen ermordeten Cristina in der Folgezeit u.a. in Erscheinung: der Portugiese Evo Fernandes, goanesischer Herkunft, in der Kolonialzeit Angestellter Jardims und vermutlich

RNM-Contras im Hinterhalt (l.); Wandgemälde in Maputo, das den Kampf gegen die Banditen propagiert



DGS-Agent, ersetzte Cristina als „Generalsekretär“; die Deserteure Adriano und Boaventura Bomba, die infolge interner Auseinandersetzungen ermordet wurden; Paulo Correia, ein portugiesischer Staatsbürger; der in der BRD residierende „außenpolitische Sekretär“, Artur da Fonseca; Fanuel G. Mahluza.

Letzterer wurde in die RNM-„Führung“ aufgenommen, nachdem die bis dahin von Malawi aus autonom agierenden COREMO/UNAR/Africa Livre Banden 1982 in der RNM aufgingen. COREMO war 1965 von einer reaktionären FRELIMO-Abspaltung gegründet worden. 1967 war die Afrikanische Nationalunion von Rombézia (UNAR), die 1985 auch wieder eigenständig in Erscheinung trat, als separatistisch-tribalistische Organisation von PIDE und Jardim unter der Leitung des bisherigen COREMO-Vize-Präsidenten geschaffen worden. Nach der Unabhängigkeit trieb diese Tendenz unter dem Etikett Africa Livre von Malawi aus ihr Bandenunwesen. Die RNM verfügt auch heute noch nicht über eine zusammenhängende Struktur.

## Drehscheiben der Contra: Portugal, BRD, USA

Außerdem baute die RNM in Portugal einen umfangreichen Propaganda-Apparat auf. Aus dem mondänen Badeort Cascais ergießt sich ein unablässiger Propagandastrom in die westliche Presse. Portugal ist der wichtigste europäische Stützpunkt der RNM. In der früheren Kolonialmetropole befindet sich eine große Gemeinschaft von Rückkehrern aus den früheren portugiesischen Kolonien. Die RNM findet in Wirtschaftskreisen und in politischen Parteien – und zwar nicht nur den Rechtsparteien, sondern auch in der Sozialistischen Partei – Unterstützung. Frühere Kolonialmagnaten sind wichtige Finanziers der RNM.<sup>9</sup> Von Portugal aus knüpfte die RNM auch ihre anderen internationalen Kontakte. Nach Portugal ist die BRD die wichtigste Drehscheibe dieser Contra in Europa. Mehrfache Kontakte der RNM zu CSU/CDU-Kreisen sind dokumentiert.

RNM-Leute können hier mit Wissen der Bundesregierung ihre Aktivitäten frei entfalten. Mehrfach trafen sich die „Führungsgremien“ der RNM in der BRD (Auflistung der RNM-Aktivitäten in der BRD in: AIB 7/1985, S. 28f.). In Frankreich ist die Internationale des Widerstands (IR) eine wichtige Relaisstation der RNM (siehe AIB 4/1985, S. 10ff.).

Sehr hilfreich für die RNM sind auch ihre Verbindungen zur Anti-Kommunistischen Weltliga (WACL), dem Zentrum der „privaten“ Contra-Hilfe in den USA.

So veröffentlichte das US-Kapitel der WACL einen RNM-Auftrag über 15.000 leichte Waffen, 500 SAM-Raketen, Uniformen für 50.000 Mann usw. zur „Information“, wie kleingedruckt darunter stand, um so den Anschein der Gesetzes-einhaltung zu wahren.

Einen Monat später war das Netzwerk für die materielle und finanzielle Unterstützung der RNM bereit.<sup>10</sup>

## AFL-CIO, Heritage Foundation Förderer: der RNM

Im Februar und März d.J. veröffentlichte das US-amerikanische Söldnermagazin *Soldiers of Fortune*, das auch als Rekrutierungsagentur arbeitet, zwei Artikel über die RNM. Bei einem Söldnertreffen, das dieses Magazin in Las Vegas organisierte, war auch eine RNM-Delegation anwesend.<sup>11</sup>

Es hat auch Treffen der RNM mit Vertretern des African-American Labor Centre (AALC) des US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, das zu über 90% mit Regierungsgeldern arbeitet und dem CIA-Verbindungen nachgesagt werden, und des Free Trade Union Institute (FTUI) des AFL-CIO gegeben. Aufgrund ihm vorliegender Dokumente kommt Andrew Weir zu dem Schluß, „daß die eine oder andere mit dem AFL-CIO verbundene Körperschaft RNM-Aktivitäten finanzierte oder dies zumindest ernsthaft in Betracht zog“.<sup>12</sup>

Die ebenso einflußreiche wie reaktionäre Heritage Foundation wirft ihr Gewicht für die RNM, deren US-Büro sich seit dem Sommer 1986 im gleichen Haus wie die Heritage Foundation befindet, in die Waagschale. Die RNM möchte in den USA den gleichen Status wie die angolanische UNITA-Contra erreichen.<sup>13</sup>

Den Segen des rechten Flügels der Republikanischen Partei, der den subtileren Kurs der Regierung Reagan gegenüber Mosambik kritisiert, hat sie dabei. Die RNM-Kampagne in den USA wird allerdings dadurch beeinträchtigt, daß dort gleich drei Exilmosambikaner beanspruchen, die RNM zu vertreten.

Diese und andere internationale Verbindungen der RNM waren für das südafrikanische Regime nach dem Abschluß des Nichtangriffsvertrages mit Mosambik im Jahr 1984, der ein Erfolg seiner Destabilisierungspolitik war, sehr nützlich, als es den Anschein einer operativen Unabhängigkeit der RNM zu erwecken suchte.

Vertragswidrig setzten die Südafrikaner ihre massive Unterstützung der RNM fort, wenn es auch innerhalb der politisch-militärischen Führung des Apartheidstaats Differenzen über das Ausmaß, nicht aber das Prinzip einer fortgesetzten

RNM-Unterstützung gegeben hat (und gibt).

Auch in der jüngsten Eskalation von Südafrikas unerklärtem Krieg gegen Mosambik, der dort direkte und indirekte Folgekosten von etwa 5 Mrd US-Dollar verursacht hat,<sup>14</sup> spielt die RNM wieder eine zentrale Rolle.

Südafrika drohen nun stärker als in der Vergangenheit Sanktionen – umso dringlicher ist ihm die Unterbrechung der Transitrouten der Frontstaaten. Insbesondere befindet sich hier der Beira-Korridor von Mosambik nach Simbabwe im Visier der Apartheid-Strategen.

Umfangreicher Waffennachschub für die RNM und die RNM-Offensive vom mit Südafrika liierten Malawi, wohin Südafrika einen Großteil der RNM-Logistik verlegt hatte, aus zielen auf das Durchtrennen dieser Lebensader für Simbabwe. Die Kämpfe scheinen heftiger als je zuvor zu sein.

Auch wenn in Südafrika anscheinend dominante Kräfte einen Regierungswechsel in Mosambik herbeizwingen wollen, ist die RNM keine präsentable Alternative zur FRELIMO.

### Anmerkungen:

- 1) R. Davies, *South African strategy towards Mozambique in the post-Nkomati period*, Uppsala 1985, S.28
- 2) Vgl. AIM Information Bulletin, Maputo, Oktober 1984
- 3) Vgl. *The Guardian* (G), London, 9.11.1984
- 4) Überblicksliteratur zur RNM:  
P. Fauvet, *Roots of counter-revolution: the Mozambique National Resistance*; in: *Review of African Political Economy*, Sheffield, Nr. 29, 1984, S. 108-121  
J. Hanlon, *Mozambique: The revolution under fire*, London 1984 (dt. Mosambik im Kreuzfeuer, Bonn 1986), S. 219ff.  
Koordinierungskreis Mosambik (Hg.), *Mosambik. Bewaffnete Banditen oder Widerstandskämpfer?*, Bielefeld 1983  
D. Martin/P. Johnson, *Mozambique: To Nkomati and beyond*; in: D. Martin/P. Johnson: *Destructive engagement*, Harare 1986, S. 1-41  
M. Lopes, *The MNR: Opponents or bandits?*, in: *Africa Report*, New York, Januar-Februar 1986, S. 67-73
- 5) D. Martin/P. Johnson, *Mozambique...*, a.a.O., S.6
- 6) R. Davies, *South African...*, a.a.O., S. 28. Die Armee umfaßt hingegen 15.800 Personen; hinzu kommen ein Grenzschutz von 9.500 Personen und die Milizen, laut *jeune Afrique BIS*, Paris, Januar 1986. Laut *Le Monde* vom 22.10.1986 hat die Armee 25.000 Soldaten.
- 7) Koordinierungskreis Mosambik (Hg.),
- 8) M. Lopes, *The MNR...*, a.a.O., S.69
- 9) Vgl. u.a.: G 9., 16.11.1984; *Africa Confidential*, London, 28.11.1984; D. Martin/P. Johnson, *Mozambique...*, a.a.O., 1986, S. 34f.; R. Davies, *South African...*, a.a.O., S.21
- 10) *Le Monde Diplomatique*, Paris, April 1986
- 11) Moto, Gweru, Nr. 46
- 12) *African Business* (AB), London, Januar 1986
- 13) Vgl. Moto, Nr. 46; AB, November 1986
- 14) Informationsdienst südliches Afrika, Bonn, Nr. 6/1986

# Ein Jahr danach: Philippinen, Haiti



Präsidentin Aquino (l.) und ihr loyaler Armeechef Ramos; rechter Exponent Enrile (r.), als Verteidigungsminister im November 1986 ausgeschieden

Rainer Werning

## „People Power“ - nicht Volksmacht

In der jüngeren philippinischen Geschichte war 1986 das wohl bedeutendste Jahr. Eine „Wunderrevolution“ – kirchennahe Dependancen des Aquino-Lagers gar wähten eine „Rosenkranzrevolution“ am Werk – brachte Ende Februar mit Ferdinand Marcos einen der dienstältesten Diktatoren Südostasiens zu Fall.

Im Juli versuchte dessen designierter Nachfolger Arturo Tolentino ein – freilich dilettantisch inszeniertes – Comeback. Ende November schließlich folgte dem Abgang des gefeierten „Revolutionshelden“ und gefürchteten Verteidigungsminister, Juan Ponce Enrile, die Unterzeichnung eines zunächst auf 60 Tage befristeten Waffenstillstandsabkommens mit der Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA), das am 10. Dezember in Kraft trat. Der friedliche Übergang von einer Diktatur zur Demokratie schien geglückt und Vorbildcharakter zu beanspruchen.

Die Philippinen im Jahre 1986 – sie boten reichlich Anlaß und Stoff für Mythen und Mutmaßungen. Ob die Nach-Marcos-Ära einen Neubeginn im Sinne eines demokratischen Strukturwandels markiert, kann sich wohl nur sinnvoll aus einer Analyse herleiten, die im Zusammenwirken ideologischer, innen- wie außenpolitischer und wirtschaftlicher

Faktoren die in Bewegung geratenen gesellschaftlichen Prozesse nachspürt.

„People Power“ (das Volk als Machtfaktor) wurde zum Schlüsselbegriff der Regierung Aquino. Dieser von den vornehmlich jesuitischen Präsidentenberatern überaus fein- und hintersinnig gewählte Begriff<sup>1</sup> ist in den westlichen Medien nahezu ausnahmslos und vorschnell mit „People's Power“ (Volksmacht) wiedergegeben worden.

Darin liegt ein Unterschied, der nicht nur zu akademisch-sprachwissenschaftlichen Debatten reizt. Gewiß, die Bevölkerung bildete einen wesentlichen Machtfaktor und sie war für die Erosion der diktatorischen Herrschaft verantwortlich. Daraus zu schlußfolgern, mit und durch „Cory“ sei die Volksmacht zum Zuge gekommen, wird nicht einmal innerhalb ihrer Regierung ernsthaft behauptet.

### Neues Selbstwertgefühl

Wer und wo war das Volk, das in den Februartagen seine Macht demonstrierte? Es umfaßte sämtliche Klassen der Gesellschaft und schloß in der Endphase des „showdowns“ selbst mehrheitlich das metropolitane Bürgertum ein. Philippinische Zeitungskommentatoren haben hervorgehoben, daß sogar ein halbwegs

gewitzter und starker Bandit gegen Marcos Erfolgchancen gehabt hätte. Soll sagen – „Cory“ bot für die Masse der Bevölkerung die Möglichkeit einer langersehten Beendigung der „Arroganz der Macht“ und galt den wirtschaftlich benachteiligten Mittel- und Oberschichten, die durch den vom Regime mafiotisch zugerichteten Staatsapparat politisch ausgegrenzt worden waren, als überaus prominenter Bezugspunkt.

Die geistigen und säkularen Sendboten ihrer Imagepflege verstanden es meisterhaft, „Cory“ im Einklang mit dem im philippinischen Katholizismus so beherrschenden Marienkult zur bewahrenden Mater Dolorosa und sich selbst als kompetente Sachwalter eines dringend notwendigen Neubeginns zu empfehlen.<sup>2</sup> Das übte eine immense Faszination aus und erleichterte die rasche Ausformung einer ebenso griffigen wie einprägsamen Zeichen-Sprache.

Der zum „L“ gespreizte Daumen und Zeigefinger stand für Laban (Sieg). „Gelb“, die nach dem Lieblingssong „Tie a yellow ribbon round the old oak tree“ („Umkränze die alte Eiche mit einer gelben Schleife“) gewählte Kampffarbe des Aquino-Lagers, war „in“. „Gelb“ stand für Wende und Wandel und beanspruchte selbst programmatischen Charakter.

Neukomponierte Lieder kündeten von der Allianz zwischen Soldaten, Priestern, Nonnen und den Armen, die sich gemeinsam anschicken, die „Perle des Pazifik“ in einen Himmel zu verwandeln.<sup>3</sup>

Die von der Amtskirche, verkörpert durch Kardinal Jaime Sin, zusätzlich propagierte Sicht, „Corys“ Machtantritt sei quasi die Entäußerung einer neuzeitlichen Epiphanie (Erscheinung des „Herrn“), erlaubte den Geschundenen und Geknechteten – natürlich auch einer Horde kühl kalkulierender Glücksritter – eine sinnfällige Identifikation. „Mabuhay ang Pilipino!“ („Lang lebe der Filipino!“) – Wer mochte sich darin nicht wiederfinden? Schließlich war mit der Korruption und Despotie ein Selbstwertgefühl verdunkelt worden, das sich nunmehr – gleich Phönix aus der Asche – strahlender denn je behaupten konnte und wollte.

Die – zunächst in der Metropole Manila – überschwenglich gefeierte wiedergewonnene Selbstachtung war so legitim wie von überragender Bedeutung.

Weil das so war, glaubten einige in- und ausländische Beobachter nunmehr von einem qualitativ neuen, ja prototypischen – und gelungenen – Revolutionsmodell sprechen zu können. Kernpunkt dieser Sicht der Dinge: Gewaltfreiheit habe im „philippinischen Februar“ ihren Triumph zelebriert und den Anhängern der Gewalt eine vernichtende Niederlage beigebracht.<sup>4</sup>

Bestenfalls entsprang das Ignoranz und idealistischer Verklärung, schlimmstenfalls verbarg sich dahinter ein mit Zynismus durchsetztes, verkürztes Geschichtsbewußtsein. Zynisch verfährt eine solche Sicht gegenüber den zahlreichen Opfern der – nicht im geringsten gewaltfreien – Diktatur. Verkürzt ist sie, weil sich Geschichte halt nicht einfach auf 4 Tage – eben die Zeit vom 22. bis 25. Februar 1986 – reduzieren läßt.

Was den relativ friedlichen Übergang von Marcos zu „Cory“ erklärt, ist nur aus dem innen- wie außenpolitischen Kontext schlüssig zu begreifen.

## Verprellte Militärs

Das so lange Zeit maßgeblich von den USA gestützte Regime erlitt Schiffbruch, weil es spätestens seit dem Aquino-Mord (August 1983) auf allen Ebenen abgewirtschaftet und fast alle gegen sich aufgebracht hatte. Manilas politische und wirtschaftliche Krise wurde in den letzten Monaten der Marcos-Herrschaft durch eine schwere Legitimationskrise ergänzt, die ihrerseits die Rahmenbedingungen für „Ruhe und Ordnung“ erschütterte.

Ein wesentlicher Unterschied setzte sein



Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens am 10. 12. 1986: NNF-Führer Ocampo (r.) und Agrarminister Mitra

Regime von all seinen Vorläufern ab. Eine – nicht zuletzt durch die außenpolitische Umorientierung der USA angesichts ihrer Niederlage in Indochina bedingte – Einbindung der philippinischen Ökonomie in den Weltmarkt (exportorientierte Entwicklungsstrategie) erforderte eine Zentralisierung staatlicher Herrschaft, deren sichtbarster Ausdruck die Aufstockung des Militärs war.<sup>5</sup> Unter Marcos bildete es nicht nur eine notwendige Stütze zur Herrschaftsstabilisierung. Mehr noch, das Militär profitierte wirtschaftlich und politisch und übte (durch die Militärgerichtsbarkeit) in den Provinzen eine exekutiv-judikative Doppelfunktion aus.

Marcos unterlief ein letztlich verhängnisvoller Flop. Das Militär, dieses erst durch sein Regime gezeugte Monster, spaltete sich, weil das Klientensystem nicht länger mehr stromlinienförmig verlief, sondern stark eingeschränkt und damit funktionsuntüchtig wurde.

Es waren die seit 1971 an der Philippinischen Militärakademie (PMA) graduieren Eliteoffiziere vom Obersten abwärts, die die „Drecksarbeit“ gegen die „kommunistischen Aufrührer“ zu leisten, sich aber stumm zu verhalten hatten, wenn über ihre Köpfe hinweg inkompetente, einzig durch bedingungslose Loyalität gegenüber Marcos-Statthalter, Generalstabschef Ver, ausgewiesene Soldaten zu Generälen befördert und mit Privilegien überhäuft wurden.

Aus den enttäuschten, aufs Abstellgleis geschobenen Offizieren braute sich ein Protestpotential zusammen, das in Gestalt der Reformbewegung der Streitkräfte (RAM)<sup>6</sup> von sich reden machte. Der jetzige Generalstabschef Ramos und Enrile hatten gute Gründe, die RAM zu ermuntern; im Machtpoker des Malacañang-Palastes blieben sie außen vor.

Enriles Verstrickung in einen Finanzskandal zu Beginn der 80er Jahre<sup>7</sup> nutzte vor allem Frau Marcos zur mehrfachen und öffentlichen Schelte; erst unter ihm (Enrile) sei die Guerilla dramatisch gewachsen. Das war mehr als ein Politikum. Wo – wie auf den Inseln – Ma-

rienkult und Machismo so sinnlich koexistieren und durch die Bigotterie einer pompfreudigen Oligarchie überwölbt sind, verletzte das gleichermaßen die persönliche Eitelkeit und Ehre.

Andererseits konnte die RAM versichert sein, daß Ramos und Enrile, falls zur Macht gelangt, ihnen als Gegenleistung für die Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung) jene „geordneten“ Karrieren und Meriten zuerkennen würden, die ihnen Ver und Co. vorenthalten hatten. Ein gespaltenes Militär ist fast immer eine denkbar große Gefährdung für die Sicherheit eines Regimes.

In einem Regime aber, das nur noch dazu taugte, „geordnet“ aus den Angeln gehoben zu werden, ließ sich die Spaltung des Militärs politisch instrumentalisieren. Dies gilt, vorausgesetzt es gibt eine Instanz, die im entscheidenden Augenblick die Kontrolle über den gesamten Militärapparat auszuüben und dementsprechend die eine gegen die andere Seite als Bauer oder Dame einzuspannen vermag. Gab es eine solche Instanz? Ja – und zwar in Form der Gemeinsamen US-Militärberatungsgruppe (JUSMAG), die sozusagen als Nebenprodukt des 1947 abgeschlossenen US-philippinischen Abkommens über Militärische Unterstützung entstand. Aufgabe der JUSMAG ist es, die philippinischen Streitkräfte (AFP) zu beraten, auszubilden und deren logistischen Erfordernisse zu überprüfen. Zwischen der JUSMAG und dem Pentagon existiert eine Direktverbindung, über die sich Lageeinschätzungen und Materialanforderungen rasch übermitteln lassen.

## „US-boys“ popularisiert

Darüber hinaus verfolgten Mitarbeiter der JUSMAG, US-Botschaftsangehörige und mitunter gar der US-Militärattaché höchstpersönlich die offiziellen wie informellen Treffen der PMA-trainierten Offiziere.

Die jeweils besten Absolventen eines Jahrgangs gelten als gehätschelte „US-boys“, die einige Jahre Militärtraining in den USA genießen. Die Crème kann sich mit einer zusätzlichen Feder schmücken – ihnen winkt ein Aufenthalt in der renommierten Militärakademie West Point. Die persönlichen Kontakte zwischen philippinischen Offizieren und US-Militärberatern sind heute so eng und herzlich wie zu kolonialen Zeiten.

Aus alledem folgt, daß die Entstehung der RAM, die Kommunikation unter ihren Mitgliedern, ihre Verbindung zu Ramos und Enrile und schließlich die Kaltstellung marcastreuer Kommandeure nur mit Wissen, Duldung und (aktiver?) Unterstützung durch die JUSMAG/US-Botschaft/Pentagon-Connec-



nach Aussagen von Kabinettsmitgliedern um offensichtlich schöngefärbte Zahlen, betrug der Schuldendienst 1986 in Wahrheit bereits über 50% der Ausfuhrerlöse.<sup>14</sup>

Um 1987 ein nur bescheidenes Wirtschaftswachstum einzuleiten, bedürfe es eines ausländischen Kreditpakets von mindestens 1,6 Mrd \$. Für 1991 haben die Wirtschaftsplaner einen Kreditbedarf von 3,6 Mrd \$ prognostiziert.

Für 1987 sagten die USA wirtschaftliche und militärische Hilfe in Höhe von 500 Mio \$ zu. Mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank sind insgesamt bis Mitte 1988 gut 800 Mio \$ als sog. Bereitschaftsdarlehen bzw. als Zahlungen im Rahmen eines Wiederbelebungsprogramms zur Auszahlung vorgesehen. Die langwierigen Umschuldungsverhandlungen mit den 483 Gläubigerbanken stehen noch bevor.

## Dominanz der Militärs

Die von den alt-neuen Technokraten in der Regierung befürwortete Importliberalisierung hat besonders lebhaft Debatten ausgelöst. Sie knüpfen an ihren Slogan „Je weniger Staat, desto besser“<sup>15</sup> die Hoffnung, ein derartiger Schritt zwinge die Wirtschaft zu einer effektiveren Wettbewerbsfähigkeit.

Ihnen hat sich eine Allianz aus Gewerkschaften und national orientierten Teilen der Bourgeoisie (hauptsächlich Mittelbetriebe) entgeggestellt. Sie argumentieren, daß diese „Umstellungs“-Politik über die Zerstörung einheimischer Firmen hinaus die Arbeitslosigkeit erhöhen und bewußt 80% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze belassen würde.<sup>16</sup>

Bei all ihren Bemühungen um wirtschaftliche Stabilität verfolgt die Regierung Aquino offensichtlich eine Praxis, die – falls durchschlagend – den buchstäblichen Ausverkauf der Inseln bedeuten würde. Mit dem Anfang August 1986 von der Philippinischen Zentralbank erlassenen „Debt-to-Equity-Swap-Program“<sup>17</sup> wird ein Konzept verfolgt, das maßgebliche Kapitalbeteiligungen an philippinischen Banken/Produktionsunternehmen über die Umwandlung erworbener Auslandsschuldentitel vorsieht. Bei den Teilnehmern des im Oktober 1986 in Manila veranstalteten philippinisch-bundesdeutschen Wirtschaftssymposiums (dem ersten seiner Art) stieß diese weitreichende Offerte auf lebhaft Zustimmung.<sup>18</sup> Eingebettet ist das „Debt-to-Equity-Swap-Program“ in die von Manila angestrebte „people-powered development“-Strategie, also in eine „volksgesteuerte Entwicklung“.

Was ist darunter zu verstehen? Galt dem alten Regime eine Zeitlang der Aufbau

von 11 industriellen und stadtzentrierten Großprojekten als Sesam-öffne-Dich für Entwicklung und Industrialisierung, so lenkt die Regierung Aquino ihre Aufmerksamkeit auf den ländlichen Bereich. Gegen diese zunächst überzeugend klingende und anscheinend den Interessen der armen Bevölkerung entgegenkommende Strategie ist kritisch einzuwenden, daß Manila nunmehr selbst das Hinterland für die systematische Durchdringung ausländischer Kapitale „aufbereiten“ will. Die agrarischen Strukturen/Großgrundbesitzer-Verhältnisse bleiben dabei tabuisiert.

Das vom IMF-Weltbank-Konglomerat und Privatinvestoren verfolgte Kalkül, Manila zum Anbau/Export neuer, „nichttraditioneller“ Ausfuhrerzeugnisse (z.B. Meeresfrüchte, Kaffee und Kakao) zu bewegen, um die zur langfristigen Gesundung der Wirtschaft benötigten Devisen einzufahren, ist hochgradig unoriginell.

Vor reichlich einem Jahrzehnt ist eine derartige Empfehlung nur mit einer anderen Produktpalette als Erfolgsgeheimnis gepriesen worden. Heute aber bleiben solche Empfehlungen bewußt konterrevolutionär – und stumpf, da die über den Weltmarkt vermittelten „Hemmnisse“ (wachsender Protektionismus, Verschlechterung der Terms of Trade, Agrarsubventionspolitik in den USA und der EG usw.) größer geworden sind.

Die Wirtschaftspolitik ist und bleibt die Achillesferse der Regierung Aquino. Auf dem Lande wußten denn auch nur die wenigsten nachzuvollziehen, was in der weitabliegenden Metropole das Wort „Wunderrevolution“ bedeutete.

Anstelle des einst relativ zentralistischen Staatsapparates ist heute eine Regierung am Ruder, in der das alte oligarchische Gunst- und Ränkespiel ein Comeback zu feiern scheint. Ein Ausdruck der politisch diffusen Verhältnisse ist die – laut Ramos – Existenz von über 260 Privatarmeen.

Corys (partei)politische Basis ist so schwach wie die ihrer Mitstreiter Laurel und Pimentel. Die Nationale Demokratische Front (NDF) und die Linke all-

Rund 500000 Menschen demonstrieren am 20. 11. 1986 in Manila gegen den Mord an Gewerkschaftsführer Rolando Olalia



gemein, obgleich an Stärke gewachsen, können ihr politisches Gewicht entscheidend nur außerparlamentarisch in die Waagschale werfen.

Der politisch bestimmende Faktor ist heute das Militär. In Kollaboration mit den wirtschaftspolitisch noch immer tonangebenden Technokraten repräsentiert es jene Kraft, die sich auch nach der „Wunderrevolution“ den Forderungen des Volkes nach sozialen und wirtschaftlichen Verbesserungen widersetzt.

Bestand also das Wunder der „Wunderrevolution“ darin, daß es kein Wunder war? Das klingt eingängig, greift aber viel zu kurz. Der im Februar 1986 errungene Erfolg bestand in der Beseitigung einer Terrorherrschaft, der Freilassung vieler – längst nicht aller! – politischer Gefangener und im wiedergewonnenen Mut der Filipinos, durch gewaltfreie und bewaffnete Aktionen zu sich selbst und ihrer Stärke gefunden zu haben.

Für die Linke, namentlich die NDF, war 1986 ein gleichsam bedeutendes Jahr. Sie mußte lernen, daß die US-Intervention viel facettenreicher als ursprünglich angenommen verlief. Entgegen ihrer Deutung, Marcos „bleibt so oder so“ der Sachwalter US-amerikanischer Politik schlechthin, hatte Washington längst die jetzige Konstellation als „geordnete“ Krisenlösung gutgeheißen.

Auch die Ansicht der NDF, ein antifaschistischer Sieg falle zwangsläufig mit einer auch sozialpolitischen und wirtschaftlichen Umwälzung zusammen, erwies sich als kurzichtig.

## NDF nutzt Spielräume

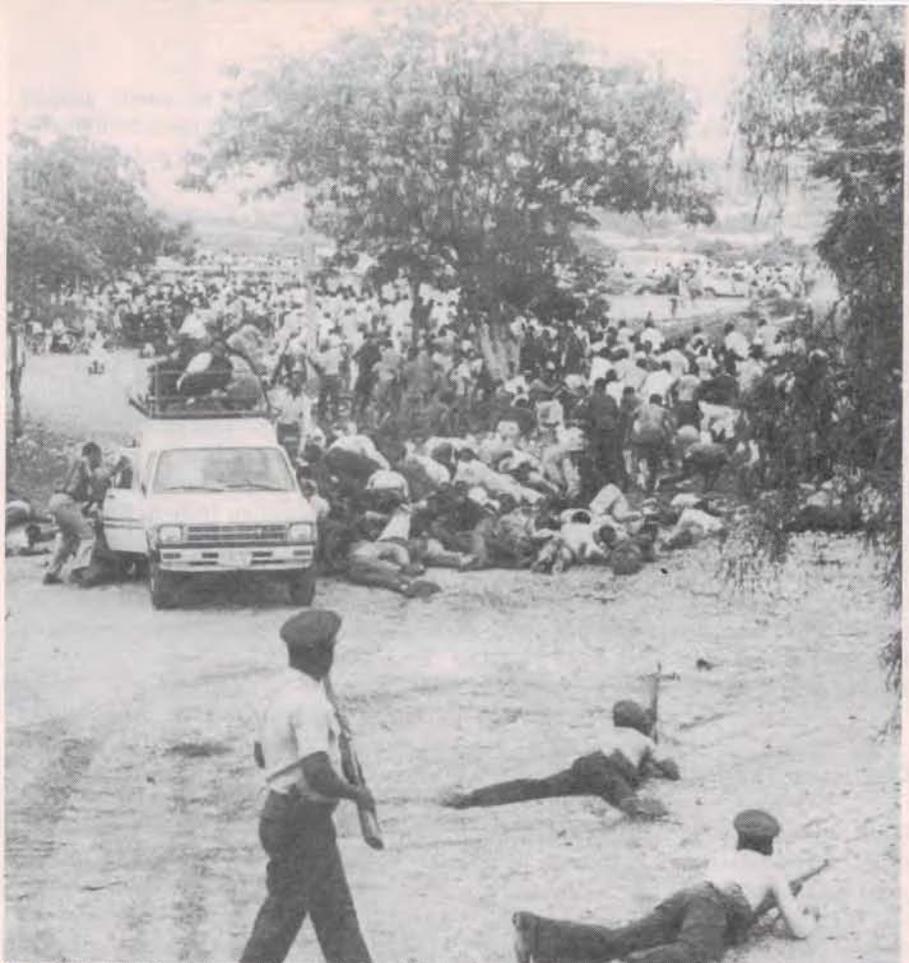
Ihre Stärke nach der selbstkritischen Einschätzung des (Präsidentschafts-) Wahlboykotts im Mai liegt darin, daß sie mittels der Guerilla am Aufbau ländlicher Gegenstrukturen festhält und dem (ebenso mühseligen) parlamentarischen Kampf viel mehr Gewicht beimißt.

Abgrenzungängste gegenüber anderen linken und fortschrittlichen Gruppen und den liberaldemokratischen Kräften im ersten Aquino-Kabinett sind abgebaut. Dies ist schließlich eine notwendige Voraussetzung zur Meisterung der dringenden Aufgabe – überall und immer jeden noch so kleinen Spielraum für die weitere Politisierung, Mobilisierung und Organisierung der Bevölkerung zu nutzen.

Darin liegt ein Potential, das es den Konservativen und Reaktionären (Militärs, Technokraten, Marcos-Loyalisten und den USA) zumindest erschwert, eine Marcos-Diktatur ohne Marcos zu errichten. In diesem schärfer werdenden Konflikt wird Cory ihr „People Power“-Votum erst noch unter Beweis stellen müssen.

#### Anmerkungen:

- 1) Als kirchliche „think tanks“ (Denkfabriken) stehen Aquino u.a. das Institute on Church and Social Issues, das De la Costa Center, die Loyola School of Theology sowie die Ateneo University bei.
- 2) Dazu zählen u.a.: Cesar Buenaventura (Filipinas Shell), Jaime Zobel (Ayala Corp.), Zuckerbaron José Cojuangco und Bernardo Villegas vom Center for Research and Communication.
- 3) So in dem populären Song „Handog Ng Pilipino Sa Mundo“ („Geschenk der Filipinos an die Welt“).
- 4) In diesem Sinne existiert eine „Hyperkoalition“ aus Vatikan, christdemokratischen Parteien, Sozialdemokraten, Kirchen und (Teilen) der Friedensbewegung.
- 5) All diese Aspekte kommen in einer dem „Akademismus“ huldigenden Philippinen-Rezeption nur am Rande bzw. schlichtweg überhaupt nicht vor. Stattdessen wird als Wesensmerkmal der Marcos-Herrschaft ihr „Klientel“-Charakter ausgewiesen. Gerade dadurch aber unterschied sich sein Regime überhaupt nicht von seinen Vorläufern – vom Grad seiner Anwendung einmal abgesehen. Siehe: R. Hanisch, Der Machtwechsel auf den Philippinen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, 8.11.1986, S.4
- 6) RAM stand als Akronym für: „Restore ethics, fairmindedness, order, righteousness and morale!“
- 7) Seine Karriere begann Enrile als Chef der Zollbehörde, eine Position, aus der man lebendig nur mit prallgefüllten Säckeln ausscheidet.
- 8) Ob die RAM gar selbst das Produkt amerikanischer Militärberater/-planer ist, läßt sich (bislang) nicht schlüssig beweisen.
- 9) Vgl. Ampo, Japan-Asia Quarterly Review, Tokio, Jg. 18, Nr. 1/1986, S. 72ff.; J. Hippler, Krieg im Frieden – Amerikanische Strategien für die Dritte Welt, Köln 1986 und R. Werning, in: AIB-Sonderheft 2/1986, S. XIX ff., wo ich bereits Iletos Thailand-Connection würdigte.
- 10) So stürmten unmittelbar nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens Polizisten einen 45 km nördlich von Manila gelegenen NPA-Stützpunkt. Siehe: Süddeutsche Zeitung (SZ), 28.11.1986
- 11) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 31. 10. 1986
- 12) Vgl. IBON. Facts & Figures, Manila, Nr. 194/1986 und Philippinen Informationen, Polch, Nr. 31/November 1986
- 13) Inside Asia, London, November/Dezember 1986, S.28
- 14) Vgl. Aquilino Q. Pimentel, Die Philippinen: Eine Nation auf dem Weg zu einem demokratischen Land mit einem demokratischen Volk, Bonn, November 1986, S. 4/5 (mimeo.). Pimentel ist Minister für Kommunalwesen.
- 15) Das verträgt sich schlecht mit der intensiveren staatlichen Counterinsurgency.
- 16) Vgl. SZ, 17.9.1986
- 17) Vgl. Central Bank of the Philippines, Circular No. 1111, Manila, 4.8.1986
- 18) Vgl. U. Müller/W. Zehender, Wirtschaftliche Kooperation mit den Philippinen, Berlin/Frankfurt/M. September 1986 und J. Ertl/U. Otzen/R. Peters, Landwirtschaftliche Kooperation mit den Philippinen, Berlin/Bonn September 1986. Siehe auch: Nachrichten für Außenhandel, Köln, 3.11.1986 und Handelsblatt, Düsseldorf, 17./18.10.1986
- 19) Vgl. R. Werning, Verhinderte Unabhängigkeit – Agrar- und Wirtschaftspolitik in den Philippinen, Münster 1985



26. 4. 1986 in Fort-Dimanche: Das Namphy-Regime läßt eine Demonstration unter Feuer nehmen, wobei 7 Personen ermordet wurden – beifeibe kein Einzelfall

Heidi Toelle

## Haiti vor wirklichem „Déchoukaj“?

Fast ein Jahr nach dem Sturz des Diktators Jean-Claude Duvalier (6. Februar 1986) scheint es, als ob sich die Früchte des Kampfes der haitianischen Volksbewegung – zumindest vorerst – in der Erringung demokratischer Freiheiten erschöpfen sollten. In allen anderen Bereichen, etwa was die Absetzung und Bestrafung von Anhängern der Diktatur sowie wirtschaftliche und soziale Reformen angeht, bleibt alles wie vor dem Sturz der Diktatur, dem „Déchoukaj“ (kreolisch für Ausrottung etwa von Unkraut und Lastern). Duvalier wurde durch den Nationalen Regierungsrat (CNG) unter General Namphy ersetzt, der zwar ein offenes Ohr für die Wünsche der US-Botschaft, aber nicht für die der Parteien, Gewerkschaften und Komitees der Volksbewegung hat.

Fast täglich finden Aktionen gegen die Politik des CNG statt. Obwohl die Opposition sehr zersplittert ist und kein Alternativprogramm anzubieten hat, streikte am 17. und 18. November 1986 fast das ganze Land für den Rücktritt des CNG. Die Reportage von Heidi Toelle gibt Einblick in die sozialen und politischen Verhältnisse im Land.

Port-au-Prince bietet dem Besucher denselben trostlosen Anblick, der unter dem abgesetzten Diktator herrschte: In der Unterstadt sind die sumpfigen Gebiete am Meeresufer immer noch bedeckt von diesen Elendsvierteln mit den Namen La Saline, Cité Soleil, Tokyo... In behelfsmäßigen Unterkünften ohne Abort, Wasser und Elektrizität drängt sich darin die Mehrheit der Bevölkerung der Hauptstadt zusammen, die heute mehr als 1 Mio Einwohner zählt.

Der widerliche Gestank, der daraus auf-

steigt, ist derselbe wie unter Duvalier. Eine an der Einfahrt von La Saline aufgestellte Reklametafel preist wie zur Herausforderung und zum Hohn die Vorzüge eines Reinigungsmittels.

Etwas weiter oben, jenseits der Avenue Dessalines, kann das historische Stadtzentrum sein Elend schwer verstecken: verfallene Fassaden, auffällige Dächer, löcherige Straßen, überfüllte Häuser.

Die Straßen sehen erst seit kurzem weniger schmutzig aus, nach der großen Reinigung, die von den „Komitees der öf-

fentlichen Hygiene" beschlossen worden war. Es mutet an, als ob es darum gegangen wäre, die Diktatur auszutreiben, indem die Hauptstadt vom Unrat befreit werden sollte, der sich darin aufgehäuft hatte.

Bei der Kathedrale ist die Zahl der Bettler nicht zurückgegangen. Das ist zweifellos der Grund, warum sie schamhaft für die Öffentlichkeit gesperrt ist.

An einer Straßenbiegung stolpere ich fast über einen Jungen, der der Länge nach auf der Fahrbahn liegt; gierig trinkt er mitten aus der Gosse ein graues und übelriechendes Wasser.

Nur 13% der Häuser von Port-au-Prince haben fließendes Wasser. Und 40% der Haitianer müssen das Trinkwasser kaufen, während das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung (269 \$ im Jahr) eines der niedrigsten in der Welt ist.

### Überleben heißt die Devise

Um den Markt drängt sich wie einst eine dichte Menschenmenge, die durch ihre Jugendlichkeit – 70% der Einwohner von Haiti sind jünger als 30 Jahre – und den hohen Frauenanteil beeindruckt.

Mit Mühe bahnt man sich einen Weg zwischen den Ständen, die die Gehsteige versperren, den ambulanten Verkäuferinnen und den Händlerinnen, die auf der Fahrbahn sitzen, inmitten der Früchte, der Gemüse, der Kleider oder der Schuhe, die sie auf Jutesäcken oder Stoffstücken bereithalten.

Viele dieser Frauen sind nur Gelegenheitsverkäuferinnen, die manchmal von weit her kommen, um ihren kargen Überschuß anzubieten. Die Professionellen – der Handel in Haiti ist überwiegend ein weiblicher Beruf – müssen sich hart ausbeuten lassen von den Zwischenhändlern, den „Madame Sarah“, oder den Schmugglern. Die Fähigkeit zum Improvisieren ist unerlässlich, denn die Arbeitslosigkeit trifft fast 50% der aktiven Bevölkerung.

In der Nacht verwandeln sich die Straßen

des Stadtzentrums in einen großen Schlafsaal, wo sich die etwa 30.000 Obdachlosen der Hauptstadt auf dem blanken Boden schlafen legen.

Dieses Elend der Unterstadt steht in schroffem Gegensatz zum Wohlstand und Luxus, die in der Oberstadt herrschen. Denn in Port-au-Prince ist die Qualität der Wohnverhältnisse abhängig von der Höhenlage.

In Delmas, Turgeau und Pétionville wohnt die Klein- und mittlere Bourgeoisie in mehr oder weniger komfortablen Häusern, umgeben von Gärten, wo bunte Bougainvillen blühen. Es kommt vor, daß man dort ein paar Hühner hält und ein paar Obstbäume pflanzt, Mangobäume, Kokospalmen, Avocados, um einen oft bescheidenen Lebensstandard zu verbessern.

In Pako und Bouthilliers und an der Straße nach Kenscoff hat sich eine alte Bourgeoisie, die diskret bleiben will, in reichen Villen eingeeigelt, vor Blicken geschützt durch große Parkanlagen mit verschiedenartigen Pflanzenbeständen.

In Péguysville wird der Luxus dreist. Hauptsächlich von den Neureichen bewohnt, die unter Duvalier in Rekordzeit ebenso riesige wie kriminelle Vermögen angehäuft haben – Haiti zählt mehr als 2.000 Dollar-Millionäre – wirkt Péguysville abstoßend mit seinem „Hast-du-mich-gesehen-Stil“ und mit der Arroganz, die dazugehört, um in einem Land, das zu den ärmsten der Welt gehört, den Reichtum in solcher Weise zur Schau zu stellen: Prachtvolle Villen mit weiten Terrassen rivalisieren dort mit richtigen Schlössern, überragt von fast schon lächerlichen Türmchen.

Weder mit Material ist man sparsam umgegangen – mit Marmor, Schmiedeeisen, Edelhölzern – noch mit dem Raum. Swimming pools und private Tennisplätze umgeben die meisten dieser Prunkwohnungen, vor denen nicht selten mehrere Jeeps und mehrere Privatautos zu sehen sind. In den Gärten sind importierte Pflanzenarten an die Stelle der einheimischen Bestände getreten.

Dieser erste Kontakt mit der Hauptstadt ruft ein schmerzliches Gefühl von Unbeweglichkeit und Stagnation hervor – alles bleibt am selben Platz, den die Diktatur dafür bestimmt hatte –, wie wenn der Duvalierismus ohne Duvalier weiterbestehen würde.

In der Tat ist die Bilanz des provisorischen Nationalen Regierungsrats nicht glänzend.

Die Politik, die er betreibt, wird nicht mehr allein von den Politikern kritisiert, sondern auch von immer breiteren Kreisen der Bevölkerung. Man wirft General Namphy und seiner Mannschaft eine katastrophale Wirtschaftspolitik vor, einen offensichtlichen Mangel an gutem Willen, den Demokratisierungsprozeß gelingen zu lassen, und vor allem, die Erben des Duvalierismus zu sein.

Auf wirtschaftlichem Gebiet haben die Schließung von Betrieben – darunter der Hasco und der Zuckerfabrik von Darbonne und die Privatisierung, die vom Finanzminister Leslie Delatour, dem



„Schlafsaal“ Stadtzentrum Port-au-Prince

Buhmann der Bevölkerung, im Einverständnis mit den Amerikanern beschlossen worden sind, eine ohnehin schon endemische Arbeitslosigkeit nur noch verschlimmert und dem nordamerikanischen Zugriff Vorschub geleistet.

Die im Juni 1986 beschlossenen massiven Reimporte haben bei den Reisbauern und in der Bevölkerung solchen Widerspruch ausgelöst, daß sich der Minister gezwungen sah, seinen Beschluß im August rückgängig zu machen.

In den Betrieben, die im Rahmen internationaler Vertragsproduktionsabsprachen produzieren – vor allem Filialen

Der Schwarzhandel blüht im karibischen Armenhaus



amerikanischer Multis — und etwa 40.000 Arbeiter beschäftigen, bleibt die Situation unverändert.

Teilweise ist sie schlimmer geworden, da manche Unternehmer zugemacht haben, um sich anderswo niederzulassen. „Mit den Betriebsleitern, die nach dem 'Déchoukaj' ernannt worden sind, schreitet man vorwärts, indem man zurückweicht“, sagt mir Ydly Cameau, der junge Präsident des Komitees der haitianischen Arbeiter (COH), einer Gewerkschaft, die im Getümmel des „Déchoukaj“ entstanden ist. Sie organisiert angeblich die Arbeiter von 29 Elektronikbetrieben.

„Es ist nötig, Kontakte mit den Industrien aller Länder der Welt ohne Ausnahme anzuknüpfen“, fügt er hinzu, „und mit dem amerikanischen Monopol Schluß zu machen, das hundertprozentige Ausbeutung bedeutet. Es muß Schluß gemacht werden mit den Abkommen zwischen den amerikanischen Unternehmern und der haitischen Regie-

und hat sich seitdem nur noch weiter verstärkt. Davon zeugen die zahlreichen Graffiti in der Hauptstadt wie in der Provinz: „CNG + Shultz = Verschwörung gegen das Volk“ oder auch: „CNG = Reagan = Duvalier.“

Während die wirtschaftliche Bilanz des CNG negativ beurteilt wird, stößt ihr politisches Handeln in den Politikerkreisen und den sozialen Klassen im besten Fall auf Verachtung und allemal auf



Duvalier-Erbe General Namphy (I); Demonstration in der Hauptstadt für eine demokratische Verfassung

insbesondere der Volkskomitees. Dieser soll die Aufgabe haben, eine Verfassung auszuarbeiten, die neue Institutionen vorsehen soll, und besonders die Wahl der Exekutive auf der zweiten Stufe.

„Das Parlament muß die Möglichkeit haben, die Mitglieder der Exekutive zu bestimmen, und vor allem, sie abzusetzen“, erklärt René Théodore. „Das ist der einzige Weg, um mit der Alleinherrschaft Schluß zu machen und die Volks-



Mißtrauen.

Das jüngste Pressegesetz, das dazu dienen sollte, die Medien wieder unter Kontrolle zu bringen, hat einen Aufschrei bei den Journalisten ausgelöst. Und das Gesetz über die politischen Parteien ist weit davon entfernt, hingenommen zu werden. Es verlangt in der Tat, daß jede Partei die Namen von mindestens 5.000 ihrer Mitglieder sowie ihre Adressen liefern soll!

René Théodore, Generalsekretär der Vereinigten Partei der Haitianischen Kommunisten (PUCH), meint, daß dieses Gesetz nicht genug demokratische Garantien enthält; eine Meinung, die geteilt wird vom christdemokratischen Führer Leslie Manigat.

Schließlich wird der Wahlkalender, den der CNG vorschlägt, für wenig ernsthaft gehalten: zunächst, weil nichts getan worden ist, um die Abhaltung demokratischer Wahlen zu sichern; dann weil anscheinend niemand wirklich damit einverstanden ist.

Dieser Kalender sieht für diesen Monat Oktober 1986 die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung vor (daran beteiligten sich lediglich 5% der Bevölkerung; d. Red.), dann, im Oktober 1987, gleichzeitig die Wahl der Gemeinderäte, der Legislative und des Präsidenten. Die Präsidentschaftskandidaten halten diesen Kalender für zu lang und fordern die Rückkehr zur Verfassung von 1950 und ein sofortiges Wahldekret.

Die PUCH schlägt ihrerseits die Einsetzung eines Ausschusses der öffentlichen Wohlfahrt vor, als repräsentative Vertretung aller vorhandenen Sektoren und

initiative zu sichern.“

Angesichts dieser Divergenzen findet sich Niemand, der glaubt, der CNG wäre fähig, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Dies zumal ihre Verwirklichung eine vorhergehende „Ent-Duvalierisierung“ erfordert hätte, die es nicht gegeben hat.

In der Tat ist die administrative Untersuchung über die Unterschlagung von Geldern nicht bis zu Ende vorgangetrieben worden. Die von der Bevölkerung geforderten Maßnahmen der Wiedergutmachung und der Gerechtigkeit wurden nicht einmal im Ansatz verwirklicht. Ende August 1986 sind sogar der frühere Chef von Duvaliers Geheimpolizei sowie ein auf traurige Weise berühmter Tonton Macoute (paramilitärische Organisation der Diktatur; d. Red.) freigelassen worden — aus Mangel an Beweisen, wie es heißt.

Diese Lachheit hat dem CNG die ganze städtische Jugend entfremdet, die anscheinend endgültig in Feindschaft zur provisorischen Regierung verharret. Die Studenten haben schon beschlossen, bei Semesterbeginn im Oktober 1986 nicht wieder zu den Vorlesungen zu kommen. Und nahezu überall organisieren sich die jungen Leute.

In Gonaïves, der Stadt, von wo die Aktionen des „Déchoukaj“ gegen Duvalier ausgegangen waren, ist die Vereinigung „Trommeln der Wahrheit“ der Jugendlichen von Gonaïves, der mehrere tausend Mitglieder angehören, raslos im Einsatz: „Déchoukaj“ von jedem, der sich korrumpieren läßt; wiederholte Organisation von Kundgebungen gegen die Regierung, darunter der vom 27.



rung, die von vornherein das Verbot von Forderungen und von gewerkschaftlicher Organisation sowie einen Hungerlohn vorsehen.“ Der ist gegenwärtig festgesetzt auf 3,12 \$ pro Tag, während das Lebensminimum mit 8 \$ veranschlagt wird.

Diese Politik der Unterwerfung unter US-amerikanische Forderungen hat in der Bevölkerung einen erbitterten Anti-amerikanismus hervorgerufen.

Dieser äußerte sich zum ersten Mal im August während einer großen Kundgebung in Port-au-Prince, anlässlich des Besuchs von Außenminister George Shultz,



Linksoppositionsführer R. Théodore: „Die Lage ist explosiv.“

August, an der sich fast 40.000 Personen beteiligt haben sollen.

In allen Städten des Landes bilden sich Stadtteilkomitees. Hervorgegangen aus den Komitees der öffentlichen Hygiene, die gleich nach dem „Déchoukaj“ entstanden sind, haben sie sich schnell in Komitees der Diskussion und der Wachsamkeit verwandelt. An die hundert davon gibt es in Port-au-Prince selbst, darunter „Veye yo“ („Wachsamkeit“) und „Ayiti pap peri“ („Haiti wird nicht untergehen“).

Diese Komitees tendieren immer mehr dazu, sich miteinander abzustimmen und ihre Forderungen zu präzisieren. In Petit-Goâve ist das Zentralkomitee der Stadtteilkomitees besonders aktiv. Ähnlich ist die Situation in Jacmel, in Les Cayes, in Jérémie und in verschiedenen Städten des Nordens.

Der „Déchoukaj“ wird fast überall in der Provinz fortgesetzt. Ernennet der CNG einen Präfekten, einen Bürgermeister, einen Friedensrichter, der nicht in den Augen der örtlichen Bevölkerung Gnade findet? Damit das nicht durchgeht, macht man gegen ihn „Déchoukaj“ und schlägt einen anderen vor, den der CNG am Ende meist auch bestätigt.

### „Der Théodore-Effekt“

Man hat den Eindruck, daß dem CNG die Zügel der Macht allmählich entgleiten, und daß er immer weniger regiert. Das mißfällt nicht gerade den Duvalieristen und den Tonton Macoutes, die das Haupt wieder erheben und offen Verschwörung betreiben.

„Immer mehr Leute sind sich darin einig, daß die Lage explosiv ist, und daß es zu einem neuen 7. Februar kommen müßte“, sagt mir René Théodore. „Die kastrierte Revolution des 7. Februar verlangt nach ihrer zweiten Runde“, erklärt Leslie Manigat in einem Interview mit dem „Nouvelliste“. Derselbe Glockenton findet sich bei den linken Intellek-

tuellen und in einer schwer eingrenz-  
baren Strömung des Kleinbürgertums.

Wenn eine Konfrontation – die diesmal viel gewaltsamer zu werden droht als die vom 7. Februar – immer unvermeidlicher erscheint, wenn manche sogar meinen, die Volksbewegung habe gute Chancen, mit dem CNG „Déchoukaj“ zu machen, so ist es dennoch sehr schwer, das wirkliche Verhältnis der vorhandenen Kräfte abzuschätzen.

Auf der Linken bedauert man einhellig die Polarisierung zwischen der PUCH einerseits und der Armee und den Duvalieristen andererseits sowie das Fehlen einer demokratischen Front, die die große Masse der Zauderer hinter sich bringen könnte, die keinen Duvalierismus und keinen CNG mehr wollen, aber nicht bereit sind, den Kommunisten zu folgen. Sicher finden die durchdachten Vorschläge der PUCH ein breites Echo in den Volksmassen, selbst wo sich diese für antikommunistisch halten.

Das hat viel zu tun mit der Persönlichkeit von René Théodore, dem einzigen politischen Führer, der zu dieser Stunde eine ebenso echte wie spontane Popularität genießt. Oft hört man sagen, daß man Théodore und sein Programm begrüßt, aber nicht den Kommunismus. Dieses Paradox erklärt sich zum einen mit den autokratischen Strukturen, die im Land fast zwei Jahrhunderte lang dominiert haben, wo Personen immer mehr gezählt haben als Parteien.

### Kandidaten ohne Ansehen

Zum anderen erklärt sie sich mit dem konsequenten und mutigen Kampf eines Mannes, der der Diktatur niemals das geringste Zugeständnis gemacht hat, und von dem man weiß, daß er keine persönlichen Ambitionen hat. Er ist im übrigen auch kein Kandidat für die Präsidentschaft.

Aber wird der „Théodore-Effekt“ genügen, um die Unentschlossenen dazu zu bringen, daß sie sich auf der Seite der Volksbewegung einreihen? Nichts ist weniger gewiß.

Andererseits erkennt sich die Bevölkerung in keinem der vielen Präsidentschaftskandidaten wieder – ob sie Hervé Bazin, Silvio Claude, Grégoire Eugène, Louis Dejoie II. oder Lionel Lainé heißen – um nur die sichtbarsten zu nennen –, und neigt immer mehr dazu, sie zu ignorieren.

Der Grund dieser Abneigung ist einfach. Keiner dieser Kandidaten bietet ein Programm, das das Land aus der Krise führen könnte, und das Klinkenputzen, das sie bei der amerikanischen Botschaft veranstalten, ebenso wie ihre kürzliche Zusammenkunft in Puerto Rico haben nicht dazu beigetragen, ein ohnehin

schon beträchtlich lädiertes Ansehen wieder zu verbessern.

Die große Unbekannte bleibt schließlich die Bauernschaft, zu der mehr als 80% der Bevölkerung gehören. Sie, die unter oft menschenunwürdigen Bedingungen lebt und immer noch unter einer halbfeudalen Ausbeutung leidet, wurde von der Diktatur in Obskurantismus und Unwissenheit gehalten: Das Analphabetentum erreicht dort 90%.

Ein guter Teil dieser Bauernschaft ist stark beeinflusst von den protestantischen Kirchen, die einen haßerfüllten Antikommunismus primitivster Art predigen, und jegliche Forderungen und Formen des Widerstands mit Kommunismus gleichsetzen.

Auch wenn sie erst vor kurzem im Land Wurzel gefaßt haben und in der Minderheit sind, verfügen diese Kirchen gegenüber der katholischen Kirche, der die Mehrheit angehört, über eine beängstigende Kapazität zur Mobilisierung, dank der Unterstützung durch ihre Zentren in den Vereinigten Staaten.

### Radikaler katholischer Klerus

Stark geprägt durch die Theologie der Befreiung, tritt die Basis des katholischen Klerus für die Bodenreform ein und für die Industrialisierung des Landes, gegen die ausländischen Einmischungen und für die Demokratisierung. In dieser Hinsicht decken sich ihre Forderungen weithin mit den Vorschlägen der PUCH, bis zu dem Punkt, daß manche Priester für den „Combitismus“ eintreten („Combit“ ist eine bäuerliche Vereinigung mit kooperativem Charakter).

Die Voodoo-Anhänger schließlich haben sich vor kurzem organisiert – davon zeugt in der Artibonite-Ebene die Gesellschaft „Zantray“ („die Eingeweide“: ein Wort, das glauben machen soll, der Voodoo-Kult stelle die psychisch-kulturelle Quintessenz des Landes dar). Den Katholiken stehen sie näher als den Protestanten, die sie mit dem Kommunismus und dem Satan gleichsetzen. Aber sie haben keine klar definierte politische Position.

Wird die Volksbewegung, hin und her gerissen zwischen diesen verschiedenen religiösen und politischen Kräften, ihren Weg finden? Wird sie, unter der Oberaufsicht der Vereinigten Staaten, die Oberhand behalten können gegenüber den Drohungen eines allzeit möglichen Militärstaatsstreichs und den Verschwörungen, die die alten Duvalieristen anzetteln? Es ist zu früh, um es sagen zu können.

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 385/20.10. 1986, S. 44-45 und Nr. 386/3.11.1986, S. 38-39)

# AIB-Register 1986

Das vorliegende Register umfaßt die Veröffentlichungen der AIB-Ausgaben des Jahres 1986, einschließlich der Kommentare (K), Kurzinformationen (KI), BRD-Infodienst-Meldungen (ID), Buch- und Filmrezensionen, mit Ausnahme der Lesermeinungen. Es ist untergliedert in ein

– **Länderregister**, das Artikel aufführt, die ausschließlich ein Land behandeln; in ein  
– **Regionenregister**, das Beiträge enthält, deren Inhalt über ein Land hinausgeht; Beiträge, die gleichzeitig wesentliche Aspekte zu einer Region und zu einem Land enthalten, finden sich sowohl unter dem Länder- als auch unter dem Regionenstichwort;

– **Stichwortregister**, das neben Artikeln, die ausschließlich das Stichwortthema zum Inhalt haben, auch Länder- und Regionenbeiträge, die wesentliche Informationen zu einem Stichwort enthalten, berücksichtigt.

Hinter den Einzelbeiträgen ist vor dem Schrägstrich die Heftnummer, dahinter die Seitenzahl angegeben.

## Länder

<b>Afghanistan</b>			
BRD-Infodienst	5/57		
Kurzinformationen	5/59, 6/51		
<b>Ägypten</b>			
Interview mit Khaled Mohieddin	7/24		
Kurzinformationen	1-2/79, 4/46		
<b>Algerien</b>			
J. Becker, Akzentverschiebung unter Chadli	6/14		
Algerische Nationalcharta von 1986	6/16		
<b>Angola</b>			
Interview mit Iko Carreira	1-2/63		
J. Becker, Die MPLA-PT auf Erneuerungskurs	4/14		
P. Garcia, Vorposten Angola	4/16		
<b>Argentinien</b>			
U. Kampmann, Grenzen der Demokratisierung	1-2/13		
Kurzinformationen	3/50, 12/63		
<b>Äthiopien</b>			
E.M. Hinterwirth, Reportage aus Eritrea	6/19		
Eritrea-Hearing der Grünen	6/21		
J. Ziegler, Krieg, Hunger, Dialog...	10/12		
E.M. Hinterwirth, Umsiedlung nach Dembidollo	10/13		
Kurzinformation	4/46		
<b>Bangladesh</b>			
Kurzininformation	7/47		
<b>Bolivien</b>			
BRD-Infodienst	11/49		
Kurzininformation	11/51		
<b>Burkina Faso</b>			
BRD-Infodienst	12/61		
Kurzininformation	3/49		
<b>Brasilien</b>			
A. Gonzales, Ein Jahr „neue Republik“	4/29		
<b>Chile</b>			
A. Armgort, Stürzt Pinochet 1986?	3/35		
K. Maurer, Chiles Frauenbewegung	3/37		
A. Martinez, Von der Unregierbarkeit zum Sturz Pinochets	8-9/53		
K. Maurer, Vor „philippinischer“ Lösung?	10/22		
N. Biver, Stärkte das Attentat den Diktator?	11/20		
Freiheit für Beatriz Brinkmann	11/22		
Erklärung der FPMR	11/23		
US-General Galvin: Den Aufstand			
gemeinsam zerschlagen	11/24		
E. Hildebrand, Der Fall Beatriz Brinkmann	12/53		
Kurzinformationen	1-2/79, 6/50, 7/46		
<b>China</b>			
G. Schucher, „Wird unsere Reform zum Kapitalismus führen?“	8-9/55		
T. Jiyun, Reformen zur Selbstvervollkommnung	8-9/59		
G. Schucher, Vor der Aussöhnung China-UdSSR	11/35		
<b>Dominikanische Republik</b>			
Kurzininformation	7/46		
<b>Ekuador</b>			
Kurzininformation	7/46		
<b>El Salvador</b>			
W. Bennett, Gewerkschaften mobilisieren gegen Duarte	6/35		
Massenbewegung für den Frieden	6/36		
Theaterstück „Oscar Romero“	8-9/67		
FMLN/FDR, Duarte blockiert Nothilfe	12/51		
Kurzininformationen	3/50, 4/47, 7/46, 10/50, 11/50		
<b>Grenada</b>			
BRD-Infodienst	12/61		
Kurzininformation	4/47		
<b>Guadeloupe</b>			
Kurzininformation	5/59		
<b>Guyana</b>			
Kurzininformation	5/59		
<b>Guatemala</b>			
F. Bushin, Aussichten auf Wandel?	5/13		
Erklärung der URNG	5/14		
BRD-Infodienst	10/49		
Kurzininformation	1-2/79		
<b>Haiti</b>			
U. Rupp, Der Sturz Duvaliers	3/ 4		
U. Rupp, Divalierismus unter Druck	5/45		
Kurzininformationen	4/47, 6/50, 8-9/74, 12/63		
<b>Honduras</b>			
S. Becker, Ausverkauf stößt auf Widerstand	7/16		
Kurzininformation	1-2/79		
<b>Indien</b>			
H. Bröhl-Kerner, Bopha! – Profite statt Sicherheit	7/37		
<b>Irak</b>			
Sonderheft 3/1986:			
Iran-Irak – Krieg ohne Ende?			
W. Brönnner, Wem nützt der Krieg? (K)	8-9/26		
B. Bouresh, Der Golfkrieg im 7. Jahr	8-9/29		
UNO-Sicherheitsrat, Resolution			
582/86		8-9/33	
J. Reents, Rüstungsexporte verlängern den Krieg		8-9/35	
Erklärung des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg		8-9/36	
N. Mina, Ungewisse Zukunft der Islamischen Republik		8-9/42	
D. Falk, Die Kurdenbewegung zwischen vielen Feuern		8-9/46	
Kurzininformation		4/46	
<b>Iran</b>			
Zum Krieg Iran-Irak, siehe Länder: Irak			
P. Schütt, Der Kahlschlag des Khomeini-Regimes		5/54	
N. Mina, Ungewisse Zukunft der Islamischen Republik		8-9/42	
D. Falk, Die Kurdenbewegung zwischen vielen Feuern		8-9/46	
Kurzininformation		4/46	
<b>Israel</b>			
Gespräch mit Felicia Langer		1-2/11	
<b>Jemen</b>			
W. Brönnner, Der Bruderkrieg in der VDR Jemen		3/51	
<b>Jordanien</b>			
BRD-Infodienst		4/45	
<b>Kamerun</b>			
Interview: N. Woungly-Massaga (UPC)		8-9/14	
BRD-Infodienst		10/49	
<b>Kolumbien</b>			
P. Garcia, Friedensprozeß am Ende?		1-2/16	
Interview mit Braulio Herrera (FARC)		1-2/17	
P. Garcia, Präsident Barco auf Kollisionskurs		11/29	
Kurzininformationen		5/58, 7/46	
<b>Korea</b>			
M. Schuck, Hält sich Chun bis 1988?		5/46	
G. Diederichs, 10. Asienspiele		12/56	
Kurzininformationen		3/50, 10/50, 12/63	
<b>Kostarika</b>			
Kurzininformation		3/50	
<b>Kuba</b>			
F. Castro, Kubas Nikaraguahilfe ist unentgeltlich		3/42	
T. Maier, Die Schlacht der ganzen Nation		4/32	
F. Castro, Kein revolutionäres Land fällt auf die Knie		4/36	
<b>Kuweit</b>			
I. Lübben-Pistofidis, Balanceakt Al-Sabahs		10/19	
<b>Lesotho</b>			
J. Becker, Opfer der „Pax Pretoriana“		3/30	

<b>Libanon</b>		sozialistische Lager (I)	1-2/67	nicht gestellt	8-9/61
I. Lübben-Pistofidis, Die Umverteilung der Macht	1-2/ 4	R. Meyer, Wem nutzen Zensur und Streikverbot?	3/32	Kurzinformationen	1-2/78, 11/50
K.U. Schnell, Die Nationalprogressiven – Gewinner von Tripoli	1-2/ 5	H. Frenz, Wie verlässlich ist unsere Solidarität?	3/34	<b>Sierra Leone</b>	
Programm der FAN	1-2/ 6	M. Edelman, Nikaragua... (II)	3/40	Kurzinformation	7/47
I. Lübben-Pistofidis, Gemayels Spiel auf Zeit	5/10	F. Castro, Kubas Nikaraguahilfe ist unentgeltlich	3/42	<b>Somalia</b>	
Kurzinformationen	3/49, 4/46, 8-9/74	N. Biver, Die Entsolidarisierungskampagne	4/22	Kurzinformation	4/46
<b>Libyen</b>		M. Edelman, Nikaragua... (III)	4/35	<b>Sri Lanka</b>	
K.U. Schnell, Angriffsziel Libyen	3/12	F. Castro, Kein revolutionäres Land fällt auf die Knie	4/36	G. König/K. Söhnlein, Zuspitzung des Bürgerkriegs	7/21
Der Reagan-Plan	3/14	N. Biver, Rambo an der „Todeslinie“ (K)	5/ 3	Kurzinformation	8-9/75
K.U. Schnell, Bonn und die Libyenkrise	3/18	Gespräch mit Carlos Nunez	5/16	<b>Sudan</b>	
N. Biver, Rambo an der „Todeslinie“ (K)	5/ 3	Interview mit Sergio Ramirez	7/11	Kurzinformation	6/51
ASK-Erklärung	5/ 4	H. Frenz, Was belegt der amnesty-Bericht wirklich?	7/13	<b>Südafrika</b>	
W. Brönnner, Lektion Libyenkrise (K)	6/ 3	Geiselnahme bundesdeutscher Brigadisten	7/14	<b>Sonderheft 1/1986: Südafrika – Apartheid und Widerstand</b>	
K.U. Schnell, Der US-Angriff	6/ 4	N. Biver, Votum für den Krieg	8-9/16	M. Kolter, Die Verantwortung der Apartheidgegner	1-2/22
Fernsehansprache Ronald Reagans	6/ 7	D. Ortega, Der Mißbrauch des Pluralismus wird beendet	8-9/17	Interview mit Alfred Nzo (ANC)	1-2/23
M. Ghaddafi, Eine Kriegseskalation nicht zulassen	6/ 8	Spendenkampagne „Nikagagua muß überleben!“	8-9/19	J. Becker, Wie reformbereit ist das weiße Lager?	1-2/25
M. Gorbatschow, Vorschläge zur Demilitarisierung des Mittelmeerraums	6/11	G. Melendez, Die Kirche der Armen macht mobil	8-9/20	Was ist Apartheid?	1-2/28
Was ist die Reagan-Doktrin?	6/12	V. Himmer, Mittelamerika-Tagebuch	8-9/22	J. Kühnert, Ausbau der südafrikanischen Militärmacht	1-2/29
Kurzinformation	10/51	S. Flaig, Ausblutung der Wirtschaft	10/30	M. Kolter, ANC/UDF auf Vormarsch	1-2/32
<b>Malaysia</b>		Nach der Ermordung Berndt Kobersteins, Die Arbeitsbrigaden müssen weitergehen!	10/33	Grundsatzklärung der UDF	1-2/33
Kurzinformation	10/50	N. Biver, Was zeigt der Fall Hasenfus? (K)	12/ 3	Appell des ANC an die internationale Gemeinschaft	1-2/34
<b>Mali</b>		Bonn und Nikaragua	12/18	Freiheitscharta Südafrikas	1-2/36
Kurzinformation	3/49	BRD-Infodienst	1-2/76, 4/45, 6/48, 6/49	Kommuniqué der 2. Nationalen Konsultativkonferenz des ANC	1-2/38
<b>Malta</b>		Kurzinformation	12/61	C. Sodemann, Die Arbeiterbewegung formiert sich	1-2/43
Kurzinformation	1-2/79		11/50	R. Falk, Westmächte und Sanktionsfrage	1-2/45
<b>Mexiko</b>		<b>Ost-Timor</b>		Die Geschäftemacher mit der Apartheid	1-2/46
P. Imbusch, „Wir wollen Bohnen, keine Tore!“	6/32	Kurzinformation	5/58	W. Brönnner/H. Paschla, Enge Kollaboration BRD-Südafrika	1-2/49
U. Bensch/J. Weber-Bensch, Wie aus dem Erdbeben eine Gewerkschaft entstand	7/18	<b>Pakistan</b>		BRD-Vorstöße gegen das Rüstungsembargo	1-2/51
G. Diederichs, Fußball-WM	8-9/69	L.A. Heinrich, Benazir Bhutto auf den Spuren Aquinos?	10/15	L. Smith, Rock gegen Apartheid	1-2/54
<b>Moçambique</b>		Kurzinformationen	3/51, 6/50	G. Diederichs, Sportboykott gegen Südafrika	1-2/55
A. Meldrum, Die Schlinge der RNM-Terroristen zieht sich zusammen	6/22	<b>Palästina</b>		Material- und Aktionspiegel	1-2/57
Reaktionen auf die RNM-Kriegführung	6/23	Gespräch mit Felicia Langer	1-2/11	A. Armgort, Aktionsbeispiel Bankenblockade	1-2/59
R. Mugabe, Das bedrohte Moçambique mitverteidigen	6/24	Gespräch mit dem Schriftsteller Samih Al-Kassem	4/42	M. Kolter, Keine Ruhepause für das Apartheidregime	4/10
J. Becker, Nach Machel's Tod – Südafrika unter Anklage	12/ 4	Kurzinformation	8-9/74	Bonner „Staatsbesucher“ Buthelezi	4/11
J. Becker, Alltag in der Manica-Provinz	12/ 5	<b>Paraguay</b>		A. Armgort, BRD-Rundreise des PAC	4/12
Solidaritätsarbeit zu Moçambique	12/ 6	P. Garcia, Anfang vom Ende der Stroessner-Diktatur	10/34	O. Tambo, Perspektiven für ein befreites Südafrika	5/ 5
Trauer um Samora Machel	12/ 6	Kurzinformationen	6/50, 8-9/74	J. Becker, Südafrikas „andere“ Verschuldung	5/ 8
<b>Namibia</b>		<b>Peru</b>		ANC-Appell an alle: Unterstützt den Freiheitssender Mandela!	5/60
A. Ahmed, Agentenring in der SWAPO aufgedeckt	4/ 7	P. Garcia, Regierung Garcia zwischen zwei Feuern	12/12	C. Sodemann, SI/SPD – Übergang auf Anti-Apartheid-Kurs	6/30
Menschenrechtskampagne gegen die SWAPO	4/ 8	Kurzinformationen	8-9/74, 10/50	Soweto 1976-86, AAB-Aufruf	6/31
S. Nujoma, Die unheilige Allianz Botha-Reagan	7/ 7	<b>Philippinen</b>		B. Breytenbach, Apartheid – reif für die Würmer	6/45
AI-GAMS-Erklärung, Die „Übergangsregierung“ beseitigen!	7/ 8	R. Werning, Gelingt die Wende in Manila?	3/ 8	J. Becker, Bothas „erste Rate“ (K)	7/ 3
Erklärung der Brüsseler Namibia-Konferenz	7/ 9	Antidiktatorisches Bündnis BAYAN	3/ 9	ANC, Von der Unregierbarkeit zur Volksmacht	7/ 4
V. Maier, Namibia ... bis zum letzten Stein?	10/ 8	Interview mit Satur Ocampo (CPP)	3/11	J. Becker, „Kein Geld für Apartheid“	7/ 6
Deklaration der Wiener UN-Konferenz	10/ 9	R. Werning, Zunächst nur siegte Pyrrhus in Manila (K)	4/ 3	J. Ostromsky, Südafrika braucht Sanktionen! (K)	8-9/ 3
Interview mit Sam Nujoma (SWAPO)	10/10	R. Werning, Bleibt der Geist von Marcos?	4/ 4	M. Kolter, Ausnahmezustand –	8-9/ 4
D. Peschke, Vorbereitung auf ein freies Namibia	11/18	<b>Sonderheft 2/1986:</b>		Bothas Gratwanderung	8-9/ 7
BRD-Infodienst	1-2/76, 8-9/73	<b>Philippinen – Wende unter Aquino?</b>		Gespräch mit Ronnie Kasrils (ANC)	8-9/ 7
<b>Nepal</b>		W. Brönnner, Was gehen uns die Philippinen an?	5/18	M. Kolter, Der Sanktionsdruck zeigt Wirkung	10/ 4
U. Rupp, Panchayat unter Druck	11/39	R. Werning, Von Marcos zu Aquino	5/19	C. Ramaphosa, Nichts als Vorwände, Herr Kohl!	10/ 5
<b>Nigeria</b>		R. Naumann, Die Befreiungsbewegung	5/26	Aufruf der AAB	10/ 7
P. Schütt, Wole Soyinka, Afrikas Literatur-Nobelpreisträger	12/58	Interview mit Horacio „Boy“ Morales	5/34	Film über Nelson Mandela	10/46
<b>Nikaragua</b>		R. Werning, Aufstandsbekämpfung mit Tradition	5/35	M. Kolter, Bonn zum Apartheidboykott verhelfen! (K)	11/ 3
M. Edelman, Nikaragua und das		Operationsplan Stabilität	5/36	M. Kolter, Was will der Westen im	
		N. Biver, Die US-Basen	5/39		
		N. Boukari, Scheitern eines Modells	5/41		
		Material- und Aktionspiegel	5/43		
		F. Braßel, Noch sind die Weichen			

Sonderheft 1/87 2,50 DM

# AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

**Die Kunst des  
Überlebens**

# NICARAGUA



## Inhalt

<i>Wolfram Bröner</i> Bonner Liebesdienste für die Interventen	II
<i>Nico Biver</i> Facetten der Aggression	IV
<i>Jochen Hippler</i> Der Contra-Krieg	VI
<i>Raul Vergara</i> Erfolgsrezept Volksverteidigung	X
<i>Helga Ballauf</i> Desinformation mit dem Menschenrechtsthema	XII
Schließung von „La Prensa“	XIV
Soziale Erfolge trotz Krieg	XV
<i>Alfonso I. Barrios</i> Wirtschaft in Bedrängnis	XXI
<i>Regine Meyer</i> Schadensbegrenzung in der Krise	XXII
Interview mit Vizepräsident Sergio Ramirez	XXV
<i>Stefan Flaig</i> Breite Zustimmung für neue Verfahren	XXVII
Grundsätze der Verfassung	XXVIII
<i>Martin Schuck</i> Amtskirche stößt auf Widerstand	XXX
<i>Eberhard Wolf</i> Städtepartnerschaft	XXXII
Aktions- und Materialspiegel	XXXIV
Nicaragua muß überleben!	XXXVI

## Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

**Anschrift** von Redaktion und Vertriebs: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

**Redaktion:** Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

**Weitere Mitarbeiter** dieser Ausgabe: A. J. Arndt, H. Ballauf, S. Flaig, J. Hippler, R. Meyer, I. Rein, E. Wolf

**Redaktionsschluß:** 12. Dezember 1986

**Verlag:** Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln

**Konten:** AIB, Postgiro Frankfurt/Main, Konto-Nr. 312 093-607 oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Jahresabonnement:** Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

**Preis** der Sonderhefte/Nebenblätter 2,50 DM. Bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Solishop 3. Welt, Team-Reisen, Heidelberger Verlagsanstalt, Weltkreis-Verlag, SST-Reisen, Distel-Verlag

**Fotonachweis:** IDES, Barricada, Monimbo, NACLA, Pensamiento Propio

**Titelbild:** Gestaltung von Udo Tremmel

## Bonner Liebesdienste für die Interventen

Als im Juli 1986 der Freiburger Brigadist Berndt Koberstein zusammen mit vier Begleitern in der Nähe von Wiwili von einem Kommando antisandinistischer Contras ermordet wurde, vernahm man in Bonner Regierungskreisen „große Betroffenheit“.

Doch wie schon beim Mord am Freiburger Entwicklungshelfer Albrecht Pflaum im Mai 1983 und der Entführung von acht bundesdeutschen Arbeitsbrigadisten im April 1986 verknüpften dies die Macher der Bonner Weltpolitik (siehe AIB-Sonderheft 4/1986, S. III ff.) mit Schuldzuweisungen – gegenüber den Opfern und den Trägern von Solidaritätsprojekten in Nicaragua.

Da verlegten sich Jürgen Warnke (CSU), seit der Wende im Jahr 1982 Chef des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) eindringlich darauf, vor dem Einsatz „junger Deutscher“ in Nicaragua bzw. der dortigen „Bürgerkriegszone“ zu warnen, die sich „in Gefahr“ begäben.

Warnke schob überdies die Verantwortung dreist der sandinistischen Regierung und jenen in die Schuhe, die – wie im Fall Freiburg – Partnerschaftsprojekte betrieben bzw. „für Einsätze werben, die tödlich ausgehen können“.

Auf Warnungen der Bundesregierung an die Adresse derer, bei denen in Wirklichkeit die Verantwortung für die Opfer liegt und von denen die Gefahr ausgeht, wartete man vergebens.

Dies just nachdem Ende Juni 1986 der Internationale Gerichtshof in Den Haag sowohl die Verminungs-, Angriffsakte und Embargopolitik Washingtons gegen Nicaragua als auch seine Hilfe für die Contras als völkerrechtswidrig verurteilt und der US-Kongreß völlig ungeniert 100 Mio \$ für Ausbildung, Bewaffnung und Sold der Contras bewilligt hatte.

Mit der Mär vom „Bürgerkrieg“ und von einer „klare(n) Hinwendung (der Sandinisten) zur totalitären Linie“ sucht Warnke die eigentliche Konfliktursache, den zusehends totaleren US-Interventionskrieg, reinzuwaschen. Damit einher geht die Rückendeckung für das Reagansche Vorhaben, durch gezielten Contraterror gegen Brigadisten deren Abzug zu erzwingen bzw. Engagierte abzuschrecken.

Wie ernst es der Regierung Kohl mit den Liebesdiensten für Reagans „Freiheitskämpfer“, die Contras, ist, stellte sie bei der Nagelprobe am 14. November 1986 im Bundestag unter Beweis. Von der SPD und den Grünen eingebrachte Anträge, in denen die Contras verurteilt und von der Bundesregierung die Wiederauf-

nahme ihrer Entwicklungshilfe an die sandinistische Regierung verlangt wurde, lehnte die Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und FDP im Hohen Haus ab.

Von ihr zurückgewiesen wurde in der Bundestagsdebatte auch die Forderung der Oppositionsparteien, die Bundesregierung müsse auf den Sonderverbündeten USA einwirken, um ihn von der Unterstützung des Contrakriegs und -terrors abzubringen.

Stattdessen bestritten Regierungsvertreter wie Koalitionsparteien, die Contras zu unterstützen oder irgendetwas mit ihnen zu tun zu haben.

Umso verwunderlicher mutet ihre bisherige Nichtbeantwortung einer „Großen Anfrage“ der Bundestagsfraktion der Grünen vom 26. Juni 1986 an. Sie enthält 56 Fragen zur bundesdeutschen Unterstützung für die UNO-FDN-Contra und eine Vielzahl von Anhaltspunkten zur politischen Lobbyarbeit für diese in der BRD.

### Schweigen zur Contra-Connection

Im Begründungsteil der Grünen-Anfrage heißt es u.a.:

„Politiker, vor allem aus der CDU/CSU, vermeintliche Menschenrechtsorganisationen wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Vereine wie die Nicaragua-Gesellschaft e.V. und die Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie (IAFD), Mitarbeiter aus den parteinahen Stiftungen Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung und Pressorgane wie DIE WELT, Frankfurter Allgemeine Zeitung, ZDF-Magazin u.a. unterhalten nicht nur seit langem Kontakte zu Vertretern der UNO-FDN-Contra, sondern bemühen sich zunehmend in Zusammenarbeit mit der UNO-FDN-Contra um die politische Etablierung der Contra als vermeintliche demokratische Alternative zur sandinistischen Regierung in Nicaragua.“

Angesichts der terroristischen Aktivitäten der UNO-FDN-Contra in Nicaragua und des internationalen politischen Umfeldes betrachten DIE GRÜNEN mit großer Sorge den wachsenden politischen Einfluß, den die UNO-FDN-Contra auf politische Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland einnimmt, wobei besonders besorgniserregend für DIE GRÜNEN ist, daß politische Propagandaarbeit für die UNO-FDN-Contra häufig nicht als solche erscheint, sondern verdeckt geschieht.“ (Bundestags-Drucksache 10/5816, Bonn, 3.7.1986)

So manches an der Bonner Contra-Connection blieb im Dunkeln. Einige der aufgedeckten Fakten aber sprechen den Dementis von Unionsparteien und FDP Hohn.

Kontakte florieren spätestens seit Mai 1983, als die CSU-nahe IAFD, Sitz München, die erste offizielle Delegation der größten Contragruppierung Demokratische Nicaraguanische Kraft (FDN) empfing. Die FDN-Direktoriumsmitglie-

der Adolfo Calero und Indalecio Rodriguez wurden auf einer Bonner Pressekonferenz vom IAFD-Chef Edmund Moser eingeführt.

Derselbe Moser, vormalig Vertreter der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Caracas, und der politische FDN-Chef Adolfo Calero waren mit von der Partie bei einem Schlüsseltreffen am 10./11. Februar 1986 in Madrid, auf dem eine antisandinistische Medienkampagne für Westeuropa abgestimmt wurde. Schwerpunktländer dieser mit CIA-Geldern in Höhe von 1,5 Mio \$ gespeisten verdeckten Medienoffensive sind Spanien, Frankreich und die Bundesrepublik.

In Madrid beteiligt waren mit Arturo Cruz und Alfonso Robelo zwei Sprecher des politischen Arms der Contra-Söldner, der Nicaraguanischen Oppositionsunion (UNO), sowie der ehemalige BRD-Botschafter in Nicaragua, Götz von Houwald, der die Bonner Nicaragua-Gesellschaft in Honduras vertritt. Von Houwald organisiert dort auch ein Projekt der militant antikommunistischen Menschenrechtsgesellschaft IGMF für Sumu-Indianer mit (es soll sie von der Rückkehr nach Nicaragua abhalten), welches mit BMZ-Mitteln in Höhe von fast 1/2 Mio DM gefördert wird.

Die Nicaragua-Gesellschaft inszenierte im Mai 1986 den BRD-Auftritt einer FDN-Delegation unter Luis Rivas. Ebenfalls im April/Mai 1986 besuchte UNO-FDN-Sprecher Adolfo Calero die Bun-

denmenschenrechts- und Demokratieverstöße anzuhängen suchen, hat dies gute Gründe. Ein „totalitäres“ Zerrbild des befreiten Nicaragua hilft einmal, die Verbrechen der 1979 gestürzten Somoza-Diktatur und damit auch der somozistischen Kontrakrieger (alter Nationalgardisten!) zu verdrängen bzw. zu verharmlosen.

Zum anderen brauchen sie für den eigenen Hausgebrauch ein sandinistisches „Monster“, um die einseitige Ausweitung der Bonner Wirtschafts- und Rüstungshilfe für die sog. Frontstaaten des Mittelamerikakonflikts, El Salvador, Guatemala und m.E. Honduras, plausibel machen zu können – wo erstere doch international wegen krasser Menschenrechtsverletzungen (Morde, Verschleppungen durch Staatsorgane) nach wie vor in der Kritik stehen.

Hier rückt denn auch die zweite, offener laufende Schiene des Bonner Mittelamerikabestands für Reagan ins Blickfeld. Die Regierung Kohl bekennt sich sowohl zu Vertretung „vitaler NATO-Interessen“ (Auswärtiges Amt, 19.10.1985) durch die „Ordnungsmacht“ USA als auch zu einer stärkeren „Lastenteilung“ (Wörner).

Während den USA in Mittelamerika die militärische Seite dieser Interessensicherung nahezu alleine zufällt, leisten die Bonner Konservativliberalen als verlässlichste europäische Verbündete zunehmend wirtschaftlich-politische Schützenhilfe. Gemeinsames System-

Minimierung bundesdeutscher Entwicklungshelfer (DED-Mitarbeiter auf 25) bzw. Entwicklungsruinen erzwingen und den Einsatz von Brigadisten torpedierte. Sie tat dies ferner in internationalen Finanzinstitutionen und der EG, wo sie Kredite für Nicaragua verzögern oder vereiteln half. Auch bei den Verhandlungen über ein wirtschaftliches Kooperationsabkommen der EG mit den Staaten Mittelamerikas, das im November 1985 in Luxemburg verabschiedet wurde, trat sie mit ihrem Drängen auf Ausschluß Nicaraguas als Gegenpol Frankreichs auf.

Als sie damit nicht durchkam, bestand sie auf einer vorbehaltlichen BRD-Zusatzklärung, EG-Mittelvergaben seien je von der Menschenrechts- und Demokratiefrage in den Empfängerländern Mittelamerikas abhängig zu machen. Was sonst soll die Bonner Vorbehaltsklausel, als fortan durch die Hintertür EG-Gelder an Nicaragua zu blockieren?

### Einseitige Fronthilfe

Umgekehrt spielte die Regierung Kohl, bar aller Menschenrechtsskrupel, eine Vorreiterrolle bei der Wiederaufnahme von Wirtschafts- und neuerdings auch Aufstandsbekämpfungshilfe für die von Militärs gegängelten christdemokratischen Regimes El Salvador (nahezu 150 Mio DM 1984-86) und Guatemalas (58,8 Mio DM allein für 1986).

Die Bonner Finanzierungshilfen für Contra-dienliche Projekte in Honduras oder auf Schleichwegen (Adenauer-Stiftung!) an die zivilen Zweigstellen der Contras in Nicaragua selbst (Unternehmervereinigung COSEP, Christlich-Soziale Partei, „La Prensa“ u.a.) weisen in dieselbe Richtung.

Gemäß der CDU-CSU-Devise, daß die Bundesregierung gerade in Sachen Mittelamerikakrise „amerikafeindliche Ansätze von vornherein ausschließen“ müsse (Warnke), enthielt sie sich jeglicher Eigeninitiative zugunsten einer Friedensregelung. Werden von der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Venezuela, Kolumbien) vermittelte Verhandlungsbereinkünfte von Washington wie gehabt zu Fall gebracht, so eilen ihm die Bonner Papageien hilfreich zur Seite – mit Schuldzuweisungen an die Adresse der Opfer, d.h. „Destabilisierer“ in Managua (Warnke).

Auf diesem Hintergrund machen vereinzelte Distanzierungen von „militärischen(!) Aktionen“ der Contras (Geißler) nur einen Sinn: Sie sollen von der realen Mitverantwortung der Bonner Wende-Regierung an den Verbrechen gegen das nicaraguanische Volk, an der Ermordung der Internationalisten ablenken.

Wolfram Brönner



desrepublik und traf in Bonn mit Alfred Dregger, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammen.

Eine Vorreiterrolle als Contra-Lobbyist hat schließlich die CDU mit einer im Oktober 1985 gestarteten antisandinistischen Desinformationskampagne (Nicaragua-Tribunal u.a., siehe AIB 4/1986, S. 22ff.) übernommen.

Wenn ihr Einpeitscher CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und Warnke dabei den Sandinisten vordringlich krasse

sicherungsziel: Beseitigung des Revolutionsregimes in Nicaragua sowie der revolutionären Aufstandsbewegungen in El Salvador und Guatemala.

Einen gewichtigen Beitrag zum US-Interventionskrieg betrieb die Bonner Rechtskoalition mit ihrer aktiven Beteiligung an der wirtschaftlichen Destabilisierung des Angriffsziels Nicaragua.

Sie tat dies, indem sie 1984 ihre zugesagte Entwicklungshilfe für Nicaragua in Höhe von 40 Mio DM strich, die dortige



Us-Luftwaffenstützpunkt in Palmerola (Honduras)

Nico Biver

# Facetten der Aggression

Die Vertreter der Reagan-Administration werden nicht müde, allerorts den Krieg, den sie gegen Nicaragua führen und führen lassen, zu rechtfertigen.

Vernon Walters, UN-Vertreter der USA, wiederholte am 19. November 1986 vor dem 7. Internationalen Politik- und Strategie Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung gleich mehrere Propaganda-Klischees aus dem Weißen Haus: „Wir glauben, daß alle, die wirklich nach der Selbstbestimmung eines Volkes streben, sei es in Nicaragua, Afghanistan oder Angola, das gleiche Recht haben, von freiheitsliebenden Menschen anderer Staaten unterstützt zu werden.“

Daß er nur diese drei Länder aufzählte und etwa Chile, Paraguay oder die Türkei außen vor ließ, macht deutlich, was er damit meinte, nämlich die Unterstützung der Contras gegen die dortigen Regierungen.

Und dies ist notwendig, denn, „in ganz Lateinamerika ist der Siegeszug der Freiheit angebrochen, einzig in Nicaragua fließt der Strom in die falsche Richtung – gegen die Freiheit“. Und nicht nur das: „Die Führer Nicaraguas haben klar gestellt, daß die Revolution keine Grenzen kennt und daß sie beabsichtigen, die gesamte Region zu unterwandern.“<sup>1</sup>

Diese Propaganda, angereichert mit der ewigen Leier von der sowjetischen Expansion in Mittelamerika und geradezu erschreckenden Menschenrechtsverletzungen der Sandinisten, ist Teil eines umfassenden Konzepts zum Sturz der revolutionären Regierung in Nicaragua, wie es bereits Ende 1981 in seinen Grundzügen festgelegt wurde.

Damals, am 2.12.1981, unterzeichnete

Ronald Reagan die Direktive (NSDD 17) des Nationalen Sicherheitsrats (NSC). Sie sah u.a. verstärkte subversive Aktionen innerhalb Nicaraguas, Unterstützung für paramilitärische Aktionen, wirtschaftlichen Druck, militärische Drohungen, Planungen für eine militärische Intervention, Propagandaanstrengungen und gemeinsame Planungen mit Verbündeten vor.<sup>2</sup>

Daß es bei diesem Programm, das den formellen Beschluß zur Gründung der Contras umfaßte, u.a. um den Sturz der sandinistischen Revolution ging, machte ein neues Memorandum des NSC deutlich, das im April 1982 von Reagan befürwortet wurde.

Darin heißt es, die USA hätten „ein lebenswichtiges Interesse daran, die Ausbreitung des kubanischen Modells auf andere Staaten nicht zu erlauben“ und daran zu arbeiten, „den kubanisch-sowjetischen Einfluß in der Region zu besitzigen“.<sup>3</sup>

## „Low Intensity Warfare“

Die 1981 gegen Nicaragua beschlossenen Maßnahmen enthielten bereits alle Zutaten einer Militärdoktrin, die später als „Low Intensity Warfare“ bzw. „Low Intensity Conflict“ (Kriegführung/Konflikt niedriger Intensität) bekannt wurde. Sie ist das Mittel, um die in der Reagan-Doktrin festgelegten Ziele, den Sieg revolutionärer Bewegungen in der Dritten Welt zu verhindern und ihren Sturz durchzusetzen, dort wo sie gesiegt haben.

„Low Intensity Warfare“ schließt „anti-

terroristische“ Schläge wie gegen Libyen ebenso ein wie „Polizeiaktionen“ (etwa gegen Grenada) „Counterinsurgency“ (Aufstandsbekämpfung; etwa in El Salvador oder auf den Philippinen) und sog. „Proinsurgency“ (Aufstandsförderung), wie sie mit US-Unterstützung gegen Afghanistan, Angola, Kambodscha und Nicaragua von Contras praktiziert wird. Nach Ansicht von Oberst John Waghelstein, ehemaliger Chef der US-Militärberater in El Salvador und Professor an der Kriegsakademie der USA, spielen in dieser Art des Krieges politische, soziale, wirtschaftliche und psychologische Elemente eine ebenso wichtige Rolle wie die rein militärischen.<sup>4</sup>

Oberst Hugo Torres, Chef der politischen Leitung des Sandinistischen Volksheeres (EPS), erklärte, daß „Low Intensity Warfare“ nicht die sofortige physische Vernichtung des Feindes zum Ziel (hat), auch wenn sie diese Möglichkeit nicht ausschließt. Sie will die systematische Zermürbung erreichen, wirkt auf die Wirtschaft ein und läßt das Land durch Sabotage und terroristische Aktionen permanent ausbluten.“<sup>5</sup>

Damit sowie durch politische und propagandistische Maßnahmen soll erreicht werden, daß die soziale Basis der Revolution geschwächt bzw. zerstört wird, also die Revolution sturmreif geschossen wird.

Dieses Konzept, das offiziell keinen direkten massiven und langandauernden Einsatz von US-Truppen vorsieht, ist eine Antwort auf das veränderte weltweite Kräfteverhältnis und auf den Widerstand der US-Bevölkerung, die aus der Erfahrung des Vietnamkrieges heraus mehrheitlich einer direkten Verwicklung der USA in langandauernde Kriege ablehnend gegenübersteht.

Nicaragua ist ein Paradebeispiel und Testfall für die konsequente Anwendung von „Low Intensity Warfare“. Die Reagan-Administration hat seit 1981 alle Register gezogen, die im Rahmen dieses Konzeptes zur Verfügung stehen, ohne jedoch bis jetzt den erhofften Erfolg zu erzielen.

Den Contras kommt dabei eine zentrale Funktion zu. Dies jedoch weniger in dem Sinne, daß sie in der Lage wären, Nicaragua militärisch zu besiegen – ein Ziel, das man spätestens 1984 begraben mußte.

Vielmehr dient sie dem Zweck, das Land wirtschaftlich auszubluten. Dies geschieht vor allem dadurch, daß Nicaragua gezwungen ist, einen Großteil seiner Ressourcen für die Verteidigung zu verwenden, um sowohl die Contra zu bekämpfen als auch sich auf eine direkte Invasion der USA vorzubereiten.

Diese Politik ist zwar zu einem gewissen Grade von Erfolg gekrönt, was auch durch das Handelsembargo und den

Kreditboykott, den die USA bei internationalen Finanzorganisationen durchgesetzt haben, erreicht wurde. Jedoch ist es bisher nicht wie in Ländern, die aus anderen Gründen in einer ähnlich katastrophalen wirtschaftlichen Lage sind, zu einer spontanen, geschweige denn zu einer organisierten Rebellion gegen die Regierung gekommen.

Wichtigster Grund hierfür ist der, daß die Sandinisten sich auf die „Low Intensity War“-Strategie eingestellt haben.

Sie machten dies möglich, indem sie nicht nur einen militärischen Kampf führen, sondern zunehmend die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Auseinandersetzung betonen. Dazu gehört, daß in den Kriegsgebieten Sozialprogramme verstärkt vorangetrieben werden, die Versorgung verbessert und vor allem die Landreform beschleunigt wird. Die zunehmende Professionalisierung der Streitkräfte, die modernen Waffen aus sozialistischen Ländern und die Einbeziehung der Bevölkerung in die Verteidigung waren weitere Voraussetzungen für die strategische Niederlage, die der Contra 1985 zugefügt werden konnte.

die US-Intervention.

Symptomatisch für die internationale Isolierung der USA sind auch die Verurteilung ihrer Aggressionspolitik durch den Haager Gerichtshof und die Kritik internationaler Organisationen, wie die UNO und die Nichtpaktgebundenen.

So verurteilte am 22.11.1986 die UN-Vollversammlung das Handelsembargo Washingtons. Lediglich die USA und Israel stimmten gegen die Resolution, 86 waren dafür und 46 enthielten sich.

In den USA selbst ist nach wie vor eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Unterstützung der Contras eingestellt.

Die Zustimmung des Kongresses steht immer auf des Messers Schneide. Nach dem Verbot von 1984, die Contra weiter zu unterstützen, verstand es die Reagan-Administration jedoch, Hilfe aus privaten Quellen, von anderen Ländern (u.a. Israel, Saudi-Arabien und Brunei) und durch Waffengeschäfte mit dem Iran zu organisieren.

Allerdings könnten sich diese illegalen Praktiken durch die Iran-Affäre rächen. Möglicherweise wird der Kongreß dies zum Anlaß nehmen, den nicht ausbezahlten Teil der 1986 bewilligten 100

sie im Gegenteil fördert. Für diese Version sprechen mehrere Gründe.

Da ist der hohe Stellenwert, den die USA Nicaragua im Rahmen ihrer internationalen Roll-Back-Strategie eingeräumt haben. Es ist deshalb nicht zu erwarten, daß sie schnell klein beigeben, ohne alle Karten ausgespielt zu haben.

Mit der Bewilligung der 100 Mio \$ wurde zudem beschlossen, daß US-Ausbilder und Soldaten, die Contras in der Nähe der nicaraguanischen Grenze ausbilden und unterstützen dürfen. Diese direkte Beteiligung von US-Bürgern am Contra-Krieg erhöht die Möglichkeit, daß sie in militärische Auseinandersetzungen verwickelt werden und somit einen Anlaß für ein militärisches Eingreifen liefern. Und senkt obendrein die Schwelle zur US-Invasion.

Wenn es Washington zudem gelingen sollte, die soziale Basis der Revolution zu untergraben, wäre die direkte Intervention notwendig, um der Revolution nach dem Muster Grenada (Oktober 1983) den Todesstoß zu versetzen.

Für die Pläne eines direkten Eingreifens sprechen zumindest die Vorbereitungen vor Ort.

In Honduras sind mehrere tausend US-Soldaten dauernd stationiert, Militärlager und Flughäfen angelegt. In den USA probten Anfang November 1986 14.000 Angehörige der 82. Luftlanddivision die Invasion. Zudem versucht Washington die Nachbarländer Nicaraguas zu einer stärkeren Konfrontation zu bewegen.

Indiz hierfür ist nicht nur, daß es der Reagan-Administration praktisch gelungen ist, die Contadora-Verhandlungen zu torpedieren und damit eine Verhandlungslösung zu verhindern. Vielmehr zeigt die Bombardierung nicaraguanischer Stellungen durch die honduranische Luftwaffe Anfang Dezember 1986, daß Washington durch einen militärischen Konflikt zwischen Nicaragua und seinen Nachbarstaaten einen Anlaß für ein Eingreifen schaffen will.

Ob Washingtons Invasionspläne Zukunft haben, hängt einestils davon ab, ob es den Sandinisten weiterhin gelingt, ihre soziale Basis zu festigen und ob der Widerstand in Honduras gegen die Contras und die US-Truppen weiter wächst. Andernteils hängt es daran, ob weltweit – und vor allem in Westeuropa – die anti-interventionistischen Kräfte dem Versuch Washingtons, Nicaragua zu isolieren, etwas entgegenzusetzen können.

#### Anmerkungen:

- 1) Abschrift vom Tonbandprotokoll
- 2) Vgl. CounterSpy, Washington, Nr. 3/Mai-Juni 1982
- 3) New York Times, 7.4.1983
- 4) Vgl. Pensamiento Propio, Managua, Nr. 33/Mai-Juni 1986, S.52
- 5) Barricada Internacional, Managua, 20.10.1986

### Wo liegt Nicaragua?

Es liegt überall dort,

wo die Vereinigten Staaten Geheimdienstleute einschleusen  
zur Verteidigung der Freiheit der freien Welt.

Und weil Nicaragua überall ist, darum muß man  
endlich überall etwas von Nicaragua wissen:

Daß es in aller Welt um Nicaragua geht,  
und daß es in Nicaragua um alle Welt geht.

Erich Fried

In den anderen Gebieten des Landes konnte politische Unzufriedenheit aufgrund der miserablen wirtschaftlichen Lage in Grenzen gehalten werden, da die Verantwortlichen im Weißen Haus leicht auszumachen sind. Die Bevölkerung zu überzeugen, gelingt auch deshalb, weil es die USA bisher nicht erreicht haben, eine politische Alternative in Gestalt der Kirchenführung und der Rechtsparteien aufzubauen.

Dieses Vorhaben durchkreuzten die Sandinisten nicht nur durch politische Überzeugungsarbeit, sondern auch durch administrative Maßnahmen, etwa die Verhängung des Ausnahmezustands, die Schließung von „La Prensa“ und die Ausweisung des Bischofs Vega.

Ein weiterer Grund dafür, daß die Reagan-Administration ihr Ziel noch nicht erreicht hat, sind die Widerstände gegen ihre Mittelamerikapolitik sowohl in den USA als auch in Westeuropa.

Durch eine gezielte Propagandakampagne konnte sie zwar international Boden gut machen. Dennoch ist der Kreditfluß etwa seitens der EG noch immer nicht gestoppt und vertritt die Sozialdemokratie weiterhin Positionen gegen

Mio \$ zu streichen und keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung zu stellen.

Doch heißt dies alles nicht, daß der Contra-Krieg auf kurz oder lang zum Scheitern verurteilt ist und die Reagan-Administration ihr Ziel, die nicaraguanische Regierung zu stürzen, aufgibt. Die Möglichkeiten der internationalen Isolierung Nicaraguas sind noch nicht ausgeschöpft.

Dies gilt vor allem, wenn man bedenkt, daß das Konzept des „Low Intensity Warfare“ u.a. darauf angelegt ist, den Modellcharakter der nicaraguanischen Revolution zu zerstören und die Regierung zur Einschränkung der politischen Freiheiten zu zwingen, wenn sie die Revolution retten will. Durch Kredit Sperren vor allem westeuropäischer Staaten könnte dann die wirtschaftliche Ausblutung noch weitergesteigert werden. Außerdem verfügen die USA über ein letztes Mittel zur Beseitigung der Revolution: die breit angelegte direkte Intervention.

Die Sandinisten gehen davon aus, daß die Gewährung der 100 Mio \$ für die Contras nicht etwa – wie Reagan behauptet – eine Invasion vermeiden hilft, sondern



Contreras A. Cruz, A. Robelo und A. Calero (vml.) applaudieren ihrem Arbeitgeber R. Reagan

## Jochen Hippler

# Der Contra-Krieg

In der ersten Zeit nach der Revolution in Nicaragua folgte die US-amerikanische Regierung unter dem damaligen Präsidenten Jimmy Carter einem Kurs, der auf die „Mäßigung“ und Anbindung der Revolution zielte. Zwar hatte man die Revolution nicht verhindern können, was auch unter Carter das vornehmste Ziel der Politik gewesen war, nun wollte man wenigstens verhindern, daß sie sich radikalisierte und sie statt dessen kanalisieren.

Im Finanzjahr 1980 erhielt Nicaragua von der Carter-Administration rund 90 Mio \$. Dabei ging es darum, neben den Möglichkeiten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druckes auch ein Zuckerbrot anzubieten, um so die eigene Einflußmöglichkeit zu maximieren. Zugleich wurde die US-Wirtschaftshilfe in der Regel gezielt an bestimmte Bevölkerungsgruppen gegeben, während die nicaraguanische Regierung möglichst wenig zur Kenntnis genommen wurde. So waren vor allem die Privatunternehmer, die Kirchenhierarchie und bestimmte Medien Zielgruppen amerikanischer Hilfe – was praktisch bereits eine Intervention in die nicaraguanische Innenpolitik darstellte.

Eine solche Politik geriet durch die politische Rechte in den USA massiv unter Beschuß: Diese verlangte, jede politische und wirtschaftliche Hilfe an Nicaragua sofort einzustellen und durch eine harte Konfrontationslinie zu ersetzen, da das Land bereits kommunistisch und „totalitär“ sei und daher bekämpft werden müsse. Es müsse darum gehen, Nicaragua „politisch zu reorientieren“, also die herrschende FSLN zu stürzen.<sup>1</sup>

Entsprechend deutlich fiel die Wende amerikanischer Nicaraguapolitik aus, als

im Januar 1981 Präsident Reagan das Weiße Haus bezog.

Es erwies sich sehr schnell, daß die Mittelamerikapolitik der Reagan-Administration nicht nur mit besonderem Nachdruck und beträchtlichem ideologischen Antrieb verfolgt, sondern bald immer stärker militärisch und paramilitärisch ausgerichtet wurde. Das ließ sich unter anderem daran ablesen, daß die sog. Contras schnell zum zentralen Instrument Reagan'scher Nicaragua-Politik wurden. Die Contra wurde 1981 von der US-Regierung gegründet. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Reste der berüchtigten, ehemaligen Nationalgarde des gestürzten Diktators Somoza in Honduras (im Grenzgebiet zu Nicaragua) ihr Unwesen als Banden getrieben.

### Somozisten als Freiheitskämpfer

Eine erste Weichenstellung erfolgte bereits im März 1981, als Präsident Reagan eine Präsidentielle Entscheidung unterzeichnete, die ein Dreipunkteprogramm enthielt: Die Opposition, vor allem die Privatwirtschaft, bestimmte politische Parteien oder US-nahe Gewerkschaften, Sektoren von Presse und Kirche innerhalb Nicaraguas, wurden verstärkt finanziell unterstützt; die Sammlung geheimdienstlicher Informationen der USA in Mittelamerika sollte verstärkt werden; und schließlich gestattete die Entscheidung zum ersten Mal „verdeckte“ (d.h. geheime) militärische Maßnahmen gegen Nicaragua. Für diese drei Punkte wurden 19,5 Mio \$ bereitgestellt.<sup>2</sup>

Im November 1981 erfolgte dann eine Reihe von Diskussionen innerhalb der Regierung, die schließlich dazu führten,

daß der Präsident am 2. Dezember zwei Dokumente unterzeichnete: die National Security Directive 17 und eine neue Präsidentielle Entscheidung. Darin wurde festgelegt, daß die US-Regierung durch ihren Auslandsgeheimdienst CIA eine Truppe von 500 Mann (Lateinamerikaner, vorwiegend Exilkubaner) aufbauen würde, die von Honduras aus Nicaragua angreifen sollte.

Dabei sollte es vor allem darum gehen, Verkehrswege, Brücken und direkte wirtschaftliche Ziele zu attackieren und so Druck auf die nicaraguanische Regierung auszuüben (Kostenpunkt: 20 Mio \$). Zweitens sollte Argentinien (bzw. deren damalige Militärdiktatur) bei der Ausbildung und Ausrüstung einer 1.000 Mann starken Truppe unterstützt werden, die sich überwiegend aus ehemaligen somozistischen Nationalgardisten zusammensetzte. Schließlich wurde als ein politisches Ziel formuliert, eine breite, einheitliche Oppositionsfront gegen die Sandinisten aufzubauen.<sup>3</sup>

Das politische Problem, daß die Contra in ihrem Kern aus der alten Nationalgarde der Diktatur bestand (und besteht, wie sich zeigen wird), wurde in Zukunft von der Reagan-Administration vorwiegend propagandistisch bekämpft: Die Contras wurden als Armee armer Bauern, als Gruppe mutiger Freiheitskämpfer charakterisiert, um ihren eigentlichen Charakter zu verschleiern und ihre Glaubwürdigkeit nicht zu untergraben. Allerdings machte der Umfang der schrittweise erfolgten Vergrößerung der Contra-Einheiten bald erforderlich, auch Nicht-Somozisten zu rekrutieren. Die Zahl der Contras stieg von 500 im Dezember 1981 auf 1.500 im August 1982. In dieser Phase des Kampfes wurden die Einheiten damit gerechtfertigt, sie zur Unterbindung von Waffenlieferungen Nicaraguas an die FMLN in El Salvador einsetzen zu wollen.

Bis heute allerdings ist es nicht gelungen, auf diesem Wege auch nur eine einzige Waffe aufzuspielen oder zu erbeuten. „Kubanische Militärberater“, die auch das Ziel der Operation sein sollten, wurden als Waffenlieferanten ebenfalls nicht ausgemacht – so die Auskünfte der Regierung im Geheimdienstausschuß des Repräsentantenhauses im Mai 1982 (woran sich bis heute nichts geändert hat).<sup>4</sup>

Daraufhin erfolgte seit dem Sommer 1982 eine massive Ausweitung und Ausrüstung der Contras: im Mai 1983 standen bereits 7.000 Mann unter Waffen, Ende 1983 etwa 10-12.000. Heute dürfte es insgesamt etwa 12-15.000 Contras geben, die gegen Nicaragua operieren.<sup>5</sup>

Trotz dieser Aufrüstung verlief für die USA der Krieg nicht nach Plan. Das anspruchsvolle Vorhaben, bis zum Septem-

ber 1983 in Managua einzumarschieren, das von CIA-Chef William Casey vor US-Abgeordneten ausgeplaudert — und später dementiert — worden war, erwies sich sehr schnell als bloßes Wunschdenken der US-Regierung.

Die dann verfolgte Alternative, einen Landstreifen an der honduranischen Grenze dauerhaft besetzt zu halten und so eine Gegenregierung zu der der FSLN ausrufen (und international anerkennen) zu können, kam ebenfalls nicht voran. Die Enttäuschung in Washington über die Contras wuchs.

Durch die Erfolglosigkeit der Contras (trotz gelegentlicher tiefer Einbrüche in nicaraguanisches Gebiet mit mehreren tausend Soldaten) waren die USA gezwungen, die Taktik der Kriegführung erneut zu ändern:

Seit Ende 1983 wurden die Einheiten noch stärker als zuvor gegen wirtschaftliche Ziele und die Infrastruktur eingesetzt und damit von der Hoffnung auf einen militärischen Sieg auf ein Untergraben der ökonomischen Existenzfähigkeit Nicaraguas umgeschaltet, um im Land Unzufriedenheit gegen die Regierung zu schüren. Zugleich wurde die direkte Beteiligung von US-Personal an offensiven Operationen ausgeweitet, um die Defizite der Contras zu kompensieren.

Vom Januar bis April 1984 war die Verminung der Häfen Nicaraguas, die vom Geheimdienst CIA durchgeführt wurde, tatsächlich die zentrale Taktik der geheimen Kriegführung. Eine erfolgreiche Blockade der Häfen hätte Nicaragua an entscheidender Stelle getroffen. Das Land hätte seine Exporte nicht mehr verschiffen können, daher wären seine Deviseneinnahmen drastisch zurückgegangen und die extreme Verschuldung nicht mehr rückzahlbar gewesen.

Auch der größte Teil der dringend benö-

tigten Importe hätten nicht mehr ins Land gebracht werden können. Im April wurden die Aktionen in den USA einem breiteren Publikum bekannt und gerieten im Kongreß unter massiven Beschuß.

Als Reaktion weigerte sich der Kongreß im April 1984, weiterhin die Contra zu finanzieren. Von der Regierung beantragte zusätzliche 21 Mio \$ zur Überbrückung der Sommermonate wurden nicht bewilligt. Im Oktober 1984 entschied der Kongreß zudem, daß die Regierung aus keiner Quelle — auch nicht aus einem geheimen Verfügungsfonds — Gelder an die Contra zahlen dürfe.<sup>6</sup>

### „Private“ Helfer

Der Contra-Krieg ließ sich ohne Finanzmittel nicht im gewünschten Umfang weiterführen, von einer Effektivierung und der Überwindung der erkannten Schwächen einmal ganz zu schweigen.

Dieses Problem wurde aber sehr rasch mit bemerkenswerter Improvisationsgabe zumindest teilweise gelöst: Eine ganze Reihe „privater“ Hilfsorganisationen aus den USA bemühte sich, die entstandene Lücke zu schließen und die Contras aktionsfähig zu erhalten. Auch befreundete, rechte Regierungen anderer Länder leisteten einen Beitrag (etwa Saudi-Arabien, Taiwan, Südkorea, Israel und andere).<sup>7</sup>

Besonders rege waren aber die vorgeblich privaten, humanitären Hilfsorganisationen aus den USA, die sehr schnell ein fast unentwirrbares Netz persönlicher und organisatorischer Verflechtung bildeten. Zu nennen sind vor allem die Antikommunistische Weltliga und der U.S. Council for World Freedom (beide unter Beteiligung von General a.D. Singlaub), Refugee Relief International (Soldier of Fortune/Singlaub), die Air Commando Association (Soldier of Fortune/Aderholt), Civilian Military Assistance (Posey), Caribbean Commission, Friends of the Americas und der Nicaraguan Refugee Fund (Oschner), sowie die Moon-Sekte und ihre Zeitung, die „Washington Times“. Damit ist das Geflecht an privaten Organisationen zur direkten und indirekten Finanzierung der Contra allerdings noch nicht erschöpft.<sup>8</sup>

Besonders wichtig an diesen Gruppen ist, daß ihre Aktivitäten gar nicht so privat sind, wie sie vorgeben. Zahlreiche Kontakte und Zusammenarbeit mit der Reagan-Administration sind nachweisbar, von der unteren Ebene bis ins Weiße Haus. General a.D. Singlaub selbst erklärte Journalisten, daß seine Aktivitäten vom US-Verteidigungsministerium unterstützt und koordiniert würden.<sup>9</sup> Im Sommer und Herbst 1985 gelangten zusätzliche Informationen an die Öffent-

lichkeit, die von der Schutzbehauptung eines angeblich „privaten“ Charakters der Unterstützung überhaupt nichts mehr übrig ließen.

Es stellte sich heraus, daß im Stab des Nationalen Sicherheitsrates des Weißen Hauses ein „Contra-Planungsstab“ existierte, und daß in diesem Rahmen ein Oberstleutnant Oliver North eine Koordinations- und Leitungsfunktion für die „private“ Contra-Hilfe ausübte.<sup>10</sup>

Die „Washington Post“ berichtete im Oktober 1985: „Beamte des Weißen Hauses wählten (im April 1984; J.H.) den Generalmajor a.D. der Armee, John K. Singlaub, als Hauptkontaktmann der Spendenkampagne aus und berieten ihn, wie er die Kampagne innerhalb der Beschränkungen der Neutralitäts- und anderer Gesetze anlegen sollte, die US-Bürgern die Unterstützung ausländischer Kriege verbieten — so die Quelle, die auf ihrer Anonymität bestand.“

Die Beteiligung von Oberstleutnant North wurde bestätigt, eine Rolle des damaligen Nationalen Sicherheitsberaters und NSC-Stabchefs Robert McFarlane dokumentiert und eine Bestätigung des Vorgehens durch Präsident Reagan persönlich bekannt.<sup>11</sup>

Die rege Beteiligung der Reagan-Administration an der weiteren gesetzwidrigen Belieferung der Contra mit Kriegsmaterial wurde nach dem Abschluß eines Versorgungsflugzeugs für die Contra über Nicaragua Anfang Oktober 1986 und mit den Enthüllungen über US-amerikanische Waffenlieferungen an den Iran im November 1986 noch einmal unterstrichen. Der Überlebende des Flugzeugabschusses, der US-Amerikaner Eugene Hasenfus sagte aus, daß die Versorgungsflüge vom Geheimdienst CIA organisiert würden. Und er verwies auf eine direkte Beteiligung von Oberstleutnant North und US-Vizepräsident Bush.

Durch die Aufdeckung des Waffenhandels mit dem Iran wurde bekannt, daß die Fortsetzung der Hilfe an die Contra durch die Administration weiter betrieben wurde, indem trotz des Verbots durch den Kongreß Gewinne aus den Waffengeschäften in Höhe von 10-30 Mio \$ direkt an die Contras geleitet wurden.

Wenn das Jahr 1984 das Ende der offiziellen US-Finanzierung für die Contra erlebt hatte, so sah das Jahr 1985 deren Wiederaufnahme. Im Juli 1985 bewilligte der Kongreß 27 Mio \$ vorgeblich „humanitärer“ Unterstützung für die Contra.

Im November 1985 wurde dann durch einen weiteren Beschluß ergänzt, daß auch die Lieferung von Lastwagen und Kommunikationseinrichtungen in dieser „humanitären“ Hilfe enthalten sein sollte, und daß die CIA ab sofort wieder das Recht hatte, die Contra durch geheim-

Contra-Lager in Honduras



dienstliche Informationen und durch „Beratung“ zu unterstützen.<sup>12</sup> Ende Juni 1986 schließlich bewilligte das US-Repräsentantenhaus weitere 100 Mio \$, überwiegend Militärhilfe, zur Unterstützung der Contra.

Wie Mitglieder des Repräsentantenhauses darüber hinaus der Presse mitteilten, würde der Gesamtumfang der militärischen Hilfe für die Contra sogar 400 Mio \$ betragen, wenn man die Leistungen, die Angehörige der US-Streitkräfte für die Contra erbringen (Aufklärungsflüge, Ausbildung, Stationierung von US-Truppen in Honduras) einrechnet. Ob die letzten 40 der 100 Mio \$ überhaupt ausgezahlt werden können und noch weitere Mittel bewilligt werden, ist durch die Hasenfus- und Iran-Affären fraglich geworden.

Vorher wurde bereits erwähnt, daß die militärischen Aktivitäten der Contra lange nicht mehr auf einen direkten militärischen Sieg gerichtet sind, sondern auf die Schwächung Nicaraguas, auf die Lähmung seiner Wirtschaft und auf die Erzeugung von Versorgungsmängeln und innerer Unzufriedenheit. Daher sind wirtschaftliche Betriebe, das Verkehrswesen und die anderen Elemente der Infrastruktur, die Kaffee-Ernte und andere ökonomisch oder psychologisch wichtige Einrichtungen die Hauptziele der Angriffe.

Eine solche Strategie schließt bei den Contras die bewußte Ausübung von Terror gegen die Bevölkerung mit ein: Der Terror soll lähmen und einschüchtern, soll verunsichern und das normale Leben und die normale Arbeit unmöglich machen.

Nun ist es allerdings notwendig auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Unterhal-

tung der Contras zwar das wichtigste, aber nicht das einzige Element der amerikanischen Nicaragua-Politik unter Reagan darstellt. Dabei sollte das strategische Ziel dieser Politik im Auge behalten werden – gerade weil die offizielle Formulierung des Politikziels durch die Regierung seit 1981 deutlichen Veränderungen unterworfen war.

Zuerst, mindestens bis zum Sommer/Herbst 1982, wurde die Notwendigkeit der Contra offiziell damit begründet, daß nur so der behauptete Waffenschmuggel Nicaraguas an die salvadorianische Guerrilla zu anbinden sei. Als bekannt wurde, daß im Verlauf dieser Operation nicht eine einzige Waffe erbeutet oder ein solcher Waffenschmuggel nicht wirklich belegt werden konnte, mußte natürlich die Legitimierung der Contra geändert werden.

### „Die Sandinisten beseitigen“!

Nun wurde argumentiert, daß sie dazu dienen sollten, Druck auf die nicaraguanische Regierung auszuüben, um ihre behaupteten subversiven Aktivitäten gegen die Nachbarländer einzustellen und sie zu politischen Lösungen und Verhandlungen zu bewegen. Auch diese Begründung ließ sich nicht lange halten.

Nicaragua hatte im September 1984 die Bereitschaft erklärt, die von den Staaten der Contadora-Gruppe erarbeitete Akte zur Beilegung der Konflikte in Mittelamerika zu unterzeichnen und in diesem Rahmen weitreichende Abrüstungsmaßnahmen zu unternehmen. Die US-Regierung brachte durch Druck auf ihre regionalen Verbündeten diesen Friedensprozeß zum Scheitern (siehe dazu ein Ge-

heimpapier des Nationalen Sicherheitsrates der USA vom Oktober 1984<sup>13</sup> ). Auch die laufenden US-nicaraguanischen Verhandlungen in der mexikanischen Stadt Manzanillo scheiterten an der mangelnden Kompromißbereitschaft der USA: Im Januar 1985 brachen sie die Gespräche einseitig ab. Eine vorgebliche Notwendigkeit, durch die Contra die nicaraguanische Regierung an den Verhandlungstisch zu zwingen, war daher etwas absurd, und nun wurde die Katze aus dem Sack gelassen.

Es ging darum, die sandinistische Regierung Nicaraguas zu stürzen und durch eine US-genehme (und Contra-geführte) zu ersetzen. Damit war nach Jahren rhetorischer Kunststücke zumindest das Ziel der US-Politik klar definiert – die Tatsache, daß eine solche Politik offen völkerrechtswidrig war, wurde nicht sonderlich ernst genommen.

Vor diesem Hintergrund wird nun das Zusammenspiel der einzelnen Elemente der US-Politik erst verständlich. Eine Beseitigung der sandinistischen Regierung setzte grundlegend voraus, den nationalen Konsens zu zerstören, der sich im Kampf gegen die Somoza-Diktatur herausgebildet hatte.

Zu diesem Zweck wurde von Anfang an versucht, innerhalb Nicaraguas gewisse soziale Brückenköpfe zu entwickeln, die zur Ausgangsposition weiterer Schritte genutzt werden könnten: Vor allem die Privatunternehmer, die Hierarchie der katholischen Kirche, bestimmte Elemente der Massenmedien und die Ausnutzung sandinistischer Fehler beim Umgang mit den indianischen Minderheiten waren hier die Ansatzpunkte, die von Reagan-nahen Politikern bereits sehr früh offen formuliert wurden.

Bereits im Januar 1980 hatten zwei Reaganisten in einer wichtigen Zeitschrift erklärt, das wichtigste Ziel sei „die Installation einer vernünftigen Regierung mit gesunden Politikern und einer PRO-US-Orientierung“. ... „Die gegenwärtige Regierung Nicaraguas steht den Interessen der westlichen Hemisphäre offen feindlich gegenüber und sollte beseitigt werden, bevor sich ihre Kontrolle über das Land festigt.“

Das wichtigste Instrument dieses Ziels wurde bereits vorweggenommen: „Der größte Teil der Nationalgarde entkam aus Nicaragua und kann zu einer echten Kampftruppe für die Interessen Nicaraguas – nicht Somozas – gemacht werden. ... Aber wenn sie es schaffen (sich zu organisieren; J.H.) und dann eine Revolution entfachen, sollten die Vereinigten Staaten gemeinsam mit anderen Ländern der Hemisphäre bereit sein, die Beseitigung der kommunistischen Regierung Nicaraguas zu unterstützen.“<sup>14</sup>

Die bilaterale Wirtschaftshilfe wurde sofort nach Reagans Amtsantritt abgebro-





Contra-Führer „El Tigrillo“ vor einem Plakat bundesdeutscher Helfer in Honduras.

ständige Versorgungsengpässe und andere wirtschaftliche Schwierigkeiten potentiell in die Opposition zur Regierung zu treiben, die ärmeren Bevölkerungsgruppen und primären Nutznießer der Revolution sollen verunsichert, ihre Unterstützung der FSLN soll in Gleichgültigkeit und Passivität umschlagen.

Auf diese Weise, durch den Aufbau einer wachsenden internen Opposition, die Schaffung wirtschaftlichen Chaos, die Erzeugung von Gleichgültigkeit bei der Bevölkerungsmehrheit, internationale Isolierung, militärischen Druck von außen, die Verweigerung von Krediten und Rohstoffen sollen insgesamt die Bedingungen erzeugt werden, die den Sturz der sandinistischen Regierung erst möglich werden lassen. Dann erst wird eine direkte militärische Intervention der USA möglich – falls sie dann noch erforderlich ist.

Durch diese Strategie der Entwicklung eines umfassenden Drucks auf Nicaragua wird zugleich dessen interne Entwicklung deformiert, wird die Chance der Revolution beeinträchtigt. Einschränkungen der Freiheitsrechte, Beschränkungen der Demokratie und Verstöße gegen die Menschenrechte, wie sie etwa 1981/82 gegen Miskitos vorgekommen sind, sind nur zu häufig Formen der Reaktion oder Überreaktion auf die Situation einer einschnürenden und auch militärisch bedrohlichen äußeren Intervention.

Dabei handelt es sich um kein zufälliges Nebenprodukt der US-Politik: Durch äußeren Druck soll Nicaragua dazu gezwungen werden, seinen Beispielcharakter zu verlieren, wenn es seine nackte Existenz retten will.

(Quelle: gekürzte und vom Autor leicht überarbeitete Fassung von: Jochen Hippler, Wie erstickt man eine Revolution? Contras gegen Nicaragua, in: N. Greinacher/J. Hippler/R. Peltzer (Hg.), Herausforderung im Hinterhof. Das neue Nicaragua – eine Bestandsaufnahme, Wuppertal 1986, S. 116-136)

#### Anmerkungen:

- 1) Zur Kritik der Reaganisten an der Mittelamerikapolitik der Carter-Administration siehe: J. Hippler, Menschenrechte und 'Politik der Stärke' – USA und Lateinamerika seit 1977, Duisburg 1984, S. 105-125
- 2) Vgl. Democratic Policy Committee, Special Report No. 51, 'The Not-so-secret War in Nicaragua', by W.M. LeoGrande, Washington, 25.4.1983
- 3) Vgl. ebd.
- 4) Vgl. Washington Post (WP), 8.5.1983
- 5) Zu den Zahlenangaben der Contra-Stärke: ebd., und: International Herald Tribune, 15.7.1983 und 3.4.1984
- 6) Vgl. U.S. Assistance to Nicaraguan Guerrillas: Issues for the Congress, by N.M. Serafino, Congressional Research Service, Issue-Brief IB 84139, 20.5.1985, S.2
- 7) Vgl. New York Times (NYT), 4.9.1984; WP, 8.10.1985 und 10.9.1984; Miami Herald (MH), 24.6.1985
- 8) Vgl. „Who Are the Contras? – An Analysis of the Make-Up of the Military

Leadership of the Rebel Forces, and of the Nature of the Private American Groups Providing Them Financial and Material Support", by the Arms Control and Foreign Policy Caucus, in: Congressional Record, 23.4.1985, S. H2335ff.; WP, 3.5.1985; 27.12.1984 und 7.5.1985; New Right Humanitarians, Ed. by the Resource Center, Albuquerque, September 1985; 5.9.1984; MH, 30.1.1985 und 24.6.1985

- 9) Vgl. WP, 10.12.1984
- 10) Vgl. MH, 24.6.1984
- 11) Vgl. WP, 8.10.1985
- 12) Vgl. Congressional Quarterly Weekly Report, 23.11.1985, S. 2451f.
- 13) Vgl. Geheimpapier des Nationalen Sicherheitsrates der USA; Text in: J. Hippler (Hrsg.), Intervention in Mittelamerika und der Karibik – Materialien und Dokumente (Loseblattsammlung), Wuppertal 1984 ff., S. I/8/1-1/8/4
- 14) Vgl. C. DiGiovanni/A. Kruger, Central America, in: Washington Quarterly, Summer 1980, S. 179
- 15) Vgl. The U.S. Embargo Against Nicaragua – One Year Later, be T. Jenkins, ODC Policy Focus, 1986, No. 3, publ. jointly by the Overseas Development Council and the Center for International Policy
- 16) Vgl. etwa: J. Kelly/W. Bello, El Salvador und Nicaragua – Kredite und Klassenkampf, in: J. Hippler (Hrsg.), „Amerika muß die Führung übernehmen“ – USA, Militärpolitik und Dritte Welt, Duisburg 1983, S. 153-161; J. Morell, Inter-American Development Bank Writes Negative Report of Nicaraguan Loan – Move Results from US Political Pressure, Center for International Policy Aid Memo, Washington, 20. Dezember 1985

chen, selbst bestehende Zusagen über Nahrungsmittellieferungen wurden nicht eingehalten.

Im Mai 1985 verkündete Präsident Reagan schließlich während eines Besuches in Bonn die Verhängung eines Handelsembargos gegen Nicaragua, erneut, ohne sich dabei um internationales Recht – etwa die GATT-Vereinbarungen zur Handelsfreiheit – zu kümmern. Auf diese Weise bemühte sich die Reagan-Administration, die Deviseneinnahmen Nicaraguas zu treffen.

Nach Berechnungen des Overseas Development Council und des Center for International Policy in Washington hat das amerikanische Handelsembargo allein im Jahr 1985 für Nicaragua etwa 50 Mio \$ an zusätzlichen Kosten verursacht, wobei Verluste an Exporteinnahmen, erhöhte Fracht- und Transportkosten und Produktionsausfälle aufgrund fehlender Importe berücksichtigt wurden.<sup>15</sup>

Die USA übten massiven Druck auf die Weltbank und vor allem auf die Interamerikanische Entwicklungsbank aus, keine Kredite mehr an Nicaragua zu vergeben, und waren damit bemerkenswert erfolgreich.<sup>16</sup>

Die Unterstützung rechter Oppositionsgruppen und der Unternehmerverbände in Nicaragua sollte, relativ wirksam, die Position der Regierung im Land schwächen oder untergraben. Von der Politik der Unterstützung der Contra war oben ausführlich die Rede.

Deren Existenz und militärische Aktionen hatten und haben vor allem die Funktion, die nicaraguanische Wirtschaft zu zerstören und so die soziale Basis der FSLN zu untergraben. Bestimmte Bevölkerungsgruppen, vor allem die Mittelschichten, sind durch

Unsere  
Heimat  
ist das  
Mehr!



### Nicaragua - Cuba Rundreise

07. April - 24. April 1987

Eine 18tägige Rundreise durch die Länder Sandinos und Fidel Castros mit vielen Besichtigungen, Gesprächen und Begegnungen. Leistungen: Flug, Übernachtung in Doppelzimmern mit Halbpension, Programm, Reiseleitung, Transfers, Reisevorbereitung.

ab/bis Berlin-Schönef. **DM 3.214,-**

Gemeinsam mit der Freundschaftsgesellschaft BRD Kuba e.V. bieten wir an:

### Cuba - Studienreisen

Hier ein kleiner Auszug aus unserem Angebot:

- Cuba für Anfänger 15.02. - 01.03.1987

- Bildungswesen in Cuba 11.04. - 26.04.1987

jeweils **DM 2.918,-**

### Sprachkurse 1987

Spanisch an den Universitäten

Havanna 03. März - 31. März 1987

**DM 2.321,-**

Matanzas 10. März - 31. März 1987

**DM 2.236,-**

Telefon 040 / 491 60 66

Eppendorfer Weg 105

2000 Hamburg 20



Sondereinheiten des EPS fliegen zu einem Einsatz gegen Contras

**Raul Vergara**

# Erfolgsrezept Volksverteidigung

„Unser Ziel ist es, das ganze Volk effektiv in der Kriegskunst zu unterrichten, um uns gegen jeden Fremden, der es wagt, Nicaragua zu überfallen, verteidigen zu können. Und wenn wir in diesem Verteidigungssystem drei Millionen Nicaraguaner organisieren können, werden wir es tun.“ (Verteidigungsminister Humberto Ortega)

Nach dem Sieg der Revolution ... mußte man bei Nichts, mit einer zerstörten Wirtschaft anfangen. Trotzdem verlangten gewichtige Gründe von der revolutionären Regierung, ihre Streitkräfte aufzubauen.

Das jüngste Heer Mittelamerikas stand vor der Möglichkeit einer direkten Aggression der USA, der reaktionären Kräfte der Region und – im günstigsten Fall – der Konterrevolution, die sich durch die Banden der ehemaligen Nationalgarde Somozas, die von Honduras aus operierten, bemerkbar machen.

Mit der Konzeption einer Verteidigung durch das Volk, die in dem rein defensiven Charakter ihrer Militärdoktrin begründet ist, nahmen die Nicaraguaner zwei Hauptaufgaben in Angriff: Die Eingliederung der Massen in die Verteidigung und den Aufbau seiner ständigen Organe; das Sandinistische Volksheer (EPS) und das Innenministerium (MINT).

Anfangs stand man vor dem Problem, die Guerilla und die Miliz in ein nationales, reguläres und professionelles Heer umzuwandeln. (...) Die Mentalität und Struktur der Guerilla widersetzte sich hartnäckig den neuen Anforderungen auf

dem Gebiet der Disziplin, der Lebensformen und -normen. (...)

Trotzdem wurde der Ausbau des EPS fortgesetzt, erhalten und es gelang, die Infanterie, die Artillerie, die Panzertruppen, die Pioniertruppen, die Luftwaffe, die Marine usw. zu konsolidieren. Dieser Prozeß wurde von den Erfordernissen der verschiedenen Etappen der konterrevolutionären Aggression bestimmt.

Angesichts der Notwendigkeit, den Anfängen der bewaffneten Aktionen der Konterrevolution Einhalt zu gebieten, wurden 1981 die kleinen Einheiten „Kampf gegen die somozistischen Banden“ (LCBS), geschaffen.

## Defensive Militärdoktrin

Dies waren unabhängige Gruppen, bestimmt für den irregulären Kampf, die aus Guerillakadern gebildet wurden, die in den Bergen gegen die Nationalgarde Somozas gekämpft hatten. Ihre taktische Aufsplitterung paßte sich den Charakteristika der Konterrevolution an, die sich in ihren ersten Schritten darauf verlegte, Bauernführer, Volkslehrer, Gesundheitsarbeiter oder führende Mitglieder der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) zu entführen und zu töten.

Raul Mendez, konterrevolutionärer Gefangener, erklärte: „Einen Sandinisten zu töten bedeutet, das Bedeutsamste in diesem ersten Moment der Revolution

anzugreifen. Neue Kader zu bilden, würde sie mindestens 5 Jahre kosten.“ (...)

Während diese Einheiten (die LCBS; d. Red.) in den Bergen operierten, erhielten die ständigen Einheiten eine Vorbereitung auf den Kampf, durch die sie sich mit modernen Mitteln der Kampftechnik eines regulären Heeres vertraut machten.

Als die Anfangsphase der Organisation des Heeres beendet war, wurde auch die Beteiligung des Volkes an der militärischen Verteidigung durch das „Gesetz zur Schaffung der Sandinistischen Volksmilizen (MPS)“ geregelt, das im Februar 1980 verkündet wurde.

In diesem Gesetz wurden die Mechanismen der organischen Verbindung zwischen den regulären Kräften und denen des Volkes bestimmt. Die Beteiligung des Volkes an den Aufgaben der Verteidigungsarbeit war groß und freiwillig... Die Milizen werden als das wesentliche und strategische Mittel angesehen, über das die Revolution zu ihrer Verteidigung verfügt. (...)

Die MPS sind in Bataillone und Kompanien gegliedert und auf offensive und defensive Aktionen in ihren Territorialbereich vorbereitet. (...) 1983 und 1984 waren es die Bauernmilizen, die den heftigsten Söldnerangriffen gegenübertraten.

Ein anderer Teil der städtischen und ländlichen Bevölkerung verteidigte die Kooperative der Ortschaft, die Brücke,

wirtschaftliche Ziele usw. (...)

In dem Maße, wie die konterrevolutionäre Belagerung sich verstärkte, erwiesen sich die LCBS als unzureichend. Es wurde notwendig, mehr und größere militärische Einheiten aufzustellen, um den neuen Strukturen des Feindes, der zunehmend logistische, taktische und nachrichtendienstliche Unterstützung von Seiten der USA erhielt, angemessen entgegentreten zu können.

Die heterogene Zusammensetzung der Bauernmilizen, ihre unzureichende Erfahrung und die begrenzte Kampfvorbereitung hatten den somozistischen Kräften, die sich auf dem Kriegsschauplatz besser vorbereitet und ausgerüstet erwiesen, einen gewissen operativen Vorteil gebracht, was ihnen erlaubte, die Initiative zu ergreifen.

Dies führte dazu, daß das anfängliche Verteidigungskonzept verändert wurde. 1982 wurden die Infanteriebataillone der Reserve (BIR) dem Konzept hinzugefügt. Diese sind Grundeinheiten, die aus freiwilligen, für 5 Monate mobilisierten Milizionären zusammengesetzt sind. (...)

Aber mit der wachsenden Unterstützung des CIA nahm die Aggression 1983 den Charakter eines irregulären Krieges großen Ausmaßes mit ausgedehnten Operationsschauplätzen an. Die Kapazität des kleinen, regulären Heeres und seiner nichtprofessionellen Milizen, die mit ihren Unzulänglichkeiten die Pläne der Demokratischen Nicaraguanischen Kraft (FDN) noch unwirksam machen konnten, drohte dadurch, überstiegen zu werden.

### Verändertes Verteidigungskonzept

Am Ende jenes Jahres begann eine neue Etappe.

Einerseits wurde die politische Seite des Krieges wieder verstärkt berücksichtigt und die Konzeption bekräftigt, nach der die Verteidigung sozialökonomische Aktionen erfordert, um die Kräfte der Revolution politisch zu festigen. Andererseits wurden irreguläre Formen des Kampfes bevorzugt und massiver und ausgedehnter eingesetzt.

Das Unverständnis seitens des Staates für die Probleme der Landwirtschaft, die kriegsbedingte Behinderung der wirtschaftlichen und sozialen Programme ebenso wie die religiöse Propaganda, die von der Contra unter den Bauern verbreitet wurde, vergrößerte nicht nur die militärischen Reihen der Konterrevolution. Es gelang ihr auch besonders in den Regionen I und VI, im Norden des Landes, ein Unterstützungsnetz aufzubauen. Dadurch konnte die FDN weit in das nicaraguanische Territorium einfallen, angreifen und sich sicher in ihre grenznahen

### Die Opfer des Krieges

1981 bis 6.11.1986

	Contras	Soldaten und Zivilisten
Tote	12.301	4.638
Verletzte	2.646	6.369
Gefangene	1.707	—
Verschundene	—	883
Entführte	—	4.283
Summe	16.654	16.173

Lager in Honduras zurückziehen.

Angesichts dieser Situation begann die FSLN die Reorganisation ihrer Strukturen mit dem Ziel, die politisch-militärische Leitung der Operation zu vereinen. Man revidierte die Pläne zur Umsiedlung der durch den Krieg vertriebenen Bevölkerung ebenso wie die in den Kriegszonen betriebene Agrarpolitik. (...)

Man versuchte so, das Bündnis mit den Bauern ohne Land zu festigen. Ihre Organisationen wurden unterstützt und die über die Agrarreform entstandene Bürokratie wurde unter Beteiligung der Bauern umgestellt.

Auf gleiche Weise begann die Regierung an der Atlantikküste einen Dialog mit Teilen der Indianer, die zu Verhandlungen und zur Beteiligung an einem friedlichen Prozeß bereit waren, der in der Proklamation eines Autonomiestatuts für diese Region gipfelte. (...)

Auf militärischer Ebene wurde in der Absicht, eine große irreguläre Offensivkapazität zu entwickeln, zwischen August und Oktober 1983 das Gesetz über den patriotischen Militärdienst (SMP), der für Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahre obligatorisch ist, verabschiedet.

Diese Maßnahme stellte einen qualitativen und quantitativen Sprung von strategischem Charakter dar, der endgültig den Verlauf des Krieges umkehren sollte. Während der ersten Rekrutierung 1984 wurden ungefähr 10.000 Jugendliche zum SMP eingezogen, so daß nach einer intensiven Ausbildung von 3-4 Monaten

Bataillone mit irregulärer Stoßkraft, hoher Mobilität und Feuerkraft, die im wesentlichen offensiv operieren, aufgestellt werden konnten: die Bataillone des Irregulären Kampfes (BLI).

Wegen ihrer Größe und Leistungsfähigkeit stellten die BLI die wichtigsten Einheiten für die Kämpfe des Heeres gegen die Söldneraktivitäten dar. Sie konnten es durch ausgewählte Kämpfer, die fähig waren, eine komplette Ausbildung zu erhalten und reichliche und nützliche Kampferfahrungen zu sammeln, stärken. Wie der Brigadekommandant Roberto Calderon, Chef der Militärregion V berichtete, wurden als Teil der neuen politischen Behandlung des Krieges gegen die FDN ständige Kampagnen zur Aufklärung der Soldaten durchgeführt, „um den Fehler zu vermeiden, alle und jeden, die in einer von der Konterrevolution betroffenen Gegend wohnen, als politische und ideologische Feinde der Revolution zu betrachten“.

### Contra im Prozeß des Zerfalls

Die feindlichen Angriffe gegen einige Bezirkshauptstädte sollten dazu dienen, propagandistische Schläge zu versetzen und das EPS dazu zwingen, seine mobilen Truppen, die BLI, in den bewohnten Dörfern zu belassen. Man suchte so den Druck zu vermindern, den diese in den Berg- und Grenzregionen, die lebenswichtig für die Konterrevolutionäre sind, aufrechterhalten.

Ihre Anstrengungen scheiterten in dem Maße, wie die territorialen Truppen die Aufgaben der Selbstverteidigung übernahmen und zudem kleinere Offensiven im lokalen Bereich einleiteten. Dies gestattete es, den Druck der BLI, in den Bergregionen wo die Contras sich befinden, aufrechtzuerhalten und zu steigern. Im Ergebnis hat die Contra jetzt die strategische Initiative verloren und wurde von den territorialen Truppen in Gebiete abgedrängt, die immer abgelegener oder außerhalb des Landes sind, obschon ihre Fähigkeit einen konstanten Druck durch

Die Sandinisten genießen zunehmende Unterstützung unter den Bauern



terroristische Aktionen aufrecht zu erhalten, nicht unterschätzt werden darf: Hinterhalte gegen Fahrzeuge, Angriffe auf Kooperativen, Entführungen von Bauern und Vertretern der Ministerien, die eine hohe Zahl von Opfern verursachen.

Die ununterbrochene Aktion des EPS hat sie in eine immer defensivere Lage gebracht, obwohl ihre Strategie offensiv ist. Im Laufe des Jahres 1985 wurden die wichtigsten militärischen Pläne der FDN durchkreuzt, woraufhin der Großteil ihrer Truppen das Territorium in Richtung ihrer Basen in Honduras verließ.

In jenem Jahr fügte das EPS der FDN 5.649 Verluste zu, ohne die große Anzahl von Verwundeten mitzuzählen, die nach Honduras evakuiert wurden. Nach Ansicht der Stäbe des EPS über den Zustand der Konterrevolution, befindet sie sich heute in einen „umkehrbaren Prozeß des Zerfalls“.

Im März 1986 beendete der erste Jahrgang der „Cochorros“ seine 2 Jahre im Patriotischen Militärdienst.(...)

Nach 2 Jahren in den Bergen, kehrten sie mit vielfältigen Erfahrungen zurück, um Gruppenführer von Reservebataillonen in Managua, Leon, Chinandega oder Rivas zu werden. Dies bedeutet eine größere Kapazität, um das Land gegen eine direkte Invasion der USA zu verteidigen.

Das System der territorialen Verteidigung wurde gestärkt, indem eine große Anzahl von „Permanenten Territorialen Einheiten“ aufgebaut wurde, die aus Milizen der verschiedenen Zonen bestehen. Sie dienen dazu, den konterrevolutionären Aktivitäten oder einer nord-amerikanischen Invasion entgegenzutreten. Von ihrer Konzeption her sind diese Einheiten fähig, offensive und defensive militärische Operationen in ihrem Ort durchzuführen.

Schließlich wurden die „Spezialeinheiten zur Aufstandsbeämpfung“ gegründet, die eine größere Truppenstärke haben, professioneller ausgebildet sind und dazu dienen, andere kämpfende Kräfte zu unterstützen. Und im Oktober 1985 wurde der Militärdienst der Reserve (SMR) geschaffen, dem die männliche Bevölkerung von 25-40 Jahren angehört, die während 30 Tagen im Jahr zur Ausbildung mobilisiert wird.

Dies ermöglicht es, die Erfahrung der jungen Demobilisierten des SMP wiederzugewinnen und zu erhalten. Mit dieser neuen Form der Milizen wird in den Stadtgebieten – besonders am Pazifik – eine militärische Struktur zur Verteidigung weiter verstärkt, während die offensive Kraft in den nördlichen und zentralen Regionen des Landes aufrechterhalten wird.

(Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 34/Juli 1986, S. 59-62)



Alphabetisierung: das Menschenrecht auf Bildung wird verwirklicht

Helga Ballauf

## Desinformation mit Menschenrechtsthema

„Will man die sandinistische Regierung zu Fall bringen“, so CIA-Direktor William Casey im September 1986, „dann muß sie noch stärker unter Druck geraten.“

Und dies nicht nur durch die Angriffe der Contras, sondern vor allem über abnehmende Unterstützung im In- und Ausland.<sup>1</sup> Daß sich der US-Geheimdienst der Aufgabe annimmt, die Entwicklung der Revolution in Nicaragua weltweit in Mißkredit zu bringen, brauchte Casey gar nicht extra zu betonen.

### „Böses“ und „noch Böseres“

Über eine gezielte Verleumdungskampagne oder, wie es neuerdings heißt, über eine „Desinformationskampagne“ können zwei Ziele gleichzeitig verfolgt werden: die tatsächliche politische und wirtschaftliche Hilfe für das mittelamerikanische Land von staatlichen und nicht-staatlichen Stellen zum Versiegen zu bringen, sowie ein Klima zu schaffen, bei dem die USA nicht mit internationaler Entrüstung rechnen müssen, sollten sie doch noch militärisch direkt intervenieren.

Nicaragua als Brückenkopf Moskaus in Mittelamerika, Managua als Drehscheibe des internationalen Terrorismus – das ist die eine Argumentationskette.

Die Sandinisten als rücksichtslose Menschenrechtsverletzer und die moralische

Verpflichtung der USA, zur Befreiung der derart geknechteten Nicas beizutragen – das ist die andere Schiene. Der heutige Lateinamerika-Beauftragte des US-Außenministeriums, Elliott Abrams, hat schon 1982 keinen Zweifel daran gelassen, wie sich für Washington Antikommunismus und die Frage der Menschenrechte zueinander verhalten:

„Ich kann hier bestätigen, daß die Regierung ihre Menschenrechtspolitik in den Ost-West-Kontext stellt... Dies bedeutet selbstverständlich, daß die USA manchmal menschenrechtsverletzende Regierungen unterstützen... In der realen Welt hat man oft nicht zwischen 'gut' und 'böse' zu wählen, sondern zwischen dem 'Bösen' und dem 'noch Böseren' oder korrekter ausgedrückt, zwischen dem Bösen, das verbesserungswürdig ist und dem permanent Bösen.“<sup>2</sup>

Die „Sorge“ der USA um die weltweite Einhaltung der Menschenrechte ist also nichts anderes als ein machtpolitisches Instrument im Kampf gegen die sozialistischen Staaten und Länder der sog. Dritten Welt, die ihre Souveränität zugunsten der Bevölkerungsmehrheit nutzen wollen. Nicht die Sorge um die materiellen Basisrechte und die bürgerlichen Freiheitsrechte jedes einzelnen Menschen treibt die US-Politik an, sondern die Sorge um die Erhaltung und Ausdehnung der eigenen Machtsphäre.

Unter diesen Voraussetzungen muß Nicaragua zum „permanent Bösen“ hochstilisiert werden, sind die Contra-

Terroristen „Freiheitskämpfer“ und muß die Situation der Menschen in El Salvador, Guatemala usw. als „ermutigend“ gelten.

So berichtete das US-Außenministerium im Frühjahr 1985 lobend von dem großen demokratischen Wahlsieg Napoleon Duarte in El Salvador und seinem erklärten Ziel, „den Krieg zu humanisieren“.<sup>3</sup> Eine sprachliche Fehlleistung? Wohl kaum.

Welche Mittel den US-Regierungsstellen gerade recht sind, um die eigene und die internationale Öffentlichkeit zu „desinformieren“, haben jüngst die Fälle illegale Waffenlieferungen an den Iran plus – ebenso gesetzeswidrige – Weitergabe der so verdienten Dollars an die Contras, und Streuung frei erfundener Meldungen über angebliche Angriffspläne Libyens bewiesen.

Dahinter steckt Methode, d.h. das Konzept der „Kriegführung mit geringer Intensität“ (low-intensity-warfare) und der „Aufstandsbekämpfung“ (counter-insurgency). Es handelt sich dabei um ein Bündel militärischer, polizeilicher, wirtschaftlicher, sozialer, politischer und psychologisch-propagandistischer Maßnahmen, um die Interessen der USA in den Ländern der Dritten Welt zu schützen.<sup>4</sup>

## Schwachpunkte bei amnesty

Ein wichtiges Hindernis für die Wirksamkeit der Menschenrechtskampagne der Reagan-Administration sind die Berichte von Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international (ai) oder American Watch (AW), in denen die meisten Anschuldigungen klar widerlegt wurden. Sie bieten mithin jedoch auch Ansatz-

Contra-Morde – kein Thema für Menschenrechtsorganisationen?



punkte in ihren Berichten, die geeignet sind, das Verhalten der nicaraguanischen Behörden ungerechtfertigt in ein schiefes Licht zu rücken. Grund hierfür ist nicht nur, daß der Krieg der Contra in ihren Beurteilungen keine Rolle spielt, sondern auch, daß nur ein bestimmter Teil von Menschenrechtsverletzungen überhaupt Berücksichtigung findet.

Ein typisches Beispiel hierfür ist die Vorgehensweise von ai. Amnesty international untersucht in seinen Berichten Verstöße von Staaten gegen die Habeas-Corpus-Rechte ihrer Bürger. Die Organisation geht also der Frage nach, unter welchen Anschuldigungen Menschen eingesperrt werden, ob ihre Haftbedingungen und ihr Gerichtsverfahren rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechen, was an Vorwürfen über Folterungen, „Verschwindenlassen“, willkürlichen Tötungen usw. dran ist.

ai konzentriert seine Arbeit also auf einen Teil der bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte, läßt die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechte unberücksichtigt. Allein diese Beschränkung öffnet den Versuchen, die Ergebnisse politisch zu vereinnahmen, bereits Tür und Tor.

Noch problematischer ist die Praxis von ai, dem Völkerrecht entsprechend unter „Menschenrechtsverletzung“ einen Übergriff des Staates gegen einen Einzelnen zu verstehen, d.h. nur solchen Vorwürfen nachzugehen, die sich gegen eine Regierung richten, gegen eine Instanz also, die aufgefordert werden kann, Abhilfe zu schaffen (zu Einzelfällen und den Fakten siehe H. Frenz in: AIB 7/1986, S. 13-15; d. Red.).

Auf Nicaragua und den Krieg der Contras bezogen heißt das: ai kann sich der Menschenrechtsverletzungen annehmen, für die die Regierung in Managua verantwortlich zu machen ist (auch solchen, die aus der Kriegssituation entstehen). ai kann sich aber eigentlich nicht um die Übergriffe der Contras kümmern, da ein staatenähnlicher Ansprechpartner fehlt. Um das Bild über die Situation der Menschen in Nicaragua nicht völlig aus den Fugen geraten zu lassen, hat ai ganz vorsichtig begonnen, in groben Zügen die permanenten Brutalitäten der „irregulären Streitkräfte, die in Opposition zur nicaraguanischen Regierung stehen“<sup>5</sup> zu erwähnen.

Offenbar gibt es innerhalb der Organisation derzeit Überlegungen, tatsächlich in einem eigenen Abschnitt die Contra-Praktiken zu benennen und klar die US-Regierung als die Instanz auszuweisen, die dafür verantwortlich ist und die es in der Hand hat, dem Morden und Quälen von Menschen durch die Contras ein Ende zu setzen.

Doch auch Vergleiche von Teilaspekten können aufschlußreich sein, wie eine

Auswertung der Menschenrechtsberichte von ai und AW über Nicaragua, El Salvador und Guatemala beweist.<sup>6</sup>

Darin heißt es: In allen drei Ländern kommen Menschenrechtsverletzungen vor, in Nicaragua am seltensten. Dort sind Folter und Mord nicht Bestandteil staatlicher Politik, sondern Verbrechen Einzelner. Die Verantwortlichen wurden in fast allen der angezeigten Fälle zur Rechenschaft gezogen und hart bestraft. In El Salvador und Guatemala sind Ermordung, Folter und das „Verschwindenlassen“ von Oppositionellen immer noch an der Tagesordnung, weil die meisten Regime-Gegner bereits ausgeschaltet sind und weil sich die Methoden der Unterdrückung „verfeinert“ haben, „so daß nunmehr gezielter gemordet werden kann“.<sup>7</sup>

## El Salvador ermutigender?

In diesen Ländern müssen die Täter keinerlei Konsequenzen befürchten. Meist sind sie direkt mit dem politischen Machtapparat verbunden.

Schlußfolgerung: „Wer ... behauptet, die Menschenrechtssituation in Nicaragua sei erschreckend schlecht und die in El Salvador sei ermutigend, dem muß eine absichtliche Verfälschung aus politischen Gründen unterstellt werden.“<sup>8</sup>

Bezogen auf den Ausnahmezustand in Nicaragua – also auf Pressezensur, eingeeengte Versammlungsfreiheit usw. – heißt das Urteil: „Ein wirksames Eintreten für eine Lockerung oder Beseitigung dieser Einschränkungen ... bedeutet, sich für das sofortige Ende des Krieges gegen Nicaragua einzusetzen.“<sup>9</sup>

In den beiden UNO-Menschenrechtspakten, die nach langem Ringen 1966 zustandekamen, wird das „Ideal vom freien Menschen, der frei von Furcht und Not lebt“ proklamiert – verbunden mit der Forderung an alle Unterzeichnerstaaten, weltweit Verhältnisse zu schaffen, in denen jeder seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte genießen kann.

Den in der europäisch-abendländischen Tradition gegen die Willkür des Obrighkeitsstaates erkämpften bürgerlichen Freiheiten (Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freizügigkeit, demokratische Wahlen, unparteiische Gerichtsverfahren) wurden mit den materiellen Basisrechten (Recht auf Nahrung, Kleidung, Behausung, auf kulturelle und religiöse Selbstbestimmung, auf Mitbestimmung und Teilhabe an politischen Entscheidungen – von der Familie über den Beruf bis zum Staat) um die existentiellen Voraussetzungen erweitert. Noch einen Schritt weiter ging die UNO 1977, als sie in einer Resolution eine Neue Internationale Wirtschaftsord-

nung forderte, als „ein wesentliches Element für die wirksame Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.“<sup>10</sup>

Die liberale Sprengkraft der Vorstellung, jedes Individuum habe grundlegende unveräußerliche Rechte gegenüber dem (absolutistischen) Staat, entlud sich am nachhaltigsten in der Französischen Revolution (1789; d. Red.). Seither hält das Ringen um die Verwirklichung, bzw. die von Staats wegen gesetzte Begrenzung der bürgerlichen Freiheiten an.

Dabei drängt sich der Eindruck auf: In dem Maße, in dem materielle Basisrechte und Grundfreiheiten kodifiziert werden, nimmt das Ausmaß zu, in dem ihr politischer Forderungscharakter ausgehöhlt wird.

Statt also Verhältnisse zu schaffen, die allen ein menschenwürdiges Leben er-

möglichen, lassen die USA und ihre Verbündeten den Menschenrechtsbegriff zum antikomunistischen Kampfmittel verkommen.

Dem kann offensiv begegnet werden, wenn alle Berichte über Menschenrechtsverletzungen unter folgenden Fragestellungen beurteilt werden: Mit welcher Absicht wird die Lage der Menschen und ihrer Rechte untersucht? Wem soll das Ergebnis dienen? Und: Werden bestimmte Dimensionen des Menschenrechtsbegriffs ausgeblendet?

Diskussionswürdig können nur solche Ergebnisse sein, die

- einen Beitrag leisten wollen, um die Lage derer zu verbessern, die man als „Opfer“ erkennt;

- dabei die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen als unverzichtbare Grundlage dafür begrei-

fen, bürgerlich-politische Freiheiten überhaupt in Anspruch nehmen zu können;

- die Ursachen benennen, die ein menschenwürdiges Leben in einem der genannten Bereiche verunmöglichen;

- daraus Konsequenzen ziehen und aufzeigen, was zur Veränderung dieser Ursachen geschehen muß.

In dem Zusammenhang sind dann nicht nur die 10-Mio-DM-Polizeihilfe der Bundesregierung für Guatemala und die nach wie vor verweigerte Entwicklungshilfe für Nicaragua zu bewerten, sondern auch das, was wir als Solidaritätsbewegung „bewegen“.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 20.9.1986
- 2) Zit. nach: H. Frenz, Das Böse und das „noch Böser“, in: Der Überblick Nr. 1/1985

## Schließung von „La Prensa“ Keine Freiheit für die Contra-Propaganda



Proteste vor dem Sitz von „La Prensa“

„Al Servicio de la Verdad y la Justicia“ (Im Dienst der Wahrheit und der Gerechtigkeit). So stand es täglich im Zeitungskopf von „La Prensa“, der traditionsreichsten Tageszeitung Nicaraguas.

1929 gegründet, entwickelte sie sich unter der Somoza-Diktatur zum Organ der bürgerlichen, mittelständischen Opposition. Als ihr Herausgeber, Pedro Joaquín Chamorro, Anfang 1978 von Somozas Schergen ermordet wurde, war für viele bürgerliche Regimegegner die Hoffnung auf eine gütliche Einigung endgültig dahin: sie wechselten zur Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) über.

Folgerichtig feierte „La Prensa“ im Juli 1979 den „Triumph der Revolution“. Als ein halbes Jahr später die Allianz zwischen Sandinisten und Bürgerlichen zu bröckeln

begann, ging die Zeitung in Opposition zur Revolution.

Der größte Teil der Belegschaft gründete aus Protest ein paar Häuser weiter „El Nuevo Diario“.

#### Erinnerungen an „El Mercurio“

Bei uns zehrt die „Prensa“ nach wie vor vom Ruf, gegen die Diktatur angeschrieben zu haben: als „einzige Oppositionszeitung“ wurde und wird sie hochgejubelt.

Man läßt unberücksichtigt, daß ihr Kurs in den letzten 6 Jahren stetig in Richtung „Konfrontation“ abtriftete. Das „Centro de Comunicación Internacional“ in Managua, weist in einer Dokumentation nach, welche ehemaligen „Prensa“-Redakteure inzwi-

schen Karriere im Umfeld der Contras machten.

Vorhaltungen, die „Prensa“ benutze Quellen der US-Botschaft und/oder der CIA wurden mit Dementis beantwortet. Gleichzeitig fanden sich völlig unredigierte Artikel aus dem Bulletin der US-Vertretung in Managua in der „Prensa“.

Vergleiche mit der aktiven Rolle von „El Mercurio“ beim Sturz der Regierung Allende in Chile sind nicht zufällig. „El Nuevo Diario“ zitierte am 3.7.1986 eine Studie des US-amerikanischen Rats für Hemisphärische Angelegenheiten (COHA): „Wie El Mercurio wurde auch La Prensa durch verschiedene Quellen in den USA subventioniert (sowie durch die Konrad-Adenauer- und die Friedrich-Naumann-Stiftung; d. Red.) ... und hat sich in der Tat in einen inneren Arm der US-Außenpolitik verwandelt.“

„La Prensa“ bot der immer noch einflußreichen Bourgeoisie Nicaraguas (sichtbar z.B. an Werbeanzeigen), der katholischen Amtskirche (z.B. das tägliche Hirtenwort) und den in der Vereinigten Nicaraguanischen Opposition (UNO) zusammengeschlossenen Kräften, die sich selbst als „politischen Arm“ der bewaffneten Contra verstehen, eine Plattform.

So verfolgte die Zeitung z.B. den halbjährigen Poker um die Freigabe der 100 Mio \$ vom US-Kongreß mit unverhohlener Sympathie. Violeta und Jaime Chamorro, die Repräsentanten der „Prensa“-Eigener, warben in den USA bei Abgeordneten und Senatoren für die Contra-Millionen.

Dank ihrer sensationell aufgemachten und eingängig geschriebener, scheinbar unpolitischer Stories sowie dank eines gut organisierten Vertriebssystems war die „Prensa“ ein vielgelesenes Blatt. Ob das Erscheinungsverbot dazu taugt, ihrem Klientel das Wasser abzugraben, bleibt umstritten. (So können diese Kreise u.a. über die Contra-Sender von den Nachbarstaaten aus senden.)

Bereits vor dem „Prensa“-Verbot hatte die nicaraguanische Zeitschrift „pensamiento propio“ festgestellt: bürokratische Schritte wie Zensur seien ungeeignet, die Reaktionen mundtot zu machen. Mit ihrer geschickte verpackten konterrevolutionären Botschaft ziele „La Prensa“ auf das immer noch niedrige Bildungsniveau, auf tiefsetzende Emotionen und irrationale Ängste. Schlußfolgerung: Sie profitiere von den

# Soziale Erfolge trotz Krieg

- 3) Zit. nach: H.U. Klose/K.H. Rosen, Bericht über eine Informationsreise zur Lage der Menschenrechte in Zentralamerika, Bonn, Januar 1986, S.7. Als „Demokrat“ gilt Duarte erst, seit mit D'Aubuisson, dem Chef der Todesschwadronen, der „noch Böse“ aufgebaut war.
- 4) Vgl. J. Hippler, Krieg im Frieden, Köln 1986, S. 103ff.
- 5) So umschreibt ai im Jahresbericht zu Nicaragua die Contras, Deutsche Übersetzung, Hamburg, April 1986, S.1
- 6) R. Peltzer, G. Mengelkamp, T. Oehlerich, in: Menschenrechte und Menschenrechtspolitik in Mittelamerika, Hg.: Die Grünen im Bundestag, die Christliche Initiative Romero, die Informationsbüros zu Mittelamerika, o.O. 1985, S. 13ff.
- 7) Ebd., S. 45/46
- 8) Ebd., S. 46
- 9) Ebd., S. 45
- 10) UN-Resolution 32/130 vom 16.12.1977, zit. nach: V. Kasch u.a., Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt, Bornheim 1985, S.26

Schwächen der anderen Kommunikationsmittel im Land.

Hatte die Journalistengewerkschaft UPN in der Vergangenheit mehrfach gegen unbegründete Zensurmaßnahmen bei der „Prensa“ protestiert, so blieb eine Reaktion auf das Erscheinungsverbot aus.

Aura Moreno, Wirtschaftsjournalistin bei „El Nuevo Diario“: Die Schließung der Zeitung – als Sprachrohr der Kriegstreiber in und außerhalb des Landes – war die erste Reaktion der Regierung auf die Eskalation der US-Politik. Freude mache einem Journalisten eine solche Maßnahme natürlich nicht...

Aber, „Pressefreiheit“ gelte nicht für ein Blatt, das mit Hetze und Lüge die wirtschaftlich und militärisch angespannte Situation weiter aufheizt, das die US-Aggressionspolitik verteidigt. Es habe gewichtige Stimmen im Land gegeben, die eine Enteignung der „Prensa“ und eine Übernahme durch sandinistische Journalisten in Selbstverwaltung forderten.

Doch die Position der Regierung sei die: Die „Prensa“ soll als privatwirtschaftlich verfaßtes, bürgerliches Blatt erscheinen können (z.B. als Sprachrohr für die sechs Oppositionsparteien, die 33,2% der Parlamentssitze innehaben) – nicht aber als „Organ der Konterrevolution“.

Helga Ballauf



Die Bilanz der sozialen Umgestaltungen während der 7 Jahre der sandinistischen Revolution ist positiv, obwohl das Land sich seit 1982 in einer Kriegssituation befindet. Die Zerstörungen, der Wirtschaftsboykott der USA und die erhöhten Verteidigungsausgaben haben mittlerweile eine massive Einschränkung der Sozialprogramme zur Folge, was eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen der Nicaraguaner erschweren wird. Der folgende Beitrag zieht eine Bilanz der sozialen Errungenschaften in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, Wohnung und Agrarreform.

Gemäß dem Grundsatz, daß „die Gesundheit ein Recht“ jedes Menschen und eine Verantwortung des Staates ist, hat die sandinistische Regierung die medizinische Versorgung von einem umfassenden Gesichtspunkt aus in Angriff genommen und sie auf die bisher vernachlässigten Bereiche ausgeweitet.

## Vorrang für Kinder

Priorität hatte dabei die Versorgung der Kinder.

Kinderkrankheiten wie Kinderlähmung, Masern, Keuchhusten, Wundstarrkrampf und andere sind immer weiter zurückgegangen, bis sie allmählich, wie im Fall von Polio, ganz verschwanden.

Dies wurde durch großangelegte Impfkampagnen erreicht.

Zum anderen wurde das Netz von Gesundheitsposten ausgebaut, das durch die vier mit einem Kostenaufwand von 250 Mio Dollar errichteten Kranken-

häuser von Matagalpa, Masaya, Rivas und Bluefields ergänzt wurde. Es werden auch verschiedene Aktivitäten entwickelt, um Tropenkrankheiten wie Denguefieber und Leishmaniose vorzubeugen und sie zu bekämpfen.

Die Arbeit im Gesundheitswesen wurde ständig durch Angriffe der Konterrevolutionäre behindert. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1986 wurden bei solchen Angriffen 46 Angehörige medizinischer Berufe ermordet. 1984 zwang der Krieg zur Schließung von 61 Gesundheitsposten in den Regionen I, V und VI sowie in den direkt an Honduras angrenzenden Spezialzonen. Außerdem erschwerte das Wirtschaftsembargo die Beschaffung von Medikamenten, Einrichtungen und Material für die medizinische Versorgung.

Trotz alledem ist für 1987 geplant, das Netz von Gesundheitsposten zu konsolidieren, die Qualität der Versorgung zu verbessern und Einfuhr, Handhabung, Verteilung und Verbrauch von Medika-

Tabelle 1  
Indikatoren der medizinischen Versorgung

	1979	1986
Säuglingssterblichkeitsziffer (je 1.000 Lebendgeburten)	155	68,5
Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)	55	62
Gesundheitsposten	172	502
Versorgungszentren für Kinder	3	167
Anzahl der Krankenhausbetten	4.307a	5.083
Ärzte	1.300a	2.172
Krankenschwestern	566a	1.270
Pflegepersonal in Krankenstationen	2.940a	4.378
Medizinstudenten	110a	600
Ärztliche Behandlungen (in 1.000)	2.400a	5.700
Sozialversicherte	22.000	318.716
Einwohner mit staatlicher Rente	7.918	53.984

a) Zahlen aus dem Jahr 1977, dem letzten Jahr unter dem somozistischen System, in dem man von einer normalen Entwicklung sprechen kann; deshalb sind diese Indikatoren auch nicht von der kriegerischen Auseinandersetzung beeinflusst, die sich in den Jahren danach verschärfte. (Quellen: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 31.7.1986; Barricada Internacional, Managua, 13.11.1986; eigene Berechnungen)

**Tabelle 2**  
**Indikatoren der Gundschulbildung**

	1979	1986
Schüler	369.649	563.169
Lehrer	9.986	18.397
Schulen	2.408	4.783

(Quelle: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 31.7.1986)

menten zu rationalisieren.

Das Ministerium für soziale Wohlfahrt, das die medizinische Versorgung ergänzt, hat darauf hingewiesen, daß die Zahl der Personen, die durch Sozialversicherung geschützt sind, zwischen 1979 und 1986 um fast 1.000% angewachsen ist (Tabelle 1). Unter den Sozialprogrammen sticht die Schaffung von Gesundheitszentren für Kinder hervor, in denen mittlerweile über 27.000 Kinder betreut werden.

Der Aufmerksamkeit, die die nicaraguanische Regierung der Gesundheit zu kommen ließ, wurde internationale Anerkennung zuteil. 1981 wurde das Land ins Exekutivkomitee der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (OPS) gewählt.

1983 wurde Nicaragua von der Weltgesundheitsorganisation zu einem vorbildlichen Land hinsichtlich der medizinischen Versorgung erklärt. 1984 gewann es die Anerkennung der OPS und des Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen (UNICEF) für seine Strategie Gesundheit für alle im Jahr 2000.

### Bildung für alle

Die ersten Jahre der sandinistischen Revolution beeindruckten durch die Alphabetisierungskampagne, durch die das Analphabetentum von 56% auf 12% gesenkt werden konnte.

Dies war der Anfang der Anstrengungen, die im Bereich der Bildung in den ländlichen Gebieten unternommen wurden. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Grundschulbildung gelegt. Die Zahl der Schüler wuchs zwischen 1979 und 1986 um mehr als 50% (Tabelle 2).

Zur Betreuung dieser zunehmenden lernenden Bevölkerung wurde die Zahl der Lehrerstellen um 84% und die Zahl der Bildungsstätten um fast 100% im ganzen Land erhöht. Auch die Bildungsprogramme sind von der kriegerischen Auseinandersetzung betroffen.

Tatsächlich sind die im Etat für Sozialprogramme vorgesehenen Mittel den unmittelbaren Verteidigungsausgaben zum Opfer gefallen.

In Nicaragua fehlen gegenwärtig

300.000 Wohnungen.

Dieses Defizit an Wohnraum resultiert aus einer Anhäufung von Problemen: dem Erbe des Somoza-Regimes, dem Erdbeben von 1972, dem internen Krieg, der 1978 und 1979 heftiger wurde, und – heute – den Auswirkungen der direkten Angriffe der „Contra“ und der feindlichen nordamerikanischen Politik.

In den letzten Jahren wurden 28,5 Mio Dollar in den Bau von Wohnungen investiert, wodurch 50.000 Wohnmöglichkeiten geschaffen wurden. Die potentielle Kapazität der Regierungsprogramme beläuft sich auf 15.000 Wohnungen im Jahr, was sich als nicht ausreichend erweist.

Nach Aussage des Ministers für Wohnungswesen, Miguel Ernesto Vigil, wuchs die Bevölkerung in den 7 Jahren der Revolution um 30%. Dadurch entstanden neue Probleme. Vigil räumt ein, „daß wir nicht in der Lage waren, beim Wohnungsbau mit dem Wachstum der nicaraguanischen Bevölkerung Schritt zu halten“.

Zum anderen wuchs die Industrialisierung im Bauwesen mit der Verwendung von vorgefertigten Elementen. Gegenwärtig werden Produkte aus Beton und Holz sowie Betonfertigteile hergestellt, wodurch wenig Facharbeiter benötigt werden und die Armierung und der Transport erleichtert werden.

Außerdem wird ein als „Plan Dach“ bezeichnetes Programm in den landwirtschaftlichen Kooperativen durchgeführt. Die Initiative bezieht mehr als 80 Kooperativen ein, die am Bau ihrer eigenen Wohnungen und an der Sicherung der Grundversorgung ihrer Gemeinde mit Trinkwasser, Schulen und Gesundheitszentren arbeiten.

Zwischen 1979 und 1985 hat das Ministerium für Wohnungswesen 19.225 Wohneinheiten errichtet, davon 31,6% in den ländlichen Gebieten, insbesondere für die in der Landwirtschaft und im Bergbau beschäftigten Arbeiter.

Seit 1979 haben mehr als 80.000 Familien von der Agrarreform profitiert (Tabelle 3).

Von diesen haben 2/3 zum ersten Mal Boden erhalten. Der Rest bekam Landtitel für die Parzellen, die sie besetzt hatten.

Zur Zeit gibt es zwei Arten von Kooperativen: die Sandinistischen Landwirtschaftskooperativen (CAS), in denen Land, Arbeit und Kapital kollektiviert ist, und die Kredit- und Dienstleistungskooperativen (CCS), in denen sich die Bauern zusammenschließen, um Kredite oder technische Hilfe zu erhalten, die Produktion aber als Einzelbauern weiterführen.

Die Kooperativen erbringen 24% der Produktion für den Inlandskonsum. Ihre wachsende Bedeutung für das Wirtschaftsleben des Landes hat auch sie zu militärischen Zielen der Contra werden lassen.

### Radikalisierung der Agrarreform

Als Teil der Pläne des Ministeriums für landwirtschaftliche Entwicklung und Agrarreform (MIDINRA) wurde der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den Bauern und staatlichen Betrieben Vorrang eingeräumt. In Nicaragua arbeiten gegenwärtig auf dem Land kleine und mittelgroße Produzenten, Landwirtschaftskooperativen und Staatsbetriebe nebeneinander, wobei diese laut offiziellen Quellen die Produktion organisieren und integrieren sollen. Zu Beginn dieses Jahres wurde das Agrarreformgesetz in einigen Punkten revidiert. Die Gesetzesreformen heben die Grenze für die Enteignung auf, die bislang bei 500 Manzanas (1 Manzana = 0,705 ha; d. Red.) festgesetzt war.

Weiterhin enteignet werden brachliegende oder nur ineffizient genutzte Ländereien. Und es ist vorgesehen, daß im Fall äußerster Dringlichkeit auch effizient genutzter Grundbesitz „aus Gründen des öffentlichen Nutzens oder aus gesellschaftlichem Interesse“ enteignet werden kann.

(Quelle: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 31.7.1986)

**Tabelle 3**  
**Indikatoren der Agrarreform**

Zwischen 1979 und Oktober 1986 verteiltes Land	1.838.500 ha
Begünstigte Familien	97.017
Verstaatlichtes Land	980.000 ha
Für 1986 vorgesehene Landverteilung	247.000 ha
davon an Kooperativen	126.000 ha
davon an Einzelbauern	121.000 ha
Gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche	5.691.000 ha

(Quellen: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 31.7.1986; Barricada Internacional, Managua, 13.11.1986; eigene Berechnungen)



Absender:

Bitte freimachen

### POSTKARTE

Ich bestelle hiermit ein Solidaritätsabbonnement Nicaragua-Kaffee. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3 Pfund zum Preis von DM 45,- incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Dieser Preis ist für mindestens 2 Monate ab Bestellung garantiert. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Überweisung/Scheck/Lastschrift.

Ort/Datum

Unterschrift

**VERTRAUENSGARANTIE:** Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3 Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Ort/Datum

Unterschrift

An  
**Solidaritätsshop  
Dritte Welt**

Hamburger Allee 52  
6000 Frankfurt/Main 90

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An  
**AIB-Weltkreis-Verlag**  
Liebigstr. 46  
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: \_\_\_\_\_

Meine Adresse: \_\_\_\_\_

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An  
**AIB-Weltkreis-Verlag**  
Liebigstr. 46  
3550 Marburg 1

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

12/86



AUS NICARAGUA

3 Pfund im  
Monats Abo  
45,-DM (incl. Versand)

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle — und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig.

**Einzelbestellung** (zuzügl. Versand 3,50 DM):

500 g gem. od. Bohnen 14,— DM  
250 g gem. od. Bohnen 7,30 DM

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3/6/9/... Pfund) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel. 069/778863).

**Für Wiederverkäufer, Kneipen, Solidaritäts-Gruppen und Initiativen:**

Ab 30 Pfd. Mindestabnahme (inkl. Porto, Verpackung u. MWSt.)  
500 g gem. od. Bohnen 12,60 DM  
250 g gem. od. Bohnen 6,55 DM

Im Kaffeepreis ist zudem eine Spende zugunsten verschiedener Projekte und Organisationen NICARAGUAS in Höhe von 10% des Einkaufspreises enthalten.

**Vertrauensgarantie:** Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3 Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

# ERNESTO CHE GUEVARA

AUSGEWÄHLTE WERKE IN EINZELAUSGABEN

Band I:

## Guerillakampf und Befreiungsbewegung

Bis heute steht der Name Ernesto Che Guevaras in aller Welt für den Kampf der Völker gegen den Imperialismus. Über ihn berichtete die Presse der Welt; kaum eine Zeitung, die sich nicht über die Bedeutung des 1967 in Bolivien ermordeten Revolutionärs geäußert hätte.

Viele seiner scharfsinnigen Aufsätze, Tagebücher und Reden sind jedoch weitgehend unbekannt geblieben. Erst jetzt, durch die Herausgabe der sechsbändigen, autorisierten Ausgabe seiner Schriften mit bisher unveröffentlichten Texten, wird es möglich, sich ein vollständiges Bild über sein Denken und Handeln zu machen.



Ernesto Che Guevara  
Guerillakampf und Befreiungsbewegung  
216 Seiten, 14,80 DM

  
Weltkreis

Weltkreis Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

# AIB

AIB-Sonderheft 4/1986

## Dritte-Welt - Politik der BRD



## Bundesrepublik und Dritte Welt

### Themen:

- Neuorientierung der Entwicklungspolitik
- Wem nutzt die Entwicklungshilfe?
- Der bundesdeutsche Anteil
- an der wirtschaftlichen Ausbeutung
- an der Schuldenkrise
- am NATO-Interventionismus
- Fallbeispiele: Nicaragua und Südafrika
- Anliegen der Solidaritätsbewegung
- Alternativen der Opposition
- Dokumente, Rezensionen

**Exklusiv**  
Interviews mit

- Annemarie Borgmann (Die Grünen)
- Karl-Heinz Hansen (Friedensliste)

32 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

**33% Rabatt**  
**ab 10 Exemplaren**

# Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Elisabeth Reimann  
**Ich war ein Contra**  
Bekenntnis eines antisandinistischen Kommandanten  
Pahl-Rugenstein-Verlag  
120 Seiten, 9,80 DM

Bernd Graul  
**Das Land denen, die es bebauen**  
Agrarreform in Nicaragua  
Weltkreis-Verlag  
224 Seiten, 14,80 DM

Jochen Hippler  
**Krieg im Frieden**  
Amerikanische Strategien für die Dritte Welt  
Pahl-Rugenstein-Verlag  
180 Seiten, 14,80 DM



Schieben ist im Fahrpreis inbegriffen (l.); von Contras zerstörtes Nahrungsmittelsilo bei Ocotal

**Alfonso I. Barrios**

## Wirtschaft in Bedrängnis

„Nach 7 Jahren Revolution befindet sich das Land auf wirtschaftlicher Ebene in seiner kritischsten Phase.“<sup>1</sup> Diese Feststellung war eine der zentralen Schlußfolgerungen, die die 5. ordentliche Sitzung der Sandinistischen Versammlung, des höchsten Organs der Nationalen Leitung der FSLN, am 27. August 1986 in ihrem Abschlußkommuniqué zog.

Seit 1984 ist Nicaragua mit einer tiefen Rezession konfrontiert die sich auch 1986 fortgesetzt hat und aller Voraussicht nach 1987 andauern wird. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner ist mittlerweile auf das Niveau von vor 25 Jahren gesunken. Die Inflation erreichte 1985 weit über 200% und könnte 1986 1.000% überschritten haben. 1985 belief sich das Außenhandelsdefizit auf 642 Mio \$, das Haushaltsdefizit auf 22,2% des BIP und die Auslandsverschuldung auf 5 Mrd \$.

Für die Masse der Bevölkerung äußert sich die Krise in der Verknappung der Güter des täglichen Bedarfs, in einer Arbeitslosigkeit von 22% und Reallöhnen, die 50% niedriger als vor der Revolution sind.

### „Die soziale Basis untergraben“

Die Ursachen für diese katastrophale Situation sind zwar vielfältig. Doch läßt sich als Hauptgrund die Kriegssituation ausmachen.

Dabei sind die wirtschaftlichen Probleme nicht lediglich die Folge des Konflikts, sondern ein gewichtiger eigenständiger Bestandteil der Kriegführung der USA. „Nachdem man in Washington erkannt hatte, daß ein militärischer Sieg der Konterrevolution nicht möglich ist, setzten sich die Aggressoren das Ziel, die

Wirtschaft auszubluten und ihre soziale Basis zu untergraben“, erklärte bereits 1985 der wirtschaftliche Berater der sandinistischen Regierung, E.V.K. Fitzgerald.<sup>2</sup> Zudem beabsichtigen die USA mit dieser Politik, die Modellwirkung Nicaraguas für andere Völker zu zerstören.

Die Rechnung Washingtons ist – zumindest bisher – nicht aufgegangen. Laut Umfragen ist die Unterstützung für die FSLN gleichgeblieben oder hat sich sogar erhöht, obgleich die Wirtschaftspolitik der Regierung heftig kritisiert wird. Dennoch sind 75% der Meinung, daß die Krise hauptsächlich auf den Krieg zurückzuführen ist.

Die Aggression hatte bis Mitte 1986 wirtschaftliche Schäden von über 2 Mrd \$ zur Folge. Darunter fallen sowohl die direkten Zerstörungen durch die Contras, als auch die Summe der Kredite von multinationalen Institutionen, die aufgrund des Drucks der USA nicht ausbezahlt wurden (423 Mio \$ von 1982-85).

Das US-Handelsembargo hat in dem Jahr seit seiner Verhängung im Mai 1985 zu Einbußen von 93,3 Mio \$ geführt. Die schwerste Belastung für die Wirtschaft stellt jedoch der Verteidigungshaushalt dar, der mittlerweile über 50% des Budgets und über 1/4 des BIP ausmacht.

Auf weitere Ursachen für die Wirtschaftskrise verweist die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL):

„Seit dem Sieg der Revolution 1979, mußte die nicaraguanische Regierung nicht nur die Beseitigung der Schäden, ... sondern auch den dringenden Wiederaufbau des Staates in Angriff nehmen. (...) Außerdem entwickelte sich die Weltwirtschaft sehr ungünstig für Nicaragua, und der atemberaubende Fall der terms of

trade führte zu enormen Lücken in den Außenbilanzen, die immer schwieriger zu füllen waren.“<sup>3</sup>

Auf den Fall der terms of trade (Verhältnis der Preise von Export- und Importgütern), der von 1980-85 34% betrug, ist der Großteil des Rückgangs der Exporteinnahmen zurückzuführen. Krisenverschärfend wirkte sich die gesunkene Arbeitsproduktivität aus, die u.a. darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiter unter den neuen Verhältnissen nicht mehr bereit sind, sich zu schinden wie unter der Diktatur.

### Eingeengter Handlungsspielraum

Gleichfalls fallen die geringen Investitionen in der Privatwirtschaft ins Gewicht, die nicht nur daher rühren, daß viele Unternehmer den Revolutionsprozeß boykottieren, sondern auch daher, daß gerade den kleinen Produzenten oftmals nicht genügend Devisen zur Verfügung gestellt wurden, um investieren zu können.

Erschwerend kommt hinzu, daß der Staat kaum in der Lage ist, den Wirtschaftsbereich direkt zu kontrollieren. Er hat keinen Einfluß auf die außenwirtschaftliche Entwicklung und nur ungenügenden auf die Verwendung von Krediten.

Zudem sind nur 30% der Industrie und 20% der Landwirtschaft unter seiner direkten Kontrolle. Es bleibt dem Staat also nichts anderes übrig, als sich mit Hilfe der zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Instrumente die Marktmechanismen zunutze zu machen. Dies gelang jedoch bisher nur unvollkommen, da es der FSLN an ausreichend erfahrenen Kadern fehlte und man es mit

einer Situation zu tun hatte, für die es international kaum Präzedenzfälle gab. Hinzu kam noch, daß die wirtschaftspolitische Kompetenz bei mehreren Ministerien liegt und Beschlüsse nicht konsequent genug umgesetzt wurden.

Einige der heutigen Probleme haben ihre Ursache in der Wirtschaftspolitik, die in den ersten Jahren der Revolution verfolgt wurde.

Diese sah hohe Investitionen im Staatssektor vor – vor allem für moderne Großprojekte, von denen man langfristig einen Anstieg der Exporte erhoffte – sowie einen Schutz der großen Unternehmer. Ein umfangreiches Sozialpro-

gramm wurde in die Tat umgesetzt, das zum Großteil den Armen in den Städten zugute kam.

Vernachlässigt wurden die kleinen und mittleren Produzenten in Stadt und Land sowie Investitionen in bereits bestehenden Betrieben und in der Infrastruktur. Die Agrarreform trieb man nur langsam voran, um die landwirtschaftlichen Großproduzenten bei der Stange zu halten.

Diese Politik erwies sich vor allem mit dem Beginn des Krieges und der dadurch entstandenen Kosten als unpraktisch, zumal die großen Unternehmer trotz ihrer Förderung nicht investierten. 1985 erfolgte der erste Kurswechsel in der

Wirtschaftspolitik, der verdeutlichte, daß sich die Regierung auf ein längeres Fortdauern der Kriegssituation einstellte und Schritte zum Aufbau einer Überlebenswirtschaft unternahm.

Die Subventionen für Grundnahrungsmittel wurden gestrichen, um das Haushaltsdefizit zu verringern. Die Währung wurde abgewertet und die Abnahmepreise für landwirtschaftliche Produkte erhöht.

Diese Maßnahmen hatten das Ziel die Produktion landwirtschaftlicher Güter für den nationalen Markt und den Export anzuregen.

Nutzen hiervon hatten vor allem die Bauern, deren Versorgung mit Konsum-, In-

## Regine Meyer Brief aus Managua Schadensbegrenzung in der Krise



Leere Regale sind noch immer alltäglich

Daß wir eine galoppierende Wirtschaftskrise, Warenmangel, eine atemberaubende Inflation (die Schätzungen für 1985 belaufen sich auf 300%; dieses Jahr dürfte es noch wesentlich mehr sein) und eine sehr niedrige Arbeitsproduktivität haben, ist bekannt, die Hauptursachen auch. Weniger bekannt ist, daß etwas dagegen getan wird, und wie das funktioniert.

### Priorität Lebensmittelproduktion

Von entscheidender Bedeutung ist die Sicherstellung der Lebensmittelproduktion. Und hier beginnt die Landreform und die Priorisierung der Landbevölkerung in der Versorgung mit industriellen Konsumgütern ihre Früchte zu tragen. Mit der Beschleunigung der individuellen Landverteilung – allein in diesem Jahr an 30-40.000 Bauern – ist die wichtigste Voraussetzung geschaffen, auch wenn die Resultate sich nicht von heute auf morgen einstellen.

Zum einen hat die ungeplante Umsiedlung

von Tausenden von Bauern aus Kriegsgebieten zusätzliche Probleme geschaffen. Zum anderen gibt es Umstellungsschwierigkeiten, wenn ein Bauer, der sein Leben lang ein winziges Stückchen schlechtes Land in den Bergen von Hand bestellt hat, plötzlich in einem Tal mit neuem Saatgut, moderneren Methoden und Maschineneinsatz produzieren soll.

In der IV. Region (Granada, Masaya, Rivas, Carazo) z. B. ist ein neuer staatlicher Betrieb gegründet worden, der Service-Leistungen im Bereich technische Beratung, Transport und Kultivierungsarbeiten wie Ungezieferbekämpfung erbringt. Diese können unterschiedslos von Staatsbetrieben, Kooperativen und Privatproduzenten in Anspruch genommen werden – ein Paradebeispiel für die gemischte Wirtschaft, deren Beseitigung den Sandinisten so gern unterstellt wird.

Mit solchen Initiativen wird die Bereitschaft der Produzenten erhöht, für den Markt zu produzieren und die Hektarerträge zu steigern. Erste Erfolge sind Vereinbarungen mit landwirtschaftlichen Produzenten in der

VI. Region (Matagalpa, Jinotega), aber auch in anderen Regionen im Rahmen des sog. Plans 10-40-50.

D.h., daß die Produzenten sich verpflichten, 10% ihrer Produktion für die Versorgung des Volksheeres zu spenden, 40% zu offiziellen Preisen an den staatlichen Grundnahrungsmittelvertrieb zu verkaufen und die restlichen 50% für den Eigenbedarf zu verwenden und auf dem freien Markt zu verkaufen.

### Arbeitsanreize erhöht

Eine weitere Maßnahme in diesem Rahmen ist die Überprüfung der Arbeitsnormen und die Einführung ausreichender Lohnanreize und Sozialleistungen, um die Zahl der effektiven Arbeitsstunden in der Marktproduktion wieder zu erhöhen.

Sie war im letzten Jahr je nach Produktionszweig auf 2-5 Stunden am Tag gefallen – dies vor allem unter Berücksichtigung der zunehmenden Feminisierung der Landwirtschaft. Mit der Verschärfung des Kriegs ist der Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte, vor allem im Norden, bis auf fast die Hälfte gestiegen. In Staatsbetrieben beträgt er schon mehr als 50% und im Tabak erreicht er 70-80%.

Wenn aber die Frauen gleichzeitig nach wie vor allein für Haushalt und Kinder zuständig sind und keine Ausbildung bekommen, wenn es an Gerät und Transport fehlt, ist es klar, daß sie die Normen nicht erfüllen können. Die Landarbeitergewerkschaft ATC hat eine repräsentative Untersuchung über die Probleme der Landarbeiterinnen durchgeführt und bereits praktische Konsequenzen daraus gezogen.

Auf nationaler und regionaler Ebene wurden Frauenabteilungen eingerichtet, die sich zur Aufgabe gestellt haben, die besonderen Probleme der Landarbeiterinnen sowohl in der Produktion als auch in der Organisation einer Lösung zuzuführen. Denn hier wie auch in der BRD besteht das Problem, daß weibliche Funktionärinnen mit der Lupe gesucht werden können.

Auch im Bereich der Kaffeeproduktion sind die technischen und ökonomischen Voraussetzungen verbessert worden. Der Lohn für die Kaffeepflücker berechnet sich pro „lata“ gepflückter Kaffeekirschen – das ist ein Blecheimer, der als Maß gilt.

Dieses Jahr beträgt die Grundnorm 6 „latas“; ab der 7. wird das Doppelte pro „lata“ gezahlt. Da ein geübter Pflücker je nach Beschaffenheit der Plantage leicht 10-15 „latas“ pro Tag pflückt, ist das ein erheblicher Anreiz.

vestitionsgütern und sozialen Einrichtungen ebenfalls verbessert wurde.

Ziel dieser Maßnahmen war es nicht nur, Anreize für eine höhere Agrarproduktion zu schaffen und damit das Warenangebot in den Städten zu erhöhen, sondern auch die Landflucht zu stoppen. Durch den Zustrom vom Land hatte sich die Bevölkerung von Managua von 525.000 im Jahr 1977 auf 1.117.000 im Jahr 1986 erhöht, wovon sich die Hälfte im informellen Sektor durchschlägt.

Ein ebenso wichtiger Beweggrund war die Absicht, den Contras eine potentielle soziale Basis zu entziehen. In diesem Zusammenhang ist auch die Beschleunigung der Agrarreform zu sehen, da 1985

noch immer 80.000 Bauern auf Land warteten. Um dies zu ermöglichen, wurden 1986 die Bestimmungen für Enteignungen gelockert.

Allein für 1986 war die Übergabe von Land sowohl aus dem privaten als auch aus dem staatlichen Sektor an 21.000 Familien vorgesehen. 1987 sollen weitere 18.000 begünstigt werden. Dabei wird das Land nicht nur an Kooperativen vergeben wie es bisher üblich war, sondern auch an Einzelbauern.

Zusammen mit Umsiedlungen von isoliert lebenden Bauern in Dörfern und einer Effektivierung der Verteidigung gelingt es mit diesen Maßnahmen zusehends, die Versorgung der Contra bei der

Bevölkerung und Rekrutierungen zu verhindern.

Im Gegensatz zu den positiven Auswirkungen auf dem Land haben die Wirtschaftsmaßnahmen in der Stadt zu einer Verschlechterung der Situation geführt. Sie lösten wegen der gestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel und Importgüter sowie eines weiteren Anstiegs des Verteidigungshaushalts und eines zu geringen Warenangebots eine galoppierende Inflation aus.

Der Plan der Regierung, die in der Produktion Beschäftigten gegenüber den nichtproduktiven Sektoren zu bevorzugen, um einen Arbeitsanreiz zu schaffen, scheiterte am Druck der übrigen Bevöl-

Der Landwirtschaftsminister hat sich in einer kürzlichen Rundreise durch die Kaffee-Regionen verpflichtet, daß der Staat als Gegenleistung die Versorgung mit Gerät, Transport, Industrierwaren usw. sicherstellen wird. Und er hat gleichzeitig an die Verantwortlichen der staatlichen Versorgungsbetriebe appelliert, so schnell wie möglich mehr Kindertagesstätten einzurichten.

Hier in der Stadt haben wir in den letzten Wochen schon gewisse Verbesserungen bei der Versorgung mit dem Grundbedarf feststellen können, wenn auch die Spekulation bei allen Bemühungen der Kontrolle weiterhin anhält.

Aber immerhin gibt es letzens die Quote der garantierten Grundbedarfsgüter ziemlich vollständig in den staatlichen Nachbarschaftsläden, während wir 1985 ein halbes Jahr kein Speiseöl hatten und es einem passieren konnte, daß es in dem Laden nur Salz und Zucker gab.

Die Supermärkte für die Lohnabhängigen, die neben dem normalen Sortiment weitere rationierte Produkte auf Berechtigungskarte verkaufen, sind auch gerade neu geordnet worden und funktionieren jetzt besser. Die Zahl der garantierten Produkte ist den Umständen entsprechend verringert worden, aber die gibt es dann wenigstens.

Das sind für die Produktionsarbeiter acht Produkte (weil diese besser gestellt werden sollen) und für die Dienstleistungsbeschäftigten vier Produkte: das sind eine Tube Zahnpasta, vier Rollen Klopapier, ein Deo und ein Paket Monatsbinden (die werden aber nur an Frauen abgegeben). Das kommt Euch sicher sehr ärmlich vor – was es ja auch ist –, aber wir hatten hier auch schon Zeiten, wo es nur ein Paket Monatsbinden und ein Deo alle 3 Monate gab oder überhaupt nicht, bzw. auf dem Schwarzmarkt zum x-fachen Preis.

### Versorgungsengpässe

Bei drei weiteren strategischen Produkten ist die Versorgung ebenfalls auf dem Weg der Besserung: bei Fleisch, Eiern und Brot. In allen drei Bereichen gab es eine wahnsinnige Spekulation, wobei das bei Eiern und Brot nur ein Verteilungsproblem war – zumindest solange die Weizenschenkungen aus der Sowjetunion kommen –, und die Eierproduktion ist heute sechsmal so hoch wie während des Somozismus.

Inzwischen hat das Innenhandelsministerium weitgehend die Kontrolle der Verteilung im Griff. Man muß zwar noch Schlange stehen, aber nicht übermäßig lange. Und es ist nicht mehr wie vor einigen Monaten, als

man den Eindruck hatte, es gäbe einfach keine Hühner mehr.

Auch in der industriellen Produktion gibt es neuerdings Lichtblicke; vor allem im Zusammenhang mit der Reintegration der ersten Generation von Demobilisierten des Wehrdienstes in die Produktion.

Diese jungen Leute haben in der Verteidigung gegen die Contra eine Erfahrung gemacht (verstärkt durch die ausgezeichnete politische Bildung, die im Volksherr von den besten Kadern der FSLN und der Sandinistischen Jugend vermittelt wird), die sie die Notwendigkeit der Arbeitsdisziplin und der Produktivitätssteigerung mit anderen Augen sehen läßt als große Teile der Stadtbevölkerung, die den Krieg nicht als militärische Aggression erleben.

### Demobilisierte als Vorbilder

In den letzten Monaten sind in den wichtigsten Betrieben, vor allem im Textil- und Metallbereich, Brigaden von Demobilisierten und Sandinistischer Jugend (oft in Personalunion) gebildet worden, die vorbildlich arbeiten und durch ihr praktisches Beispiel überzeugend auf die anderen Arbeiter wirken. Gleichzeitig sind in Staatsbetrieben ineffiziente Leitungen ersetzt worden und die FSLN hat eine herbe Selbstkritik mit praktischen Konsequenzen geübt, da in den Betrieben oft die FSLN-Mitglieder im eigenen Saft schmorten, nicht nach außen überzeugend wirkten und in nicht wenigen Fällen selbst nicht gerade vorbildlich waren.

Die Erfolge sprechen für sich: In der staatlichen Textilfabrik FANATEX ist die Zahl der Brigadenmitglieder, die freiwillig Schichten leisten und vor allem in den Bereichen einspringen, wo kurzfristig Verstärkung notwendig ist, von 18 auf 320 gestiegen. Gleichzeitig hat eine Gruppe von Mechanikern eine Drehmaschine mit Teilen von anderen Maschinen wieder instandgesetzt und produziert damit jetzt aus Holz die 60.000 Garnspulen, die jährlich gebraucht werden, während vorher Metallspulen zum Stückpreis von 1,58 \$ eingeführt wurden.

In der Molkerei La Perfecta schafften es die Jungarbeiter mithilfe von Technikern, den Produktionsprozeß so umzugestalten, daß im Morgengrauen die Tagesproduktion für die Auslieferung bereitsteht und in den Morgenstunden in die Läden gelangt, während vorher oft noch in der Nachmittagshitze ausgeliefert wurde und viel verdarb.

Zum Schluß will ich Euch noch schnell einiges aus dem Transportwesen berichten – ein traditioneller Problembereich wegen der

Knappheit an Fahrzeugen und der Verantwortungslosigkeit der Fahrer, die oft in kürzester Zeit die Busse zu Schrott fuhren und außerdem einen großen Teil des Fahrgelds in die eigene Tasche steckten.

Hier gibt es jetzt seit Anfang des Jahres eine Kooperative von Demobilisierten, die sechs Linien mit Kleinbussen befahren und schon ganz wesentlich zur Entspannung der Situation beigetragen haben. Denn sie leisten nicht nur einen guten Service, sondern üben auch einen indirekten Druck auf die Fahrer des staatlichen Busbetriebs ENABUS aus, die jetzt nicht mehr das Monopol haben.

Außerdem sind die Jugendlichen aber auch innerhalb dieses Betriebs tätig, haben inzwischen schon 40 kaputte Busse wieder instandgesetzt, was eine Ersparnis von 1,4 Mio \$ bedeutet. Und sie haben in Nachtschichten in den Bussen geschlossene Geldbehälter installiert, in die der Fahrgast das Fahrgeld durch einen Schlitz einwirft, so daß der Fahrer gar nicht mehr drankommt – womit die Einnahmen von ENABUS enorm gestiegen sind.

So gibt es auch im Industrie- und Dienstleistungsbereich Hoffnung auf Besserung, wenn auch klar ist, daß grundlegende Veränderungen nur möglich sind, wenn der Krieg beendet wird. Immerhin zeigen die Beispiele, daß auch im Rahmen der gegebenen miesen Situation noch Verbesserungen möglich sind und in Angriff genommen werden.

Arbeitspause eines Bananenpflückers





Die Mittelknappheit zwingt zu Streichungen beim Wohnungsbau

kerung. Die Lohnerhöhungen der Arbeiter blieben unterhalb der Inflationsrate. Auch der Versuch durch die Einrichtung von Läden mit einem garantierten Angebot zu niedrigen Preisen ausschließlich die in der Produktion Beschäftigten zu bevorzugen, schlug fehl, da die Zahl der ausgegebenen Berechtigungskarten von anfangs 100.000 auf schließlich 350.000 im August 1986 ausgeweitet wurde.

Dies alles hatte zur Folge, daß immer mehr Arbeiter und die noch schlechter bezahlten Angestellten in den informellen Sektor (Handel und Dienstleistungen) wechseln und die Auswanderung von hochqualifizierten Kadern noch weiter verstärkt wurde. Andere verblieben zwar im produktiven Sektor, sind aber neben ihrer Arbeit im informellen Sektor tätig, so daß die Arbeitszeit in den Städten auf 6 Stunden gesunken ist.

Laut dem britischen wirtschaftspolitischen Berater des Präsidenten, G. Irvin, war „eine der Hauptursachen“ der Inflation „die Unmöglichkeit, den Krieg durch weitere Kürzungen des gesamten Konsums zu finanzieren“.<sup>4</sup>

Er sieht neben einer Erhöhung der Verschuldung vor allem in der Kürzung der

Investitionen eine Möglichkeit dies zu vermeiden: „Wenn keine Kürzungen der Investitionen vorgenommen werden, die es erlauben Ressourcen freizusetzen, um die Nachfrage zu befriedigen und damit die Inflation zu bremsen, könnte ein Punkt erreicht werden, bei dem die soziale Basis der Revolution bedroht ist.“<sup>5</sup> Diese Erkenntnis hat sich die Regierung bereits im Wirtschaftsplan für 1986 zu eigen gemacht. Sie orientiert darauf, Investitionen vor allem für den Erhalt des Produktionsapparats, für den Exportsektor und für die Produktion von Grundbedarfsgütern zu tätigen, sie im sozialen Bereich einzufrieren und für neue Projekte erheblich zu vermindern. Nichtsdestotrotz werden weiterhin 80% der Investitionsmittel für die Fortsetzung bereits begonnener langfristiger Projekte ausgegeben. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß die Kredite aus dem Ausland in ihrer Überzahl projektgebunden sind.

Deshalb wird es notwendig sein, die Kreditgeber zu überzeugen, die Gelder den Prioritäten der Regierung entsprechend umzulenken. Wirtschaftsexperten wie G. Irvin schätzen, daß es unter solchen Bedingungen möglich sein wird, die Inve-

stitutionsquote auf 10% zu senken, was ausreichen würde, um den Produktionsapparat zu erhalten.

Entschlossene Schritte auch in diesem Bereich scheinen sich anzudeuten.

So erklärte der Minister für Wirtschafts- und Haushaltsplanung, Dionisio Marenco, daß die Wirtschaftspolitik von 1985 „nicht mehr den Notwendigkeiten des Landes“ entspreche. „Vielmehr gilt es sich auf eine dritte Phase einzustellen: die Kriegswirtschaft.“<sup>6</sup>

In diese Richtung gehen auch die Beschlüsse der Sandinistischen Versammlung. In ihrem letzten Kommuniqué heißt es dazu:

„Die Verteidigung der Revolution macht es erforderlich, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Krise mit unseren eigenen Ressourcen und durch die optimale Nutzung der ausländischen Hilfe zu bewältigen.

Die Verteidigung des revolutionären Prozesses erfordert die folgenden Maßnahmen: Rationalisierung der Verteilung und der Anwendung der Ressourcen; organisatorische Veränderungen der Wirtschaftslenkung, der Verwaltungsführung, der politischen Leitung und der Organisation der Produktion; Verbesserungen im Bereich der Disziplin, Sparsamkeit, Effizienz sowie der einheitlichen und kohärenten Ausführung der Richtlinien.“<sup>7</sup>

Ob es zu einer Zentralisierung der Wirtschaftspolitik in einem Ministerium kommen, der Kampf gegen Schwarzmarkt und Spekulation verschärft und eine umfassendere Rationierung eingeführt wird, bleibt abzuwarten. Denn konkrete Beschlüsse auf Regierungsebene wurden noch nicht gefaßt.

Sicher ist jedoch, daß die Regierung sich auf regionale, örtliche und betriebliche Initiativen des Volkes zur Verbesserung von Produktion und Verteilung stützen kann (siehe Beitrag von Regine Meyer) um beim Aufbau einer Überlebenswirtschaft voranzukommen.

Erste positive Auswirkungen der Wirtschaftsmaßnahmen von 1985 und 1986 zeichnen sich bereits jetzt ab. Die Arbeitszeit der Arbeiter konnte vor allem auf dem Land wieder gesteigert werden und die Versorgung hat sich leicht gebessert. Trotz widriger klimatischer Verhältnisse konnte 1986 ein realer Zuwachs in der landwirtschaftlichen Produktion erzielt werden.

#### Anmerkungen:

- 1) envio, Managua, deutschsprachige Ausgabe, Nr. 63/September 1986, S.16
- 2) Pensamiento Propio, Managua, Nr. 34/Juli 1986, S.17
- 3) Exelsior, Mexico D.F., 30.9.1986
- 4) Pensamiento Propio, ebd., S.13
- 5) Ebd., S.17
- 6) Inforpress Centroamericano, Guatemala-Stadt, Nr. 705/4.9.1986, S.7
- 7) envio, ebd., S.36

### Wirtschaftsindikatoren 1977/79 – 1985

	1977-79	1983	1985
Einwohner (in Mio)	2,61 <sup>b</sup>	3,06	3,27
Bruttoinlandprodukt (BIP; in Mio \$ von 1980)	2881 <sup>b</sup>	2422	2325
BIP/Einwohner (in \$ von 1980)	1104 <sup>b</sup>	792	710
Kosten der Aggression (in Mio \$)	—	238,2	244,0
Verteidigungsausgaben/BIP (in %)	3,2 <sup>b</sup>	9,6	21
Haushaltsdefizit/BIP (in %)	11,7 <sup>b</sup>	27,7	22,2
Inflation (Jahresdurchschnitt; in %)	4,6 <sup>b</sup>	31,1	219,5
Arbeitslosenrate (in %)	22,9 <sup>c</sup>	18,9	22,2
Durchschnittliche Reallöhne (1978 = 100)	100 <sup>b</sup>	56,8	46,1
Investitionen/BIP (in %)	21,1 <sup>a</sup>	18,1	14,9
Produktivitätsindex (1977 = 100)	100 <sup>s</sup>	65	59
Importe (in Mio \$)	533 <sup>b</sup>	807	936
Exporte (in Mio \$)	646 <sup>b</sup>	431	294
Außenhandelsbilanz (in Mio \$)	113 <sup>b</sup>	-376	-542
Kapitalbilanz (in Mio \$)	-93 <sup>c</sup>	555	592
Auslandsschulden (in Mrd \$)	1,0 <sup>b</sup>	3,3	4,5
Schuldendienst/Exporte (in %)	14,3 <sup>b</sup>	22,2	19,8
Terms of trade (1980 = 100)	—	69	66

Anmerkungen: a = 1977; b = 1978; c = 1979

# Interview mit Vizepräsident Sergio Ramirez

## Die Kunst des Überlebens

Sergio Ramirez, Schriftsteller und seit 1984 Vizepräsident Nikaraguas, begann seine politische Laufbahn als Studentenführer. Er arbeitete bereits in den 60er Jahren eng mit dem Mitbegründer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), Carlos Fonseca, zusammen. In seinem Auftrag sammelte und veröffentlichte er die Schriften Augusto C. Sandinos. Für die FSLN organisierte er 1978 die „Gruppe der 12“, die einen wichtigen Beitrag zum Sturz der Diktatur leistete. Aufgrund seiner politischen Tätigkeit nach dem Sturz Somozas mußte Ramirez sein schriftstellerisches Wirken fast vollständig einstellen. Seit 1960 hat er insgesamt 12 Werke veröffentlicht. Das folgende Interview wurde von Robert Cohen von der Nachrichtenagentur Agencia Nueva Nicaragua (ANN) geführt.

**FRAGE:** Nach Berichten der Zeitung Barricada haben Kräfte des Innenministeriums zwei Personen festgenommen, die in einen Plan zur Ermordung von Präsident Ortega verwickelt waren, sowie vier weitere, die einen Sabotageakt gegen ein wirtschaftliches Ziel in Managua planten.

Bedeutet diese Vorfälle den Beginn von Attentaten auf die Revolutionsführer und die Hinwendung zu Managua und dem Pazifik als bevorzugten militärischen Zielen in dieser neuen Phase des Krieges?

**S. RAMIREZ:** Wir glauben ja. Dies ist jedoch keineswegs das erste Attentat, das auf Präsident Ortega geplant wurde. Wir haben es gleich zu Beginn aufgedeckt. Über die Behörden des Innenministeriums haben wir diese Gruppe, die aus Honduras geschickt wurde, ständig beobachtet. Wenn der CIA direkt die Steuerung dieses Krieges übernimmt, erwarten wir weitere Terroranschläge am Pazifik.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es ja bereits schwerwiegende terroristische Aktionen gegen Nicaragua gegeben hat: die Verminung von Häfen, der Angriff auf die Brennstofftanks in Corinto, Versuche, die Erdölversorgung über die Anlagen von Puerto Sandino zu unterbrechen, Angriff auf die Brücken in Chinandega, Luftangriff auf Funkeinrichtungen im Land.

Alle diese Aktionen wurden direkt vom CIA organisiert, und nicht von den Konterrevolutionären in Honduras. Diese sind dazu nicht in der Lage.

**FRAGE:** 30.000 nicaraguanische Opfer in nur 5 Kriegsjahren und in einem Land mit einer Bevölkerung von knapp 3 Mio bedeuten doch in der Praxis, daß es keine Familie gibt, die nicht den Schmerz und das Leid des Krieges kennengelernt hat. Zumindestens drei Zeitpunkten schien eine nordamerikanische Invasion unmittelbar bevorzustehen. Darüber hinaus nahmen die wirtschaftlichen Schwierig-

keiten zu, man spricht sogar davon, daß die Bevölkerung zu hungern beginnt. Welche Auswirkungen hat dieser Zermürbungskrieg auf die Nicaraguaner?

**S. RAMIREZ:** Durch die stets voranschreitende Entwicklung eines sehr großen politischen Bewußtseins ist die Bevölkerung in der Lage gewesen zu erkennen, daß die Kriegssituation und das Ausmaß der Schwierigkeiten hinsichtlich der Versorgung und der Lebensbedingungen, unter denen sie als Folge dieses Krieges zu leiden hat, durch die ausländische Aggression verursacht wird. Infolge dessen haben wir immer mehr Vertrauen in die Einheit der Bevölkerung gegen die Aggression von außen. Wir erwarten nicht, daß wir diesen Krieg in Wohlstand führen können: der Krieg wird dem Land weiter Not, Mangel und

Einschränkungen bringen. Doch in dem Maße wie sie im Kampf gegen eine äußere Aggression vereint bleibt, werden diese Schwierigkeiten die Einheit der Bevölkerung stärken anstatt sie zu zerstören. Daran zweifeln wir nicht im geringsten.

**FRAGE:** Die Sandinistische Versammlung trat vor kurzem zusammen, um über die Probleme bei der Produktion und die Versorgungsschwierigkeiten zu diskutieren. Was können Sie uns jetzt schon über die geplanten politischen Schritte sagen? Und wie wird die Kriegswirtschaft in Nicaragua aussehen?

**S. RAMIREZ:** Solange der Krieg andauert, werden wir weder im Land selbst genügend produzieren noch durch Importe die Bedürfnisse der Bevölkerung an Nahrungsmitteln, Kleidung, Schuhen,



Eugene Hasenfus, US-Pilot eines abgeschossenen Contra-Versorgungsflugzeuges, wird vom Schützen abgeführt



Medikamenten u.a. befriedigen können. Zunächst, weil vordringlich die Kriegsgebiete, die Kämpfer versorgt werden müssen.

Unserer Ansicht nach muß es das Ziel sein, die wenigen Ressourcen, die zur Verfügung stehen, effektiv unter der Bevölkerung zu verteilen. Die Kriegswirtschaft besteht darin, trotz des Krieges eine leistungsfähige Produktion in Gang zu halten, und wenn wir in Folge dieses Krieges nicht genügend produzieren, das wenige, das wir produzieren, effizient zu verteilen.

Sowohl der Staatsapparat als auch der politische Apparat müssen sich der Erfüllung dieser Aufgabe widmen.

## Lehren aus Grenada

**FRAGE:** Am 19. Juli 1986 sagte Präsident Ortega, eines der Hauptziele der gegenwärtigen nordamerikanischen Eskalation bestehe darin, innerhalb der sandinistischen Führung Spaltungen herbeizuführen. Welche Mittel setzen Sie — in Anbetracht der tragischen Erfahrung im Fall von Grenada — ein, um diese Versuche zum Scheitern zu verurteilen?

**S. RAMIREZ:** Einer der Wunschträume der Feinde der Revolution war es, die Sandinistische Front zu spalten.

Vor dem Sieg machten wir eine schmerzhafteste Phase der Spaltung durch, so daß wir diesen Preis bereits bezahlt haben. Heute ist jedem einzelnen Mitglied der Sandinistischen Front deutlich bewußt, daß wir ohne Einheit nicht weiter vorankommen können. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Einheit ist der Zement, der die Sandinistische Front eint und zusammenhält.

Diese hat keine Risse, auch nicht hinsichtlich der Frage, wie der revolutionäre Wandel zu vollziehen sei. Wenn der CIA davon spricht, Lücken in die Sandinistische Front zu reißen, dann meint er damit schlicht und einfach die Ermordung der Führer.

Sie, die Leute vom CIA, glauben und rechnen damit, daß sie mit der Ermordung eines der Revolutionsführer interne Spaltungen provozieren können.

**FRAGE:** Was können Sie uns über Ihr Treffen mit Papst Johannes Paul II. berichten, das vor kurzem stattfand? Und was sind die Perspektiven für das Verhältnis Kirche und Staat?

**S. RAMIREZ:** Wir führten mit dem Papst ein Gespräch, das man als positiv bezeichnen könnte.

Es wurde Übereinstimmung bezüglich der Notwendigkeit eines Dialogs zwischen der Kirchenhierarchie und der Katholischen Kirche in Nicaragua durch Vermittlung des Vatikans und der Regierung von Nicaragua erzielt. Ich glaube, daß wir diese Perspektive nie aus den

Augen verloren haben.

Nachdem wir uns zum Vorgehen gegen Bischof Vega gezwungen gesehen hatten, haben wir in einer diplomatischen Note dem Vatikan gegenüber betont, daß wir weiterhin zum Dialog bereit sind und hoffen, daß die Ankunft des neuen Apostolischen Nuntius die Türen zu diesem Dialog mit der katholischen Kirchenführung in Nicaragua erneut öffnen wird.

Monsignore Vega hat die Maske seiner angeblichen seelsorgerischen Neutralität, seiner apostolischen Neutralität immer offener fallengelassen und immer eindeutiger für die konterrevolutionären Kräfte Partei ergriffen. Er ging sogar so weit zu sagen, er überlege, nach Honduras zu gehen, um sich dort der Arbeit mit den nicaraguanischen Flüchtlingen zu widmen.

Doch wer sind denn die nicaraguanischen Flüchtlinge, die es dort gibt? Es sind die Konterrevolutionäre, die sich in den Lagern entlang der Grenze zu Nicaragua aufhalten.



**FRAGE:** Welche Reichweite werden die im Rahmen des Notstandes angekündigten Maßnahmen haben? Und welche Auswirkungen hatten die ersten Maßnahmen, die nach der Genehmigung der 100 Mio Dollar (seitens der Reagan-Administration für die Contras; d. Red.) ergriffen wurden?

**S. RAMIREZ:** Ich glaube, dies hat hier dazu gedient, Klarheit über die innere Situation des Landes zu schaffen.

Wir weichen nicht im geringsten von dem Grundprinzip der Achtung der gemischten Wirtschaft, des politischen Pluralismus und der Nichtpaktgebundenheit auf internationaler Ebene ab; dies ist grundlegend. Die Maßnahmen des Notstands zielen darauf ab, die Möglichkeiten der Konterrevolution zur Eröffnung einer

inneren Front und zur Destabilisierung des Landes unter der Kriegssituation, in der wir leben, einzuschränken.

Dies sind notwendige, gezielt eingesetzte Maßnahmen, die diese Grundsätze nicht verletzen und in dem Maße eingesetzt werden, in dem wir die innere Stabilität des Landes konsolidieren müssen, um dem Aggressionskrieg unter besseren Bedingungen widerstehen zu können.

**FRAGE:** Welche Haltung nehmen die politischen Parteien bezüglich der Ausarbeitung der Verfassung ein? Was geschähe, wenn einige zu dem Entschluß gelangten, diesen Prozeß vollkommen zu boykottieren?

**S. RAMIREZ:** Die Verfassung hat sich aus einem parlamentarischen Diskussionprozeß heraus entwickelt, der sich nicht von jenen unterscheidet, die in anderen Ländern der Welt stattfinden, wenn es darum geht, den Inhalt einer politischen Verfassung festzulegen.

Einige politische Gruppen oder Gruppierungen sind nicht daran interessiert, daß es hier eine Verfassung gibt, damit sie ihre These vertreten können, dies sei kein Rechtsstaat.

Wir sind entschlossen, die Verfassung im Januar 1987 zu verabschieden, allem Widerstand zum Trotz. Für uns ist es wichtig, eine politische Verfassung zu haben, die die globalen Regeln des politischen Handelns und der Institutionalisierung der Demokratie definiert. (...)

## Beispiel der Souveränität

**FRAGE:** Allein schon die Tatsache, 7 Jahre lang überlebt zu haben, ist fast ein Wunder.

Man könnte fast sagen, Sie haben ein „perfektes Spiel des Überlebens“ inszeniert, um den Titel Ihrer jüngsten Kurzgeschichte aufzugreifen. Wie sieht Ihre künftige Strategie aus?

**S. RAMIREZ:** Entgegen allen Voraussetzungen haben wir es geschafft, eine Revolution zu konsolidieren, und zwar trotz aller Bemühungen der Nordamerikaner, Nicaragua das Recht auf seine Freiheit, seine Unabhängigkeit, auf das Vorantreiben seines revolutionären Prozesses zu verweigern.

Im Verlauf dieser 7 Jahre eine Regierung neuen Typs konsolidiert zu haben, die in der Lage war, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in einem Teil der Welt voranzutreiben, der praktisch von den USA besetzt ist, ist ein großer Triumph. Hier stehen wir und treiben ein Projekt voran, das Lateinamerika entspricht.

Wir stehen in der ersten Linie bei der Verteidigung des Rechts der lateinamerikanischen Völker auf ihre Souveränität. (Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 35, August 1986, S. 6-8)

Stefan Flaig

# Breite Zustimmung für neue Verfassung



Abstimmung über den letzten Artikel der Verfassung in der Nationalversammlung am 18. 11. 1986

Etwas mehr als 2 Jahre nach den Wahlen im November 1984 wird Nicaragua am 10. Januar 1987 mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung einen weiteren Schritt zur politischen Institutionalisierung des revolutionären Staates vollziehen.

Damit wird ein Diskussionsprozeß seinen Abschluß finden, der im Verlaufe der letzten 20 Monate nahezu alle gesellschaftlich und politisch bedeutsamen Kräfte erfaßte und an dem die Bevölkerung in Form offener Bürgerversammlungen direkt teilhaben konnte.

## Minutiöse Vorbereitungsphase

Die Nationalversammlung erteilte am 29. April 1985 einer Spezialkommission, die sich entsprechend der Fraktionsstärke aus 22 Vertretern der im Parlament vertretenen sieben Parteien rekrutierte, den Auftrag, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten.

Ursprünglich bestand die Kommission aus 12 Abgeordneten der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), drei der Demokratischen Konservativen Partei (PCD) und jeweils zwei Abgeordneten der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI) sowie der Christlich-Sozialen Volkspartei (PPSC). Die Parteien der Linksoption, die Sozialistische Partei Nicaraguas (PSN), die Kommunistische Partei Nicaraguas (PCN)

und die Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion (MAP-ML) entsandten je einen Vertreter in die Kommission. Allerdings verabschiedete sich die PLI bereits 6 Monate nach Beginn der Arbeiten im November 1985 aus diesem Gremium.

Um die Arbeiten für den Entwurf effektiver zu gestalten, gliederte sich das Gremium in drei Unterkommissionen. Während eine Gruppe verschiedene Länder Osteuropas, Westeuropas, Lateinamerikas und die USA bereiste und deren Verfassungen studierte, machte es sich eine andere zur Aufgabe, die Vorstellungen der parlamentarischen und außerparlamentarischen politischen Parteien, der Gewerkschaften, der religiösen und kulturellen Organisationen, sowie der sozialen und politischen Verbände zu erkunden.

Diskussionsteilnehmerin bei einem „cabildo abierto“



Eine weitere Subkommission befaßte sich mit den verfassungsrechtlichen Theorien und den früheren Verfassungen Nicaraguas, um die Richtlinien für den Verfassungsinhalt zu entwerfen.

Die Ergebnisse der Untergruppen wurden anschließend in der Spezialkommission diskutiert und mit einem Quorum von 75% für jeden Artikel in den Verfassungsentwurf aufgenommen, da, nach den Worten des Präsidenten der Spezialkommission und der Nationalversammlung, Carlos Nunez, in der Konstituierung des neuen Nicaragua ein möglichst breiter Konsens der politischen Parteien existieren sollte.

## Die Debatte des Volkes

Der Entwurf spiegelt die Staatskonzeption eines demokratischen, einheitlichen, repräsentativen, partizipatorischen Rechtsstaates wider, der auf der Grundlage von Exekutive, Legislative, Judikative und einer Instanz der Wahlgewalt organisiert ist.

Garantiert wird eine Demokratie, die sich durch Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit auszeichnet. Die Verfassung soll der Gesellschaft das Recht auf größtmögliche Teilhabe geben. Festgeschrieben sind auch alle Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheitsrechte, wie sie z.B. das Grundgesetz der BRD beinhaltet (zu weiteren Inhalten siehe Kasten).

Der Entwurf wurde dann von Mitte Mai bis Mitte Juni 1986 in sog. offenen Bürgerversammlungen der Bevölkerung („cabildos abiertos“) zur Diskussion vorgelegt. Die Foren übertrafen quantitativ und qualitativ die Erwartungen der Regierung und widerlegten die Skepsis einiger Oppositionsparteien, die diese gegenüber jener Art der Mitbestimmung der Bevölkerung gehegt hatten.

Die PCD entschloß sich im April 1986 nicht an den Bürgerversammlungen teilzunehmen, da sie ihre Repräsentativität anzweifelte. Ängste, ihre Klientel, wie Händler, Industrielle oder Plantagenbesitzer, hätte nicht die Möglichkeit sich zu äußern, waren jedoch unbegründet. Schließlich waren die Versammlungen nach Sektoren aufgeteilt, wobei für die Plantagen- und Industriearbeiter mit 18 Foren genauso viele veranstaltet wurden, wie für die oben genannten Gruppen. Weitere „cabildos abiertos“ fanden für Frauen, Bauern, Jugendliche, Christen, Soldaten und andere Gruppen statt. Ablehnend äußerten sich auch die PPSC, die meinte, die in den Versammlungen geäußerten Meinungen dürften auf gar keinen Fall die zukünftigen Diskussionen in der Nationalversammlung beeinflussen. Natürlich ließ es sich auch die außerparlamentarische Opposition nicht nehmen,

durch ihr Sprachrohr „La Prensa“ gegen die „cabildos abiertos“ zu Felde zu ziehen. So veröffentlichte „La Prensa“ ein Interview mit einem US-Juristen, in welchem jener die Versammlungen gänzlich in Frage stellte.

Doch alle Ablenkungsmanöver der Opposition nützten nichts. Das Volk Nicaraguas ließ sich die Chance nicht nehmen, seinen Beitrag zu einem neuen Staat zu leisten.

An den 73 durchgeführten „cabildos“ von 75 geplanten (zwei Versammlungen mußten wegen Angriffen der Contra ausfallen) nahmen ungefähr 100.000 Bürger teil. Wenn man bedenkt, daß Nicaragua lediglich 3 Mio Einwohner zählt, von denen mehr als die Hälfte Kinder und Jugendliche sind, und sich das Land in einer akuten Wirtschaftskrise sowie im Kriegszustand befindet, ist diese Beteiligung als enorm hoch zu bewerten. Und sie ist ein Erfolg für die Strategie der Regierung.

### Lehrstunde für Parlamentarier

Die in den Foren artikulierten 2.000 Änderungsanträge und Anregungen katalogisierte die Spezialkommission und arbeitete sie soweit wie möglich in den endgültigen Entwurf ein. Die „cabildos“ erwiesen sich als eine weitere Etappe der Entwicklung der partizipatorischen Demokratie. Sie waren politische Lehrstunde nicht nur für das Volk, sondern auch für die Volksvertreter im Parlament.

Im Vorfeld der am 16.9.1986 begon-



Verfassungsdebatte: Abgeordnete stellen sich der Diskussion mit dem Volk

nenen Debatten verstärkten die Konservative und die Liberale Partei ihre Agitation gegen die Verfassung und versuchten mit verschiedenen Aktionen diese zu torpedieren.

Die PLI entschied am 10.8.1986, sich nicht an den Debatten zu beteiligen, falls die Regierung den Ausnahmezustand nicht aufheben würde. Gegen diese Politik des Vorsitzenden der PLI, Virgilio Godoy, gründete sich unter Leitung des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der PLI, Eduardo Coronado, die „Bewegung für Einheit und Demokratie der PLI“, die sich zum Ziel setzt, die – wie sie sagte – 42 Jahre alten Prinzipien der PLI, Nationalismus, Antiinterventionismus, Demokratie und Revolution, zu retten. Die Bewegung appellierte an die

Repräsentanten der PLI im Parlament, an den Debatten teilzunehmen.

Die Konservative Partei entschied sich auf einer Vollversammlung Mitte August 1986, sich nicht mehr an den Arbeiten der Gutachterkommission zu beteiligen. Der Rückzug aus der Kommission war Teil einer Strategie, die der Regierung 3 Monate vor der geplanten Verkündung der Verfassung vor allem im Ausland die Legitimität entziehen sollte, wenn die stärkste Oppositionspartei nicht mehr an der Diskussion beteiligt wäre. Allerdings trat in dieser Frage, wie bei den Liberalen, eine Spaltung der Partei zutage.

Die Vertreter der harten Linie um den Präsidentschaftskandidaten von 1984, Clemente Guido, verkündeten den Abschied von den Debatten, falls nicht vor ihr genannte 40 Artikel modifiziert würden und nicht vier grundsätzliche Forderungen aufgenommen würden. Die Forderungen beinhalten „den Respekt vor den religiösen Gefühlen des Volkes durch Nennung Gottes in der Präambel, keine Wiederwahl des Präsidenten, explizite Trennung der staatlichen Macht von der regierenden Partei und die Trennung des Heeres von der sandinistischen Partei“.

Die andere Gruppe beabsichtigte innerhalb des Verfassungsdiskussionsprozesses eine verstärkte Kooperation mit allen Oppositionsparteien.

### Obstruktion mißlingen

Diese Strategie konnte bereits Anfang September 1986 erfolgreich umgesetzt werden. Am Tage der Eröffnung der Plenardebatte übergaben die Oppositionsparteien mit Ausnahme der MAP-ML eine Petition, in der sie die Aussetzung der Debatten für 2 Monate forderten, um in dieser Zeit einen nationalen Dialog zur Überwindung der Krise zu führen.

Die Krise könne nicht durch die Billi-

## Grundsätze der neuen Verfassung

Die nicaraguanische Verfassung, die am 10.1.1987 in Kraft tritt, enthält u.a. folgende wichtige Grundsätze:

- **Politischer Pluralismus**, „als die Garantie der Existenz und Partizipation aller politischen und sozialen Organisationen des Landes ohne ideologische Einschränkungen und mit Ausnahme solcher die zum Somozismus zurückkehren wollen oder beabsichtigen ein ähnliches politisches System zu errichten“.
- **Gemischte Wirtschaft**, als „die Existenz verschiedener Arten von Eigentumsformen, darunter staatliches, privates, genossenschaftliches und Kommunales, ...alle diese Eigentumsformen müssen sich den höheren Interessen der Nation unterordnen und zur Schaffung von Reichtum beitragen, um die Bedürfnisse des Landes und seiner Einwohner zu befriedigen“.
- **Die Außenpolitik** basiert auf Nichtpaktgebundenheit, Frieden, Respekt vor der Souveränität anderer Staaten, Kampf gegen jede Art von Diskriminierung und die Unterwerfung eines Staates durch einen anderen, Antikolonialismus, Antirassismus und Antimperialismus.
- Unter der Prämisse „des Schutzes der nationalen Souveränität wird der Staat ein Gesetz zur Förderung ausländischer Investi-

tionen erlassen zum Zwecke, daß dies zur ökonomischen und sozialen Entwicklung des Landes beiträgt“.

- „Die Gemeinschaften der Atlantikküste haben das legitime Recht des freien Ausdrucks und Bewahrung ihrer Sprachen, Kunst und Kultur“ und „der Organisation ihrer sozialen und produktiven Aktivitäten entsprechend ihren Werten und Traditionen“.
- Auf der Ebene der Staatsorganisation wurde die Möglichkeit der Wiederwahl des Präsidenten, das Vetorecht der Exekutive, deren Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und der nationalen Wirtschaft sowie das Recht den Ausnahmezustand auszurufen, um verfassungsmäßige Rechte zu schützen, festgelegt.
- Weitere ökonomische, soziale und politische Rechte sind: die Agrarreform in dem Sinne, daß das Land jenen gehören soll, die es bearbeiten, das Recht auf Bildung, Nahrung, Wohnung, Erholung und Gesundheit, das Recht auf produktive Arbeit, das Recht der Arbeiter sich zu organisieren, zu streiken, und die Garantie der betrieblichen Mitbestimmung, Gleichheit der Geschlechter und andere Freiheitsrechte wie Meinungs-, Informations- oder Religionsfreiheit.

gung der Verfassung gelöst werden. Sie erfordere vielmehr den Konsens aller politischen Parteien. Gleichwohl benötigte die Diskussion und Billigung der Verfassung demokratische Strukturen ohne Pressezensur und die volle Garantie der Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit.

Verwunderlich an diesem Boykott war der Schulterschluß zwischen der Links- und der Rechtsopposition. Die Gründe der PSN und der PCN für diese Koalition können nur in kleinkariertem egoistischen Parteidenken liegen. Oder sollte es ihnen unbekannt sein, daß die drei konservativen Parteien sich von den USA weitgehend instrumentalisieren lassen, um der zukünftigen Konstituierung des nicaraguanischen Staates die Legitimität zu entziehen?

Obwohl die Sandinisten wußten – wie der Präsident der Nationalversammlung, Carlos Nunez, meinte –, daß die Aktion Teil des nordamerikanischen Planes ist, die Verfassung zu verhindern, gaben sie den Forderungen der Parteien teilweise nach.

### Flexibilität der Sandinisten

Zwar lehnten sie es ab, die Debatten zu verschieben. Doch das Innenministerium ließ verlauten, daß die in der Nationalversammlung vertretenen Parteien, die an der Verfassungsdebatte teilnehmen, ohne vorherige Ankündigung vom Demonstrationsrecht Gebrauch machen könnten und unzensurierten Zugang zu den Medien haben sollten.

Gleichzeitig bot die Regierung den fünf Parteien Gespräche auf bi- und multilateraler Ebene an, um über die divergierenden Ansichten zu sprechen. Diese Verhandlungen fanden überraschenderweise mit allen Parteien parallel zu den Debatten statt.

„Kein Zweifel. Sie bereiten eine Invasion gegen uns vor.“



Wie wichtig der Regierung der möglichst breite Konsens aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte ist, zeigten auch die Zugeständnisse an die Parteien. So finden in der überarbeiteten Fassung als Ergebnis der Bürgerversammlungen nicht nur neue Titel wie die über die Nationalität der Nicaraguaner, die Rechte der Urbevölkerung und Gemeinden an der Atlantikküste, die Verankerung von Kommunalwahlen oder die Bedingung einer Verfassungsänderung ihren Niederschlag.

Es wurden auch viele Artikel modifiziert, um sie mit den Petitionen der Parteien in Einklang zu bringen.

### Breiter Konsens erzielt

Obwohl die Diskussionen manchmal recht hitzig geführt wurden, kam in den meisten Fällen bei einer durchschnittlichen Zustimmung von 90% eine beachtliche Mehrheit zustande. Dabei hätte die FSLN mit ihren 61 von 96 Parlamentssitzen die Möglichkeit gehabt, eine Verfassung nach ihrem Gutdünken zu verabschieden, da dafür lediglich 60% der Stimmen erforderlich sind.

Zu den umstrittensten Artikeln gehörten die Bezeichnung des Heeres, die Wiederwahl des Staatspräsidenten und das Recht auf Informationsfreiheit. Die Opposition lehnte anfänglich die Kennzeichnung des Heeres als „sandinistisch“ mit der Begründung ab, dies sei keine wünschenswerte Verknüpfung zwischen Partei, Staat und Heer.

Schließlich konnte sie sich jedoch nicht dem Argument verschließen, daß der Name Sandinos, als Symbol des patriotischen Freiheitskampfes des nicaraguanischen Volkes, zum Wesen des Heeres gehöre. Der Wortlaut des Artikels, der besagt, daß das „Ejercito Popular Sandinista“ einen nationalen Charakter haben und die Verfassung beschützen bzw. diese respektieren solle, wurde schließlich mit den Stimmen der FSLN, PSN, PCD und PPSC angenommen.

Die Politik der Verständigung, mit der die FSLN versuchte, alle parlamentarischen Parteien zur Teilnahme an den Abstimmungsdebatten zu bewegen, war erfolgreich. Die Abgeordneten nahmen bis auf wenige an den Plenarsitzungen teil. Keine einzige Partei boykottierte die Versammlungen in ihrer Gesamtheit.

Insofern hat die nicaraguanische Regierung zwei politische Siege errungen: Zum einen wird sie durch die Verabschiedung der Verfassung das politische System nach innen stabilisieren können. Zum anderen wird durch die Präsenz der Parteien bei den Abstimmungen über die Artikel den USA zum Teil der Nährboden für ihre internationale Agitation entzogen.

## In zweiter aktualisierter Auflage



**Wolfgang Dietrich: Nicaragua**

Entstehung, Charakter und Hoffnung eines neuen Wegs. 2. Aufl. 1986. 316 Seiten, brosch. DM 28,-

Heidelberger **HVA**  
Verlagsanstalt

Postfach 102780 · 6900 Heidelberg

**Bernd Greiner**

### Politik am Rande des Abgrunds?

Die Außen- und  
Militärpolitik der USA  
im Kalten Krieg

Distel  
Hefte 9



163 Seiten, DM 19,80

Das erste Buch zum Kalten Krieg in deutscher Sprache, das die internen Unterlagen der US-Regierungen auswertet. Unverzichtbar zum Verständnis der heutigen Politik der USA.

**DISTEL VERLAG**  
7100 Heilbronn · Sonnengasse 11

Martin Schuck

# Amtskirche stößt auf Widerstand

Mit der Ausweisung des Vizepräsidenten der nicaraguanischen Bischofskonferenz, Antonio Pablo Vega, und dem Rückkehrverbot für den Sprecher des Erzbischofs von Managua, Bismarck Caballo, aus den USA nach Nicaragua scheint die Politik – vor allem die Kirchenpolitik – der sandinistischen Regierung erneut zu einem Zankapfel auch im progressiven Lager des internationalen Katholizismus geworden zu sein.

Die US-Bischöfe, bisher entschiedene Gegner von Reagans Nicaraguapolitik, gaben ihm plötzlich moralische Schützenhilfe. Andere Bischofskonferenzen, z.B. die brasilianische – bekannt als die fortschrittlichste in Lateinamerika – bewahrten Stillschweigen.

Die Ausweisung Vegas scheint bisherige Gegner durch einen Akt „katholischer Solidarität“ zu versöhnen und bisherige Verbündete zu entzweien. Allerdings wird auch bei der Diskussion über Nicaragua im linkskatholischen Spektrum oft eine entscheidende Tatsache vergessen oder verdrängt: Nicaragua lebt im Krieg! Und ein Krieg wirkt sich auch innenpolitisch aus!

Kann man wirklich die nicaraguanische Regierung in der derzeitigen Situation angreifen, weil sie Personen ausweist, die sich in aller Öffentlichkeit auf die Seite des Gegners stellen und zur Ermordung der eigenen Landsleute schweigen, diese sogar rechtfertigen?

Gerade diese Rechtfertigung der Morde durch die Contra muß Bischof Vega verworfen werden.

Als in Washington die Kampagne für die 100 Mio \$ geführt wurde, nahm er eine Einladung der extrem rechtsgerichteten Heritage Foundation in die USA an. Und er erklärte dort im Hinblick auf die „Befreiung“ der Christen in Nicaragua durch die Contra: „Der Mensch ohne Seele ist nichts wert, aber er lebt auch ohne Körper.“

## Die Seele geht vor

Und weiter: „Es gibt eine militärische Aggression, aber auch eine ideologische, und es ist klar, es ist schlimmer die Seele zu töten als den Leib.“<sup>1</sup> D.h., daß die Contras, die „lediglich“ die Körper töten, allemal den Sandinisten vorzuziehen sind, die durch ihre „ideologische Aggression“ die Seelen der Nicaraguaner töten.

Vertreter der Amtskirche in Nicaragua werden sich niemals als Gegner der Revolution darstellen, sondern immer nur als Gegner der sandinistischen Regierung. Wollte aber die Kirche in Nicaragua jemals wirklich eine tiefgreifende Revolution?

In Opposition zur Somoza-Diktatur ging die Amtskirche erst, als die Bourgeoisie ebenfalls begann antidiktatorische Posi-

tionen zu beziehen. Mit der zunehmenden Brutalität der Diktatur und dem wachsenden Einfluß der Sandinisten wurden ihre Stellungnahmen entscheidender.

So erklärte die nicaraguanische Bischofskonferenz am 2. August 1978 u.a.: „Heute verlangt die Nation radikale Lösungen (nicht jedoch extremistische), die von Großzügigkeit und Patriotismus gekennzeichnet sind und weit entfernt von persönlichem und parteipolitischem Egoismus stehen, denn sie muß den unnötigen Verlust von Leben und Gütern vermeiden.“

Wir Gläubigen dürfen nicht die Empfehlungen des Konzils überhören: 'Kämpfen Sie mit moralischer Integrität und Klugheit gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung, gegen Intoleranz und den Absolutismus eines einzigen Mannes oder einer einzigen Partei.'<sup>2</sup>

Natürlich beinhaltete diese Erklärung eine Kampfansage an Somoza. Als ein knappes Jahr später die sandinistische Revolution Nicaragua auf einen eigenständigen Entwicklungsweg führte, war auch die katholische Kirche noch voll bei der Sache:

„Eine neue Epoche hat sich in unserer Geschichte aufgetan. Es ist uns aufgetragen, daß wir einen neuen Weg der Brüderlichkeit gehen und uns neu als Volk begreifen, das sich durch Glauben und Willen zur Freiheit auszeichnet.“<sup>3</sup>

Der Konflikt der Kirche mit der neuen Regierung verschärfte sich in dem Maße, wie die Erneuerung der Gesellschaft immer stärker nach antiimperialistischen Prinzipien gestaltet wurde.

In einem Interview Ende 1981 sagte Erzbischof Obando y Bravo: „Die Kirche hat die Revolution in ihrem Kampf gegen das Unrechtssystem von Somoza und seinen Leuten unterstützt. Es war damals das erklärte gemeinsame Ziel aller am revolutionären Prozeß Beteiligten, dem Land eine soziale und gerechte, demokratische und pluralistische Ordnung zu geben.“

Aber die Sandinisten haben ihre Versprechen nicht gehalten und betreiben heute eine Politik, die von der Kirche nicht mehr gutgeheißen werden kann. Der Klerus hat heute bis auf einen geringen Teil eine kritische Haltung gegenüber dem neuen Regime eingenommen.<sup>4</sup>

Gleich in den ersten Monaten nach der Revolution wurde das Problem der Prie-

Kardinal Obando y Bravo zelebriert eine Messe



ster in den Regierungsämtern von der Hierarchie zum Konflikt aufgebaut. Dabei wurde sämtlichen Priestern, die der sandinistischen Regierung nahestanden, die Basis im Volk abgesprochen. Besonders Ernesto Cardenal (als der international bekannteste) wurde zur Zielscheibe. Noch einmal Obando y Bravo in o.g. Interview: „Ich weiß, daß Pater Ernesto Cardenal in Europa und speziell in Deutschland viele Freunde hat. Seine Bücher haben hier keine große Bedeutung gefunden, werden aber in Deutschland viel gelesen. Ernesto Cardenal hat in Nicaragua nie eine solche Resonanz gefunden wie beispielsweise in Deutschland. Im Gegenteil, er wird von vielen Menschen, auch von den einfachen Leuten, praktisch abgelehnt.“

Die Gründe dafür? Die meisten Menschen haben kein Verständnis für seine uneingeschränkte Bejahung der marxistischen Ideologie. Ebenso unverständlich ist im allgemeinen, daß Ernesto Cardenal das Vorgehen der Regierung und den heutigen Kurs der FSLN durch seine Person kritiklos deckt.

Ich möchte mich nicht zur Person Cardenals äußern, aber viele Menschen fühlen sich durch seinen derzeitigen Lebensstil irritiert. So bewohnt er zum Beispiel eine der luxuriösen Villen in den Bergen über der Stadt, die durch die Revolution konfisziert worden sind.“<sup>5</sup>

In Nicaragua waren es gerade Priester wie Ernesto Cardenal und andere, die als Anhänger der Sandinisten schon vor der Revolution begannen, in basisgemeindlichen Organisationen eine „Volkskirche“, eine „Kirche der Armen“ aufzubauen.

Sie stand damals allerdings noch nicht so stark im Widerspruch mit den Bischöfen. Dieser Widerspruch wurde nach der Revolution von den Bischöfen geschaffen. Der Scheidepunkt war die Frage der Unterstützung der sandinistischen Regierung durch katholische Christen.

Der chilenische Theologe Pablo Richard unterscheidet für die siebeneinhalb Jahre seit der Revolution drei Etappen dieser Volkskirche: „1. Vom Sieg der Revolution, 19. Juli 1979, bis zum Besuch des Papstes Johannes Paul II., am 14. März 1983; 2. vom Besuch des Papstes bis zum Beginn des 'Aufstands im Geist des Evangeliums', am 7. Juli 1985; 3. und schließlich die Zeit nach dem 7. Juli 1985.“<sup>6</sup>

Das oben zitierte Interview mit Obando y Bravo fällt in die erste Etappe. Weder hat die Volkskirche ein klar ausgeprägtes Profil noch ist von einer bewußten Strategie der Amtskirche zu sprechen, abgesehen vom Marxismus-Vorwurf.

Das sollte sich mit dem Papstbesuch schlagartig ändern: Ziel des Papstes war es, einerseits die Volkskirche zu diffamieren, andererseits Obando y Bravo in

seinem Kampf gegen die Regierung den Rücken zu stärken.

Die Volkskirche fühlte sich in der nun folgenden Zeit von den eigenen Bischöfen im Stich gelassen. Denn sie wurde genauso zum Angriffsziel der international geführten Kampagne des Vatikans wie die Regierung selbst.

Höhepunkt der Schützenhilfe, die der Vatikan den Bischöfen im Kampf gegen die sandinistische Regierung gab, war die Ernennung Miguel Obando y Bravos zum bisher ersten und einzigen Kardinal Mittelamerikas im April 1985. (Es war derselbe Obando y Bravo, der im Frühjahr 1979 noch seinen heftigsten Protest einlegte, als der damals neugewählte Wojtyla-Papst einen Neffen des Diktators Somoza zum Weihbischof von Managua ernannte.)



Des Landes verwiesen: Bischof Vega und der Sprecher des Erzbischofs von Managua, Carballo

Reichte dies zwar nicht zum Sturz der Regierung aus, so schien man doch mit der Volkskirche fertig zu werden: „In der zweiten Etappe fühlt sich die Kirche der Armen geschlagen und ist unfähig, in die Öffentlichkeit vorzudringen und ein spezifisches pastorales Projekt vorzulegen“, erklärt dazu P. Richard. „In dieser Zeit lebt die Kirche der Armen nach innen und macht einen fruchtbaren Reifungsprozeß durch.“<sup>7</sup>

Ergebnis dieses Reifungsprozesses innerhalb der Basisgemeinden war die Aktion des „Fastens und Betens für Frieden, zur Verteidigung des Landes und gegen den Terrorismus der Vereinigten Staaten“. Federführend dabei war Pater Miguel D'Escoto, Priester und Außenminister der sandinistischen Regierung. Vier Gründe gab es, diese Aktion durchzuführen:

1. Der Widerstand gegen die Strategie Reagans, die nicaraguanische Revolution durch Lügen und Terror zu vernichten.
2. Der theologischen Legitimation der US-Aggression als „Kampf des Guten gegen das Böse“ mußte eine befreiungstheologische Alternative gegenüberge-

stellt werden.

3. Dem Schweigen der katholischen Hierarchie mußte ein Aufschrei des wahrhaft christlichen Volkes entgegnet werden.

4. Die geistige Kraft der Schwachen muß die militärische Macht der Starken besiegen. „Unsere Waffen, das Gebet und das Fasten, sind mächtiger als die Waffen Reagans.“ (Miguel D'Escoto)

Eine hohe mobilisierende Wirkung dieser Aktion bestand darin, daß gerade jemand wie Miguel D'Escoto dazu aufgerufen hatte. Sowohl als Priester als auch als revolutionärer Außenminister besitzt er bei den Gläubigen eine hohe moralische und politische Integrität.

Die Wirkung sollte nicht ausbleiben: Am 7. Juli 1985 begann die Aktion mit einem Fasten in der von Dominikanern geleiteten Pfarrei im Barrio Monseñor Lezcano in Managua. Genau eine Woche später versammelten sich in León 6.000 Delegierte von Basisgemeinden aus ganz Nicaragua unter dem Thema: „Christus, Herr des Lebens, stärke unsere Hoffnung angesichts der Aggression.“

In den nächsten Wochen erreichten Solidaritätsschreiben von Theologen und Bischöfen aus ganz Lateinamerika die Initiatoren der Aktion.

Während der Internationalen Friedenswoche vom 8.-15. September 1985 besuchten die brasilianischen Verfechter der Befreiungstheologie Leonardo und Clodovis Boff, Frei Betto und der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel Nicaragua und sprachen ihre Solidarität mit der Aktion aus. (Leonardo Boff brach hier das erste und einzige Mal sein einjähriges Bußschweigen, das ihm vom Papst auferlegt worden war.)

In der Zeit seit dieser Fastenaktion hat die Volkskirche wieder ein so starkes Selbstbewußtsein und Profil gewonnen, daß sie sich bei politisch so notwendigen Maßnahmen wie etwa der Ausweisung Vegas nicht mehr durch das Schweigen oder gar den Widerspruch ansonsten befreundeter Theologen und Bischofskonferenzen verunsichern läßt. Vielmehr geht sie heute unbeirrt ihren Weg an der Seite des Volkes weiter.

#### Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Kritisches Christentum (KC), Wien, Nr. 100/Juli 1986, S. 13f.
- 2) „An die Menschen, die guten Willens sind.“ Erklärung der Bischofskonferenz von Nicaragua vom 2.8.1978, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Die Bischöfe Nicaraguas zu Fragen der Zeit 1979-84, Stimmen der Weltkirche, Bd. 23, Bonn o.J., S.9
- 3) „Botschaft der Bischofskonferenz von Nicaragua an das katholische Volk und an alle Menschen“, 30.7.1986, in: ebenda, S. 19
- 4) Deutsche Tagespost, 21.10.1981
- 5) Ebenda
- 6) KC, Nr. 100/Juli 1986, S.9
- 7) Ebenda



Ausbildungswerkstätte „Tonio Pflaum“ in Monimbo, die von der Partnerstadt Dietzenbach unterstützt wird

**Eberhard Wolf**

# Städtepartnerschaften Ein neues Element der Solidarität

Mit dem Kampf für Städtepartnerschaften mit nicaraguanischen Gemeinden hat die Nicaragua-Solidaritätsbewegung einen Weg eingeschlagen, der in der Geschichte der internationalen Solidarität ohne Beispiel ist. Da hier Neuland beschritten wurde, ist es nicht verwunderlich, daß bisher kaum Auswertungen über die gemachten Erfahrungen und über den Stellenwert dieser Form der Solidarität vorliegen.

Unser Autor Eberhard Wolf, Mitglied der Städtepartnerschaftsinitiative Mainz-Diriamba und seit kurzem im Vorstand der Koordinationsgruppe hessischer Nicaragua-Initiativen, bilanziert im folgenden die Tätigkeit auf diesem Gebiet. Der Beitrag soll im nächsten Heft mit einer Darstellung über die regionale Zusammenarbeit von Nicaragua-Initiativen am Beispiel Hessen und der Zusammenarbeit dieses Bundeslandes mit der Region IV in Nicaragua fortgesetzt werden.

Wir bitten Mitglieder aus anderen Nicaragua-Initiativen in Diskussionsbeiträgen hierzu Stellung zu nehmen und ihre Erfahrungen in der Solidaritätsarbeit, speziell zum Thema Städtepartnerschaften, einzubringen (die Beiträge sollten 100 Zeilen à 43 Anschläge nicht überschreiten).

Städtepartnerschaften waren bis vor kurzem allenfalls ein Thema für reiselustige Kommunalpolitiker. Die Idee kommunaler Beziehungen entstand nach dem 2. Weltkrieg aus dem Gedanken der Versöhnung ehemaliger Kriegsgegner und genießt von daher breitesten Konsens, jedoch kein allzu großes Interesse in der Öffentlichkeit. Dies ist anders geworden, seitdem in vielen Kommunalparlamenten die angestrebten Beziehungen zu nicaraguanischen Städten Anlaß zu scharfen und kontroversen Auseinandersetzungen bieten.

So warnte vor kurzem der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), der eigens zur Scheckübergabe der Offenbacher Jungen Union für afghanische Flüchtlinge in die Lederstadt gereist war, daß die Verschwingerungen zwischen deutschen und nicaraguanischen Städten „mit dem Geist der Kommunalpolitik unvereinbar

seien“. Diese Form der Entwicklungshilfe falle „nicht in die Zuständigkeit der Kommunen“. Und solche Beschlüsse würden die Bündnistreue untergraben.<sup>1</sup> Nachdem die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in den ersten Jahren sehr stark für Arbeitsbrigaden mobilisierte, hat nun eine Umorientierung und Erweiterung auf breite kommunale Beziehungen stattgefunden. Denn hier scheint eine Verzahnung zwischen Projektunterstützung, Arbeitseinsätzen und kommunaler Informations- und Öffentlichkeitsarbeit möglich.

Jedenfalls sind in den letzten 2 Jahren Städtepartnerschaftsinitiativen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Bundesweit gibt es derzeit mindestens acht offizielle Partnerschaften (Dietzenbach-Masaya, Langenselbold-Diriamba, Freiburg-Wiwili, Nürnberg-San Juan, Saarlouis-Matagalpa, Dorsten-Waslala, Offenbach-Rivas, Leverkusen-Chinandega).

Die Perspektiven durch die zahlreichen rot-grünen Bündnisse scheinen nicht schlecht, daß sich diese Zahl erheblich ausweiten wird. Allein in Hessen existieren über 20 Initiativen und die Gesamtzahl auf Bundesebene wird vom Infobüro Nicaragua auf über 70 geschätzt.

Ein besonders gelungenes Beispiel kommunalpolitisch verankerter Solidaritätsarbeit ist die Geschichte des Vereins Monimbo in der südhessischen Kleinstadt Dietzenbach (30.000 Einwohner).<sup>2</sup>

Die zahlreichen Solidaritätsaktionen und Spendenkampagnen des DGB-Ortskartells in den beiden ersten Jahren nach der Revolution stellten die Ausgangsbasis für die Gründung des Vereins Monimbo – benannt nach einem indianischen Stadtteil in der nicaraguanischen Stadt Masaya – im Februar 1981 dar. Von Anfang an wurde versucht, einen direkten Kontakt zwischen Gruppen, Organisationen und Menschen in Dietzenbach und Masaya herzustellen, wobei zwei Internationalisten vor Ort für die Koordination mit der Stadtverwaltung und die Vorbereitung der Projekthilfe sorgten.

Bereits 1981 stellte die Stadt Dietzenbach einen Betrag von 20.000 DM für Projektarbeit zur Verfügung, der seitdem als fester Etatposten im Haushalt eingeplant ist. Durch eine breite und intensive Öffentlichkeitsarbeit gelang es dem Verein, weit über die Grenzen Südhessens bekannt zu werden und dadurch gemeinsame Projekte mit bundesdeutschen Organisationen und lokalen Nicaragua-Initiativen im Raum Masaya durchzuführen.

Auf der Basis dieser Vernetzung konnten in den 5 Jahren Solidaritätsarbeit annähernd 2 Mio DM in Form von Material- und Geldspenden mobilisiert werden, mit denen über 30 Projekte finanziell oder personell (Arbeitsbrigaden, Workcamps) unterstützt wurden.

## Solidarität zum Anfassen: der Verein Monimbo

Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden vielfältige Ansprechformen gesucht: Straßenfeste, Sammelaktionen (Unterrichtsmaterialien), Ausstellungen im Rathaus, Kulturarbeit (Erstellung eines Wandbildes durch einen nicaraguanischen Künstler), Pressearbeit (in der lokalen und überregionalen Presse), Informationsveranstaltungen, Workcamps (in Dietzenbach und Masaya). Eine besonders wichtige Rolle spielt die Herausgabe der „Monimbo-Zeitung“, die Informationen über die Projektarbeit vermittelt und dies mit Hintergrundanalysen zur aktuellen Situation in Nicaragua verbindet.

Als sichtbares Ergebnis der jahrelangen außerparlamentarischen Basisarbeit ist die im Sommer 1985 offiziell beschlossene Städtepartnerschaft – gegen den wütenden Protest der CDU und FDP – zu bewerten. Das gleiche gilt für das Zustandekommen einer 20köpfigen Delegation mit Vertretern des Kommunalparlamentes und Dietzenbacher Organisationen, die zur Verschwiegenheitsfeier im Oktober 1985 nach Masaya reisten. Damit die Städtepartnerschaft zukünftig auf eine breitere Grundlage gestellt wird, sollen neue Erfahrungen gemacht und weitere Bündnispartner gesucht werden.

Im Herbst 1986 machte sich erstmals eine Gruppe von 12 Auszubildenden des kommunalen Ausbildungszentrums auf den Weg in die Partnerstadt, um dort 4 Wochen in Handwerksbetrieben und Familienunterkünften die Lebens- und Arbeitsbedingungen unmittelbar kennenzulernen.

Der Gegenbesuch der „Stifte“ aus Masaya ist für das nächste Jahr vorgesehen. Daneben will der Verein Monimbo verstärkt Partnerschaften zwischen Schulen, Kirchengemeinden und Vereinen vorbereiten und initiieren, um auch diejenigen Bevölkerungsgruppen in Dietzenbach anzusprechen und zu informieren, die bisher die Freundschaftsbeziehungen mit viel Argwohn und Skepsis verfolgt haben.

Als weiterer Schritt zur internationalen Vernetzung ist in den letzten Monaten die Zusammenarbeit mit Solidaritätskomitees über Dietzenbacher Partnerstädte in Holland, Belgien und England vorangetrieben worden, damit die Hilfe aus den verschiedenen europäischen Schwesternstädten materiell und politisch besser abgestimmt wird.

Die Erfahrungen des Vereins Monimbo

sind sicherlich im Vergleich zu anderen Gruppen sehr weit fortgeschritten und nur bedingt verallgemeinerbar. Deshalb seien im folgenden Abschnitt allgemeine Probleme und Widersprüche dargestellt, wie sie sich in der Städtepartnerschaftsarbeit herauskristallisiert haben.

Da ist zunächst das Problem, daß die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse in den jeweiligen Bundesländern und Kommunen sehr unterschiedlich sind. Als besonders günstig für den Städtepartnerschaftsansatz haben sich Kommunen erwiesen, die über eine stabile rot-grüne Koalition verfügen bzw. zumindest punktuelle Mehrheiten möglich sind. Bei entsprechendem außerparlamentarischem Druck und breiter kommunaler Verankerung (Kirchen, Gewerkschaften usw.) kann die Nicaragua-Diskussion durchaus in die Kommunalparlamente getragen und der SPD politische und materielle Zugeständnisse abgerungen werden.

### Rot-grüne Mehrheiten förderlich

Allerdings macht das Beispiel der Stadt Nürnberg auch deutlich, daß eine offizielle Partnerschaft nur Papier bleibt, wenn kein dauerhafter politischer Wille (Druck) vorhanden ist, die politischen und materiellen Möglichkeiten eines solchen Beschlusses auszunutzen.

Das Dilemma der Initiativen liegt darin, daß ohne die Unterstützung der Mehrheit der SPD-Mitglieder in den Kommunalparlamenten wenig an politischer und materieller Unterstützung zu holen ist. Absichts aller verbalen Bekundungen und Sympathieerklärungen für die Errungenschaften der nicaraguanischen Revolution, geht es letztlich in der SPD um die Frage, welche der Fraktionen (befürwor-



Das AIB – Die Dritte-Welt-Zeitschrift berichtet monatlich über politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, über das Engagement der Weltmächte in diesen Regionen. 1986 brachen wir u.a. zu

## Nicaragua

M. Edelman, Nicaragua und das sozialistische Lager (1-4/1986) ● R. Meyer, Wem nutzen Zensur und Streikverbot? (3/1986) ● N. Biver, Die Entsolidarisierungskampagne (4/1986) ● Gespräch mit Carlos Nunez über die neue Verfassung (5/1986) ● H. Frenz, Was belegt der amnesty-Bericht wirklich? (7/1986) ● G. Melendez, Die Kirche der Armen macht mobil (8-9/1986) ● S. Flaig, Die Ausblutung der Wirtschaft (10/1986) ● N. Biver, Was zeigt der Fall Hasenfus? (12/1986)

Ein AIB-Abonnement kostet 33 DM (8 Einzelhefte und 2 Doppelhefte). Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält ein Buch aus unserem Angebot nach Wunsch (siehe Einhefter in der Heftmitte!).

**Jetzt abonnieren!**

städte-



tend oder ablehnend) die Oberhand behält. Bisher hat jedenfalls die Partei allerorts in dieser Frage einen politischen Zickzackkurs gefahren, der stärker an machtpolitischen Kalkül und tagespolitischen Überlegungen, denn an internationalistischen Prinzipien ausgerichtet gewesen ist.

Daran haben auch Parteitagsbeschlüsse, die eine kommunale bzw. Länderzusammenarbeit oder Partnerschaften befürworten, nichts geändert.

In vielen Städten werden die Initiativen erst einmal über Monate ignoriert bzw. mit formaljuristischen Tricks blockiert in der Hoffnung auf eine kurzlebige Existenz dieser Gruppen. Erst wenn der Druck zu groß und die Forderung nach konkreter Unterstützung zu laut wird, muß die SPD Stellung beziehen.

### Problem SPD-Zickzackkurs

Bisher hat sich in solchen Situationen gezeigt, daß sie dann Projekte („mit humanitärem Charakter“) **punktuell** unterstützt, allerdings die Partnerschaft mit fadenscheinigen Argumenten („Nicaragua ist zu weit weg, und für die meisten Bürger kaum zu besuchen“) ablehnt. Dahinter steht wohl die Angst, daß das polarisierende und konfliktbesetzte Thema zu sehr die „antiamerikanischen Tendenzen“ (sprich die Diskussion über die Herrschaftsinteressen der USA und die Rolle der BRD innerhalb der NATO) in den eigenen Reihen fördert und dem (erwünschten) kommunalpolitischen Konsens mit CDU und FDP zuwiderläuft. Während die ersten Städtepartnerschaftsgruppen in der Regel aus einem Brigadeaufenthalt und den damit eingegangenen persönlichen Verpflichtungen entstanden sind, existieren seit einem Jahr Gruppen, die Partnerschaft zu Städten im Kriegsgebiet eingegangen sind. Dies wurde durch die Vermittlung der Nicaragua-Botschaft in Bonn wesentlich gefördert.

Das Anliegen der Botschaft ist durchaus verständlich, weil sie damit das öffentliche Interesse auf die verheerenden Auswirkungen des Krieges richten will. Allerdings verursacht diese Entscheidung für die betroffenen Gruppen in der Praxis ungeheure Schwierigkeiten, um überhaupt Kontakte, persönliche Beziehungen und Projekthilfe aufzubauen.

Die Breite und Öffentlichkeit der Nicaragua-Solidaritätsbewegung hat sicherlich mit dazu beigetragen, das Spendenaufkommen für Projekte in Nicaragua zum Teil erheblich zu erhöhen.

Allerdings werden die Gruppen durch die Verwaltung der oftmals fünfstelligen Summen auch vor Probleme gestellt, die vorher so nicht klar erkannt wurden: die Beschaffung von Geldern, die Vorberei-

tung und Abwicklung von Projekten, die notwendigen Absprachen mit den nicaraguanischen Partnern, die Probleme mit den Finanzbehörden. Dieser „Organisationssumpf“ überlastet die Gruppen und geht zu Lasten der politischen Auseinandersetzung mit den Gegnern der Solidaritätsbewegung.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß der Mangel an theoretischen Analysen und die ungenügende Beschäftigung mit anti-imperialistischen Fragestellungen auf bundesweiten Solidaritätsveranstaltungen und in den Fachzeitschriften laut beklagt<sup>3</sup> und als eine der Schwachstellen der internationalistischen Bewegung angesehen wird.

Die internationale Kampagne „Nicaragua muß überleben! (siehe Aufruf in diesem Heft) ist in der BRD – im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern und den USA – bisher nur sehr schleppend und mit mäßigem finanziellem Erfolg gelaufen (250.000 DM), weil bei den lokalen Nicaragua-Initiativen die Kampagne kaum oder gar keine Unterstützung findet. Als Begründung für das mangelnde Engagement wird von vielen Aktivisten die anonyme Ausrichtung und die fehlende Identifikationsmöglichkeit angesehen, weshalb die Ausrichtung auf ein konkretes Projekt in einem bestimmten Dorf eben sinnvoller sei.

Bei dieser provinzialistisch anmutenden Argumentation wird vergessen, daß die Kampagne kein Widerspruch, sondern vielmehr eine sinnvolle Ergänzung zur Projekthilfe und kommunalen Partnerschaft darstellt. Sie ermöglicht den nicaraguanischen Behörden eine effektivere Verteilung von absolut lebensnotwendigen Gütern gerade für Kriegsgebiete und unterversorgte Regionen, die bisher nicht im „Goldregen“ internationalistischer Unterstützung stehen.

Außerdem besitzt die Kampagne eine politische Stoßrichtung, nämlich die Bedrohung der sozialen Errungenschaften der Revolution durch die imperialistische Aggression des aufgezungenen Krieges und der Handelsblockade in das Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit zu stellen.

Der immer wieder geäußerte Wunsch der Nicaraguaner nach Zentralisierung und Koordination der Solidaritätsprojekte scheint jedoch bei den dezentral organisierten und kommunalpolitisch verankerten Gruppen auf wenig Gegenliebe zu stoßen.

(wird fortgesetzt)

#### Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Rundschau, 4.9.1986
- 2) Siehe: Aktionshandbuch Dritte Welt, Wuppertal 1986, S. 121-128
- 3) Vgl. die Diskussionsbeiträge und Arbeitspapiere des 10. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Bremen (Mai 1986) und des letzten Nicaragua-Bundestreffens in Berlin-West (November 1986)

### Bücher

Eine fundierte Darstellung der wichtigsten Probleme des heutigen Nicaragua bieten die beiden aktuellen Bücher

Norbert Greinacher/Jochen Hippler/Roger Pelzer (Hg.), Herausforderung im Hinterhof. Das neue Nicaragua. Eine Bestandsaufnahme, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1986, 168 S., 14,80 DM und

Dieter Eich/Willi Germund, Vulkan der Träume. Nicaragua – Utopie und Alltag. Verlag Klaus Dieter Vervuert, Frankfurt/M. 1986, 228 S., 29,80 DM.

Themen wie Agrarreform, Gesundheit, Contras, US-Strategie und Katholische Kirche finden sich in beiden Büchern. „Herausforderung im Hinterhof“ enthält zudem Beiträge zur Menschenrechtsdiskussion, zum Bildungswesen und zur Bedeutung der hiesigen Diskussion um Nicaragua.

Wirtschaft, Ökologie, Politik der Sozialistischen Internationale, Atlantikküste, Frauen und Massenmedien sind weitere Themen in „Vulkan der Träume“.

Helmut Koch, No Pasaran. Nicaraguas Weg in die Zukunft, Signal Verlag, Baden-Baden 1986, 160 S., 24,80 DM

bietet einen lebendigen Einblick in die Geschichte Nicaraguas, von den Befreiungskämpfen Sandinos über den Aufstand 1979 bis zu den heutigen Problemen der Revolution. Es wird ergänzt durch anschauliche Beispiele und Dokumente zur internationalen Solidarität.

Eine sinnvolle Ergänzung zu diesem Buch ist Malte Letz (Hg.), Nicaragua – Dokumente einer Revolution, Röderberg Verlag, Frankfurt/M. 1986, 296 S., 6 DM.

Es enthält alle wesentlichen Reden und Schriften, Programme, Aufrufe und Gesetze zum Befreiungskampf Nicaraguas aus den Jahren 1983-85.

Drei Neuerscheinungen befassen sich mit der Agrarreform, der wohl wichtigsten Errungenschaft der Revolution. Darunter befindet sich eine authentische Darstellung der Probleme durch den nicaraguanischen Außenminister Jaime Wheelock, Zwischen Krise und Aggression: Die sandinistische Landreform, isp Verlag, Frankfurt/M. 1986, 127 S., 14,80 DM.

Bernd Gaul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, Weltkreis Verlag, Dortmund 1986, 221 S., 14,80 DM

ist vor allem eine lebendige Reportage mit Gesprächen und Dokumenten, die sich durch die Verknüpfung des Agrarreformthemas mit den allgemeinen Problemen der Revolution auszeichnet.

Einen informativen und kritischen Überblick über alle Fragen, die mit der Agrarreform, der



# Aktions- und Materialspiegel

## Nicaragua- Dokumente einer Revolution



Landwirtschaft und der Ernährung zusammenhängen, liefern

Joseph Collins/Frances Moore Lappé/Nick Allen/Paul Rice, Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua, Edition Nahua, Wuppertal 1986, 232 S., 24,80 DM.

Eine Darstellung der Contra, ihrer Finanzen, ihrer Entwicklung, ihrer Terror- und Sabotagemethoden enthält das sehr detaillierte Buch von

Hannes Bahrmann/Peter Jacobs/Christoph Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, Weltkreis Verlag, Dortmund 1986, 216 S., 16,80 DM.

Ein authentisches Hintergrundmaterial über den Charakter und die Methoden der Contras stellt das Interview mit einem ehemaligen Contra-Kommandanten in

Elisabeth Reimann, Ich war ein Contra. Bekennnis eines antisandinistischen Kommandanten, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986, 116 S., 9,80 DM.

Die ganze Bandbreite entwicklungspolitischer Aktivitäten gegenüber Nicaragua behandeln

Ali Schwarz/Manfred Ernst, Denn sie wissen nicht, was sie tun. Zwischen Solidarität und Boykott, BRD & Nicaragua, FDCL, Berlin (West) 1985, 335 S., 19,80 DM.

Die entwicklungspolitischen Strategien der Bundesregierung, ihr Zusammenstreichen der Entwicklungshilfe fehlen ebensowenig wie das zunehmende Engagement nichtstaatlicher Organisationen. Eine Beschreibung der bundesdeutschen Solidaritätsarbeit wird verdeutlicht durch die Vorstellung konkreter Projekte.

### Broschüren und Zeitschriften

Mit den Auseinandersetzungen um die Menschenrechtsproblematik befassen sich zwei Broschüren:

**Menschenrechte und Menschenrechtspolitik in Mittelamerika (80S., 3 DM)** analysiert die Lage der Menschenrechte in Mittelamerika und thematisiert ihre Instrumentalisierung durch konservative Kreise in der Bundesrepublik. Sie wurde herausgegeben von: die Grünen im Bundestag, Christliche Initiative Romero, Infobüro zu Mittelamerika und ist ebenso wie die folgende Broschüre zu beziehen bei der Christlichen Initiative Romero (s.u.).

**Der Streit um Nicaragua (50 S., 3 DM)** setzt sich mit den Kernaussagen des Nicaragua-Buches von Martin Kriele und der Anti-Nicaragua-Kampagne an den Punkten Menschenrechte, Lage der Indianer, Wirtschaft und Ursachen des Bürgerkrieges auseinander. Herausgeber ist die Christliche Initiative Romero.

Eine detaillierte Analyse der Entwicklung in Nicaragua und besonderer Aspekte der Revolution enthält die vom Instituto Historico Centroamericano herausgegebene Monatszeitschrift „envio“. Sie ist in deutscher Übersetzung zu beziehen bei: Edition Nahua, Pf 101320, 5600 Wuppertal. Halbjahresabo für Privatpersonen 29 DM. Bei Edition Nahua erscheinen weitere Broschüren und Bücher zu Nicaragua. Katalog anfordern!

### Filme und Dias

Filme, Videos und Dia-Serien können angefordert werden bei CON-Filmverleih, Westerdeich 39, 2800 Bremen 1, UNIDOC Film & Video, Braunschweiger Str. 20, 4600 Dortmund sowie Zentral Film GmbH, Friedensallee 14-16, 2000 Hamburg 50.

### Kaffee

Im Mai 1986 haben sich acht Nicaragua-Kaffee-Vertreiber, darunter der Solidaritätsshop 3. Welt (Frankfurt), Ökotoxia (Berlin-West) und Venceremos (Cosefeld) zum Verein Adelante e.V. zusammengeschlossen, um gemeinsam Kaffee aus Nicaragua direkt zu importieren. Bisher hatten diese Gruppen kommerziell importierten Kaffee bezogen und mit einem Spendenaufschlag verkauft. Durch die Ausschaltung des Zwischenhandels fließt jetzt mehr Geld an die staatliche nicaraguansische Exportgesellschaft Encafé

Mit dem zehnprozentigen Spendenanteil wird zusammen mit der Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH (GEPA) und dem Informationsbüro Nicaragua ein integriertes Kaffeeanbau- und Verarbeitungsprojekt in der Region IV im Gesamtwert von 1 Mio \$ finanziert. Adelante e.V. hat erstmals im November 1986 eine Brigade zur Kaffeernt nach Nicaragua organisiert.

Kontaktadresse: Solidaritätsshop 3. Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90. Hier kann auch das Informationsblatt des Vereins und Kaffee bezogen werden (Bestellkarte in der Heftmitte!).

### Kontaktadressen

Das Informationsbüro Nicaragua ist die zentrale Koordinationsstelle für alle Komitees und organisiert Brigaden, Spendensammlungen und gibt einen regelmäßigen Rundbrief heraus. Anschrift: Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal.

Zu den Arbeitsbereichen des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) für Afrika, Asien und Lateinamerika gehört auch die Solidaritätsarbeit zu Nicaragua. Das ASK organisiert oder beteiligt sich an Spendenkampagnen und verbreitet Informationsmaterialien, die beim Solidaritätsshop 3. Welt bezogen werden können. Hier sind auch Plakate, Anstecker, Broschüren, Bücher, Schmuck, Kunstgegenstände sowie Kaffee aus Nicaragua erhältlich. Katalog anfordern! Anschrift von ASK und Solidaritätsshop: Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90.

Die Christliche Initiative Romero e.V. (CIR) unterstützt die Basisgemeinden in Nicaragua und Projekte durch Spendensammlungen, betreibt Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. CIR gibt viermal jährlich eine 4seitige Zeitung heraus (100 Expl. für 15 DM) sowie weitere

# Nicaragua – Solidarität mit dem Land Sandinos

## 18 Tage Nicaragua-Cuba

Nach einer Reise kreuz und quer durch das Land Sandinos schließt sich eine Studien- und Informationsreise durch Cuba an.

7. 4.–24. 4. 1987 3214,- DM

## 18 Tage Nicaragua Libre

mit vielen Begegnungen, Gesprächen, Besichtigungen und Erholung an Nicas Stränden.

Termine für 1987 auf Anfrage 3132,- DM



REISEN GMBH

Studien- u. Sozialtourismus  
Möhlenhofstraße 3  
2000 Hamburg 1  
Tel. (0 40) 33 94 08

Broschüren und Aktionsmaterialien. Anschrift: Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster.

Gewerkschaftliche Solidarität koordiniert die Nicaragua-Arbeitsgruppe der DGB-Jugend Hessen. Mit ihrem vierteljährlich erscheinenden Nicaragua-Info (Auflage 12.000) informiert sie über Aktivitäten in den DGB-Gewerkschaften (u.a. Brigaden), innergewerkschaftliche Diskussionen zur Solidaritätsarbeit und aktuelle politische Ereignisse. Anschrift: Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 6000 Frankfurt/M.

# NICARAGUA - Info

für die Solidaritätsarbeit in den Gewerkschaften

Nr. 24 November '86



## David gegen Goliath

„Die ungeliebteste Flüglerin wurde von Privatrenten angezogen, die Kontrolle über die Regierung suchte. Sie kontrollierte wieder die Regierung nach der Revolution und organisierte die...“



NICARAGUA-Arbeitsgruppe der DGB-Jugend Hessen  
anschrift: Trübner 11, 6000 Frankfurt 11, Januar, 14. Februar, 1987

# Spendenkampagne der Solidaritätsbewegung

## Nicaragua muß überleben!

Im Herbst 1985 wandten sich die Basisorganisationen Nicaraguas mit einem Aufruf an die Weltöffentlichkeit, eine Kampagne einzuleiten, um die durch die US-Aggression verursachte Wirtschaftskrise teilweise zu lindern. Am 12. Dezember 1985 trafen sich in Hamburg Vertreter verschiedener Organisationen, um in der Bundesrepublik eine breit angelegte Kampagne zur Sammlung von Spenden für die von Nicaragua am dringendsten benötigten Güter zu organisieren. Wir dokumentieren im folgenden den Aufruf aus Nicaragua und informieren über die praktische Umsetzung der Kampagne in der Bundesrepublik.

Nicaragua ist aus geschichtlichen Gründen ein unterentwickeltes Land. Am 19. Juli 1979 begann es seinen wirklichen Unabhängigkeitsweg, indem es interne Umwandlungen vornahm – und das in einem von einem Befreiungskrieg fast zerstörten Land, der wirtschaftliche Schäden in Höhe von 2 Mrd \$ verursachte.

Zwischen 1979 und 1983 konnte man die Wirtschaft um 15% reaktivieren. Die Umverteilung des Reichtums wurde im Bereich der Volksversorgung, Gesundheit und Erziehung sichtlich verbessert und ein gewisses Kapital wurde gesammelt, um die Wirtschaft kurzfristig anzukurbeln.

Unsere Wirtschaft beruht auf dem Export von Basiserzeugnissen landwirtschaftlicher Herkunft. Verursacht durch den niedrigen Welthandelspreis, liegen die Exporterlöse bei 400 Mio \$. Der Import hat sich auf das Lebensnotwendige beschränkt, ca. 800 Mio \$. Inbegriffen sind landwirtschaftliche Geräte, sowie verschiedene Grundelemente für die Industrie. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die aus dieser Export-Import-Relation entstehen, sind verantwortlich für die Probleme unseres Volkes, lebensnotwendige Güter zu erhalten.

Die Situation unseres Landes wird durch die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Aggressionen seitens der USA immer dramatischer, da die Vereinigten Staaten jegliche nationale Gesetze anderer Länder und internationale Gesetze mißachten, und offen die CIA einschalten. Diese Regierung hat auch vor Lügen und Manipulationen nicht zurückgeschreckt, um Nicaragua in Mißkredit zu bringen.

Im wirtschaftlichen Bereich – im Bezug auf das Wirtschaftsembargo – ergreift die Regierung der USA diskriminierende Maßnahmen, blockiert unsere internationalen Finanzierungsquellen sowie Importe von wichtigen Ersatzteilen aus anderen Ländern. Damit schwächen sie erheblich unsere Produktion. Die USA üben Druck auf andere Staaten aus, um uns zu isolieren.

Die wirtschaftlichen Schäden durch Zerstörungen betragen 386 Mio \$. Zu dieser Summe muß man noch 321 Mio \$ an Exporten, die wegen Zerstörungen nicht stattfinden konnten, dafür aber importiert werden mußten, hinzuzählen. Das entspricht etwa 20% des gesamten Exports des Landes während der letzten drei Jahre. Durch die Schäden in der Wirtschaft wird unsere Entwicklungskapazität geschwächt, und so entstehen ernste Probleme bei der Verteilung von Basis- und Versorgungsgütern.

Dies alles entspricht den Zielen der Sabotageakte auf wirtschaftlich wichtige Bereiche. So z.B. die Verminung der Häfen, die Spre-

ngung von Brücken, Zerstörung von Produktionsstätten, Lagerhäusern und Maschinen, um nur einige zu nennen. Die entstandenen Schäden bei sozialen Einrichtungen belaufen sich auf 6,7 Mio \$. 41 Gesundheitszentren, 70 Agrarproduktionsstätten und 840 Volkserziehungszentren sind zerstört. Auf 1 Mio \$ allein belaufen sich die Schäden an Kindergärten. Dies alles entspricht Millionenschäden, die unsere Wirtschaft nicht verkraften kann.

Leidtragende dieser Machtpolitik ist die arbeitende Klasse unseres Landes, die mit Fleiß, Zähigkeit und großer Anteilnahme für bemerkenswerte Fortschritte in der sozialen Entwicklung gesorgt hat und die jetzt von der Reagan-Administration in einen Überlebenskampf gezwungen wird. Das nicaraguanische Volk, das täglich Morde hinnehmen muß, sieht eine Zukunft voller Hoffnung, die es für die Enttäuschungen des täglichen Überlebens entschädigen wird.

Die Opfer, die unsere Bevölkerung hat bringen müssen, sind folgende: 142.980 Bauern und Indianer mußten umgesiedelt werden, 7.300 wurden Opfer militärischer Aktionen, von denen 3.346 Kinder und Jugendliche sind. 2.817 sind gefallen, 3.020 verwundet und schwerverletzt, 2.825 entführt worden, 6.239 Waisen. 247 Lehrer sind ermordet worden.

Unser gerechter Kampf ums Überleben ist vergleichbar mit dem ungleichen Kampf zwi-



schen David und Goliath. Unser Kampf wurde von der internationalen Solidarität unterstützt. Diese Solidarität spielte eine wichtige und entscheidende Rolle im Kampf gegen die Diktatur bis zum Sieg.

Angesichts der Verarmung unserer Nation und der Ausbeutung, unter der wir Jahrzehnte lang gelitten haben, angesichts der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Aggression der US-Regierung, der wir Tag für Tag ausgesetzt sind, wenden wir uns heute an die internationale Solidarität und fordern sie auf, die Kampagne „Nicaragua muß überleben!“ zu Ihrer Kampagne zu machen, und dadurch ganz konkret den Überlebenskampf Nicaraguas zu unterstützen.

### Praktische Organisation der Kampagne

An der Kampagne können sich alle Gruppen, Organisationen, Institutionen und öffentliche Einrichtungen beteiligen. Die gesammelten Spenden können an ein Mitglied des am 10.12.1985 gegründeten Koordinierungsausschusses (s.u.) übergeben werden oder auf Konten von Organisationen, die die Kampagne unterstützen, eingezahlt werden. Mit den Geldern werden dann die von Nicaragua benötigten Güter (Medikamente, Unterrichtsmaterial, Baumaterial und Geräte für die Landwirtschaft) angeschafft und nach Nicaragua geschickt.

Der Koordinierungsausschuß bittet alle Organisationen, sich an der Kampagne, die 2 Jahre laufen soll, zu beteiligen oder sich ihr anzuschließen, wenn eigene Projekte ausgelaufen sind. Er betont jedoch, daß Städtepartnerschaften als eine sinnvolle Ergänzung der Kampagne angesehen werden. Wer sich an der Kampagne beteiligt, sollte möglichst schnell den Koordinierungsausschuß darüber informieren, damit die nicaraguanischen Behörden über den zu erwartenden Gesamtbetrag aus der Bundesrepublik informiert werden können. Bisher wurden über 250.000 DM gesammelt.

Zusätzliche Informationen, Plakate und die Liste der benötigten Materialien können bei den Mitgliedern des Koordinierungsausschusses angefordert werden:

Botschaft der Republik Nicaragua, z.Hd. Frau Luisa Amanda Aviles, Konstantinstr. 141, 5300 Bonn 2

Informationsbüro Nicaragua e.V., z.Hd. Frau Isabel Carcamo, Hofaue 51, 5600 Wuppertal  
Wirtschaftsstelle der Evangelischen Missionsgesellschaften, z.Hd. Frau Elvira Friedrich, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

**Spendenkonto 527 055-602 Postgiro Frankfurt**

ASK Sonderkonto Erich Wulff, Stichwort: „Nicaragua muß überleben!“

Südlichen Afrika?	11/13
Memorandum der Regierung Reagan zu	
Südafrika, Notbremse Atomwaffen	11/15
Gespräch mit Joe Slovo (ANC)	12/ 8
Bonn und das Südliche Afrika	12/21
Anti-Apartheid-Wahlprüfsteine	12/22
BRD-Infodienst	3/48, 3/49, 4/45, 7/44
Kurzinformationen	3/50, 10/50, 12/62

<b>Syrien</b>	
D. Falk, Die Kurdenbewegung zwischen	
vielen Feuern	8-9/46
Kurzinformationen	7/47, 12/62

<b>Thailand</b>	
S.D. Goose, US-Aufrüstung gegen	
die vietnamesische „Bedrohung“	1-2/65
Kurzinformation	10/50

<b>Togo</b>	
Kurzinformation	11/50

## Tschad

# Regionen

## Afrika/Südliches Afrika

J. Kühnert, Ausbau der südafrikanischen	
Militärmacht	1-2/29
Interview mit Iko Carreira (Angola)	1-2/63
J. Becker, Lesotho – Opfer der	
„Pax Pretoriana“	3/30
Krieg Burkina-Mali (KI)	3/49
P. Garcia, Vorposten Angola	4/16
A. Meldrum, Zimbabwe droht eine	
Invasion	4/20
Gespräche Äthiopien-Somalia (KI)	4/46
A. Meldrum, Moçambique – Die	
Schlinge der RNM-Terroristen	6/22
R. Mugabe, Das bedrohte Moçambique	
mitverteidigen	6/24

# Stichworte

## Ausländerpolitik

Rassistische Gewaltakte (ID)	3/48
ai-Kampagne zum Asylrecht (ID)	4/45
Urteil gegen M. Gohary (ID)	6/48
Asylrechtverschärfung (ID)	8-9/73
G. Diederichs, Bonner Ausländer-	
hatz (K)	10/ 3
P. Schütt, Golfkrieg und Asyl	11/42

## BRD und Dritte Welt

W. Brönner, Warum scheut Bonn	
die Antifolterkonvention? (K)	1-2/ 3
R. Falk, Westmächte und	
Sanktionsfrage	1-2/45
Die Geschäftemacher mit der	
Apartheid	1-2/46
W. Brönner/H. Paschla, Enge	
Kollaboration BRD-Südafrika	1-2/49
BRD-Vorstöße gegen das	
Rüstungsembargo	1-2/51
Aktion Umrüstung (ID)	1-2/76
Broschüre: Atomwaffen als	
Entwicklungshilfe (ID)	1-2/77
K.U. Schnell, Bonn und die	
Libyenkrise	3/18
EKD zu Südafrika-Boycott (ID)	3/48
Peres-Besuch (ID)	3/48
Polizistenreise nach Südafrika (ID)	3/49
Menschenrechtskampagne gegen	
die SWAPO	4/ 8

Kurzinformation	4/46
-----------------	------

<b>Tunesien</b>	
Kurzinformation	6/51

## Türkei

S. Corbin, Esin Afsar – populäre	
Sängerin unter Zensur	3/46
M. Jost, Ein Folterer packt aus	4/44
P. Schütt, Die erstaunlichen Gedichte	
der Aysel Özakin	7/41
D. Falk, Die Kurdenbewegung zwischen	
vielen Feuern	8-9/46
C. Pauli, Hinter der Fassade der	
„Demokratisierung“	12/10
BRD-Infodienst	6/49, 7/44, 11/49
Kurzinformation	10/51

## Uganda

J. Becker, Neuanfang unter Museveni?	3/20
--------------------------------------	------

## Vietnam

S.D. Goose, Thailand – US-Aufrüstung	
--------------------------------------	--

J. Becker, Bothas „erste Rate“ (K)	7/ 3
UN-Afrika-Konferenz (KI)	7/46
J. Becker, Zimbabwe – unter dem	
Damoklesschwert Südafrikas	11/ 9
M. Kolter, Was will der Westen	
im Südlichen Afrika?	11/13
J. Becker, Nach Machel's Tod –	
Südafrika unter Anklage	12/ 4
M. Kolter, Bonn und das Südliche	
Afrika	12/21

## Mittelamerika/Karibik

Contadora-Verhandlungen (KI)	1-2/79
Buchtipp (ID)	4/45
S. Becker, Honduras – Ausverkauf	
stößt auf Widerstand	7/16
V. Himmer, Mittelamerika-Tagebuch	8-9/22

## Naher und Mittlerer Osten

Nahostverhandlungen (KI)	3/49
--------------------------	------

„Staatsbesucher“ Buthelezi	4/11
Neue „Grundlinien der	
Entwicklungspolitik“ (ID)	5/57
Afghanistan-Hearing (ID)	5/57
Eritrea-Hearing der Grünen	6/21
C. Sodemann, SI/SPD – Übergang auf	
Anti-Apartheid-Kurs	6/30
Zusammenarbeit Hessen-Nikaragua (ID)	6/48
N. Biver, Geiselnahme bundesdeut-	
scher Brigadisten	7/14
Türkei-Besuch v. Weizsäcker (ID)	7/44
J. Ostrowsky, Südafrika braucht	
Sanktionen! (K)	8-9/ 3
W. Brönner, Wem nutzt der Krieg	
Iran-Irak?	8-9/26
M. Kolter, Der Sanktionsdruck	
zeigt Wirkung	10/ 4
C. Ramaphosa, Nichts als Vorwände,	
Herr Kohl!	10/ 5
Hilfe für Guatemalas Polizei (ID)	10/49
Staatsbesuch aus Kamerun (ID)	10/49
M. Kolter, Bonn zum Apartheidboykott	
verhelfen! (K)	11/ 3
P. Schütt, Golfkrieg und Asyl	11/42
Bonner Geheimfonds (ID)	11/49

## Entwicklungsländer: wirtschaftliche, soziale und globale Probleme

Buchtipp: Unterentwicklung (ID)	3/48
W. Bello, Der Baker-Plan	4/39
J. Becker, Südafrikas „andere“	
Verschuldung	5/ 8
OPEC-Konferenz (KI)	5/59
Weltwirtschaftsgipfel (KI)	6/51
E. Gärtner, Armutbedingte	
Umweltprobleme	7/33
H. Bröhl-Kerner, Das Beispiel Bophal	7/37
Kölnar Verschuldungskonferenz (ID)	7/45
W. Kutscharianz, Folgen eines	
„nuklearen Winters“	8-9/63
G. Diederichs, Folgenschwere Ver-	
nichtung der Regenwälder	10/37
Klimakatastrophen durch	
Waldvernichtung	10/38
Was ist Regenwald?	10/39
Chipko Andolan – Beispiel einer	
Ökologiebewegung	10/40
OPEC-Konferenz (KI)	10/51
GATT-Konferenz (KI)	11/50

gegen die vietnamesische „Bedrohung“	1-2/65
Interview mit Che Lan Vien	10/44
Kurzinformation	10/50

## Westсахара

N. Biver, 10 Jahre DARS	3/22
Politisches Manifest des	
6. POLISARIO-Volkskongresses	3/24

## Zimbabwe

A. Meldrum, Zimbabwe droht eine	
Invasion	4/20
R. Mugabe, Das bedrohte Moçambique	
mitverteidigen	6/24
W. Brönner, Gipfel der Nichtpakt-	
gebundenen	11/ 4
J. Becker, Unter dem Damokles-	
schwert Südafrikas	11/ 9
Kurzinformationen	1-2/79, 5/58

## Zypern

Kurzinformation	1-2/78
-----------------	--------

Bruch Jordanien-PLO (KI)	4/46
Iranische Offensive gegen Irak (KI)	4/46
Proteste gegen Golfkrieg (ID)	7/44

## Sonderheft 3/1986:

<b>Iran-Irak – Krieg ohne Ende?</b>	8-9/25
Libanon/Palästina (KI)	10/51
P. Schütt, Golfkrieg und Asyl	11/42
M. Gohary, 30 Jahre Suez-Krieg	11/44
Nahostverhandlungen	11/51

## Süd- und Ostasien, Pazifik

S.D. Goose, US-Aufrüstung gegen	
die vietnamesische „Bedrohung“	1-2/65
Südasien-Kooperation (KI)	1-2/78
ASEAN-Außenministertreffen (KI)	8-9/75
G. Diederichs, Veränderte	
Pazifikszenerie	11/31
M. Gorbatschow, Eine Friedenszone	
Pazifik schaffen	11/33
Ostasien-Woche (ID)	11/49

J. Warnke zu den neuen „Grundli-	
nien der Entwicklungspolitik“	12/27
D. Boris/J. Goldberg, Wirtschafts-	
expansion und Anteil der BRD an	
der Verschuldungskrise	12/28
D. Boris/J. Goldberg/N. Biver,	
Alternativen in der Schuldenfrage	12/38
R. Falk, Entwicklungshilfe: Einstel-	
len oder umstellen?	12/40
Umfrage bei Oppositionsparteien	12/44
Aktions- und Materialspiegel	12/48

Broschüre: Hunger durch Agrarexporte (ID)	11/61	S. Corbin, Die Sängerin Esin Afsar Gespräch mit Samih Al-Kassem	3/46	J. Ziegler (I)	10/42
<b>Frankreich und Dritte Welt</b>		P. Schütt, Der Kahlschlag des Khomeini-Regimes	4/42	M. Gorbatschow, Eine Friedenszone Pazifik schaffen	11/33
R. Falk, Westmächte und Sanktionsfrage	1-2/45	B. Breytenbach, Apartheid – reif für die Würmer	5/54	G. Schucher, Vor der Aussöhnung China-UdSSR?	11/35
Die Geschäftemacher mit der Apartheid	1-2/46	P. Schütt, Die erstaunlichen Gedichte der Aysel Özakin	6/45	Dialog Popow-Ziegler (II)	11/41
Wahlen in den Kolonialgebieten (KI)	5/59	Theaterstück „Oscar Romero“	7/41	Dialog Popow-Ziegler (III)	12/54
<b>Frauen</b>		Theaterstück „Oscar Romero“	8-9/67	Diskussionsforum Sowjetunion-Dritte Welt	1-2/73, 3/45, 5/52, 6/43, 8-9/65
K. Maurer, Chiles Frauenbewegung	3/37	Interview mit Che Lan Vien	10/44	<b>USA und Dritte Welt</b>	
<b>Großbritannien und Dritte Welt</b>		Film über Nelson Mandela	10/46	R. Falk, Westmächte und Sanktionsfrage	1-2/45
R. Falk, Westmächte und Sanktionsfrage	1-2/45	G. Garcia Marquez, Atomares Wett-rüsten – die zweite Sintflut	11/46	Die Geschäftemacher mit der Apartheid	1-2/46
Die Geschäftemacher mit der Apartheid	1-2/46	P. Schütt, Nobelpreisträger Wole Soyinka	12/58	S.D. Goose, US-Aufrüstung gegen die vietnamesische „Bedrohung“	1-2/65
<b>Internationale Organisationen und Konferenzen</b>		<b>Religion/Kirchen</b>		K.U. Schnell, Angriffsziel Libyen	3/12
P. Grund, 23. UNESCO-Generalkonferenz	1-2/74	G. Melendez, Die Kirche der Armen macht mobil (Nikaragua)	8-9/21	Der Reagan-Plan gegen Libyen	3/14
OPEC-Konferenz (KI)	5/59	Theaterstück „Oscar Romero“	8-9/67	P. Garcia, Vorposten Angola	4/17
Weltwirtschaftsgipfel (KI)	6/51	<b>Rezensionen</b>		N. Biver, Rambo an der „Todeslinie“ (K)	5/3
Ministerkonferenz der Nichtpaktgebundenen (KI)	6/51	H.G. Schmidt, Der neue Sklavenmarkt	1-2/76	W. Bröner, Was gehen uns die Philippinen an?	5/18
Konferenz der Sozialistischen Internationale (KI)	8-9/74	D. Schönherr, Nicaragua, mi amor	3/47	R. Werning, Aufstandsbekämpfung mit Tradition	5/35
ASEAN-Außenministertreffen (KI)	8-9/74	M. Kriele, Nicaragua – das blutende Herz Amerikas	3/46	N. Biver, US-Basen auf den Philippinen	5/39
Deklaration der Wiener UN-Namibia-Konferenz	10/9	F.X. Kroetz, Nicaragua-Tagebuch	7/43	W. Bröner, Lektion Libyenkrise (K)	6/3
OPEC-Konferenz (KI)	10/51	M. Payeras, Wie in der Nacht die Morgenröte	8-9/71	K.U. Schnell, Libyen – der US-Angriff	6/5
W. Bröner, Gipfel der Nichtpaktgebundenen	11/4	F. Betto, Nachtgespräche mit Fidel	12/57	R. Reagan, Ich habe Ghaddafi gewarnt	6/7
Appell aus Harare, Atomtests, Weltraumrüstung stoppen!	11/5	<b>Solidaritätsbewegung</b>		M. Ghaddafi, Eine Kriegeskalation nicht zulassen	6/8
Aus den Deklarationen des Gipfels	11/6	M. Kolter, Die Verantwortung der Apartheidgegner	1-2/22	Was ist die Reagan-Doktrin?	6/12
GATT-Konferenz (KI)	11/50	L. Smith, Rock gegen Apartheid	1-2/54	S. Nujoma, Die unheilige Allianz Botha-Reagan	7/7
Tagung des Roten Kreuzes	12/63	G. Diederichs, Sportboykott gegen Südafrika	1-2/55	S. Becker, Honduras – Ausverkauf stößt auf Widerstand	7/16
<b>Japan und Dritte Welt</b>		A. Armgort, Aktionsbeispiel Bankenblockade	1-2/59	D. Rosin, Supermacht gleich Supermacht?	7/28
Die Geschäftemacher mit der Apartheid	1-2/46	H. Frenz, Wie verlässlich ist unsere Solidarität?	3/34	N. Biver, Votum für den Krieg gegen Nicaragua	8-9/16
<b>Krieg/Frieden und Dritte Welt</b>		A. Armgort, BRD-Rundreise des PAC	4/13	W. Bröner, Wem nützt der Krieg Iran-Irak?	8-9/26
Broschüre: Atomwaffen als Entwicklungshilfe (ID)	1-2/77	N. Biver, Nicaragua – Die Entsolidarisierungskampagne	4/22	Buchtipp: Reagan-Biographie (ID)	8-9/72
Buchtipp: Last Aid (ID)	1-2/77	Vorschau auf den 10. BUKO (ID)	4/45	US-Memorandum zu Südafrikas Atomwaffen	11/15
R. Falk, Atomwaffenfrei ins Jahr 2000? (K)	3/3	ASK-Erklärung zu Libyen	5/4	G. Diederichs, Veränderte Pazifikszenerie	11/31
Rheinmetall-Prozeß (ID)	3/48	Zusammenarbeit Hessen-Nicaragua (ID)	6/48	Buchtips: US-Außenpolitik (ID)	12/62
W. Bröner, Was gehen uns die Philippinen an?	5/18	H. Frenz, Nicaragua – Was belegt der amnesty-Bericht wirklich?	7/13		
N. Biver, US-Basen auf den Philippinen	5/39	Geiselnahme bundesdeutscher Brigadisten	7/14		
D. Ratsiraka, Nein zu SDI (I)	5/49	N. Biver/M. Kolter, Der 10. BUKO	7/26		
Buchtipp: Waffenhandel (ID)	5/57	Spendenkampagne „Nicaragua muß überleben!“	8-9/19		
W. Bröner, Lektion Libyenkrise (K)	6/3	Aufruf der AAB	10/7		
K.U. Schnell, Libyen – der US-Angriff	6/4	Die Arbeitsbrigaden müssen weitergehen	10/33		
Was ist die Reagan-Doktrin?	6/11	M. Kolter, Bonn zum Apartheidboykott verhelfen! (K)	11/3		
D. Ratsiraka, Nein zu SDI (II)	6/38	Aufruf zur Anti-Apartheid-Demonstration	11/16		
Rheinmetall-Prozeß (ID)	6/49	P. Schütt, Golfkrieg und Asyl	11/42		
Rheinmetall-Prozeß (ID)	7/44	Anti-Apartheid-Wahlprüfsteine	12/22		
Friedensdemonstration (ID)	7/45	<b>Sport</b>			
UN-Studie über Atomkriegsfolgen (KI)	7/47	G. Diederichs, Sportboykott gegen Südafrika	1-2/55		
Sonderheft 3/1986:		G. Diederichs, Fußball-WM	8-9/69		
<b>Iran-Irak – Krieg ohne Ende?</b>		G. Diederichs, 10. Asienspiele	12/56		
W. Kutscharijan, Folgen eines „nuklearen Winters“	8-9/63	<b>UdSSR und Dritte Welt</b>			
Sechs-Staaten-Gipfeltreffen	10/40	M. Edelmann, Nicaragua und das sozialistische Lager (I)	1-2/67		
Appell der Nichtpaktgebundenen	11/5	Staatsbesuch R. Mugabes (KI)	1-2/79		
G. Diederichs, Veränderte Pazifikszenerie	11/31	R. Falk, Atomwaffenfrei ins Jahr 2000? (K)	3/3		
P. Schütt, Golfkrieg und Asyl	11/42	M. Edelmann, Nicaragua... (II)	3/40		
G. Garcia Marquez, Atomares Wett-rüsten – die zweite Sintflut	11/46	M. Edelmann, Nicaragua... (III)	4/35		
Buchtipp: Atomkriegsfolgen (ID)	11/49	M. Gorbatschow, Vorschläge zur Demilitarisierung des Mittelmeerraumes	6/11		
Friedensdemonstration, 11.10. (ID)	12/61	Interview mit Prof. M. Wolkow	6/40		
Friedensnobelpreis (KI)	12/62	D. Rosin, Supermacht gleich Supermacht?	7/28		
<b>Kultur</b>		Dialog von J.N. Popow und			
L. Smith, Rock gegen Apartheid	1-2/54				
P. Grund, 23. UNESCO-Generalkonferenz	1-2/74				

A 2075 F

# Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

**65**

Dez. '86

## Sozialstaat von morgen?

BOB HESTER, Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus  
 MICHAEL KRÄTZEL, Sozialistische Staatspolitik – gestern und morgen  
 FRANK HERRMANN, Die Mindestlohntariffverhandlungen  
 UTE WACHENGRUBER, Sozialpolitik in Argentinien und Chile  
 STVO KALLSCHNEIDER, Gerechtigkeit und Freiheit bei Marx  
 MICHAEL HERRICH, Regel, die »Grundregeln des »Kapital«

Einzelheft DM 16,-  
 30 Abos DM 13,-  
 Suhrkamp Verlag

Eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der Partei-unabhängigen Linken – deren Beiträge auch nach zwei Jahren lesenswert bleiben. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken.

PROKLA 66: (Jan. '87)  
 MODELL JAPAN

Vom 1.-12. Dezember 1986 traten in Santiago, Valparaiso u.a. Städten Chiles 500-600 politische Gefangene in einen Hungerstreik. Sie erhoben damit Protest gegen die Anwendung von Folterungen, die Diskriminierung in den Gefängnissen der Pinochet-Diktatur und unverhältnismäßige Urteile, welche als Teil einer „repressiven Offensive des Regimes“ anzusehen seien. Sie forderten u.a., daß die Militär Richter durch „angemessene“ Richter abgelöst und die Todesstrafe für politische Delikte abgeschafft werden müßten.

Ende November hatte ein Militärgericht in Santiago drei Mitglieder der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) zum Tode durch Erschießen verurteilt, was allerdings vom Gerichtshof nicht bestätigt wurde. Die drei MIRisten Carlos Araneda, Jorge Palma und Hugo Marchant wurden beschuldigt, im August 1983 den General Carol Urzua (57) und zwei seiner Leibwächter getötet zu haben. Gegen weitere 14 MIRisten wurde die Todesstrafe beantragt. Unter den hungerstreikenden Häftlingen sind auch mutmaßliche Mitglieder der Guerillagruppe Patriotische Front Manuel Rodriguez (FPMR). Sie verdächtigt man, am Attentat auf Diktator Pinochet vom 7. September 1986 (siehe AIB 11/1986) beteiligt gewesen zu sein. Anderen wurde angelastet, Waffenlager angelegt u.a. Aktivitäten gegen das Regime durchgeführt zu haben. Diesen insgesamt 25 Inhaftierten droht dasselbe Schicksal wie den MIRisten. Anwälte und Familienangehörige dieser 25 mutmaßlichen FPMR-Attentäter haben sich mit dem nachstehenden Brief an die Weltöffentlichkeit gewandt, sich mit den Betroffenen zu solidarisieren.

Gegen die Aburteilung der MIRisten und FPMR-Verdächtigen sind empfehlenswert: Protestschreiben an den Anwalt der 25, Hugo Pavez (siehe Brief), ebensolche auch an Pinochets Innenminister Sr. Ricardo Garcia (Ministro del Interior, Edificio Diego Portales, Santiago, Chile) oder an das Auswärtige Amt in Bonn, das sich für Prozesse nach rechtsstaatlichen Prinzipien einsetzen und politisches Asyl anbieten möge. Die Regierung Kohl hätte Grund genug, bei Pinochet einmal für Menschenrechte zu intervenieren, stimmte sie doch soeben in der Weltbank für einen 250-Mio-\$-Kredit an sein verrottetes Regime, wohingegen sich selbst die USA enthielten.

## Brief aus Santiago Inhaftierte Verdächtige in Lebensgefahr!

Mit einer selbst für chilenische Verhältnisse ungewöhnlichen Propagandakampagne gegen den „von Kuba und der Sowjetunion gesteuerten Terrorismus“ versucht die Junta – zum Teil mit Erfolg – die Opposition zu spalten, damit sich ein so erfolgreicher Protest wie am 3./4. Juli 1986 nicht wiederholen möge.

### „Terrorismusverdächtige“ gefoltert

Pinochet hat zum erbarmungslosen Krieg gegen den bewaffneten Widerstand aufgerufen. Allein im Monat Oktober 1986 wurden 500 Personen als „Terrorismusverdächtige“ verhaftet und verhört. 51 von ihnen wurden laut Bericht der chilenischen Menschenrechtskommission gefoltert.

CIA-Spezialisten gaben den Startschuß, als sie im August im Norden des Landes riesige Waffenlager der Guerilla entdeckten. 25 Personen, angeklagt, die Waffen-

lager und eine Guerillaschule aufgebaut zu haben, wurden unter schwerer Folter zur Unterschrift von Geständnissen gezwungen, die zum Teil zur Verhängung der Todesstrafe ausreichen dürften.

Folgende Foltermethoden sind nach Aussagen der Gefangenen, die inzwischen Besuch empfangen dürfen, angewandt worden: Einführung von Mäusen und Ratten in Kleidung, Mund und After; Elektroschocks, Aufhängen an den Armen, Scheinerschießungen, Folter bei Anwesenheit von Familienangehörigen, Drogen, die schwere Bewußtseinsstörungen und Halluzinationen hervorrufen.

Alle Gefangenen werden durch den Rechtsanwalt Hugo Pavez verteidigt. Das Solidaritätsvikariat der katholischen Kirche lehnt die Verteidigung von „Terroristen“ ab.

Das kommt, siehe Bericht der UNO-Menschenrechtskommission, im Ausland einer Vorverurteilung gleich. Nur

die CODEPU (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) unterstützt mit begrenzten Mitteln die Arbeit der Strafverteidigung, die besonders schwer ist, da die „Rechtssprechenden“ Militärrichter sind und in der militärischen Hierarchie direkte Befehlsempfänger Pinochets.

Adolfo Insunza hat die Verteidigung der des Attentats gegen Pinochet angeklagten fünf Gefangenen übernommen. Auch hier hat das Solidaritätsvikariat die Verteidigung abgelehnt.

Die Fünf sind zur Zeit noch „incomunicados“, d.h. ohne jeden Kontakt zu Verwandten und Rechtsanwalt. Auch bei ihnen muß befürchtet werden, daß sie gefoltert werden. Victor Diaz Caro, Sohn des seit 1976 verschwundenen stellvertretenden Vorsitzenden der KP Chiles, hat angeblich am 25. Oktober einen Selbstmordversuch in der Zelle gemacht.

### Liquidation vor dem Papstbesuch?

Seine Mutter und seine beiden Schwestern halten das für ausgeschlossen.

Sie halten das von Victor Diaz unterschriebene Bekenntnis zum Selbstmordversuch für eine Fälschung und einen Versuch, die Öffentlichkeit auf seine Liquidierung vorzubereiten. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß die Junta den Prozeß gegen die Fünf schnellstens durchziehen will, um das Todesurteil noch vor Jahresende vollstrecken zu können, damit ein „würdevoller“ Abstand zum für April 1987 erwarteten Papstbesuch gewahrt bleibt.

Die Anwälte und Familienangehörigen der Gefangenen der Patriotischen Front Manuel Rodriguez (FPMR) bitten dringend um Hilfe, um jetzt und in Zukunft (denn es werden noch viele verhaftet werden) eine minimale Verteidigung ermöglichen zu können. Die Verteidigung will einen politischen Prozeß führen, d.h. sie will auf dem Recht auf Widerstand gegen die Tyrannei bestehen. Dazu braucht sie infrastrukturelle Hilfe von außen, da es keine Finanzierungshilfen seitens des Vikariats geben wird.

Was sind die Möglichkeiten der Hilfe? Eine internationale Juristenorganisation oder -gruppe errichtet in Santiago ein Büro zur Verteidigung der Frente-Leute bzw. unterstützt die chilenischen Anwälte mit Geld und Beratung, eventuell mit Delegationen. Parteien, Kirchen und Solidaritätsorganisationen fordern: Keine Todesstrafen in Chile; die Bundesregierung soll politisches Asyl anbieten; Proteste gegen Folterungen und gegen die Militärjustiz als Komplize der Unterdrückungsorgane.

Kopien von Protestschreiben bitte an den Anwalt der 25: Hugo Pavez, abogado, Huérfanos 1160, dep. 404, Santiago, Chile

Annegret Ergenzinger

## Akzentverschiebung unter Najib



Paschtunen beim Gebet – der Großteil hat sich von den in Peshawar residierenden Contras abgewandt

Der Abzug von rund 8.000 sowjetischen Soldaten aus Afghanistan im Oktober letzten Jahres ist als Teil einer Offensive Kabuls und Moskaus zu sehen, um festgefahrene Positionen im Afghanistankonflikt in Bewegung zu bringen.

Mit der gleichzeitigen Intensivierung der Genfer Verhandlungen, die seit 1983 zwischen Pakistan und Afghanistan unter der Schirmherrschaft der UNO geführt werden, sind die Aussichten auf eine politische Lösung merklich gestiegen.

Die Verhandlungsgegenstände sind: Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans; Rückkehr der Flüchtlinge; Internationale Überwachung der Grenzen; Abzug der sowjetischen Truppen.

Alle diese Einzelpunkte wurden in mehreren Verhandlungsrunden unter Vermittlung des UN-Sonderbeauftragten Diego Cordovez abgestimmt, ja sind laut Cordovez unterschriftsreif. Ungeklärt blieb nach der letzten Gesprächsrunde der prekärste Aspekt einer Vereinbarung, der miteinander verknüpfte Abzug der sowjetischen Truppen und der Entzug der internationalen Hilfe für die afghanischen Contras, was in einem synchronen Zeitplan umgesetzt werden soll.

Auch die Umbesetzungen im Partei- und Staatsapparat Afghanistans scheinen mit dieser Verhandlungsoffensive in Zusammenhang zu stehen. So trat der Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DPPA), Babrak Karmal, vor Beginn der letzten Verhandlungsrunde im Mai 1986 nicht nur aus

gesundheitlichen Gründen, sondern auch „mit Rücksicht auf internationale Probleme“<sup>1</sup> zurück.

Auch der Rückzug Karmals aus weiteren Staats- und Parteiämtern, so als Präsident des Revolutionsrates (Staatsoberhaupt), Ende 1986, also kurz vor der Weiterführung der Verhandlungen, deutet darauf hin, daß Kabul der Erreichung des äußeren Friedens höchste Priorität einräumt.

Dem inneren Frieden ist Afghanistan bereits ein gutes Stück näher gekommen. Dies liegt vor allem daran, daß die konservativen und ultrarechten Contras, die hauptsächlich von Pakistan und auch vom Iran aus operieren, „auf landesübliche, traditionell verwurzelte Formen von Stammesabhängigkeit und Banditentum zurückgreifen“.<sup>2</sup>

Sie arbeiten mit Plünderungen, Erpressungen und wahllosem Terror in den Grenzgebieten und Flüchtlingslagern. Und sie haben sich, nach fast 9 Jahren Krieg, große Teile der Bevölkerung zum Feind gemacht (zur Contra bzw. den sog. Rebellen siehe im einzelnen: AIB 1/1984, S. 13ff.).

Neuer DPPA-Generalsekretär Mohammad Najib



Seit der Überwindung des Terrorregimes Amin 1979, hat zudem auch die DPPA-Politik, die eine Versöhnung sozialrevolutionärer und traditioneller Kräfte anstrebt, an Anziehungskraft in der Bevölkerung gewonnen.

Neue Akzente in dieser Richtung wurden mit der Wahl von Dr. Mohammad Najib im Mai 1986 zum DPPA-Generalsekretär gesetzt. Er ist Paschtune und kommt aus der Stammesprovinz Paktia an der Grenze zu Pakistan. Dies zählt in einem Land, dessen politische Geschichte stark von den paschtunischen Stämmen bestimmt war und ist.

Kurz zuvor waren wichtige Regierungsposten und Sitze im Revolutionsrat mit Parteilosens besetzt worden, unter ihnen Stammesvertreter, islamische Geistliche, Vertreter der nationalen Minderheiten und der Handelsbourgeoisie. Dies spiegelt die größere Bedeutung einer Reihe traditioneller Organisationen und Bündnisvereinigungen wider.

Inzwischen haben sich viele Stammesvertreter von den Contras abgewandt. Sie vertreten ihre Interessen gegenüber der Regierung im Stammesrat. Und sie suchen, mit der Aufstellung eigener Stammesregimenter und Milizen, in eigener Regie die Grenze für die Contras unpassierbar zu machen (siehe Interview).

Die islamischen Geistlichen, im „Rat der Geistlichen“ zusammengeschlossen, spielen inzwischen eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben. Ihre systematische Verfolgung und Ermordung durch die Contras hat sie an die Seite der Regierung getrieben.

Ideologisch begründen sie ihren Schritt damit, daß der Islam nicht fünf oder 10

zerstrittene Parteien, wie bei den Contras, kenne. Inzwischen werden 11.500 islamische Gelehrte und Mullahs (Dorfgeistliche) vom Staat entlohnt. Sie sind damit nicht mehr auf die Almosen der wohlhabenden Gläubigen angewiesen.

Die wichtigste Organisation, die die alten traditionellen und neuen sozialrevolutionären Gruppierungen zusammenbringt, ist die 1981 gegründete Nationale Vaterländische Front (NFFA).

Sie sorgt mit ihren 800.000 Mitgliedern dafür, daß bei der Durchführung der Reformen Tradition und Fortschritt berücksichtigt werden. Sie widmet sich der Lösung der Grundprobleme wie der gesundheitlichen Betreuung, der Versorgung mit Wasser und Strom, der Erntehilfe, der Unterstützung der Selbstverteidigungsgruppen, der Betreuung der Waisen, Witwen und Flüchtlinge.

Aber auch die Diskussion mit Menschen, die der Regierung bisher feindlich gegenüberstanden, gehört zu ihrem Aufgabengebiet. Meist sind die Organisationen der NFFA in umkämpften Grenzgebieten noch lange vor der staatlichen Administration oder der DPPA tätig.

Zur Zeit unterstützt die NFFA die landesweiten Wahlen zu den Dorf-, Bezirks- und Provinzvertretungen. Sie ist bei der Zählung der Wahlberechtigten, der Aufstellung der Kandidaten und schließlich der Wahl, die in offener Abstimmung erfolgt, aktiv.<sup>3</sup>

Sicher sind viele der neuen Dorfvertreter mit den alten Dorfnotablen identisch und können z.B. viele Frauen, aufgrund der überkommenen patriarchalischen Strukturen, ihr aktives und passives Wahlrecht noch nicht wahrnehmen. Doch wurde ein Weg der permanenten Zusammenarbeit zwischen traditionellen und sozialrevolutionären Kräften gefunden, der große Teile der Bevölkerung aktiviert und einbezieht.

### Einflussschwund der Contras

Inzwischen sind die Wahlen in fast allen 29 Provinzen durchgeführt. Auf nationaler Ebene wird zur Zeit eine neue Verfassung projektiert.

Der Entwurf wird in allen gesellschaftlichen Organisationen, einschließlich der Stammesräte und religiösen Gremien diskutiert werden. Mit einem nationalen Kongreß der NFFA im Februar 1987 soll das Projekt abgeschlossen werden. Der Entwurf sieht bisher ein Zweikammernparlament vor. Es soll zum einen aus einer demokratisch gewählten Volksvertretung, zum anderen aus einem Nationalitätenrat bestehen, der von den Stämmen, den nationalen Minderheiten und den religiösen Gremien besetzt werden soll.

Damit will man der Tradition und der multiethnischen Zusammensetzung der afghanischen Bevölkerung Rechnung tragen. Sie setzt sich aus über 20 verschiedenen Völkern mit unterschiedlicher Kultur und Sprache zusammen, die teilweise in der Vergangenheit massiv diskriminiert wurden.

Gleichzeitig soll die Entwicklung demokratischer Volksvertretungen unterstützt werden, die keine Tradition haben.

Auch in anderen gesellschaftlichen Organisationen und der DPPA, die ebenfalls Zulauf verbuchen können, werden Voraussetzungen geschaffen, den nationalen Konsens zu stärken.

Die 1965 gegründete Demokratische Frauenorganisation hat sich umstrukturiert. Der neue Allafghanische Frauenrat wird die Interessen aller Frauen wahrnehmen und das Recht eigener Gesetzesinitiativen im Frauenbereich erhalten. Mitgliedsbeiträge werden nicht mehr erhoben.

Um das Kernstück der Revolution – die sozialen Reformen – weiter voranzubringen, sucht man nach neuen Wegen. Von der Frauenorganisation werden z.B. junge Frauen und Mädchen, die das Haus nicht verlassen dürfen, täglich zuhause im Lesen, Schreiben und Rechnen unterrichtet.

Neue Formen der funktionalen Alphabetisierung werden von der nationalen Alphabetisierungseinrichtung erprobt, um dem Ziele näher zu kommen, das Analphabetentum noch vor dem Jahr 2000 abzuschaffen.<sup>4</sup>

Die Boden- und Wasserreform, die bisher 330.000 Familien Land und Auskommen brachte, soll mit Hilfe der ländlichen Organisationen, vor allem der Genossenschaftsbewegung, vorangetrieben werden. Sie soll in 5 Jahren abgeschlossen sein.<sup>5</sup>

Das gewandelte Bewußtsein der Bevölkerung ist nicht ohne Einfluß auf die militärische Situation geblieben. Diese hat sich, trotz der steigenden Hilfe, insbesondere der USA, der VR China und Saudi-Arabiens (vgl. AIB 12/1985) weiter zuungunsten der Contras verändert.

Im Landesinnern existieren nur noch vereinzelte Gruppen, die Terroraktionen durchführen. Sie tun dies, indem sie in wolkenverhangenen Nächten wahllos Raketen mit einer Reichweite bis zu 20 km in bewohnte Gebiete schießen, oder indem sie Bomben in Basaren, auf belebten Plätzen oder vor Moscheen zur Explosion bringen.

Im Norden herrscht seit einem Jahr Frieden. Selbst im Hazarajat in Zentralafghanistan, das jahrelang von Khomeini-abhängigen Gruppen dominiert war, ist es heute weitgehend ruhig. Dort konnten – mit Ausnahme eines Unter-

bezirks – überall Wahlen durchgeführt werden.

Nur in den Grenzgebieten zu Pakistan und dem Iran herrscht noch Krieg, der jedoch zunehmend durch die afghanisch-sowjetischen Streitkräfte, vor allem jedoch durch paschtunische Stammesregimenter und Milizen gebremst wird.

Trotz der ruhigeren Gesamtsituation ist nicht zu übersehen, daß der andauernde Krieg eine schwere Belastung darstellt. Es gibt kaum eine Familie auf beiden Seiten, die nicht Tote zu beklagen hätte. Und der Flüchtlingsstrom ergießt sich nicht nur ins Ausland.

Allein die Stadt Kabul hat inzwischen mindestens 1 Mio Menschen aufgenommen, die aus den Kriegsgebieten und vor den Contras geflohen sind.<sup>6</sup> Der Krieg schluckt die Hälfte des Staatshaushalts. Die Contras haben u.a. über 1.400 Moscheen, 2.700 Schulen, 130 Krankenhäuser und 75% aller Kommunikations-einrichtungen zerstört. Die dringenden sozialen und ökonomischen Reformprogramme kommen dementsprechend langsamer voran, als geplant.

### Pakistan als „Frontlinienstaat“

Deshalb wird auf eine politische Verhandlungslösung des internationalen Konflikts von Kabul große Hoffnung gesetzt.

Sie schien im Juni 1986 in greifbare Nähe gerückt, als die Regierungen Afghanistans und Pakistans sich nur noch über eine parallele Einstellung der internationalen Militärhilfe auf beiden Seiten zu verständigen hatten. Doch wieder einmal zeigte sich der beschränkte Handlungsspielraum der instabilen Militärdiktatur Zia ul-Haq, denn die Verhandlungen mußten nach wenigen Tagen unterbrochen werden.

Zwar ist Pakistan einerseits an einer politischen Lösung des Konflikts interessiert, bleibt doch die Lage in der pakistanischen Nordwest-Grenzprovinz und in Belutschistan wegen der afghanischen Contras und Flüchtlinge äußerst gespannt.

Der sich andeutende „Staat im Staat“ wird von einem Pakistani treffend das zweite PPP-Problem Zia ul-Haq genannt: das Paschtunische-Profit-Problem.<sup>7</sup>

Andererseits hat jedoch Zias Unterstützung der Contras ihm-neue Bündnispartner verschiedenster Couleur eingetragen (vgl. AIB 10/1986, S. 15-18), ohne die das morsche System wahrscheinlich schon längst zerfallen wäre. Vor allem die USA unterstützen den „Frontlinienstaat, der dem sowjetischen Expansionismus Einhalt gebietet“,<sup>8</sup> mit Militär- und Wirtschaftshilfe in Milliardenhöhe.

Sie machte zwischen 1982 und 1986

alleine 3,2 Mrd \$ aus. Reagan-Administration und Kongreß pochen immer wieder nachdrücklich auf die Treue zur US-Afghanistanpolitik.

Hoffnungen auf den Druck der pakistanischen Opposition sind verfrüht. Zwar will das in sich widersprüchliche Oppositionsbündnis Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD) eine politische Lösung und haben sich im Juli 1986 vier linksorientierte Regionalparteien zur Nationalen Awami-Partei zusammengeschlossen, die den Druck für eine Verhandlungslösung verstärken werden.

Doch hält sich die Führerin der größten Oppositionspartei PPP, Benazir Bhutto, obwohl sie den Teilabzug der sowjetischen Truppen begrüßt hat, auffallend bedeckt. Insgesamt scheint sich das Regime kurzfristig von den Auseinandersetzungen im letzten Sommer erholt zu haben.

Neuer Atem wurde ihm hauptsächlich von den USA eingehaucht, denen die afghanische Aprilrevolution 1978 (sowjetische Militärpräsenz ab Dezember 1979!) und die iranische Februarrevolution 1979 willkommene Vorwände waren, sich nach dem „Verlust“ der Bastion Iran in der Region erneut militärisch zu etablieren. Im Oktober 1986 reiste US-Verteidigungsminister Weinberger nach Pakistan.

## Einzug des Pentagon

In seiner Begleitung befanden sich Kommandeur Crist, nebst 70 Beratern des US-Zentralkommandos der Schnellen Eingreiftruppe, die nach dem Sturz des Schah-Regimes eigens für den Einsatz im Mittleren Osten geschaffen wurde und rund um den Golf stationiert ist (siehe M. Wenger in: AIB 3/1985, S. 7-13; d. Red.).

Mit einer 4,2-Mrd-\$-Spritze an Wirtschaftshilfe für die nächsten 5 Jahre halfen die US-Militärs dem maroden pakistanischen Regime nochmals auf die Beine.

Im Gegenzug scheint ein Projekt des Pentagon, in Pakistan einen Militärstützpunkt zu errichten, erste Konturen anzunehmen. 23 Flugplätze, von den Briten nach dem 2. Weltkrieg in Belutschistan hinterlassen und Marinestützpunkte in derselben Provinz, liegen militärstrategisch günstiger als die bereits bestehenden auf der Insel Diego Garcia und die Versorgungsstützpunkt in Oman, Somalia, Kenia und Ägypten.

Ferner wurde erneut über den Ankauf von US-Spionageflugzeugen des Systems AWACS, die von Amerikanern geflogen werden sollen, verhandelt. Bisher hatte sich Pakistan geweigert, dieses System anzuschaffen, da es zwar den USA tiefe

# Interview mit Vize-Stammesminister Waziri Paschtunenstämme – Schlüssel zur Beendigung des Krieges



Das paschtunische Volk macht mit rund 8 Mio Menschen schätzungsweise 50% der afghanischen Bevölkerung aus. Davon leben rund 3 Mio Paschtunen und 500.000 Nomaden an der offenen Ostgrenze zu Pakistan. Die „Grenzpaschtunen“ sind in 92 kleinen und großen Stämmen organisiert und halten enge Verbindung zu ihren rund 3 Mio Stammesbrüdern in Pakistan, von denen sie Ende des 19. Jahrhunderts durch eine willkürliche Grenzziehung der damaligen britischen Kolonialherren getrennt wurden.

Schon immer spielten die paschtunischen Stämme eine wichtige Rolle in der Geschichte Afghanistans: Sie stellten 200 Jahre das Königshaus, kämpften erfolgreich gegen britisch-indische Kolonialarmeen und wurden zur militärischen Unterwerfung der anderen Völker Afghanistans eingesetzt, wofür sie reichlich mit Boden und Privilegien in anderen Landesteilen belohnt wurden. Die internen, nie abreißen bewaffneten Kämpfe einzelner Stammesföderationen und Stämme untereinander um lokale und auch nationale Vorherrschaft machten sie für die jeweils Herrschenden zur unbequemen Hausmacht. Das 1973 gestürzte Königshaus und die nachfolgende Regierung Daoud (1973-1978) sicherten sich die Loyalität der Grenzstämme durch Einbindung eines Teils in den Staatsapparat und durch Privilegien wie ungehinderten Schmuggel mit Pakistan, Erlaß des Militärdienstes und weitgehende Abwesenheit von staatlicher Gewalt und Verwaltung auf paschtunischem Stammesgebiet.

Auch heute ist die Haltung der paschtunischen Grenzstämme entscheidend. Die Contras, die hauptsächlich von Pakistan aus agieren, haben in den Grenzgebieten ihr Hauptoperationsfeld. Dort rekrutierten sie in der Vergangenheit die meisten Krieger und veranlaßten ganze Stämme zur Flucht. Sie sind auf Unterstützung oder zumindest stillschweigende Duldung der Stämme angewiesen, die ihnen die Durchquerung ihres Gebietes erlauben oder untersagen können. Dies gilt auch für das paschtunische Stammesgebiet auf der pakistanischen Seite.

Über die Stammespolitik der Regierung Afghanistans sprach Annegret Ergenzinger für das AIB mit dem stellvertretenden Minister für Stammesangelegenheiten und nationale Minderheiten, Waziri. Wie sein Name sagt, stammt er selbst aus dem paschtunischen Stamm der Waziri.

**AIB:** Die paschtunischen Grenzstämme haben sich bis heute eine eigene Lebensweise und weitgehende Autonomie bewahrt. Wie würden Sie das Leben der Stämme charakterisieren?  
**WAZIRI:** Die Grenzstämme betreiben Ackerbau und Viehzucht fast ausschließlich als Subsistenzwirtschaft.

In ihrer Lebensweise sind noch einige Züge der Urgesellschaft zu erkennen. Dies heißt natürlich nicht, daß sie Wilde sind, wie manche behaupten. In ihrer ökonomischen Entwicklung sind sie jedoch auch gegenüber anderen Landesteilen enorm zurückgeblieben.

Jeder der 92 Stämme besitzt eine eigene Regierung, den Ältestenrat, und ein eigenes bewaffnetes Stammesregiment.

Es existiert ein mündlich überliefertes Stammesrecht, nach dem auch heute noch Recht gesprochen wird. Staatliche Verwaltung und Gewalt war und ist nur in einigen wenigen Stammesgebieten präsent.

## Eigenheiten des Stammesrechts

Im Leben der Stämme sind drei Dinge wichtig: Erstens das eigene unverletzliche Haus und der eigene Boden, zweitens die Frauen und drittens die Waffen zur eigenen Verteidigung. Werden diese Grundbestandteile des Stammes, die seine Ehre ausmachen, angetastet, wird nach dem Stammesrecht kollektiv oder individuell Blutrache geübt.

In den Stammesgebieten können weder die Männer, noch die Frauen lesen und schreiben. Es ist wahrscheinlich übertrieben, von 1% alphabetisierter Stammesbevölkerung auszugehen.

Die Stammesbevölkerung liebt den islamischen Glauben, in seiner Ausübung ist sie jedoch, da sie bisher keine Bildung genießen konnte, auf die Erklärung und Interpretation

durch Mullahs und religiöse Schüler angewiesen.

Wenn allerdings Stammesrecht und Glauben gewichtet werden sollen, so ist eindeutig das Stammesrecht stärker. Darüber hinaus haben heilige Männer (islamische Mystiker), die den Stämmen ihre Nähe zu Gott glaubhaft machen können, meist größeren Einfluß als der sunnitische Islam.

## Selbstverteidigung mittels Jirgahs

Dieser Umstand ist in der Vergangenheit häufig von der englischen Kolonialmacht, aber auch von anderen imperialistischen Mächten genutzt worden, die Spione im Heiligengewand schickten, die die Stämme mittels „Visionen“ und natürlich auch Geld für ihre Zwecke militärisch mißbrauchten.

**AIB:** Wie haben sich die Stämme zur Aprilrevolution (Machtübernahme der Demokratischen Volkspartei – PDPA – im April 1978; d. Red.) verhalten?

**WAZIRI:** Wie die afghanische Bevölkerung, haben die meisten Stämme die Revolution zunächst unterstützt.

Allerdings wurden unter der Herrschaft von Hafizullah Amin 1979 die materiellen Bedingungen und auch die Sitten und Bräuche der Stämme nicht beachtet, und deshalb gab es einen Bruch. Einige Stämme wurden unruhig, die Konterrevolution bot ihnen Waffen an und es gelang ihr, bei den Stämmen Fortschritte zu erzielen.

In der zweiten Etappe der April-Revolution (seit 1980; d. Red.) hat sich die Haltung der Stämme wieder positiv verändert.

Zwar haben wir in und zwischen den Stämmen immer noch Probleme. Trotzdem können wir sagen, daß die bisherigen Ergebnisse unserer weichen und menschlichen Politik, die wir ge-

genüber und mit unseren Stämmen machen, uns begründet hoffen läßt, daß alle Stämme wieder die Seite der Revolution wählen. Dabei „hilft“ uns im übrigen die Konterrevolution und die internationale Reaktion ganz außerordentlich.

**AIB:** Welche Ereignisse stimmen Sie so optimistisch?

**WAZIRI:** Es ist uns vor allem in den letzten 3 Jahren gelungen, mit 91 lokalen Stammesjirgahs (politische Stammesräte) verschiedener Stämme zusammenzuarbeiten und diese Zusammenarbeit zu institutionalisieren.

Wir konnten im September 1985 eine große Stammesjirgah dieser Stämme und einiger freier Stämme jenseits der Grenze nach Kabul einberufen. Diese Versammlung der Stammesführer und Stammesältesten hat weitreichende Beschlüsse gefaßt. Zum einen wurde die Politik der Demokratischen Republik Afghanistan (DRA) und auch die Hilfe der Sowjetunion ausdrücklich anerkannt und unterstützt. Zum anderen beschloß die große Jirgah ihr Stammesgebiet und die Grenze selbst zu verteidigen.

Inzwischen stellen die Stämme Selbstverteidigungsgruppen und Stammesregimenter auf. Die Regierung hilft mit Ausrüstung. Der Selbstverteidigungsbeschluß wird erfolgreich umgesetzt.

Fast jede Woche erfahre ich von neuen Selbstverteidigungsgruppen. Anfang August d.J. kam die Nachricht aus Jalalabad, daß der Stamm der Mohmand 500 junge Stammesmitglieder für den Kampf gegen die Konterrevolution ausbildet.

Für April 1986 hatten die Ältesten der freien Stämme in Pakistan eine große Jirgah nach Kabul einberufen. Sie beschlossen, die freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen zu Afghanistan zu vertiefen und weder die Konterrevolution noch die pakistanische Armee in ihr Gebiet zu lassen oder gar zu erlauben, neue militärische Basen dort zu errichten.

Die praktische Verwirklichung dieser Beschlüsse durch sieben freie Stämme hat für erhebliche Unruhe unter der Konterrevolution und auch der pakistanischen Militäradministration gesorgt. Und auch die Stämme, die nach Pakistan gegangen sind, die wir „unsere enttäuschten Brüder“ nennen, sind nachdenklich geworden.

**AIB:** Was haben die afghanische Regierung und auch die PDPA dazu beigetragen, daß sich die Stimmung unter den paschtunischen Stämmen zugunsten der Revolution verändert?

**WAZIRI:** Wie schon gesagt, traten wir das schwere Erbe Amins an.

Im Gegensatz zur ersten Etappe der Aprilrevolution achten wir die Stammesverfassung und

Derber Spaß afghanischer Contras mit gefolterten Gefangenen



damit auch die Autonomie jedes Stammes und Unterstammes. Wir haben von Anfang an versucht, mit den traditionellen Stammesjirgahs zusammenzuarbeiten.

Wie Sie wissen, ist der Stammesälteste oder der Stammesführer der Sprecher des Stammes und vertritt den Stamm nach innen und außen. Heute sieht es so aus, daß die Stammesführer im konsultativen Stammesparlament in Kabul ihre Belange vertreten und durchsetzen.

Auf diese Weise sind sie ein wichtiges Verbindungsglied zwischen Regierung und Stämmen geworden. In einem langen Prozeß werden sich die lokalen und die nationalen Stammesjirgahs zu modernen, demokratisch gewählten Organen entwickeln.

Auch was unsere anderen Reformvorhaben anbetrifft, berücksichtigen wir die Tradition und natürlich die materiellen Bedingungen.

Beispielsweise wird in den Stammesgebieten die Landreform nicht durchgeführt. Wir haben sogar ein Gesetz, daß die Stämme weiteren Boden erhalten.

Der Grund hierfür ist, daß bei den Stämmen Kleinsteigentum vorherrscht, und kaum jemand mehr als 1 ha schlechten Bodens besitzt (nach dem Landreformgesetz soll niemand mehr als 6 ha Boden bester Güte besitzen; d. Red.).

### Reformen anbieten, nicht aufzwingen

In allen wichtigen Fragen des Lebens wie Landwirtschaft, Alphabetisierung, Gesundheit, der Verbesserung der Lebenslage für Frauen und Kinder bieten wir den Stämmen unsere Hilfe an, zwingen sie ihnen jedoch nicht auf.

**AIB:** Sie hatten vorher erwähnt, daß die Konterrevolution ihr Teil dazu beiträgt, daß die Revolution wieder an Boden bei den Stämmen gewinnt. Können Sie das bitte konkretisieren?

**WAZIRI:** Die Konterrevolution und der Imperialismus hatten mit der Propaganda, daß eine heidnische Gruppierung in Afghanistan an die Macht gekommen sei, die sich von weiteren Heiden (den Sowjets) helfen ließe, zunächst auch bei den Stämmen Erfolg.

Anders jedoch als zu Amanullahs Zeiten (afghanischer Reformkönig der 20er Jahre; d. Red.), als dieselbe Propaganda erfolgreich von englischen Spionen unter den Stämmen verbreitet wurde und zu seinem Sturz führte, stellen die Stämme im Verlauf des Krieges jedoch fest, daß es um ganz andere Ziele geht.

Zum einen sehen sie, daß der Islam von unserer Regierung geachtet und gefördert wird. Zum anderen bemerken sie, daß fremde Mächte der Konterrevolution Mrd Dollars geben, die sie zum größten Teil in ihre eigene Tasche stecken.

Viele der Stämme sind deshalb nicht mehr bereit, für die selbsternannten Führer der Konterrevolution zu kämpfen. Vor allem jedoch haben die Terrormethoden der Hekmatjar, Gilani, Mojaddedi, Khales, Rabbani usw. in den Grenzgebieten und den Lagern vielen die Augen geöffnet.

Im November 1985 wollten 2.000 Familien (rund 20.000 Menschen) des Mohmand-Stammes über die Grenzstation Torkham nach Afghanistan zurückkehren. Sie wurden zunächst von den pakistanischen Behörden behindert und dann von der Hekmatjar-Gruppe aufgehalten, die ihre gesamte Habe und ein Lösegeld pro Kopf forderte.

Insgesamt hat die Konterrevolution bei unseren Grenzstämmen so abgewirtschaftet, daß wenn die imperialistischen und reaktionären Kräfte ihre Hilfe einstellen würden, der Krieg binnen kürzester Frist zu Ende wäre.

Einblicke in die asiatischen Sowjetrepubliken verschaffen, Pakistan jedoch nichts bringen würde.<sup>9</sup>

Damit hat sich das Zia-Regime noch tiefer in die Abhängigkeit von den USA verstrickt und u.a. seinen Handlungsspielraum für eine politische Lösung des Afghanistankonflikts so gut wie aufgegeben. Die Reagan-Administration scheint ihrerseits immer weniger bereit, von ihren militärstrategischen Plänen in Pakistan abzugehen und dementsprechend immer interessierter, den Krieg in die Länge zu ziehen.

Diese Haltung teilt sich auch in ihrer Afghanistanpolitik mit. Zwar hat Präsident Reagan das Ansinnen der Contras, die diplomatische Vertretung Afghanistans in der UNO übernehmen zu wollen, als „verfrüht“ bezeichnet und dieses Unterfangen an Westeuropa delegiert, das jetzt über einzelne Politiker für eine UNO-Akkreditierung wirbt.

Doch kurz danach wurden weitere 500 Mio \$<sup>10</sup> und weitere vollelektronische Boden-Luft-Raketen der Marke Stinger vom US-Kongreß für die Contras bewilligt. Positive Reaktionen der USA auf den Teilabzug der sowjetischen Truppen blieben aus.

Im Kontrast dazu steht die Angabe von Diego Cordovez, die USA hätten wie auch die UdSSR erklärt, als Garantiestaat den Verhandlungsprozeß zu unterstützen.<sup>11</sup> Die nächste Genfer Verhandlungsrunde soll am 11. Februar d.J. fortgesetzt werden. Angesichts der bisher wenig konstruktiven Haltung Washingtons und seiner jüngsten Gegenzüge scheint ein übertriebener Optimismus allerdings nicht angebracht.

### Anmerkungen

- 1) Rücktrittsgesuch B. Karmals, zit. nach: Kabul New Times, 5.5.1986
- 2) F. Halliday, Krieg und Revolution in Afghanistan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 6.6.1981, S.38
- 3) Nabi Gharwal, Präsident der Internationalen Abteilung der NFFA, Kabul, August 1986
- 4) Abdul Hamid Mabarez, Leiter der nationalen Alphabetisierungseinrichtung, am 30.7.1986 in Kabul
- 5) Faruq Obakiwal, stellvertretender Landwirtschaftsminister, am 8.8.1986 in Kabul
- 6) „Festung Kabul“, NDR III, 23.3.1985, 20.15 Uhr
- 7) PPP meint auch Volkspartei Pakistan von Benazir Bhutto geführte stärkste Oppositionskraft gegen Zias Militärdiktatur (siehe AIB 11/1986).  
Nach: J.C. Victor, Le Pakistan dans la crise afghane, in: Politique étrangère, Paris, Nr. 1/1985
- 8) Bericht des US-Außenministeriums an den außenpolitischen Ausschuß am 9.3.1983, zit. nach: R. Reeves, Reise nach Peshawar, Braunschweig 1984, S. 63/64
- 9) Die Zeit, 28.11.1986; Dawn, Karatschi, 16.10.1986
- 10) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.8.1986
- 11) Nach: Süddeutsche Zeitung, 11.12.1986

# Günter Schucher Öffnung mit Hindernissen

Gemeinsam mit einer Gruppe Ökonomiestudenten der Nankai-Universität in Tianjin stehe ich vor einem großen Modell.

Vor uns breiten sich zwischen Miniaturbäumen, Seen und Parks Wohnviertel, Servicecenter, Motels und Industriegebäude aus. Jeder von uns hat einen Prospekt in der Hand, in dem auf Hochglanzpapier die Standortvorteile der Tianjin Economic-Technological Development Area (TEDA) angepriesen werden.

Auf dem Weg vom Bus zur Baracke des Verwaltungskomitees konnten wir einen Blick auf diese Wirtschaftsentwicklungszone werfen: endloses flaches Land. Erst wenige der genormten Gebäude, die an ausländische Investoren vermietet werden sollen, sind sichtbar. Und eine Produktionshalle (Fahrräder) für das 1985 abgeschlossene Sino-Danish Enterprise Co. Ltd. Joint Venture (Gemischtunternehmen; d. Red.) wurde erst vor kurzem fertiggestellt.

## „Schaufenster“ der Modernisierung

Und doch soll dieses Gelände ein „Schaufenster“ werden, wie es Deng Xiaoping forderte: ein Schaufenster des Wissens, der Technologie, des Managements und der Außenpolitik.

Das flache Land läßt allerdings nicht erkennen, wieviel die Tianjiner Regierung bereits an Vorleistungen erbracht hat. Eine durchgegliederte und funktionsfähige Infrastruktur, also z.B. Verkehrsanbindung, Versorgungs- und Kommunikationseinrichtungen, erfordert ziemliche Summen und bindet auf lange Zeit ohnehin knappes Kapital, wobei der mögliche Nutzen oft erst spät zutage tritt.<sup>1</sup>

Tianjin, 130 km östlich von Beijing, ist Nordchinas wichtigster Hafen, eine Industriebasis und ein Wirtschafts- und Handelszentrum. Der Stadtrat der regierungsunmittelbaren Stadt hat für die TEDA ein 50 qkm großes Gelände nahe beim neuen Hafen vorgesehen. In einer ersten Bauphase wurden bis Ende 1985 3 qkm entwickelt, wovon 2,5 qkm für die Industrieansiedlungen genutzt werden sollen.

Bis 1990 sollen hier 100-150 Unternehmen produzieren – mit ca. 30.000 Arbeitern und Angestellten. Sie werden 20-50% mehr verdienen als in den staat-

lichen Betrieben und auch besser wohnen, denn, so erläuterte uns Herr Zhang vom Verwaltungskomitee, die Trabantenstädte stehen bei der Bevölkerung nicht so hoch im Kurs, Anreize sind unerlässlich.

Tianjin ist eine der 14 Küstenstädte, deren Öffnung für die Außenwirtschaft am 6.4.1984 beschlossen wurde. Im Zuge der weiteren Öffnung der VR China wurde diesen Städten größere Vollmachten gegeben, Projekte mit ausländischem Kapital zu prüfen und zu genehmigen. Tianjin und Shanghai erhielten die größten Rechte: Beide Städte können Projekte im produktiven Bereich außerhalb der staatlichen Pläne mit bis zu 30 Mio Dollar Investitionsmitteln autorisieren.

Im produktiven und Forschungsbereich sollen auch vor allem Investoren gewonnen werden. Die TEDA soll sich auf Elektronik, neue Energien, Glasfaserkommunikation, chemische Industrie, Dienstleistungen für die Ölförderung vor den Küsten, Baustoffe und Nahrungsmittel-Fertigprodukte konzentrieren.

Für derartige Projekte werden wie in den Wirtschaftssonderzonen Vorzugsbedingungen angeboten: Die Einkommenssteuer wurde von 30% auf 15% gesenkt; Betriebe mit einer Laufzeit von 10 und mehr Jahren werden in den ersten beiden gewinnbringenden Jahren davon befreit,

vom dritten bis fünften Jahr kann eine Ermäßigung von 50% genehmigt werden. Mit 11 Ländern und Regionen wurden bis Ende 1985 bereits 21 Projekte mit einer Gesamtinvestitionssumme von 470 Mio Dollar für die TEDA vereinbart. Insgesamt wurden in Tianjin bis Ende 1985 55 Betriebe mit Auslandskapital eröffnet, davon 41 allein im Jahre 1985, 6 im Jahr 1984 und der Rest in den 5 Jahren zuvor.<sup>2</sup>

Die genannten Vergünstigungen sind Teil einer Politik, mit der man angesichts der eigenen schwachen ökonomischen Basis mittels ausländischer Technologie, Kapitals und Know-hows die industrielle Entwicklung zu beschleunigen sucht.

Im Unterschied zu den neu errichteten Wirtschaftssonderzonen (die bekannteste ist Shenzhen an der Grenze zu Hongkong) spielen in den Städten allerdings das bereits vorhandene Arbeitskräftepotential, Infrastruktur, Anbindung ans Hinterland sowie Produktions- und Außenhandelserfahrung eine größere Rolle.

Kein Land der Welt, erklärte Gu Mu, für die Öffnungspolitik verantwortlicher Staatskommissar, kann heute noch seine Wirtschaft relativ schnell ohne internationale Beziehungen entwickeln<sup>3</sup> – und China hat ehrgeizige Wachstumsziele: bis zum Jahr 2000 soll der Brutto-

Heute chinesischer Alltag: Werbung für westliche Technologieprodukte und -koprodukte



produktionswert von Industrie und Landwirtschaft vervierfacht werden. Um Ausmaß und Problematik dieser internationalen Beziehungen besser zu verstehen, lohnt es sich, einen Blick auf ihre jüngste Entwicklung zu werfen.

Die „Öffnung nach außen“ wurde im Jahre 1978 beschlossen. Sie beinhaltet u.a., den Import- und Exporthandel zu erweitern, fortgeschrittene Technologie und Ausrüstungen einzuführen, Kredite zu nutzen, Direktinvestitionen zuzulassen und gemeinsam mit ausländischen Firmen Ölvorkommen vor den Küsten zu erschließen.

Am 1. Juli 1979 wurde als erstes Gesetz eine Verordnung über Joint (Equity) Ventures erlassen<sup>4</sup> und zugleich versucht, mittels der Legalisierung von Sonderwirtschaftszonen ein günstiges Investitionsklima zu schaffen. Beide Maßnahmen wiesen bereits auf einige Charakteristika der Öffnungspolitik hin.

Wenn die Festlegungen und Vorzugsbedingungen auch im allgemeinen der internationalen Praxis entsprechen, so gibt es doch zwei Unterschiede: Erstens setzte sich Beijing anscheinend das Ziel einer maximalen Anziehung ausländischen Kapitals, denn es wurde keine Obergrenze für die Beteiligung ausländischer Partner fixiert (meist 50%). Zweitens sollen die Anreize durchaus mit Kontrollen und gewissen Limits verbunden werden. Am Prinzip eines zumindest langfristig ausgeglichenen Haushalts und einer insgesamt ausgeglichenen Außenhandelsbilanz will Beijing weiterhin festhalten.

Die ausländischen Gelder sollen auch möglichst in für China wichtige Bereiche fließen. Wie schon das erste Gesetz zeigte, wird dabei die Form des Joint Venture bevorzugt.

Dieses Gesetz ist allerdings ziemlich kurz und enthält eher programmatische Aussagen, ein Merkmal des Gesetzgebungsprozesses auch in der Folgezeit: Gesetze wurden auf der Basis empirischer Erfahrungen formuliert und nahmen vor allem

ab 1983 einen immer prononcierter pragmatischen Charakter an; Bevorzugungsmechanismen (z.B. Steuervorteile) wurden substanziell erweitert, Privilegien den staatlichen Betrieben gegenüber abgesichert (z.B. Rohstoffverteilung) und den lokalen Ebenen mehr Entscheidungsrechte gegeben.

So konnten zwar flexibel die Anreize für ausländische Investoren gesteigert werden. Aber im Wechselspiel zwischen Anpassung an deren Interessenlage und Kontrolle schwächte China seine eigene Position mit jeder neuen Liberalisierungsmaßnahme.

### Liberalisierung beschleunigt

Die Liberalisierung wurde zu einem bestimmten Merkmal der Öffnungspolitik, denn das Auslandskapital reagierte zunächst kaum.

Ungeklärte Rechtsverhältnisse, mangelnde Infrastruktur, Energie- und Facharbeitermangel, bürokratische Kontrollen, übermäßige Zentralisation und fehlender Zugang zum chinesischen Markt wurden am häufigsten beklagt. Für das Kapital war China zunächst einmal ein Land mit billigen Arbeitskräften und einem großen unberührtem Binnenmarkt – erwartet wurden weitere Zugeständnisse. Und sie wurden gewährt, im Rahmen der Anpassung der ausländischen Aktivitäten an die realen ökonomischen Bedürfnisse:

Der Gesetzgebungsprozeß wurde beschleunigt (bisher über 50 ökonomische Gesetze) und das Investitionsklima durch staatliche Abkommen (u.a. auch mit der BRD) verbessert.

Die Möglichkeit 100% ausländischer Betriebe wurde geschaffen. Mit einem Gesetz vom 12.4.1986 soll das Entstehen dieser Form gefördert werden: Betriebe können errichtet werden, wenn sie entweder fortgeschrittene Technologie bringen oder einen Großteil der Produkte exportieren.<sup>5</sup>

Der Binnenmarkt wurde teilweise geöffnet (für Produkte mit fortgeschrittenem technischen Niveau und/oder hoher Qualität, um die Konkurrenz zu fördern).<sup>6</sup>

Der gesetzliche Status von Joint Ventures wurde liberalisiert. Damit reagiert China auf den langsamen Fortschritt in diesem Bereich. Auch jetzt noch sind Kooperationsprojekte und Kompensationsgeschäfte vorherrschend, denn vorher festgelegte Gewinne und kürzere Vertragsdauer halten das Risiko für das Auslandskapital geringer. Für China aber ist nicht nur das Risiko größer, auch die Möglichkeit des Technologietransfers ist begrenzt.

Das Ausland hat kein Interesse am erfolgreichen Transfer, es strebt nach traditionellen Kooperationsformen, bei denen der chinesischen Seite der arbeitsintensive Teil übertragen wird. Niedriges Lohnniveau und Einsatz preisgünstiger Technologie sind es, die reizen. Die USA und Japan, klagte Liu Guoguang, Direktor des Wissenschaftsinstituts der Akademie der Sozialwissenschaften, wollen China auf 5-10 Jahre Distanz halten.<sup>7</sup> Die mit der Liberalisierung der Joint-Venture-Gesetzgebung beschlossenen Profitgarantien und Klauseln zur Nutzung der Technologie übertragen nun aber die negativen Erscheinungen auf diese Form und begrenzen so den Nutzen für Chinas Modernisierungsprogramm.

### Interessengegensätze zum Auslandskapital

Ein Problem besteht darin, daß nach wie vor die meisten Gelder in den nichtproduktiven Bereich fließen (Tourismus, Handel, Dienstleistungen). Das Auslandskapital bevorzugt natürlich risikoarme und profitable Geschäfte und in diesen Bereichen sind die Investitionen geringer und die Ausbeute schneller.

Im produktiven Bereich findet die Leichtindustrie größtes Interesse, z.T. abweichend von den von China offerierten Projekten. Hier ist ausländischerseits durchaus an eine Art Arbeitsteilung gedacht: China soll Rohstoffe liefern und arbeitsintensive Industriegüter produzieren.

Viele Fabriken sind mit einfacher Weiterverarbeitung beschäftigt. Die Öffnung der Küstenstädte ist eine der Maßnahmen, die diesem Trend entgegenarbeiten sollen. Ebenso wie die Verlängerung der Laufzeiten für Joint Ventures auf 50 Jahre vom 1. Februar d.J. an zielt sie darauf ab, sog. Zukunftsindustrien ins Land zu holen. Die Produkte sollen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein, forderte der Staatsrat. Gedacht ist auch an einen „Trickle-down-Effekt“, ein

VW-Montagewerk in Schanghai



Know-how-Transfer auf das Hinterland. Seit 1984 haben sich nun in der Tat der Bereich und das Ausmaß der Investitionen ausgeweitet.

In den „Informationen über Multinationale Konzerne“ heißt es dazu: „Diese beiden Maßnahmen – partiellen Öffnung des Binnenmarktes und Investitionsschutz –, verbunden mit der 'Öffnung' der 14 Küstenstädte, haben 1983/84 eine deutliche Zunahme der ausländischen Investitionen und Kooperationen bewirkt. 1979 bis 1982 sind lediglich 48 Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen realisiert worden ... 1983 wurden demgegenüber bereits 140 Joint Ventures gegründet; 1984 jedoch mehr als in den vergangenen fünf Jahren insgesamt.“<sup>8</sup>

### Devisenverlust durch Binnenmarktorientierung

Deutlich gewachsene Investitionsbereitschaft und regionale Diversifikation der Herkunftsländer sind festzustellen. Hongkong ist zwar nach wie vor größter Investor mit über 900 Mio Dollar, aber die USA und Japan haben mit 380 bzw. 350 Mio Dollar Terrain gutgemacht. Insgesamt haben Unternehmen aus über 30 Ländern die Investitionsmöglichkeiten aufgegriffen, wobei 40,87% der Mittel in die Sonderwirtschaftszonen und die Küstenstädte flossen.<sup>9</sup>

Die Ergebnisse entsprechen aber nicht in jedem Fall den chinesischen Erwartungen.

Das Auslandskapital hat in China einen dualen Charakter angenommen. Seine Orientierung auf den Binnenmarkt – aus ausländischer Sicht entscheidender Konkurrenzvorteil der chinesischen Sonderzonen – führte zu einem Abfluß chinesischer Devisenreserven in so erschreckendem Ausmaß, daß Mitte 1985 die Sonderzonen erstmals offen kritisiert wurden.

Deng Xiaoping hob warnend hervor, daß sie nur ein Experiment seien. Auch ein anderes Experiment wurde in Mitleidenschaft gezogen. Im Juli 1985 beschloß die Regierung von den 14 Küstenstädten vorübergehend 10 zu suspendieren, nur Tianjin, Shanghai, Daljan und Guangzhou (Kanton) blieben offen wie bisher. Typisch für die Probleme ist der Fall der Beijing Jeep Corporation, eigentlich ein Vorzeige-Joint-Venture.<sup>10</sup> Der Betrieb geriet ab Anfang 1986 in erhebliche Probleme, als sich die chinesischen Kunden plötzlich weigerten, in Foreign Exchange Certificates (FEC)<sup>11</sup> zu zahlen und Zahlungen verzögerten.

Aufgrund des zunehmenden Devisenmangels begann die chinesische Seite im allgemeinen die Bestimmungen über den Absatz im Innern strikter zu handhaben.

Viele kleinere, hastig errichtete Joint Ventures mußten bereits schließen oder gerieten zumindest in arge Schwierigkeiten, nachdem sie vom FEC-Zufluß abgeschnitten wurden.

Auch die Produktion des Jeeps war bisher vor allem für den Inlandsverkauf bestimmt. Devisen wurden benötigt für den Import der Einzelteile – die Praxis war den chinesischen Erwartungen also genau entgegengesetzt.

In diesem Fall nun aber kam es zu einer Regelung auf höchster Ebene; denn die chinesische Seite hat starkes Interesse an der weiteren Produktion, benötigt China doch dringend einen Aufschwung in der Autotechnologie. Letztes Jahr wurden 2,5 Mrd Dollar für den Import von Kraftfahrzeugen ausgegeben und es gibt nur noch ein weiteres Joint Venture (VW-Santana in Shanghai). Auch könnte China nur schwer einen neuen Partner finden, falls die American Motor Corp. absprache, die nach 5 Jahren Verhandlungen mit 16 Mio Dollar in das Projekt eingestiegen ist.

So geht es schließlich auch um Chinas Glaubwürdigkeit als lohnenswerter Investmarkt. Der Weg zur Lösung – auch das bezeichnend – ist offen, da es sich um „Importsubstitution“ handelt. Langfristig aber soll auf Export orientiert und die importierten Teile zu 60-70% durch lokale Teile ersetzt werden.

Aufbau einer exportorientierten Wirtschaft – so lautet das Motto für die Öffnungspolitik. Auch hierfür soll Tianjin seinen Beitrag leisten, nicht nur durch die Schaffung der Wirtschaftsentwicklungszone.

### Exportorientierung bleibt das Ziel

Schätzungsweise 41% der Ausrüstungen der ansässigen staatlichen Betriebe sind älter als 10 Jahre. Die technische Umgestaltung soll ebenfalls mit ausländischen Mitteln beschleunigt werden. Als Erfolg wird daher gewertet, daß 1984 53% der gemeinsam mit Auslandskapital betriebenen Projekte dem Technologietransfer dienten.<sup>12</sup>

Eventuellen Zweifeln wird stets mit Nachdruck versichert, daß die Öffnungspolitik fester Bestandteil der chinesischen Wirtschaftspolitik sei und nicht zur Disposition stünde. Es bestehe kein Risiko, in China zu investieren. Die politische Lage sei stabil wie noch nie seit 1949. Das Gesetzessystem werde immer weiter vervollkommen. Die ökonomische Lage verbessere sich stetig und schlechte Praktiken im Wirtschaftsbe- reich würden strikt verfolgt.

Weder Deng Xiaoping noch Ministerpräsident Zhao Ziyang oder Parteigeneralsekretär Hu Yaobang lassen eine Gelegenheit verstreichen, um vor Politikern

oder Bankiers und Industriellen diese Botschaft zu verkünden. Das Werbén um ausländische Investoren stand auch ganz oben auf dem Programm der Europareise Hu Yaobangs im Juni d.J., die ihn auch in die BRD führte.<sup>13</sup>

Sollte es aber doch Probleme geben, so gilt, was Zhao Ziyang sagte: „Was die Öffnung nach außen anbetrifft, so ist unser Prinzip nicht Einschränkung, sondern Lockerung. Wir werden nicht hier anhalten, sondern weitergehen. Die Türen, die China geöffnet hat, werden

Tabelle 1  
Ausländische Investitionen und Kredite (in Mrd Doll)

	1985	197
Abkommen über Auslands kredite	3,53	2
Laufende Auslands kredite	2,43	1
Vereinbarte ausländische Direktinvestitionen	5,85	1
Realisierte Direktinvestitionen	1,57	

(Zahlen nach: Beijing Rundschau, Beijing, 11.2.1986)

Tabelle 2  
Unternehmen mit ausländischem Kapital

Betriebsform	1985 gegründet	Ges
Joint Venture	1.300	2.
Kooperative Unternehmen	1.500	3.
Unternehmen mit ausschließlich ausländischem Eigenkapital	46	

(Zahlen nach: Beijing Rundschau, Beijing, 11.2.1986)

weiter geöffnet und nie abgeschlossen werden.“<sup>14</sup>

Kann es da verwundern, daß Herr Zhang vom Verwaltungskomitee der Tianjiner Entwicklungszone die Zukunft uneingeschränkt positiv beurteilt?

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Louven, Zur außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik der VR: Die 14 Küstenstädte, China aktuell (CA), Hamburg, Nr. 1/1985, S. 30f.
- 2) Tianjin Ribao, Tianjin, 4.4.1986; 1985 Almanac of China's Foreign Economic Relations of Trade, S. 630
- 3) Nach: CA, Nr. 8/1985, S. 503
- 4) Folgende Formen der Zusammenarbeit sind möglich: einfache Veredelung, Kompensationshandel, Kooperation (hier stellt der ausländische Partner Technologie und Kapital zur Verfügung und erhält einen auszuhandelnden Betrag sowie, über einen bestimmten Zeitraum verteilt, das eingesetzte Kapital zurück. Dies bedeutet größere Sicherheit bei geringerer Mitsprache) und Joint Venture (gemeinsame Gründung, ausländische Mitarbeiter sitzen direkt in der Geschäftsleitung).
- 5) Text in: China Daily (ChD), Beijing, 15.4.1986
- 6) Beijing Rundschau, Beijing, Nr. 43/1984, S. 28ff.
- 7) Nach: CA, Nr. 8/1985, S. 501f.
- 8) Olle/Choi, Wirtschafts-sonderzonen in der VR China, in: Informationen über Multinationale Konzerne, Nr. 4/1985, S. 39f.
- 9) ChD, 9.6.1986 und 11.4.1986
- 10) Far Eastern Economic Review, Hongkong, 12.6.1986
- 11) Devisenzertifikate; die chinesische Währung Renminbi (RMB) ist nicht konvertierbar.
- 12) 1985 Almanac..., S. 630
- 13) Vgl. z.B. ChD, 23.5.1986, 31.5.1985 und 14.6.1986
- 14) Nach: China Reconstructs, Beijing, Nr. 6/1875, S. 21

# Ausbeutung – Preis für die Modernisierung?

Mit der Öffnung Chinas für ausländische Investitionen und vor allem mit der Zulassung von Betrieben, die sich vollkommen in ausländischem Besitz befinden ist ein neues Problem aufgetaucht. Erstmals seit der Vergesellschaftung aller Privatbetriebe 1956 gibt es wieder Ausbeutung bzw. ein „neues Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit“ – wie es in China heißt.

1984 standen 370.000 chinesische Arbeiter und Angestellte als Lohnarbeiter ausländischen Kapitalisten gegenüber. Sind dies auch nur 0,31% aller Arbeiter, so stellt sich doch die Frage, wie ihre Rechte im Betrieb verwirklicht werden, da von einer Interessenidentität zwischen Staat-Betrieb-Arbeiter, wie sie offiziell für die Staatsbetriebe gilt, nicht mehr ausgegangen werden kann.

Und diese Frage stellt sich nicht nur der Linke, der Ausbeutung im sozialistischen China für überwunden hielt, sondern auch der Kapitalist, der befürchten muß, von den Arbeitern – mit Gewerkschaft und Partei im Rücken – eines Tages um die Früchte seiner Anstrengungen betrogen zu werden.

Für die transnationalen Investoren stellt in den Wirtschaftssozialzonen (WSZ) der Dritten Welt vor allem die billige Arbeitskraft eine der Hauptattraktionen dar.

Die Löhne sind z.T. 10-30 mal niedriger als in den industrialisierten Ländern. In China setzt sich der Lohn aus dem üblichen Grundlohn und Aufschlägen (ca. 50% des Gesamtlohns) zusammen, die sich nach dem Betriebsergebnis sowie der ausgeübten Tätigkeit und Leistung ergeben.

## Keine Lohnnachteile

Die Summe aller drei Komponenten kann in Betrieben mit ausländischer Beteiligung 20-50% höher liegen als die Einkommen der Arbeiter in Staatsbetrieben. Dabei behält der Staat allerdings einen Teil des Lohnes ein, zum einen um eine soziale Polarisierung zu verhindern, zum anderen als Ausgleich für geleistete Subventionen z.B. Mieten, Lebensmittel u.ä. Die Betriebe wiederum müssen zusätzlich zum Lohn Abgaben für medizinische Versorgung, Lohnfortzahlung und andere soziale Dienste entrichten, die ansonsten von den staatlichen Betrieben getragen werden.

Alles in allem liegt das Lohnniveau der WSZ deutlich unter dem in den asiatischen Schwellenländern (Hongkong, Taiwan, Südkorea), aber z.T. über dem in asiatischen Entwicklungsländern (Malaysia, Sri Lanka).

Attraktiv ist für Investoren häufig auch das völlige Fehlen sozialer Verpflichtungen sowie von Interessenvertretungsorganen der Arbeiter bis hin zu speziell deren Aktivitäten einschränkenden Gesetzen (z.B. Streikverbot).

Eine besondere Gesetzgebung gibt es in diesem Fall in China nicht. Im Gegenteil, als in China ansässige juristische Personen sind die Betriebe den chinesischen Gesetzen unterworfen. Mindestlohn, Arbeitszeit, Urlaubs- und Krankentage, Arbeitsschutz und -sicherheit, Arbeitsversicherung u.a. sind gesetzlich fixiert und der Belegschaft steht das politische Recht zu, eine Gewerkschaft zu gründen und deren Mitglied zu werden.

Die Unternehmen sollen dies sogar aktiv unterstützen und den Gewerkschaftsorganisationen die entsprechenden Arbeitsbedingun-



Japanischer Ingenieur beim Instruieren einer chinesischen Arbeiterin.

gen schaffen, sprich z.B. Geld (2% der Gesamtlohnsumme) und Räume zur Verfügung stellen. Die Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeiter u.a. als nichtstimmberichtigte Teilnehmer an Vorstandssitzungen und vor allem als kollektiver Verhandlungspartner bei dem Abschluß des Arbeitsvertrages, in dem die Arbeitsbedingungen fixiert werden (der aber im Unterschied zum Staatsbetrieb nur für die Gewerkschaftsmitglieder Gültigkeit hat).

Mitglied in der Gewerkschaft kann jeder Arbeiter oder Angestellte werden, also auch die ausländischen bzw. die – da es hier ja keine Kapitalisten gibt – chinesischen Direktoren. Um aber eine gewisse Unabhängigkeit von der Geschäftsleitung zu wahren, sollten diese keine Funktionen in der Grundorganisation übernehmen.

## „Helfer nicht Gegner“

Grundsätzlich – läßt sich festhalten – gelten auch in den Joint Ventures und den ausländischen Betrieben die chinesischen Arbeitsgesetze; aber es wird auch zugestanden, daß im Interesse wettbewerbsfähiger Produktion in diesen Betrieben ein strikteres Produktions- und Managementsystem notwendig ist und die Betriebe eine gewisse Freiheit bei der Auswahl ihrer Arbeitskräfte brauchen. Zugeständnisse dienen der Anziehung technologisch fortgeschrittener Industrien und gehören damit – wie die Ausbeutung der Arbeiter selbst – zum Preis, der für die Modernisierung, die auch im Interesse der Ausbeuteten ist, zu zahlen ist (Wang).

So gilt zwar auch die 48-Stunden-Woche, aber Überstunden sind in gewissem Rahmen zulässig. Arbeiter werden vom Unternehmen angestellt und nicht zugeteilt. Sie können auch wieder entlassen werden, wenn sie die betriebliche Disziplin verletzen oder aufgrund einer Änderung der geschäftlichen Operationen bzw. technischer Innovationen überflüssig werden. In diesen Fällen muß die Gewerkschaft konsultiert und nötigenfalls bei Nichteinigung ein Schiedsverfahren eingeleitet werden.

Die Ausbeutung ist also – so heißt es chinesischerseits – „eingeschränkt“, und damit von der in kapitalistischen Ländern verschieden.

Die Arbeiter kontrollieren die Betriebe selbst, über die Gewerkschaft von innen und über den Staat von außen.

Dabei kommt es natürlich auch zu Konflikten. Am häufigsten anzutreffen sind Behinderungen der Gewerkschaftsarbeit, vertraglich nicht gedeckte Überstunden und ungerechtfertigte Entlassungen.

Dabei reagieren die Arbeiter z.T. auch mit Streikmaßnahmen (BRu). Grundsätzlich aber gilt, daß es den Arbeitern, die sich in Opposition zu ausländischen Investoren betrachten, an Verantwortlichkeitsgefühl als Hegemon im Staate fehlt (Wang), denn „die chinesischen Arbeiter und Angestellten sind sich alle der Vorteile eines chinesisch-ausländischen Joint Ventures für den Staat und sich selbst bewußt“ (Chu, S.80).

Aufgabe der Gewerkschaft ist es in diesen Fällen, vermittelnd und erziehend zu wirken – also auch schon mal die Arbeiter von der Richtigkeit von Entlassungen zu überzeugen. Als z.B. in der WSZ Zhuhai die Gründung von Betriebsgewerkschaften vorbereitet wurde, da erkannte das Stadtgewerkschaftskomitee, daß es seitens der ausländischen Geschäftspartner ernste Bedenken gab. So informierte der Gewerkschaftsbund „unter den ausländischen Partnern umfassend über das Wesen und die Aufgaben der chinesischen Gewerkschaften und klärte sie darüber auf, daß sie 'Helfer' nicht 'Gegner' seien“ (Gongren Ribao, 3.6.1986).

Die Frage, wie weit die Gewerkschaften in ihrer Vermittlerrolle gehen, kann bisher nur ansatzweise beantwortet werden. Vielfaches Lob von ausländischer Seite und Diskussionen über den Abbau sozialistischer Errungenschaften in ganz China (z.B. über die Schaffung einer Arbeitsreserve) lassen aber befürchten, daß häufig das übergeordnete Interesse der Modernisierung den Ausschlag gibt.

Günter Schucher

Quellen: Zhongguo Beike Nianjian 1985; Chu Baotai, Foreign Investment in China, questions & answers, Beijing 1985; China Daily, 4.3.1986; Beijing Rundschau, Nr. 51/1984; Wang Jing u.a., Shilun waizi duzi qiye zhong de laozi guanxi, in: Jingji Kexue, Beijing, Nr. 6/1984; Xu Lanbo, Guanyu gonghui zai zhongwai hezi jingying qiye zhong de falu diwei, in: Shehui kexue, Shanghai, Nr. 8/1985

## Renate Eisel Ghadafis „Dritter Weg“ Konferenz über die „Dritte Universaltheorie“

Der „Dritte Weg“, die politische und gesellschaftliche Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus, wird von der Linken hierzulande und anderswo ratlos gesucht. Sie wird von Willy Brandt und der Sozialistischen Internationale mit ihrem Modell vom „Demokratischen Sozialismus“ beschworen. In Libyen ist der Dritte Weg Staatsräson: die „Dritte Universaltheorie“, niedergelegt im „Grünen Buch“ des Muammar al-Gadhafi.

Die Prinzipien des Grünen Buches, die Prinzipien der libyschen Jamahiriya (= Massenstaat) werden auf eine kurze Formel gebracht mit den Schlagworten „Freiheit, Sozialismus, Einheit“. Konkret meint dies Basisdemokratie, Dezentralisierung des Staatsapparates und Vergesellschaftung der Produktionsmittel (aber nicht Abschaffung des Privateigentums schlechthin) im innenpolitischen Bereich; in der Außenpolitik Unabhängigkeit von den herrschenden Machtblöcken und Streben nach arabischer Einheit.

Für Oktober 1986 hatte die libysche Studentenorganisation zur „Ersten Internationalen Jugendkonferenz über die Dritte Universaltheorie“ nach Tripoli eingeladen. Mehr als 200 Delegierte aus 35 Ländern waren gekommen, aus Lateinamerika und den USA, aus Westeuropa, aus Afrika und Asien – mit Ausnahme der Länder des real existierenden Sozialismus.

Das Konferenzprogramm sah neben Vorträgen und Diskussionen auch Reden des libyschen Revolutionsführers Gadhafi und Abd el-Salam Jallouds vor, ebenfalls Mitglied des Revolutionsrates.

### Gefahr eines neuen US-Angriffs

Die Begegnung mit Gadhafi fand in der Nähe der Stadt Syrte statt, und auf die Auseinandersetzung um den Golf von Syrte als Symbol der Konfrontation zwischen den USA und Libyen nahm Gadhafi gleich zu Beginn seiner Rede Bezug.

Es bestehe jederzeit die Gefahr eines neuen Angriffs – die durchaus ernstzunehmenden Drohungen der USA gegen Libyen Ende August 1986 waren jedem Teilnehmer noch präsent –, und die Verteidigung des Golfs von Syrte sei ein Akt der Selbstverteidigung des libyschen Volkes; darüber hinaus aber müsse die Gefahr eines neuen Angriffs der USA begriffen werden als ein stellvertretender Angriff auf die antimperialistischen Kräfte in aller Welt.

Die Welt beschrieb Gadhafi als in zwei große Lager gespalten: auf der einen Seite das des Imperialismus (worunter er nicht nur Kolonialismus, sondern auch Kommunismus subsumierte), auf der anderen Seite das des Sozialismus, der Befreiungsbewegungen, der Länder der Dritten Welt. Dieses – in seinen Worten – „sozialistische“ Lager sei uneinheitlich.

Und angesichts der zunehmend aggressiven Politik der USA sei es dringender denn je geboten, daß dieses Lager sich zusammenschließe. Auch die Gegner der Nachrüstung in Europa, die unterdrückten Massen in den USA sind für ihn potentielle Mitglieder einer Front, die es nur zu gewinnen gelte.

Damit kam Gadhafi zum Kern seiner Theorie:

„Alle Völker lieben den Frieden. Es gibt keinen Haß zwischen ihnen. Jede Familie will ihr eigenes Haus, ein Stück Land, ihre eigenen Produktionsmittel. Jeder will seine eigenen Produkte verbrauchen. Jeder will ein eigenes Auto besitzen. Keiner will Knecht sein. Niemand akzeptiert Sklaverei, sondern jeder will Freiheit, aber in der Not muß er das Joch der Sklaverei tragen. Das Grüne Buch bedeutet die Befreiung aus der Not: in der Not ist die Freiheit angelegt. Freiheit bedeutet Glück. Deshalb betrifft die Dritte Universaltheorie jeden einzelnen Menschen, sie ist seine Theorie.“

An die Konferenzteilnehmer appellierte Gadhafi, die Gedanken des Grünen Buches, die Idee der Jamahiriya weltweit zu verbreiten. Sein Optimismus, daß hierin der Schlüssel zur Überwindung aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konflikte liege, war unüberhörbar.

Er ging sogar so weit zu sagen: „Zur Dritten Universaltheorie ist kein Widerspruch möglich, weil es die menschliche Theorie ist. Sie will nicht, daß die Massen irgend jemandem gehören, sondern sie will ihre Freiheit. Der Marxismus gehört Marx, selbst der Nasserismus gehört Nasser, aber die Dritte Universaltheorie gehört den Massen.“ Nach dem Zeitalter des Kapitalismus und dem des Kommunismus sei nun das Zeitalter der Massen angebrochen.

Eine solche Apodiktik ruft zu Recht Widerspruch hervor, sie darf jedoch nicht den Blick verstellen für zentrale positive Elemente des libyschen Weges. Gadhafi hat das Grüne Buch in der zweiten Hälfte der 70er Jahre geschrieben – die „Dritte Universaltheorie“ ist mithin kein am grünen Tisch entwickeltes Programm, sondern sie bezieht sich bereits auf die Praxis der libyschen Revolution.

In der Jamahiriya sind wesentliche Grundzüge der Theorie verwirklicht. Genannt seien hier die enormen Anstrengungen im Bereich von Schul- und Ausbildung: die Analphabetenrate, 1969 zum Zeitpunkt der Revolution bei ca. 85%, ist auf einen verschwindenden Bruchteil gesunken; die Zahl der Studierenden, damals 3.500, beträgt heute 50.000. Bildung gilt als Menschenrecht – eine Grundvoraussetzung für die Realisierung basisdemokratischer Strukturen im politischen Raum.

Oder die Aufhebung der früheren gravierenden Klassenunterschiede, die beispielhaft deutlich wird an der Beschränkung der Verfügungsgewalt über Hausbesitz: Wem mehrere Häuser gehören, der muß sie – mit Ausnahme des von ihm bewohnten – kosten- und entschädigungslos anderen Familien zum Bewohnen überlassen, ohne daß dadurch jedoch sein Eigentum an den Häusern berührt wird.

Die rätedemokratische politische Struktur Libyens mit ihren Basisvolkskongressen als politischen Entscheidungsträgern, die Vertretungsbefugnisse auf höhere Ebene qua imperativem Mandat delegieren, soll der Bevölkerung die politische Macht sichern und die Verantwortung übertragen.

Ein anderes konstitutives Element des libyschen Systems sind jedoch auch die Revolutionskomitees, die in der Verfassung nicht auftauchen. Ihre Mitglieder sollen die revolutionären

Ideen im Volk verbreiten, ihre Verwirklichung vorantreiben und das Volk so befähigen, seine Geschicke in die eigene Hand zu nehmen.

Wie weit, von dieser Warte betrachtet, das libysche Modell nur dadurch funktioniert, daß die Revolutionskomitees durch geschickte Manipulation den demokratischen Willensbildungsprozeß steuern und andererseits Opposition durch die Liquidierung von Gegnern a priori nicht zulassen, ist eine offene Frage. Von erheblichem Stellenwert ist jedenfalls, daß der Revolutionsrat, der 1969 unter Führung Gadhafis den König gestürzt hatte, sich nicht auf Dauer als neue Machtelite etabliert hat.

Vielmehr hat er die gewonnene Macht nach einer Übergangszeit 1977 an die neugeschaffenen basisdemokratischen Organe abgegeben. Er schuf damit die Bedingungen für die materielle Ausübung der politischen Souveränität unmittelbar durch das Volk – ein Vorgang, der gegen alle historische Erfahrung in anderen Ländern steht, in denen eine Revolution stattgefunden hat.

Analog der historischen Erfahrung in anderen Ländern werden allerdings auch in Libyen die Erfolge der Revolution überschätzt, was die Verankerung der basisdemokratischen Prinzipien und die faktische Souveränität der Basisvolkskongresse als politischer Entscheidungsträger angeht.

In dieser Lage fördert die Bedrohung durch die USA negative Seiten der libyschen Entwicklung wie die wachsende Macht der Revolutionskomitees. Und sie verschärft die durch den Ölpreisverfall ohnehin äußerst angespannte wirtschaftliche Situation, da Libyen das ei-



Revolutionsführer Gadhafi, ehemals Kopf der „Freien Offiziere“ und Verfasser des „Grünen Buches“

gene ökonomische Ziel des Wohlstands für alle dem von außen aufgezwungenen Primat der Verteidigung unterordnen muß.

Diese Situation führt außerdem dazu, daß die Person Gadhafi, dem erklärtermaßen der US-Bombenangriff vom 15.4.1986 galt, in zweifacher Hinsicht zum Kristallisationspunkt wird: In Libyen selber wird er, ohnehin bereits Symbol der Revolution, zur nahezu mythischen Figur überhöht. In den westlichen Medien dagegen wird er zur Inkarnation des Bösen entstellt.

Nichts von beidem stützt der persönliche Eindruck auf der Konferenz: Von einem „Auftritt“ Gadhafis kann keine Rede sein, und er spricht ruhig und überlegt.

Das entdämonisiert ihn. Und angesichts der Voreingenommenheit, von der sich ein westlicher Besucher kaum freisprechen kann, ist es kein Wunder, daß man eher für ihn eingenommen wird.

Georg Diederichs

## Alltag Abschiebungen



In die BRD kommende Flüchtlinge aus dem kriegsträchtigen Nahen und Mittleren Osten sind besonders zahlreich

Die Rede Jallouds zur Eröffnung der Konferenz war weniger apodiktisch als die Gadhafis. Er betonte, die Dritte Universaltheorie sei „keine libysche Theorie“, sondern „die historische Chance einer endgültigen Lösung der Probleme der Menschheit“. Dabei stellte er aber den Prozeßcharakter gesellschaftlicher Umwälzungen heraus, als er die libysche Jamahiriya als das Experiment bezeichnete, durch das die Anwendung der Dritten Universaltheorie in der Praxis überprüft werden müsse.

Die Konferenzteilnehmer forderte Jalloud auf, Gebrauch zu machen von ihrer Anwesenheit in Libyen und der Möglichkeit zur Diskussion, denn: Niemand dürfe seine Meinung anderen oktroyieren.

Gerade um die Diskussionsmöglichkeit war es auf der Konferenz jedoch schlecht bestellt. Die Diskussion reduzierte sich in einem Kreis von mehr als 200 Teilnehmern im großen und ganzen (und im Konferenzverlauf mit zunehmender Tendenz) auf das Abgeben von Statements.

### Die Jamahiriya als Experiment

Ansatzpunkte für eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Dritten Universaltheorie und der Praxis der Jamahiriya blieben ungenutzt. So verhalte z.B. der Hinweis einer indischen Delegierten, die starke Betonung des Nationalismus müsse doch bei praktischer Umsetzung zu einer Auflösung des bisherigen Staatensystems in lauter Klein- und Kleinststaaten führen, was im Ergebnis aber hieße, sich selbst dem imperialistischen „Teile und herrsche“ der USA auszuliefern. Von libyscher Seite ging niemand darauf ein. Oder Fragen zur gesellschaftlichen und politischen Realität der Jamahiriya wurden schlankweg damit abgetan, Thema der Konferenz sei nicht die Praxis, sondern die Theorie.

Zu inhaltlichen Ergebnissen kam die Konferenz somit nicht. Angesichts des beschriebenen Ablaufs war sie auch wenig geeignet, politische Freundschaften zu knüpfen oder der Absicht der Veranstalter gerecht zu werden und fundierte Unterstützung der „Dritten Universaltheorie“ zu finden.

Ihre Funktion war vor allem eine innenpolitische, was sich nicht zuletzt in der Aufmerksamkeit äußerte, die die Fernseh- und Zeitungsberichterstattung der Konferenz widmeten. Es galt, der libyschen Bevölkerung internationale Solidarität zu demonstrieren. Ob die angewandte Methode hierzu taugte, ist zweifelhaft.

Die vordergründig auf propagandistische Ausschachtung gerichtete Durchführung internationaler Kongresse in Libyen suggeriert das Vorhandensein internationaler Solidarität und Unterstützung für die Jamahiriya. Sie ist damit eine Quelle für gefährliche Illusionen.

Unabhängig davon, wie man in Europa zur „Dritten Universaltheorie“ steht, muß man sich bewußt machen, daß sie für die nach Wegen zwischen Kapitalismus und Kommunismus suchenden Länder der Dritten Welt einen Weg aufzeigt, den es zu diskutieren gilt. Das ist auch der Grund, weshalb die USA dieses Libyen für gefährlich halten – ein anderes Libyen gäbe den USA keinen Grund zur Aggression, es wäre aber auch kein Vorbild mehr für Freiheitsbewegungen in anderen Teilen der Welt.

Libyen hat zweifellos internationale Solidarität verdient, nicht nur wegen der nicht nachlassenden aggressiven Politik der USA, sondern ebenso wegen der Anstrengungen des Landes, die Ziele seiner Revolution zu verwirklichen und zu garantieren.

„Wer über das Asylrecht spricht, muß die Ursachen der Flüchtlingsproblematik auf dieser Welt zur Kenntnis nehmen. Kriege, Verfolgung und Hunger sind die eigentlichen Ursachen. Zur Zeit gibt es 15 Mio Flüchtlinge auf dieser Welt. Nur 1 Mio davon hat in Europa Zuflucht gefunden.“

Die meisten dieser Menschen leben in den Nachbarländern der Krisengebiete, also in Entwicklungsländern. Diese Länder haben die Hauptlast der Flüchtlingsbewegungen dieser Welt zu tragen. Dies sollte uns immer wieder vor Augen stehen, wenn hier in der Bundesrepublik über Restriktionen gegenüber Flüchtlingen geredet wird.

Jede Restriktion in Europa bedeutet eine höhere Last für die Länder der Dritten Welt. Wir müssen uns bewußt sein, daß weitere Einschränkungen der Zugangswege nach Europa dazu führen, daß Artikel 16 (des bundesdeutschen Grundgesetzes; d. Red.) vielleicht erhalten bleibt, aber nur noch wenige ihn in Anspruch nehmen können.“

Mit diesen Worten machte der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerd Wartenberg am 13. November 1986 die Ablehnung seiner Fraktion gegenüber dem von der CDU/CSU-FDP-Regierungskoalition im Bundestag eingebrachten „Gesetz zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes“ deutlich.

Hans-Christian Ströbele, Bundestagsabgeordneter der Grünen, nannte die geplanten Änderungen gar ein „neues zusätzliches Abschreckungsgesetz“.

„Wieder einmal wollen die Regierung und die Koalition mehr tun, um die Flüchtlinge davon abzuschrecken, in die Bundesrepublik zu kommen, und zwar wieder dadurch, daß die Lebensbedingungen mieser gestaltet werden, möglichst so mies, daß sie schlechter als in den Ländern sind, aus denen die Flücht-

linge bisher kommen“, sagte er.

Doch ungeachtet der geharnischten Kritik von SPD und Grünen wurde die Änderung zum Asylverfahren mit der Stimmenmehrheit der Bonner Regierungsparteien CDU/CSU und FDP im Bundestag beschlossen.

Dieses Gesetz, das bereits im Vorfeld mehrfach von in der Asylarbeit engagierten Organisationen, Kirchen und Gewerkschaften kritisiert worden war, verlängert u.a. das Arbeitsverbot für Asylsuchende und verwehrt solchen Flüchtlingen Asyl, die sich bereits in anderen Ländern aufgehalten haben. Außerdem schließt es Nachfluchtgründe – also Asylgründe, die erst nach der Ausreise entstanden sind – aus.

Einmal abgesehen davon, daß das gesamte von der Bonner Rechtskoalition beschlossene Gesetzespaket einen infamen Angriff auf den Grundgesetzartikel 16 („Politisch verfolgte genießen Asylrecht“) darstellt, widerspricht allein schon die Regelung, Nachfluchtgründe künftig nicht mehr anzuerkennen, bundesdeutscher Rechtsprechung.

So hat das Bundesverfassungsgericht in einem Beschluß vom 26. Juni 1986 Nachfluchtgründe ausdrücklich als relevant im Sinne des Artikels 16 Grundgesetz anerkannt: „Das in Art. 16 Abs. II Satz 2 GG gewährleistete Asylrecht verlangt seinem Wortlaut nach nicht, daß der Anlaß zur politischen Verfolgung in dem Staat entstanden ist, von dem Maßnahmen einer derartigen Verfolgung drohen. Aus diesem Grund kann die Berechtigung zum Asyl auch entstehen, nachdem der Ausländer in die Bundesrepu-

# WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für  
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT  
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.



Nr. 31, November 1986

**Schwerpunkt:**

Schule und Computer: Informationstechnik in der Schule \* Reaktionäre Bildungsreform oder notwendiger Fortschritt — ein Gespräch \* Informatikboom in der Schule \* Eine neue Bildungskrise? \*

**Weitere Themen:**

Frauen beim Briefpostamt \* Chemiekrebs und Arbeitsmedizin in der BASF \* Umweltverträglichkeitsprüfungen in der EG \* Zum neuen Abfallgesetz \* Polnische Reaktionen auf Tschernobyl \* Dokumentation des offiziellen sowjetischen Tschernobyl-Berichts \* 75 Jahre Fritz-Haber-Institut \* Volkszählung '87 \* Bitte Probeheft für DM 2,- in Briefmarken anfordern!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG  
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61  
DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten)  
DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten) erscheint vierteljährlich

blick Deutschland eingereist ist, ohne von vorneherein dort Zuflucht vor politischer Verfolgung zu suchen."

Demgegenüber bedeutet die jetzige Regelung, daß in der Bundesrepublik lebenden Ausländern jede kritische politische Arbeit, etwa die Aufklärung der Bundesbürger über die Situation in ihren Heimatländern, weitestgehend verunmöglicht wird. Denn die Betroffenen können sich vor einer eventuellen Abschiebung in das Verfolgerland nicht mehr mit einem Antrag auf politisches Asyl schützen.

## Abschiebungen: von Altun zu Ali

Die zwangsweise Abschiebung auch in Länder, in denen Haft, Folter und Hinrichtung drohen, wird somit zur alltäglichen Gefahr für viele in der Bundesrepublik lebende Ausländer. Zu welcher menschlicher Verzweiflung dies bei den Betroffenen führen kann, belegte bereits 1983 der „Fall“ des türkischen Asylbewerbers Kemal Altun.

Er, der zuvor schon 14 Monate in Abschiebehaft gesessen hatte, stürzte sich zu Beginn der Verhandlung, die über seine endgültige Auslieferung an die türkische Militärdiktatur entscheiden sollte, aus dem sechsten Stockwerk des Westberliner Verwaltungsgerichts in den Tod.

Der von Bonn geschürte Ausländerhaß entläßt sich längst nicht mehr „nur“ in gewalttätigen Aktionen neofaschistischer Gruppen. Vielmehr sind mittlerweile auch amtliche Stellen darin verwickelt.

Dies belegt das Beispiel des Palästinensers Fadi Hasan Ali, seiner schwangeren Frau Suheir und ihres zweijährigen Sohnes Samer.

Am 25. November 1986 wurde Fadi Hasan Ali in Frankfurt in ein Flugzeug gesetzt und nach Beirut abgeschoben. Dies geschah, obwohl z.B. der Vertreter des UN-Flüchtlingskommissars in der Bundesrepublik, René van Rooyen, von Bonn gefordert hatte, „mit sofortiger Wirkung“ von geplanten Abschiebungen von Palästinensern in den Libanon abzuweichen, da in Beirut „kein Palästinenser den Flughafenbereich verlassen kann, ohne sein Leben zu gefährden“.

Fadi Hasan Ali hatte sich bereits vor 10 Jahren in der Bundesrepublik aufgehalten, war dann aber wieder in den Libanon zurückgekehrt und hatte dort geheiratet. Er und seine Frau gehörten zu den Überlebenden der Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila.

Da ihr Leben durch den Krieg im Libanon jeden Tag aufs neue gefährdet war, kamen sie Anfang 1986 in die Bundesrepublik und baten um Asyl. Doch ihre

Hoffnung auf ein Leben ohne Krieg und Verfolgung zerschlug sich endgültig an besagtem 25. November 1986.

Wirft schon die zwangsweise Abschiebung Fadi Hasan Alis nach Beirut, wo ihn möglicherweise Verschleppung oder gar Ermordung durch christliche Falangisten oder schiitische Amal-Milizen erwarten, ein bezeichnendes Licht auf die Unmenschlichkeit bundesdeutscher Ausländergesetze, so erschreckt darüber hinaus die sprichwörtliche Brutalität, mit der diese Abschiebung vollstreckt wurde.

Als sich nämlich Frau Suheir Ali zusammen mit ihrem kleinen Sohn von ihrem Mann verabschieden wollte, sah der für die Vollstreckung der Abschiebung zuständige Beamte der Ausländerbehörde in Lüdenscheid darin eine „Behinderung des Abschiebevollzugs“. Die von ihm herbeigerufenen Polizeibeamten schlugen die im zweiten Monat schwangere Frau daraufhin vor den Augen ihres Mannes und ihres Kindes regelrecht zusammen und schleiften sie anschließend an den Haaren durch die Schalterhalle des



Kohls Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit

Frankfurter Flughafens zu einem Polizeiwagen.

Von Fadi Hasan Ali gibt es seit seiner Abschiebung in den Libanon keine Lebenszeichen. Seine Frau mußte sich aufgrund der erlittenen Verletzungen zur ärztlichen Behandlung ins Krankenhaus begeben.

Was an diesem 25. November 1986 geschah, ist eine neue und gefährliche Eskalation der Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik. Und es ist auch die Konsequenz der wenige Tage zuvor im Bundestag von der Bonner Rechtskoalition beschlossenen Verschärfung des Asylrechtsverfahrens. Braune Ahnherren marschieren und knüppeln im Geiste mit.

## DIW-Erkenntnisse zu Handel und Hilfe der UdSSR

Im Rahmen der anregenden AIB-Diskussion zum Thema Sowjetunion und Dritte Welt ist vielleicht der Hinweis von Nutzen, daß auch bürgerliche Forschungseinrichtungen – aus leicht einseharen Gründen – diesen Beziehungen große Aufmerksamkeit widmen.

Vor kurzem hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (West-Berlin) unter dem obigen Titel neuere Materialien vor allem über Außenhandel und Entwicklungshilfe der UdSSR veröffentlicht (DIW-Wochenbericht 11/1986 vom 29. Mai 1986, S. 276-281). Zu welchen Ergebnissen gelangt das DIW?

1. Die realen Dimensionen des sowjetischen Handels mit den „nicht-kommunistischen Entwicklungsländern“ (im folgenden: EL) sind aufgrund unzureichender und nichtspezifizierter Statistiken (speziell der sowjetischen Exporte) nicht leicht zu ermitteln. „Knapp die Hälfte der sowjetischen Ausfuhr in Entwicklungsländer in den Jahren 1970 bis 1985 läßt sich weder in bezug auf ihre Bestimmung noch in ihrer Struktur identifizieren und entzieht sich damit einer Analyse. Im Westen wird vermutet, daß es sich bei der nicht-spezifizierten Ausfuhr im wesentlichen um sowjetische Waffenexporte handelt.“

Dies kann freilich nur „vermutet“ und nicht im einzelnen nachgewiesen werden. Probleme ergeben sich auch dadurch, daß die Zahlungsbilanzen der UdSSR nicht veröffentlicht werden.

2. Die sowjetische Warenausfuhr in diese Gruppe der EL erreichte 1985 einen Wert von 9,6 Mrd Valuta-Rubel (ca. 11,4 Mrd US-Dollar), die sowjetische Einfuhr 7,6 Mrd. Diese Ländergruppe war so 1985 mit 13,2% an der sowjetischen Gesamtausfuhr und mit 12,3% an der sowjetischen Gesamteinfuhr beteiligt (1970 waren es 16,0% der Gesamtausfuhr und 10,8% der Gesamteinfuhr). Aus der Sicht der meisten EL war die UdSSR kein bedeutender Handelspartner: nur 2,5% ihrer Ausfuhr gingen in die UdSSR, während 4,5% ihrer Einfuhren aus der UdSSR stammten. Diese Anteile lagen unter dem Stand von 1970. Von einer wachsenden ökonomischen Interdependenz zwischen EL und UdSSR könne somit keine Rede sein.

Zurückgegangen ist (vor allem als Folge des Kriegs Irak-Iran) der sowjetische Handel mit den OPEC-Staaten. Anteilsgewinne am sowjetischen Außenhandel verzeichneten EL mit „sozialistischer Orientierung“ und teilweise auch die „ärmsten Entwicklungsländer“ (36 Länder nach der OECD-Klassifikation).

3. Der sowjetische Außenhandel mit den EL konzentriert sich auf wenige Länder: in den letzten Jahren entfielen auf die jeweils 10 wichtigsten Partnerstaaten etwa 80% der sowjetischen Ausfuhr und Einfuhr.

4. Eine wichtige Position im Export der UdSSR nehmen Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel ein – nach sowjetischen Angaben von den nach Ländern und Waren identifizierbaren Exporten 1970 60,8% und 1984 47,3%. Auf die Kategorie Brennstoffe, mineralische Rohstoffe, Metalle entfielen 17,8% (1970) und 39,9% (1984).

Wichtigste Importwaren waren Nahrungs- und Genußmittel sowie landwirtschaftliche Rohstoffe aller Art (1970 69% und 1984 45%). Geringfügig gestiegen ist die sowjetische Einfuhr von Maschinen und Transportmitteln (1970 0,2% und 1984 4,3%), erheblich diejenige von Brennstoffen, mineralischen Rohstoffen, Metallen (1970 8,2% und 1984 40,7%).



5. Über das Volumen der sowjetischen Entwicklungshilfe gibt es keine Gesamtangaben. Nach westlichen (OECD-)Schätzungen belief sich die gesamte sowjetische Nettoleistung (effektive Leistung minus Rückzahlung früherer Kredite) Anfang der 70er Jahre auf jährlich 850 Mio Dollar. Dieser Betrag erhöhte sich in der ersten Hälfte der 80er Jahre auf jährlich rd. 2,5 Mrd Dollar. 3/4 dieser Summe entfielen auf drei RGW-Entwicklungsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Kuba, Mongolei, Vietnam).

Der Anteil der Entwicklungshilfe wurde zuletzt auf 0,24% des sowjetischen Bruttosozialprodukts (BSP) geschätzt. Sowjetische Stellen nennen jedoch höhere Leistungen. „Die UdSSR hat zwar niemals das entwicklungs-politische Ziel der UNO für die Jahre 1981 bis 1990 akzeptiert, nämlich 0,7 v.H. des BSP für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Überraschend haben dann aber 1982 sowjetische Vertreter in der UNO mitgeteilt, die UdSSR habe während der Jahre 1976 bis 1980 Hilfe in Höhe von 30 Mrd Rbl (umgerechnet 44 Mrd US-Dollar; Rbl = Rubel; d. Red.) geleistet, was 1,0 bis 1,3 v.H. des BSP des Landes entsprechen habe. Im Mai 1985 wurde von der Ständigen UdSSR-Vertretung bei der UNO hinzugefügt, im Jahre 1983 habe die sowjetische Entwicklungshilfe 9 Mrd Rbl oder 1,2 v.H. des sowjetischen BSP betragen. Es ist indes unbekannt, wie diese Angaben ermittelt wurden und was sie enthalten – hier gibt es Raum für Spekulationen.“

6. Ein Anhaltspunkt für die Beurteilung der Höhe der sowjetischen Hilfeleistungen ist die Position „Ausrüstungen und Materialien für Objekte, die mit technischer Hilfe der UdSSR im Ausland gebaut werden“, in der sowjetischen Außenhandelsstatistik. „Danach hat die Sowjetunion im Zeitabschnitt 1970 bis 1984 technische Hilfe an nicht-kommunistische Entwicklungsländer in Höhe von über 9 Mrd VRbl (VRbl = Valuta-Rubel; d. Red.) erbracht (= über ein Fünftel der gesamten sowjetischen Warenausfuhr in diesen Jahren), umgerechnet waren es knapp 12,5 Mrd US-Dollar. Nach amerikanischen Quellen belief sich die sowjetische Bruttoleistung in dieser Zeit auf insgesamt 11,5 Mrd US-Dollar.“

7. Im Vordergrund des Hilfsprogramms stehen Maßnahmen im staatlichen Sektor der EL,

vor allem Projekte der Eisen- und Stahlindustrie, der Metallverarbeitung und des Maschinenbaus, in der letzten Zeit auch die Erkundung und Erschließung von mineralischen Rohstoffen. Es überwiegen Sachleistungen.

Die sowjetischen Kredite haben eine mittlere Laufzeit von 10-12 Jahren, die Verzinsung beträgt meist 2,5-3% pro Jahr. „Die Laufzeit der Kredite und die Höhe der Verzinsung variieren indes je nach Partnerland und/oder Projekt – dieser Trend zur stärkeren Diversifizierung konnte in jüngster Zeit beobachtet werden. Es ist nicht möglich, das Geschenk-Element bei diesen Krediten zu quantifizieren.“

Im übrigen berechnen die sozialistischen Kreditgeber keine Bereitstellungsprovisionen für noch nicht in Anspruch genommene Kredite. Die Rückzahlungsverpflichtung kann unmittelbar nach Fertigstellung des Projekts einsetzen; in Sonderfällen beträgt die tilgungsfreie Periode bis zu drei Jahren nach Projektabschluß... Hervorzuheben ist eine für EL vorteilhafte Modalität bei der Kredittilgung: So wird den Schuldnern im allgemeinen zugestanden, die Darlehen zum überwiegenden Teil mit Erzeugnissen der kreditierten Produktionsanlagen, aber auch mit Lieferung traditioneller Exportgüter zurückzahlen (nur einige osteuropäische Länder verlangen teilweise einen Ausgleich in konvertibler Währung).“

Als Besonderheit der ökonomischen Beziehungen der UdSSR zu den EL nennt das DIW „bilaterale langfristige Kooperationsverträge, relativ hohes Gewicht der Ausbildungsprogramme (Entsendung von Experten, Vergabe von Stipendien), Subventionierung von Preisen und Frachtraten“.

8. Die UdSSR unterstützt die Forderungen der EL nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und betont ansonsten im Rahmen der bilateralen Staatsverträge „die gleiche Behandlung der Partner sowie den beiderseitigen Vorteil“.

9. Die DIW-Autoren resümieren ihre Position: „Es dürfte die unzureichende Wirtschaftskraft der UdSSR gewesen sein, die sowohl ihr Engagement in Entwicklungsländern als auch ihre Attraktivität in dieser Region begrenzt hat. Die Entwicklungsländer sind in ihrer Politik primär auf den industrialisierten Westen hin orientiert, viele dieser Länder nutzen ihre Beziehungen zur UdSSR (und den anderen RGW-Staaten) in erster Linie, um ihre Verhandlungsposition gegenüber dem Westen zu stärken – und dies dürfte sich in einer überschaubaren Zukunft kaum ändern.“

An keiner Stelle gelangen die Autoren aufgrund des von ihnen mit Sorgfalt zusammengetragenen Materials zu dem Schluß, daß die UdSSR die genannte Gruppe der EL (etwa durch Zinsen- und Schuldentrückzahlungen, durch Ressourcenaneignung, durch brain drain oder durch Direktinvestitionen, Eroberung von Märkten usw.) ausbeuten würde.

Gert Meyer, Marburg/L.



**Adressenänderungen  
bitte rechtzeitig  
bekanntgeben!**

Am 6. November 1986 wurde in Essen der Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendliteratur verliehen. NRW-Kultusminister Hans Schwier (Foto I.) würdigte damit in erster Linie Anatol Feids (2.v.l.) jüngstes Buch „Keine Angst Maria“, seine vorbildliche friedenspädagogische Diktion. Derart begründete auch Prof. Birgit Dankert (Hamburg) die Preisverleihung in ihrer Laudatio: „Texte, die der Friedensidee dienen, Kinder- und Jugendbücher, die zur Friedensfähigkeit anregen wollen, müssen es sich gefallen lassen, nicht nur an literar-ästhetischen Maßstäben, sondern auch an den Forderungen der Friedenspädagogik gemessen zu werden. Anatol Feids Kinderbuch 'Keine Angst Maria', die Geschichte einer Solidaritätskampagne in einem Slum der chilenischen Hauptstadt Santiago, besteht diese Prüfung mühelos. Sie vereint alle drei Ebenen in der realistischen Beispielgeschichte eines authentischen Falls. Das individuelle Schicksal des Mädchens wird zum Fallbeispiel einer Gesellschaft, deren Zustand nur durch das Machtspiel internationaler Interessen zu erklären und durch internationale Solidarität zu ändern ist.“

Was das sonstige literarische Schaffen des Erbacher Dominikanerpaters Anatol Feid auszeichnet und was es mit seinem gesellschaftlichen Engagement zu tun hat, beschreibt Heinrich Werner, Chefredakteur der Neuen Stimme.

## Heinrich Werner Heinemann-Preis für Anatol Feid Mut machen gegen die „Ordnungsmacht“

Die Zeiten sind noch nicht sehr fern, in denen katholische Ordensleute als ganz besonders reaktionär galten. Das war zwar schon immer ein ungerechtes Pauschalurteil, aber heute ist es völlig überholt.

Ordensgeistliche wie der Franziskaner Leonardo Boff, einer der Wortführer der „Theologie der Befreiung“, oder der brasilianische Dominikaner Frei Betto, der das Buch „Nachtgespräche mit Fidel“ vorgelegt hat (siehe AIB 12/1986, S. 57f.; d. Red.), oder der Jesuit Miguel d'Escoto, der Außenminister Nicaraguas ist, machen das eindrücklich klar. Das ist nicht nur eine Erscheinung der sog. Dritten Welt. Solche Ordensleute leben und wirken mitten unter uns. Einer von ihnen ist Anatol Feid.

Daß der Dominikanerpater den Gustav-Heinemann-Friedenspreis des Landes Nordrhein-Westfalen für Kinder- und Jugendbücher erhielt, war nicht das Ergebnis seines schriftstellerischen Ehrgeizes. Das Schreiben ist bei ihm eine direkte Folge seiner Solidaritätsarbeit. Der Mittvierziger war zunächst einige Zeit Leiter der katholischen Jugendakademie Walberberg und wurde dann als Seelsorger an ein Kinderdorf in Erbach/Taunus versetzt.

Nach dem Putsch in Chile engagierte er sich für die verfolgten chilenischen Demokraten. Er war Mitbegründer der „Initiative Internationale Christliche

Chile-Solidarität“ (IICCS), deren Vorsitzender er einige Jahre gewesen ist.

In dieser Arbeit entstand sein erstes Buch „Plaza de Armas 444“ (Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1979), in dem er die Arbeit der „Vicaría de la Solidaridad“, einer Institution des katholischen Erzbistums Santiago de Chile, für die Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und ihre Familien darstellt.

Anatol Feids Engagement in der Solidaritäts- und Friedensbewegung führte ihn von einem Buch zum anderen. Er verleugnet in keinem seiner Bücher seine Solidarität mit den Schwachen und Ausgestoßenen, auch nicht sein christliches Engagement als Ordensgeistlicher. Aber er predigt nicht, treibt nicht „Volksmis-

Anatol Feid  
**Keine Angst,  
Maria**



sion“, um „verlorene Schafe“ für die Kirche wiederzugewinnen.

Die Verankerung in seinem Glauben wird nur sichtbar, wenn er von Pfarrern, Ordensfrauen oder einfachen Christen schreibt, die mit dem Volk für Recht und Leben kämpfen. Er berichtet von der „Kirche unten“ und macht damit sichtbar, was Theologie der Befreiung in der Praxis bedeutet.

Sie zieht sich durch seine Chile-Romane ebenso wie durch seine Milieuerzählungen über die Drogenszene, „Achmed M. im Bahnhofsviertel“ (1983) und „Wenn du zurückschaust, wirst du sterben. Protokoll einer Phase im Kampf gegen das Heroin“ (1981), beide erschienen im Mainzer Matthias-Grünwald-Verlag.

In „Achmed M. im Bahnhofsviertel“ erzählt Anatol Feid die Geschichte des Marokkanerjungen Achmed, der zusammen mit seinem älteren Bruder von Versprechungen nach Frankfurt gelockt worden war, wo sie im tristen Milieu des Bahnhofsviertels landen. Der Bruder stirbt an einer Überdosis Heroin. Der Kleine bleibt allein zurück und wird schließlich in seine Heimat abgeschoben, wo ihn keine Zukunft erwartet.

Die Schuldigen an seinem Schicksal und am Tod seines Bruders gehen straffrei aus. Exemplarisch wird hier – auch in Nebensträngen der Erzählung – dargestellt, wie es Ausländern unter uns ergeht. Aber da sind doch immer auch Menschen, die nicht gleichgültig bleiben. Das Aufzeigen und Nachzeichnen der widernatürlichen Seiten unserer Gesellschaft zwingt zur Frage, was geändert werden muß, um Menschen zu retten. Das gilt für die Bundesrepublik wie für Chile.

Besonders schön und konsequent gelingt das in dem Kinderbuch „Keine Angst Maria“ (Elefanten Press Verlag, Berlin-West 1985), für das Anatol Feid jetzt den Gustav-Heinemann-Friedenspreis des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten

hat. Obwohl das ganze Elend der verarmten Mehrheit Chiles ungeschönt vor Augen geführt wird, obwohl Kriminalität und Drogensucht nicht verschleiert werden und trotz aller Realistik – oder nicht doch: gerade wegen? – ist dies ein wirkliches Kinderbuch.

Jedes Kind wird sich mit der kleinen Maria und ihrem Geschick identifizieren können, die mit Eltern und Bruder in einer Hütte der Poblacion San Gabriel in Santiago lebt und ihr Leben nur außerhalb der Gesetze fristen kann. Ihr Bruder, Anführer einer Kinderbande, wird vom Militär bei einer Razzia erschossen. Jetzt setzen die Offiziere und ihre Helfer alles daran, daß Verwandte und Nachbarn öffentlich erklären, daß der Erschossene ein „Verbrecher“ war. Dramatisch und der kindlichen Lust am Abenteuer entsprechend wird erzählt, wie es Maria und ihren kleinen Freunden – mit Unterstützung des Pfarrers und der Lehrerin – gelingt, das zu verhindern.

Dabei werden die Ursachen des Konflikts völlig offengelegt. Maria benennt sie in Gegenwart der „Ordnungsmacht“ vor allen Bewohnern der Poblacion und vor dem Mikrofon eines US-Reporters so: „Ja, mein Bruder hat gestohlen und auch andere schlimmere Dinge getan. Aber das machen wir alle hier! ... Wir müssen stehlen! ...sonst verhungern wir nämlich...“

Bei uns in Chile gehört fast das ganze Land ganz wenigen Leuten. Wir anderen haben gar nichts. Wir haben immer nur Hunger. Ja, Señor, wir stehlen. Das können Sie ruhig in ihrer Zeitung schreiben. Aber sie dürfen nicht schreiben, daß wir Verbrecher sind... Die wirklichen Verbrecher sind die Reichen und ihre Regierung, die Leute, die alles haben und nichts mit uns teilen.“

Ein Buch, das Mut macht und Kinder motivieren kann, nach Recht und Unrecht zu fragen und gegen das Unrecht etwas zu tun.

## Kleine Siege über Pinochet

Für das Buch „Dein Vater ist ein Verräter“ (Matthias-Grünwald-Verlag, 1981) bekam Anatol Feid den renommierten Kinderbuchpreis der Stadt Oldenburg.

Darin schildert er das Drama von den beiden chilenischen Jungen, die aus erbitterten Feinden – weil in auswegloser Not der Vater des einen den des anderen dem Geheimdienst DINA ausgeliefert hatte – Freunde werden, indem sie zu der Erkenntnis kommen, daß sie nur gemeinsam etwas gegen das Unrecht und die Not ausrichten können.

Und die Kinder haben Erfolg: Mit Witz und List gelingt ihnen – mit Hilfe der Basisgemeinde in der Poblacion – ein

kleiner Sieg über das Militär, das die Herrschaft ausübt.

Am Ende seines Romans „Chilenischer September“ (Weltkreis-Verlag, Dortmund 1985) stellt sich Anatol Feid im Gespräch mit dem Kommunisten Patricio in Santiago de Chile die Frage: „Ich überlege schon, was ich tun kann.“

Ja, was kann er, der Dominikaner aus der Bundesrepublik, für diese Menschen tun, deren Elend und Kampf er in ihren Elendsvierteln, Poblaciones genannt, vor Ort erlebt hat? Sein Gesprächspartner gibt die Antwort: „Du schreibst, das ist wichtig. Erzähle, wie wir hier ein Stück neues Chile bauen!“

Dieser Herausforderung hat sich Anatol Feid gestellt. Alle seine Bücher, ob sie seine Erfahrungen in Pinochets Chile, wo er immer wieder einige Wochen verbringt, verarbeiten oder seine Arbeit im Frankfurter Bahnhofsviertel unter Drogenabhängigen und Strichjungen widerspiegeln, sind „dokumentarische Romane“. Alles ist belegt durch Dokumente oder selbst erlebt.

Das bleibt keinem verborgen, der diese authentischen Erzählungen aus unserer Welt, ihren Leidenszonen und Schattenseiten liest. Der Leser kann sich mit den handelnden Personen identifizieren.

Das gelingt, weil Anatol Feid nicht bei

der Beschreibung von Unterdrückung, Elend und Verwahrlosung, Hunger und Tod stehenbleibt.

In der Einleitung zu „Chilenischer September“ schreibt Feid: „Dieses Buch ist Ausdruck meiner Solidarität mit meinen kämpfenden Freunden in Chile. Ich tue damit wenig, das weiß ich, aber ich tue das, was ich vermag und was meine Freunde mir aufgegeben haben... Deshalb schreibe ich auch nicht über meine Freunde, ich lasse sie vielmehr selbst reden, weinen, schreien und klagen.“

Zugleich sei das Buch Ausdruck seines Glaubens, „daß das chilenische Volk siegen wird. Ich weiß weder wann noch wie und mag auch darüber nicht spekulieren. Ich weiß, daß es so sein wird... Ich sage das ohne wehende chilenische Fahne und ohne die Klänge des 'Venceremos' im Hintergrund. Ich sage es still, auch mit Trauer. Hat nicht gerade die Ermordung André Jarlans brutal daran erinnert, daß zahllose Chilenen, einige meiner Freunde, diesen Sieg mit ihrem Leben bezahlen werden?“

Was Anatol Feid vermittelt, ist nicht die billige Hoffnung der Vertröstung auf irgendeine „bessere Zeit“. Es ist die dynamische Hoffnung, die aus dem Widerstand gegen die Diktatur für die Zukunft der Menschen erwächst.

## Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 7/November 1986

Themenswerpunkt: „Reformen“ in Südafrika ● Eine Zusammenstellung der jüngsten Gesetzesrevisionen stellt dar, warum damit lediglich soziale Veränderungen sanktioniert ● Interview mit F. van Zyl Slabbert und eine Stellungnahme von Sh. Duncan zu den neuen Zuzugkontrollgesetzen ● Berichte über den Rückzug von IBM und General Motors und den bundesdeutschen Import von südafrikanischer Kohle ● Fragen zum Flugzeugabsturz des mosambikanischen Präsidenten Machel ● Gespräch mit seinem Nachfolger Joaquim Chissano

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 138/Dezember 1986

Themenswerpunkt: Kontinuität oder Wandel der Entwicklungspolitik der BRD ● Überblicksartikel zu den 4 Jahren konservativ-liberaler Entwicklungspolitik ● Artikel über die Auswirkungen der Wende auf Mittelamerika und Südostasien sowie der Rüstungsexportpolitik ● Zudem: Bericht, Analysen und Interviews über Südafrika, Sri Lanka und die Türkei ● Eine Kritik zur ZDF-Serie 'Shaka Zulu' ● Aktuelle Nachrichten, Rezensionen und Tagungshinweise

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

ila-info, Nr. 100/November 1986

Jubiläumsausgabe Nr. 100: Die Jubiläumsnummer versucht einen Rückblick auf die Entwicklung Lateinamerikas und der Solidaritätsbewegung in den vergangenen 10 Jahren zu halten. Sie enthält in sechs Rubriken Beiträge von folgenden Autor/inn/en: Verschuldungskrise (L. Ignacio da Silva, E. Tello, J. Hernandez Apreu) ● Demokratisierung in Südamerika? (E. Mires, E. Galeano, O. Bayer, A. Meza, D. Kuck, J. Lutzenberger) ● Zentralamerika (M. Rendiske, F. Thomas, J. Hippler, M. Kröber, G. Gottwaldt) ● Europa und Lateinamerika (S. Seeger, D. Schule-Marmeling, F. Kerstiens, N. Ahrens) ● Lateinamerika und Wir (H. Rogmann, G. Cristancho, U. Mercker, G. Heinrich) ● Solidaritätsbewegung (S. Pater, G. Eisenbürger, G. Wirth, H. Schaaf, L. Beckhardt).

Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 3/1986

Die Weltmeere sind in Besitz genommen, und die Ausbeutung ihrer Reichtümer ist in vollem Gange. Der Versuch, zu einer gerechten Lösung des Verteilungskampfes zu kommen, ist gescheitert. Die Folgen: An der Natur wird Raubbau getrieben und die Armen werden ihrer Lebensgrundlage beraubt. Die Großmächte sichern sich ihre Einflußgebiete; die Abhängigkeit der ärmsten Länder von den reichen Industrienationen verschärft sich weiter. Das neue Seerecht, Tiefseebergbau, die „blaue Revolution“, Fischpiraterie und Atommüllversenkung sind einige der Themen, die in diesem Heft behandelt werden.

Einzelpreis 5 DM; Abo 22 DM

Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Brasilien Nachrichten, Nr. 91/1986

Republik der Träume – die erträumte Republik. Anmerkungen zur brasilianischen Prosa des vergangenen Jahrzehnts ● Afrobrasilianische Literatur ● Afrobrasilianische Kultur ● Die brasilianischen Indianer – 500 Jahre Kampf gegen den inneren Kolonialismus ● Der brasilianische Rundfunk ● Ave Maria oder Adeus Censura? ● Fortaleza: Probleme einer Stadt ● 3 Jahre Sozialdemokratie in Rio de Janeiro ● Kurznachrichten

Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM

Bezug: Brasilien Nachrichten, An der Illshöhe 30, 4500 Osnabrück

# Vanlys Kurdenmosaik

Ismet Cherif Vanly



Im Oktober 1986 ist der zweite Band von „Kurdistan und die Kurden“ erschienen:

**Ismet Cherif Vanly, Kurdistan und die Kurden, Bd.2 (Türkei und Irak-Fortsetzung), pogrom Reihe bedrohte Völker 124/25, Göttingen 1986, 280 S., DM 19,80.**

Wie eine relative Häufung von Artikeln zum Kurdenproblem in der internationalen Presse zeigt, wird – ungeachtet der schwierigen äußeren und inneren Lage der kurdischen Nationalbewegung – das Problem des Kampfes dieses mit mindestens 20 Mio Angehörigen drittgrößten Volkes des Nahen Ostens um nationale Selbstbestimmung in seiner objektiven Bedeutung für die Zukunft der Gesamtregion immer deutlicher gesehen.

Der im März 1984 erschienene und zurecht sehr erfolgreiche erste Band lieferte in umfassender Weise in Beiträgen verschiedener kurdischer Autoren das notwendige historische Grundwissen zur „Kurdenfrage“. Der jetzt erschienene zweite Band wurde im wesentlichen von Dr. I.C. Vanly verfaßt, der zwischen 1962 und 1975 als Sprecher des irakischen Kurdenführers Mustafa Barzani unmittelbar an der kurdischen Revolution teilnahm. Dieser Band behandelt die Situation in Irak-Kurdistan seit der Niederlage der Revolution 1975 und die Situation an der ausschlaggebenden Front des kurdischen Befreiungskampfes, der in Türkei-Kurdistan.

Ein dritter Band, in dem der gleiche Autor über die Situation der Kurden im Iran, in Syrien und in der Diaspora – und damit wohl auch über die Lage der rund 400.000 Kurden in der BRD – schreibt sowie allgemeine politische Perspektiven für sein Volk zu entwickeln sucht, ist für 1987 angekündigt.

Angesichts der fast völligen Unkenntnis über die kurdische Nationalbewegung beim deutschen Publikum ist zunächst einmal jede längere Arbeit zu diesem Thema höchst willkommen. Im vorliegenden Fall müssen jedoch einige ernste Einwände gemacht werden. Speziell in den Kapiteln über die Organisationen und Parteien der kurdischen Nationalbewegung gibt es nicht nur eine Reihe Unterlassun-

gen und zumindest sehr subjektiver Einschätzungen, sondern auch grobe Sachfehler.

Dies tut der Autor z.B., wenn er behauptet, daß die PKK („Apocular“) und die PPKK und KIP gemeinsam aus der gleichen Partei namens PKK hervorgegangen seien (zu den Kurdenorganisationen siehe: AIB-Sonderheft 3/1986, S. XXII ff.; d. Red.). In Wahrheit hatten die unter diesem Namen 1977 als Nachfolgerin der 1975 entstandenen „Revolutionären Demokraten“ gegründete PKK – auf Türkisch KIP – und die 1978 von „Onkel“ (Kurdisch Apo) Abdullah Öcalan gegründete PPKK nie etwas miteinander zu tun. Nicht erwähnt wird vom Autor hingegen z.B. die gemeinsame Entstehung der PPKK und „Kawa“ aus den „Revolutionär Demokratischen Kulturvereinen“ (DDKD).

Zu den Auslassungen oder falschen Gewichtungen gehört bezüglich der Parteien Türkei-Kurdistans z.B., daß die TKSP-Abspaltung „TKSP-Roja Welat“ (inzwischen mit einer KIP-Abspaltung zur „Tevgera Sosyalist-a Kurdistan“ fusioniert) überhaupt keine Erwähnung findet, wohl aber ein Intellektuellenzirkel wie „Yekbûn“. Man sollte erwarten, daß einem Kurden wie Vanly, der lange Jahre in der Nationalbewegung aktiv war, zumindest die selben Quellen zugänglich sein sollten wie dem Rezensenten.

Der Gesamteindruck ist, daß der Autor einen großen Teil seines Buches recht eilig und aus dem Kopf niedergeschrieben hat. Dabei ist das Kapitel über den Irak, wo Vanly sich lange aufgehalten hat, wesentlich eindrucksvoller als das über den türkischen Teil Kurdistans, den er gar nicht aus persönlicher Anschauung kennt. Insgesamt fehlt es dem Buch, und hier vor allem dem von Vanly verfaßten Text, der von der Redaktion dankenswerter Weise mit einigen Dokumenten angereichert worden ist, an wissenschaftlicher Exaktheit und auch an analytischer Schärfe. Dennoch bleibt es ein brauchbares Buch, da es z.Z. auf Deutsch Besseres nicht gibt.

Dieter Falk

## Seminar Braucht die Dritte Welt Atomkraftwerke?

**Veranstalter:** Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK) für Afrika, Asien und Lateinamerika

**Termin:** 21./22. Februar 1987

**Ort:** Frankfurt/M.

**Einleitungsreferat:** „Das weltweite Energieproblem“ (Dr. Herrmann Bömer, Dortmund)

**Arbeitsgruppen und Plena** zu den Themen „Rolle konventioneller Energieträger“, „Rolle der Atomenergie“ und „Möglichkeiten der Nutzung alternativer Energien“

**Podiumsdiskussion** zu Möglichkeiten und Strategien zur Lösung des weltweiten Energieproblems

**Information und Anmeldung:** ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/M.

## Solidarische Entwicklungshilfe

Grundsätze und Vorschläge für „eine solidarische Entwicklungspolitik“, die auf eine demokratische Neuorientierung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik zielen, stellte der DKP-Vorsitzende Herbert Mies auf einer Pressekonferenz am 24.11.1986 in Bonn vor. Eine solche alternative Entwicklungspolitik erfordere vor allem „die Abkehr von der imperialistischen Ausbeutung der Entwicklungsländer durch bundesdeutsche Konzerne und Großbanken, die Abkoppelung der bundesdeutschen Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt von der US-amerikanischen Politik des Neoliberalismus, der Konfrontation und der Hochrüstung zugunsten eines konsequenten Beitrages zur Verwirklichung von UNO-Beschlüssen“.

Folgerichtig müßten Steuergelder aus dem Bonner Rüstungsetat abgezweigt, in die Entwicklungshilfe gesteckt werden. Alle imperialistischen Interventionen sowie rassistische, faschistische und diktatorische Regimes seien zu verurteilen.

Im einzelnen wird in dem Grundsatzpapier gefordert: Erhöhung der BRD-Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialprodukts; Senkung des Rüstungsetats um 10% sowie Einstellung von Rüstungsexporten, Militär- und Polizeihilfe; sofortige, entschädigungslose Streichung der Schulden der Entwicklungsländer durch bundesdeutsche Gläubiger; demokratische Kontrolle über staatliche und private Aktivitäten in der Dritten Welt; Eintreten Bonn für eine neue Weltwirtschaftsordnung; Exportverbot für hierzulande untersagte chemische Produkte in die Dritte Welt; Boykott des Apartheidsystems; Stopp der Hilfe für das Pinochet-Regime und ihre Wiederaufnahme für Nicaragua.

Eine weitere Stärkung der erkonservativen Kräfte bei der Bundestagswahl würde, so Mies, negativ für die Dritte Welt zu Buche schlagen. Eine „breite Mehrheit“ links von der CDU/CSU sei heute für eine neue Entwicklungspolitik, darunter „Sozialdemokraten, Kommunisten, Grüne, Liberale“. Der Zeitpunkt für eine breite Allianz zur Durchsetzung einer alternativen Friedens- und Entwicklungspolitik sei gekommen.

Bei der Bundestagswahl am 25. Januar d.J. will die DKP dies fördern durch die Vergabe der Erststimme an das Linksbündnis Friedensliste (siehe K.H. Hansen in: AIB-Sonderheft 4/1986, S. XXX ff.), in der Kommunisten mitwirken, sowie für die Zweitstimmenvergabe an die Grünen oder die SPD. Den Grünen bescheinigte Herbert Mies auf der Bonner Pressekonferenz im übrigen eine „antiimperialistische Außenpolitik“.

## Zensur gegen Karkutli

Im November 1986 waren im Recklinghäuser Ruhrfestspielhaus über 100 Gemälde, Graphiken, Fotos und Plakate von palästinensischen Künstlern zu sehen. Ausgegrenzt wurden allerdings vier Graphiken Burhan Karkutlis, die nach Pressionen der Stadtratsfraktionen von CDU und SPD mit weißem Karton überhängt werden mußten. Begründung: reine „antisraelische Agitation“, die sich mit der Recklinghäuser Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Akko nicht verträge.

Erst hatte die Stadtverwaltung gefordert, die vier graphischen Vergleiche zwischen Israels Kriegsmaschinerie und jener der Nazis abzu-

hängen. Da dies von Karkuti und dem örtlichen Amtsgericht (Mieter haben das Recht, ihre Ausstellungsstücke selbst auszuwählen) zurückgewiesen wurde, einigten sich Stadtverwaltung und Grüne schließlich auf einen Kompromiß, auf das Überhängen. Der findige Maler notierte auf den Abdeckkartons, was es darunter zu sehen gegeben hätte.

Karkuti begründete seine Darstellungsweise damit, daß die Palästinenser israelische Bomben (Libanonkrieg 1982!), Unterdrückung und Besetzung zu ertragen hätten. Gegen diese Gewalt der zionistischen Regierung richteten sich seine Arbeiten und Vergleiche, jedoch „nicht gegen die Juden oder das israelische Volk“. Die Ratsfraktion der Grünen erklärte, sie teile zwar nicht den Vergleich zwischen israelischer Besatzungsmacht und den Nazis, wolle aber die Freiheit eines betroffenen Künstlers nicht einschränken.



### Buchtipp zu Mosambik

Joseph Hanlon, Mosambik. Revolution im Kreuzfeuer. Aus dem Englischen von Erica und Michael Fischer. edition südliches afrika 21, informationsstelle südliches afrika, Bonn 1986, 356 S., DM 28,80

Ist nun 2 Jahre nach dem Erscheinen seiner englischen Originalausgabe (ihr passenderer Titel: „Mozambique: The Revolution under Fire“) auch in Deutsch erhältlich. Es ist die einzige umfassende Darstellung der nachkolonialen Entwicklung Mosambiks in deutscher Sprache.

Im Zentrum des Buches von H. Hanlon, der von 1979-84 als Korrespondent mehrerer englischsprachiger Presseorgane in Mosambik lebte, steht der Versuch einer sozialistisch orientierten Entwicklung auf Basis eines extrem ungünstigen kolonialen Erbes und unter dem Destabilisierungs-„beschuß“ des Apartheidstaates. Auch die westliche Komplizenschaft mit Südafrikas Destabilisierung macht Hanlon deutlich, ohne die inneren Gegner einer sozialistischen Orientierung zu vergessen.

### Korea Olympia Kampagne '88

Mit der Einrichtung der Korea-Informationsstelle, der Herausgabe eines Faltblatts und der ersten drei Nummern des „Korea-Forums“ hat die Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88 ihre konkrete Tätigkeit begonnen. Der im März 1986 gegründete Zusammenschluß von politischen, humanitären und kirchlichen Organisationen sowie von Gruppen in der Bundesrepublik lebender Koreaner

will die Olympiade in Südkorea nutzen, um über das geteilte Land und den Widerstand gegen die Diktatur und Menschenrechtsverletzungen zu informieren.

Das vierseitige „Korea-Forum“, das mindestens einmal im Monat erscheint, liefert Hintergrundmaterial zu den verschiedensten Themen (Politik, Wirtschaft, Kultur, Widerstand, Sport und Nordkorea). Die bisher erschienenen Ausgaben enthalten eine Auswahlbibliographie zu Korea sowie Beiträge zur sportpolitischen Auseinandersetzung und zur Stellung der südkoreanischen Opposition zur Olympiade.

Das „Korea-Forum“ kann ebenso wie das Faltblatt, das die Ziele der Kampagne und das Land kurz vorstellt, kostenlos bei der Korea-Informationsstelle (Rainer Werning), c/o terre des hommes, Ruppenkampstr. 11a, 4500 Osnabrück bezogen werden.

### Aktion „Boycottiert Apartheid!“

„Boycottiert Apartheid! Freiheit für Südafrika und Namibia!“ Dies forderten 12.000 Menschen auf einer Demonstration am 29.11.1986 in Bonn. Zu dieser Demonstration hatte ein breites Bündnis von über 300 Organisationen und zahlreichen Einzelpersonen aufgerufen. So forderten Mitglieder der SPD, der Grünen, der Friedensliste, der DKP, der Gewerkschaften, von Dritte-Welt-Gruppen und der Friedensbewegung sowie Personen aus dem kirchlichen Bereich Seite an Seite: Sanktionen jetzt!

„Sanktionen werden“, so Pallo Jordan, Mitglied des Nationalen Exekutivrats des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), „die Zeit verkürzen, in der das Leiden für die Menschen in Südafrika noch andauert.“ Er verurteilte wie der Vertreter der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in der BRD, Nghidimondjila Shoombe, die fortgesetzte Unterstützung der Bundesregierung für den Apartheidstaat.

Werner Pfennig, Landesvorsitzender der IG Druck und Papier in Baden-Württemberg, ging vor allem auf die gewerkschaftliche Solidarität ein. „Sanktionen fangen zu Hause an. Beim eigenen Einkaufskorb und beim eigenen Bankkonto“, so Hildegard Zumach, Generalsekretärin der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, Mitglied des Zentralausschusses des Weltkirchenrates und der EKD-Synode, in ihrer Rede.

Emil Carlebach, Vizepräsident der Internatio-

nen Lagergemeinschaft Buchenwald und Präsidiumsmitglied der VVN-Bund der Antifaschisten, zog die Verbindung zwischen der Rolle der Rüstungsindustrie im Faschismus und bei der Unterstützung der Rassisten heute (siehe S.5). Wolff Geisler, Experte zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit, verwies vor allem auf die bundesdeutsche Kollaboration mit dem Apartheidstaat auf diesem Gebiet.

Werner Wrage, Betriebsratsmitglied der HDW, verurteilte den Verkauf von HDW-Bootplänen an Südafrika und auch die diesbezügliche Mitverantwortung der Bundesregierung. Uschi Eid für die Grünen und Horst Ehmke für die SPD verlasen Grußworte.



### Südafrika-Plakat

Das oben abgebildete Kunstplakat (42x59,4 cm) ist ein Bild aus dem Zyklus von Winnie Mandela der Marburgerin Barbara Manns. Es ist für 8 DM (+ 2 DM Porto) erhältlich bei Barbara Manns, Gladenbacher Weg 82, 3550 Marburg.

Spitze des Demonstrationenzuges am 19. 11. 1986





Amal-Milizionäre beim Angriff auf ein Palästinenserlager

### Libanon/Palästina

Am 24.11.1986 brachen erneut sog. Lagerkämpfe zwischen Palästinensern auf der einen Seite, der libanesischen Amal-Miliz unter Nabih Berri und der 1. und 6. Brigade der libanesischen Armee auf der anderen aus. Die Amal-Milizen forderten von den Palästinensern die Abgabe ihrer Waffen und die Einbeziehung in die reguläre libanesische Armee, wie dies auch in anderen arabischen Staaten der Fall ist. Die Palästinenser lehnen dies ab mit der Begründung, für ihre Sicherheit im Libanon sei es notwendig, die eigene Bewaffnung zu bewahren.

Auch ein von Syrien, Libyen und dem Iran vorgeschlagener Waffenstillstand kam nicht zustande, so daß die Kämpfe Mitte Dezember noch andauerten.

Die erneute Kriegssituation und die miserable wirtschaftliche Lage des Landes veranlaßten die libanesischen Bevölkerung am 2.12.1986 zu einem Generalstreik, der von allen Bevölkerungsgruppen weitgehend befolgt wurde.

In den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten des Westjordan- und Gazagebiets sowie in Ostjerusalem kam es zu Protestaktionen, als Ende November 1986 die israelische Luftwaffe und Marine in die Kämpfe im Libanon eingriffen und palästinensische Lager beschossen.

Mehrere Studenten bzw. Jugendliche wurden von israelischen Sicherheitskräften erschossen, woraufhin es an den Universitäten in den besetzten Gebieten zu mehrtägigen Protesten kam.

### Tunesien

Unter Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung gewann die regierende Sozialistische Destourpartei (PSD) bei den Parlamentswahlen am 2.11.1986 alle Sitze. Die Bewegung der Islamischen Tendenz (MTI) und die liberale Bewegung der Sozialistischen Demokraten (MDS) hatten schon lange zuvor ihren Boykott angekündigt. Ende Oktober taten es ihnen aufgrund massiver Behinderungen bei der Kandidatenzulassung die Tunesische Kommunistische Partei (PCT), die Progressive Sozialistische Sammlungsbewegung (RSP) und kurz

darauf die populistische Partei der Volkseinheit (PUP) nach.

Bei einer offiziell mit 82,94% angegebenen Wahlbeteiligung entfielen 2,7% der Stimmen auf die Unabhängigen in Sfax und 1,4% auf Ben Arous, der Rest auf die PSD. „Während die Resultate 1981 skandalös gefälscht worden waren, so ist 1986 von Beginn an der ganze Wahlprozeß gefälscht worden“, kommentierte Mohammed Harmel, Generalsekretär der PCT. Tatsächlich ist die PSD zu einem maroden Honoratiorenklub verkommen.

Das exportorientierte, neoliberale Wirtschaftsmodell ist in der Krise. Daran wird auch das kurz nach der Ausschaltung des langjährigen Premiers, Mohammed Mzali, abgeschlossene Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds nichts ändern. Die tunesische Arbeiterbewegung ist durch die Domestizierung der Generalunion Tunesischer Arbeiter (UGTT) stark geschwächt.

### Tschad

Im November 1986 ist es zu schweren Kämpfen zwischen libyschen Einheiten und Anhängern einer Fraktion der Regierung der Nationalen Einheit des Tschad (GUNT) unter ihrem Präsidenten Goukouni Oueddei gekommen. Seit 1984 kontrolliert die GUNT mit libyscher Unterstützung den Norden des Tschad. Am 24. Oktober hatte G. Oueddei einen Waffenstillstand mit dem Präsidenten des Tschad, Hissène Habré, vereinbart.

Oueddei war bereits Mitte Oktober in seinem libyschen Exil unter Hausarrest gestellt worden, nachdem er sich für Verhandlungen mit Habré ausgesprochen hatte. Ende Oktober wurde er bei einer Schießerei zwischen seinen Leibwächtern und libyschen Soldaten, die ihn an einen anderen Ort bringen wollten, schwer verletzt.

Am 18.11.1986 erklärten sieben Fraktionen der durch Übertritte zur Regierung Habré geschwächten GUNT Oueddei für abgesetzt und bestimmten den Führer des Demokratischen Rates der Revolution (CDR), Asheikh Ibn Omar, zum neuen Präsidenten.

Der Versuch H. Habrés, den Norden des Landes mit Hilfe der im Tschad stationierten französischen Truppen zurückzuerobern, ist bisher am Widerstand Frankreichs gescheitert. Frank-

reich und die USA greifen dem Regime jedoch mit umfangreichen Waffenlieferungen unter die Arme.

### Angola

Anfang November 1986 marschierten südafrikanische Truppen erneut in Angola ein. Die angolische Regierung beschuldigte Südafrika, 300 km weit in das Landesinnere vorgezogen zu sein.

Den afrikanischen Nachbarstaat Zaire beschuldigte Angola, Waffenhilfe für die Contras der Union zur Vollständigen Befreiung Angolas (UNITA) über sein Territorium zu leisten und ihr damit den Aufbau einer Front im Norden des Landes zu ermöglichen. US-Flugzeuge hätten Waffen, Munition und andere Ausrüstung über den Flughafen Kinshasa, die Hauptstadt Zaires, an Savimbis UNITA geliefert. Damit verstößt Zaire gegen den 1978 abgeschlossenen Nichteingriffs- und Grenzsicherheitsvertrag mit Angola.

Die USA haben an die UNITA u.a. über den Umweg Südafrika Militärhilfe im Wert von mindestens 15 Mio \$ geleistet, die die Unterstützung des Apartheidregimes ergänzen soll. Dennoch gelang es der UNITA in den letzten Monaten nicht, alle errungenen Stellungen im Verbund mit Südafrika zu halten.

Einhellig schätzen Beobachter ein, daß Savimbis Truppen zwar die Wirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft Angolas schwer zu behindern vermögen. Sie scheinen aber außerstande, Städte oder andere Stützpunkte außer im direkten Grenzbereich zu Namibia, also mit Hilfe der südafrikanischen Truppen, zu halten.

### Indien-UdSSR

Bei seiner Indien-Visite vom 25.-28. November 1986 wurde KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow von Premierminister Rajiv Gandhi als „Kreuzfahrer für den Frieden“ empfangen. Die indisch-sowjetischen Beziehungen, die auf einem Freundschaftsvertrag von 1971 fußen, wertete er als stabilisierenden Faktor für den Weltfrieden.

Die Tatsache, daß Gorbatschow die erste Asienreise seit seinem Amtsantritt (März 1985) nach Neu-Delhi unternahm, ist Ausdruck des hohen Stellenwerts, den man in Moskau dem Land als Wortführer der Nichtpaktgebundenen und südasiatischer Schlüsselkraft beimißt. Eine weitgehende Übereinstimmung in der Friedensfrage spiegelt die gemeinsame Deklaration von Delhi wider. Neben einem unverzüglichen Atomteststopp, der Verhinderung der Weltraummilitarisierung u.a. fordert sie die „völlige Beseitigung der Atomarsenale bis zum Ende des Jahrhunderts“. Neu ist ihr Vorschlag zum sofortigen Abschluß einer internationalen Konvention, die den Einsatz von Atomwaffen oder dessen Androhung ächten soll.

Einig war man sich auch darin, gemeinsame Schritte zu einer Demilitarisierung des Indischen Ozeans zu unternehmen. So will man in der UNO hierzu eine internationale Konferenz bis 1988 anregen.

Zurückhaltend zeigte sich die Regierung Gandhi allerdings gegenüber Gorbatschows Wladivostok-Initiative vom Juli 1986, mit der er die Idee einer asiatisch-pazifischen Sicherheitskonferenz nach dem Helsinkier Modell (siehe AIB 11/1986, S. 33-35) ins Spiel brachte. Offenbar hält Indien das Projekt noch für ver-

früht, solange in den wichtigsten asiatischen Krisenherden bzw. Grenzkonflikten (Indien-China, Indien-Pakistan, China-Vietnam, Afghanistan, Kampuchea usw.) kein politischer Dialog vorangekommen ist. Ansonsten pflichtete man der UdSSR-Sicht bei, das Projekt der „kollektiven Sicherheit“ in Asien als Fernziel anzusehen, und bot sich als Austragungsort einer Sicherheitskonferenz an.

Andererseits sagte Gorbatschow neue sowjetische Wirtschaftshilfen von 1,75 Mrd \$ für ein Wasserkraftwerk, die Modernisierung des Stahlwerks von Bihar u.a. Industrieprojekte zu. Die Rolle der UdSSR als führender Handelspartner Indiens bekräftigte man mit einem neuen Abkommen, welches für 1986-90 eine Ausweitung der Handelsbeziehungen um 200% vorsieht.

## Laos

Der 4. Parteitag der Laotischen Revolutionären Volkspartei (PPRL), der in der Hauptstadt Vientiane vom 13.-15. November 1986 stattfand, konnte von einer im wesentlichen positiven Entwicklung des Landes ausgehen.

Der wiedergewählte Generalsekretär Kaysone Phomvihane berichtete von wirtschaftlichen Erfolgen, insbesondere in der Landwirtschaft. Durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 42% im Zeitraum 1980-85 kann Laos seine Bevölkerung mittlerweile selbst versorgen. Auch im Sozial- und Bildungsbereich konnte man Erfolge vorweisen, so die fast vollständige Beseitigung des Analphabetentums.

Der PPRL-Parteitag griff die Friedensinitiative Michail Gorbatschows für den pazifisch-asiatischen Raum vom Juli 1986 auf und legte Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu Thailand und China fest. Der Besuch einer Delegation des chinesischen Außenministeriums im Januar 1987 in Vientiane sowie die Unterredung mit einer thailändischen Delegation im November 1986 sind als Auftakt gedacht.

## Grenada

Zum „Tod durch den Strang“ hat am 4.12.1986 ein Geschworenengericht in St. George's (Grenada) 14 von 18 Angeklagten verurteilt, die für die Ermordung des Ministerpräsidenten Maurice Bishop und 10 weiterer Personen am 19.10.1983 verantwortlich gemacht wurden.

Zum Tode verurteilt wurden u.a. Hudson Austin, damals Oberkommandierender der Streitkräfte, der M. Bishop am 14.10.1986 durch einen Putsch entmachtete hatte, und der politisch Verantwortliche des Umsturzes, Bernard Coard.

Das Gericht war von den USA, die die damaligen Ereignisse für eine militärische Invasion am 25.10.1986 genutzt hatten, eingesetzt worden. Und es hatte keine Gelegenheit ausgelassen, um den revolutionären Prozeß 1979-83 auf Grenada insgesamt auf die Anklagebank zu setzen.

Nach Einschätzung der Patriotischen Bewegung Maurice Bishop (MBPM), die von den ehemaligen Ministern der Revolutionsregierung, Kendrick Radix und George Louison, geführt wird, ist dieses Ziel nicht erreicht worden. Wäre es nicht zur US-Invasion gekommen, hätte der MBPM zufolge ein Volksgericht die Mörder M. Bishops ebenfalls zum Tode verurteilt.

## Brasilien

Am 15. November 1986 wurden in Brasilien alle 487 Abgeordneten, 49 der 72 Senatoren sowie die 23 Gouverneure und die Abgeordneten der Bundesstaaten neugewählt. Dem neuen Kongreß aus Abgeordnetenhaus und Senat obliegt es u.a. ab dem 1.2.1987, eine neue Verfassung auszuarbeiten.

Wahlsieger wurde die mitte-links angesiedelte regierende Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB), die unter der Diktatur die größte Oppositionspartei war. Auf sie entfielen nach vorläufigen Ergebnissen 54,2% der Stimmen. Sie gewann alle 23 Gouverneursitze und verfügt über 303 der Kongreßsitze (1982: 222).

Auf ihren Juniorpartner in der Regierung, die Partei der Liberalen Front (PFL) des Präsidenten José Sarney, entfielen 23,4% der Stimmen und 131 Sitze. Die Soziale Demokratische Partei (PDS), die ehemalige Stütze der Militärdiktatur, von der die PFL sich abgespalten hatte, verfügt nur noch über 41 Sitze (1982: 280).

Die restlichen 84 Sitze verteilen sich auf die sozialdemokratisch-populistische Demokratische Arbeiterpartei (PDT), die linke Arbeiterpartei (PT) und andere Parteien, darunter die erstmals zugelassene Brasilianische Kommunistische Partei (PCB).

Der Wahlsieg der Regierungsparteien läßt sich vor allem durch den im Februar 1986 verkündeten Cruzado-Plan erklären. Diese Wirtschaftsmaßnahmen, die zur Bekämpfung der Inflation einen Preisstopp beinhalteten, hatten u.a. nach offiziellen Angaben zu einem Anstieg der Realeinkommen um 14% geführt. 5 Tage nach der Wahl verkündete die Regierung jedoch drastische Preiserhöhungen von bis zu 120% für Treibstoffe, Zigaretten, Fahrzeuge, Gebühren u.a., die vor allem in Form von Steuern das Haushaltsdefizit stopfen und den angeblichen Kaufkraftüberschuß abschöpfen sollen.

Diese Maßnahme führte zu spontanen Protesten der Bevölkerung. Linke Gouverneure der PMDB forderten, statt der getroffenen Maßnahmen die Bedienung der 103 Mrd \$ Auslandsschulden für 4 Jahre auszusetzen. Die Gewerkschaften protestierten am 12.12.1986 mit dem ersten Generalstreik seit 1964 gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung.

## Peru

Bei den Kommunalwahlen vom 9.11.1986 konnte die regierende sozialdemokratisch-populistische Amerikanische Revolutionäre Volksallianz (APRA) leichte Stimmengewinne gegenüber den letzten Wahlen im Jahr 1983 erzielen. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts konnte sie der Vereinigten Linken (IU), die ihren Stimmenanteil halten konnte, mehrere Bürgermeisterämter in größeren Städten, darunter in der Hauptstadt Lima, abnehmen. Gegenüber der Präsidentschaftswahl von 1985 mußte die APRA jedoch Stimmenverluste von ca. 20% hinnehmen.

Der bisherige Bürgermeister von Lima, Alfonso Barrantes (IU), der nach vorläufigen Angaben 32% der Stimmen errungen haben soll, protestierte dagegen, daß der bisher kaum bekannte APRA-Kandidat Jorge del Castillo mit 34,9% zum Sieger erklärt wurde, da es zu Unregelmäßigkeiten bei der Wahl gekommen sei. So hatte Präsident Alan Garcia sich entgegen den gesetzlichen Bestimmungen zugunsten des APRA-Kandidaten in den Wahlkampf einge-

schaltet. Manipulationsmöglichkeiten waren zudem möglich, da die Urnen nachts, während der wochenlang andauernden Auszählung, nur von Soldaten bewacht wurden.

Der Kandidat der Christlichen Volkspartei (PPC), Luis Bedoya, der durch einen Sieg in Lima das nationale Comeback der Rechten einläuten wollte, forderte ebenfalls die Annullierung der Wahlen.

## Surinam

Am 2. Dezember d.J. hat die Regierung Surinams (im Nordosten Südamerikas gelegen) den Notstand über den Osten und Süden des Landes verhängt, um dem Vormarsch bewaffneter Rebellen vorzubeugen.

Diese hatten unter Führung von Ronnie Brunswijk, einem ehemaligen Leibwächter des Staatschefs Desi Bouterse, seit Juli 1986 mehrere spektakuläre Angriffe durchgeführt. Im November 1986 hatten sie die Stadt Moengo erobert, in der sich die größte Bauxitmine des Landes befindet. Anfang Dezember gelang es den Regierungstruppen, die Stadt zurückzuerobern.

Die Rebellen stützen sich vor allem auf die Volksgruppe der „Buschneger“. Diese ehemaligen Sklaven machen 15% der Bevölkerung aus und leben vor allem in den Urwaldgebieten. Die Rebellen, zu denen auch britische und niederländische Söldner gehören, werden von rechtsgerichteten surinamischen Politikern unterstützt (u.a. vom ehemaligen Präsidenten Chin-A-Sen), die nach dem Militärputsch Desi Bouterse 1980 das Land verließen (zur Entwicklung 1980-83 siehe: AIB 10/1983, S. 30ff.). Hilfe wird ihnen auch im angrenzenden Französisch-Guyana und in den Niederlanden, der ehemaligen Kolonialmacht, zuteil.

Die Regierung Bouterse, die ursprünglich enge Beziehungen zu Kuba, Nicaragua und Grenada unterhielt, hatte sich nach der US-Invasion in Grenada verstärkt an das benachbarte Brasilien angelehnt. Mitte 1986 beteiligte sie die traditionellen Parteien, die Unternehmer- und Gewerkschaftsverbände an der Regierung und kündigte für 1987 die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an.



G 7426 E

Postvertriebsstü

Zeitungsgebühr bezahlt

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

# AFRICASIA

A fresh approach to the issues of the day in Africa, Asia, Latin America and the Arab World

**AFRICASIA**  
Your Monthly Window on the Third World

**Subscribe Now!**



### AFRICASIA Subscription Coupon

Please PRINT clearly and return this form with your payment to: AFRICASIA, 13 rue d'Uzès, 75002 PARIS, France

Mr/Ms ..... Address .....

City ..... Postal Code ..... Country .....

Payment  Bank Cheque enclosed  International money/postal order \* YEARLY RATES: U.K. and Ireland £15 sterling; France, 170FF; Rest of Europe, US\$30; Maghreb and Franc zone, 245FF; Rest of Africa and Middle East, US\$35; Asia, US\$35; North, Central and South America, US\$52.

# AIB

AIB-Sonderheft 4/1986

## Dritte-Welt - Politik der BRD

### Themen:

„Neuorientierung“ der Entwicklungspolitik ● Wem nutzt die Entwicklungshilfe? ● Der bundesdeutsche Anteil an der wirtschaftlichen Ausbeutung ● an der Schuldenkrise ● am NATO-Interventionismus ● Fallbeispiele: Nicaragua und Südafrika ● Anliegen der Solidaritätsbewegung ● Alternativen der Opposition ● Dokumente, Tabellen, Rezensionen



**Exklusiv**

Karl-Heinz Hansen (Friedensliste) ● Annemarie Borgmann (Die Grünen)

32 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

33% Rabatt ab 10 Exemplaren